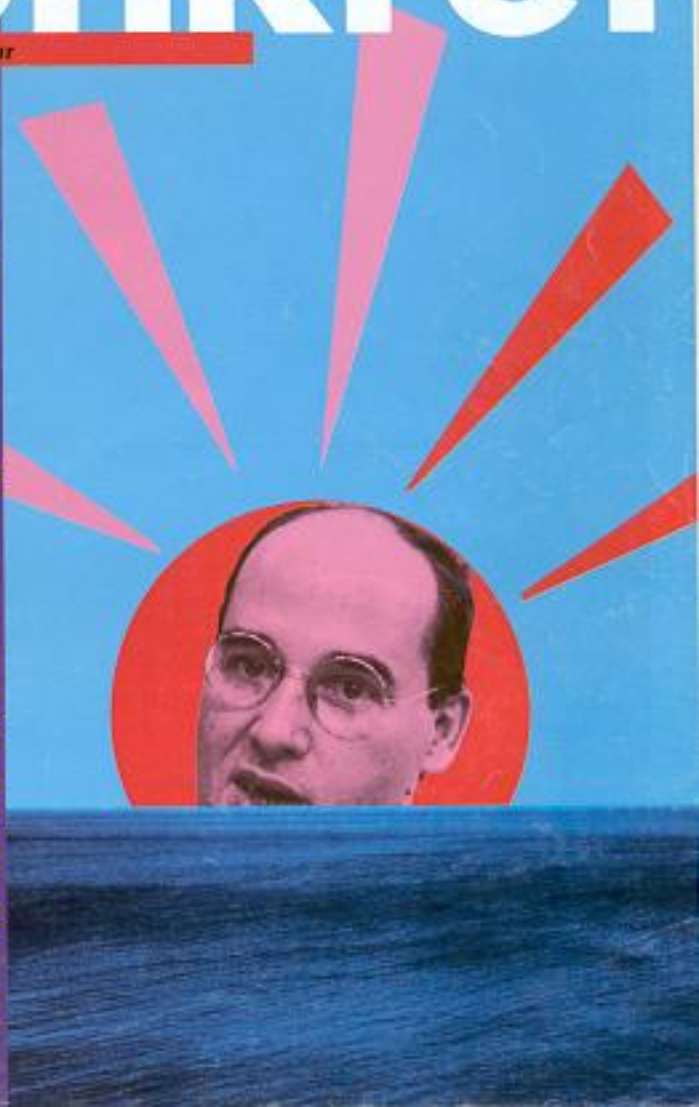
C 4143 E

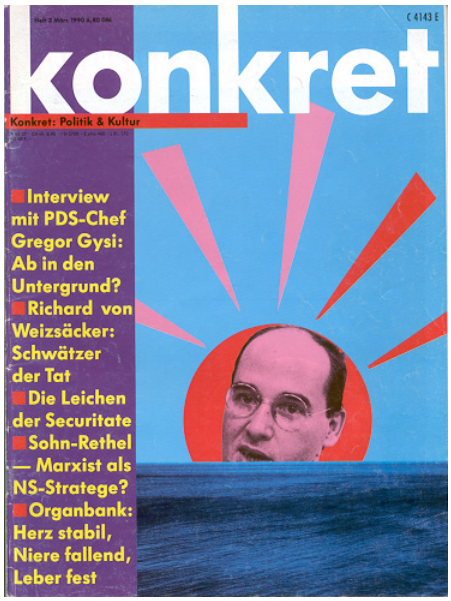
konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Interview mit PDS-Chef Gregor Gysi: Ab in den Untergrund?
- Richard von Weizsäcker: Schwätzer der Tat
- Die Leichen der Securitate
- Sohn-Rethel — Marxist als NS-Stratege?
- Organbank: Herz stabil, Niere fallend, Leber fest



in konkret März 1990



von konkret

an konkret

Laßt uns vom deutschen Gestern hören von A.M. Rosenthal

Daß der Generalsekretär der CDU und der Vorsitzende der SPD den 9. November, den das Gedächtnis einer besseren Menschheit als den Tag der »Reichskristallnacht« bewahrt, zum Nationalfeiertag der Deutschen erhoben sehen wollen, ruft im neuen Deutschland nur beifälliges Grunzen hervor. Die erste große gewaltlose »Revolution« in der Geschichte, die eben nur Deutsche vollbringen konnten, war tatsächlich eine Revolution der Geschichte: Ein Volk, das so gut und mutig und friedlich ist wie das aus Leipzig und anderen »Heldenstädten«, hat es endlich verdient, von nichts mehr zu wissen und sich an nichts mehr erinnern lassen zu müssen. Viele schweigen, weil sie es sich mit den Vertretern der aufstrebenden Weltmacht Deutschland nicht verderben wollen. Einer, der nicht schweigt, ist Abraham Michael Rosenthal, geboren 1922 in Kanada, Pulitzer-Preis-Träger, bis vor drei Jahren Chefredakteur der »New York Times«, in der er Anfang Februar den Aufruf »Let's Keep Hearing About the German Yesterday« veröffentlichte, den wir hier in deutscher Übersetzung wiedergeben – als Beispiel für eine Haltung, vor der die Attitüde der neuen Großdeutschen noch erbärmlicher erscheint, als sie schon ist. HLG

»Unzulässige Atmosphäre« von Gregor Gysi

Eigenständigkeit der DDR? Demokratischer Sozialismus? Gibt's da noch was zu retten? KONKRET sprach mit PDS-Chef Gregor Gysi über die »deutsche Arroganz« der alten Partei- und Staatsführung, über verpaßte Chancen und gegenwärtige Herausforderungen, über das reaktionäre Potential im Land und die Möglichkeiten der Perestroika, über Illusionen über die Auswirkungen der Wiedervereinigung und darüber, daß »diese Zivilisation untergeht, wenn wir keinen Dritten Weg finden«Gespräch mit Gregor Gysi

Wer Winkeladvokat ist, bestimme ich von Michael Schilling

Ein »liberales, im Zweifel linkes Blatt«, wie der Herausgeber R Augstein ihn einst in bedrängter Lage genannt hat, war der »Spiegel« natürlich nie, sondern immer nur das Stimmungsbarometer des analphabetisierten Kleinbürgertums Daß und wohin dessen Stimmung in diesen Monaten gestiegen ist, laßt sich an seines Leibblattes Titelgeschichte »Der Drahtzieher/SED-Chef Gysi« ablesen – es ist ein Dokument, das späteren Zeitgeschichtlern helfen wird, den Wiedereintritt der Deutschen in die Geschichte des Herrenmenschen zu datieren

Populist von der traurigen Gestalt von Georg Fülberth

Hans Modrows Deutschland-Plan ist der schlechteste, weil gefährlichste überhaupt

Sozialismus als Auslaufmodell von Robert Kurz

War der reale Sozialismus in Wirklichkeit »eine veritable bürgerliche Notstandsökonomie«, deren gnadenloser Sachzwang auch durch eine »demokratische Partizipation« der Werktätigen nicht gebrochen werden konnte? Auf Kurt Hübners Analyse der DDR-Ökonomie und seine Vorschläge zur Besserung ihrer Lage (KONKRET 1/90) antwortet Robert Kurz mit einer Kritik jener »fundamentalen Lebenslüge« linker Theoretiker, »daß ein wie immer geplanter Markt' eine sozialistische Reproduktion konstituieren könne«

Am Schluß: Anschluß von Charlotte Wiedemann

Bundesstaat, Staatenbund, zehn Punkte, vier Stufen, drei Mächte. Egon Bahr in die Volkskammer oder Ostdeutschland unter alliierte Kontrolle. Eine Nation plant sich außer Rand und Band. Aber das scheint nur so – am Ende kommt alles aufs selbe

raus

Vom Armen-Friedhof zum Armee-Friedhof von Heinz Hollaus

Schon ein Getöteter ist ein Toter zuviel Kommt es also nicht mehr darauf an, ob im Kampf mit Ceaucescus Sicherheitstruppe »60 000 bis 70 000 Rumänen« sterben mußten (wie fast alle BRD-Medien zu Weihnachten berichteten) oder »weniger als 10 000« (wie zwei Wochen später die neue rumänische Regierung angab) oder weniger als 1 000 (wie sich jetzt herauszustellen scheint; in Temesvar, einem der Kampfzentren, zählten die Behörden bisher neunzig Tote)? Hatte nicht selbst der dümmste Nachrichtenredakteur wissen können, daß es zur Ermordung von 70 000 Menschen in drei Tagen des Betriebs einer NS-Todesfabrik oder des Abwurfs einer Atombombe bedarf und die Zahl der Opfer von Straßenkämpfen, an denen Fernsehteams aller Länder live teilnehmen, weit darunter liegen würde? Doch mit der Berichtigung ihrer Horrormeldungen, die als Kontrast zu den »nur« ein- bis zweitausend in jenen Tagen von den US-Truppen getöteten Panamaern gebraucht wurden, hat es die BRD-Presse nicht eiligEin besonders abstoßendes Beispiel für die Verwahrlosung journalistischer Sitten bietet die »Berichterstattung« über den »grausigen Fund von Temesvar« »Tagesschau« und »Heute« zeigten Bilder verstümmelter Leichen, »Folteropfer der Geheimpolizei Securitate«, die (wie die Agentur »Toppress« meldete) auf einem »Armee-Friedhof« entdeckt worden seien »DPA« sprach von »Leichen grausam ermordeter Regimegegner« und schrieb unter eines der Bilder »Hier auf dem Körper eines umgebrachten Erwachsenen die Leiche eines Kleinkinds« Die Photoagentur »Toppress« aus München wußte es noch genauer »Dieses ungeborene Kind wurde einer Mutter am 17 12 bei lebendigem Leib von der Securitate herausgeschnitten «Die Bilder von Temesvar wären wohl als gesichertes Beweismaterial in die Geschichte eingegangen, hätte nicht die Redaktion des Magazins »Explosiv« von »RTL plus« es genauer wissen wollen Der Journalist Heinz Hollaus recherchierte vor Ort und entdeckte, daß der »Armee-Friedhof« ein Armenfriedhof und alle Exhumierten eines natürlichen Todes gestorben waren. Viele westeuropäische Fernsehsender haben Hollaus Film übernommen und ihre grausige Falschmeldung korrigiert; ARD und ZDF nicht. KONKRET dokumentiert den Text der »RTL-Explosiv«-Sendung vom 23 Januar 1990:

»Da tritt der ganze Mensch heraus« von Roger Willemsen

Worüber er auch immer spricht: über den Hunger in Afrika, die Naturzerstörung oder die Gefahren der Kernenergie – die Reden Richard von Weizsäckers werden eines Tages nur eine Reaktion zeitigen: Wir haben es nicht gewußt. Diesmal nicht, weil wir es totschwiegen, sondern weil wir es uns haben totreden lassen

Radikale Antifa, militanter Staat von Oliver Tolmein

Die Antifa-Gruppen bekommen derzeit zu spüren, daß die BRD ein Rechtsstaat ist: Effektiver Kampf gegen Rassismus ist Landfriedensbruch, Widerstand gegen Straßenterror wird als Körperverletzung verfolgt, und beides zusammen reicht für eine »terroristische Vereinigung«. Die Repression trifft aber nicht nur Einzelne, sie droht auch die Bewegung insgesamt zu zersplittern

Der Inter-Nationalist von Detlef zum Winkel

Oskar Lafontaine, der Linke, der von rechts kommt

Multikultur und Rassismus von Eckhard Voss

Worum es dem Frankfurter Multikulturdezernenten Daniel Cohn-Bendit eigentlich geht, das zeigt sich vor allem in dem, was er nicht will: auf keinen Fall den Kollegen in der Ausländerbehörde ins Handwerk pfuschen. Ein Widerspruch? Nein. Auch 20 Jahre Multikulturalismus in Großbritannien haben den Rassismus nicht bekämpft, sondern ihm den Rücken freigehalten

(K)eine Wende von Günter Amendt

Die ebenso einfache wie komplizierte Beziehung eines bundesdeutschen Kommunisten zur DDR, gestern, heute, morgen

»Das gewaltige Werk des Nationalsozialismus« von Detlef Hartmann

Einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker dieses Jahrhunderts, eigenwilliger Kopf einer Kritik am gelehrten Marxismus – aus linker Sicht«, so beschrieb die »Zeit« im November letzten Jahres den Ruf, den der mittlerweile 9I-jäbrige Sozialphilosoph Alfred Sohn-Rethel unter Westeuropas Linksintellektuellen genießt. Kaum eine philosophische oder sozialwissenschaftliche Fakultät einer bundesdeutschen Universität, die ihre Studenten seit 20 Jahren nicht mit der Erkenntnistheorie und den Faschismusanalysen des Zeitgenossen und Bekannten von Adorno, Benjamin und Bloch traktiert hätte (nur Horkheimer wollte mit Sohn-Rethel nichts zu tun haben). Wie aber hatte der »Humanist und Sozialist, Gegendenker der leichtfüßigen Zeitgeistler aller Epochen« (»Zeit«) seine intimen Kenntnisse des Nationalsozialismus gewonnene Als »Marxist in der Höhle der Kapitalisten«, verknappte die »Zeit«, was Sohn-Rethel in der »FAZ« vom 13.12.89 so beschrieb »Von 1931 bis zum Jahr 1936 ... hatte ich als Assistent beim 'Mitteleuropäischen Wirtschaftstag' in Berlin die Möglichkeit, die Strategien des Großkapitals am Ende der Weimarer Republik und in den ersten Jahren des Dritten Reiches aus größter Nähe mitzuverfolgen.« Mitzuverfolgen? Detlef Hartmann hat untersucht, was Sohn-Rethel, bis er aus bislang nicht geklärten Gründen ins Ausland ging, in der »Höhle der Kapitalisten« trieb. Ergebnis seiner Recherchen: Alfred Sohn-Rethel ist der Verfasser wichtiger Strategiepapiere, die dazu dienten, sowohl die politische Allianz des deutschen Monopolkapitals mit Hitler als auch die ersten Etappen nationalsozialistischer Großraumpolitik vorzubereiten. Die diesen Texten zugrunde liegenden Kriterien prägen auch, kaum modifiziert, die Faschismustheorie, mit der Sohn-Rethel in den letzten Jahrzehnten schließlich reüssierte

Buch des Monats - »Harmonischer, glücklicher und fähiger« von Udo Sierck

Ludger Weß (Hrsg.): Die Träume der Genetik. Gentechnische Utopien von sozialem Fortschritt. Greno-Verlag, Nördlingen 1909, 227 Seiten, 36 Mark

»Dem fängt das Herz zu bubbern an« von Irene Meichsner

Mord an »mindestens 8.723 Menschen« wurde dem ehemaligen »Amtschef I« im Reichssicherheitshauptamt, Werner Best, von der Anklage zur Last gelegt. Im Juni des vergangenen Jahres ist er, der während des Polenfeldzuges für die Organisation der »Einsatzgruppen im Osten« zuständig war, gestorben – ohne daß die Justiz ihn für seine Taten zur Verantwortung gezogen hätte. Ein Lehrstück über die reibungslose Zusammenarbeit bundesdeutscher Gerichte mit ihren medizinischen Gutachtern

Sinn ohn´ Form: Selbstbestimmung und Schwangerschaft

Tödliche Ethik

Wider den tödlichen philosophischen LiberalismusDokumentation

»Das Konkrete ist natürlich böh« von Ronald M. Schernikau

Nachdem endlich alle alles sagen dürfen, wird jetzt auch über das beliebte Länderwechseln gesprochen. Ronald M. Schernikau, Schriftsteller, geboren 1960 in Magdeburg, war zuerst DDR-Bürger, dann BRD-Bürger, dann Westberliner, und ist jetzt wieder DDR-Bürger. Schweres Schicksal oder Curiosité?. Das Gespräch, das Thomas Blume, Redakteur der DDR-Zeitschrift »Temperamente«, am 18. Januar mit Schernikau führte, verlief in heiterstem Tone

Gefangene Poesie von Ingrid Strobl

Ein 1988 in Santiago de Chile erschienener Band mit Gedichten von fünf Frauen, die wegen Widerstands gegen die Pinochet-Diktatur inhaftiert sind, ist jetzt in deutscher Übersetzung erschienen

Kidney Wanted von Gisela Wuttke

Menschenkinder und Körperkolonien: Nachdem Gisela Wuttke in KONKRET 2/90 den schwunghaften Handel mit Kindern aus der 'Dritten Welt' beschrieben hat – »Kinder werden wie Kokosnüsse auf den Weltmarkt geworfen« – , beschäftigt sie

sich nun mit einer Konsequenz von Intensivmedizin und Transplantationstechnologie: dem internationalen Handel mit menschlichen Organen

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Schlachtfeld in Schönschrift von Georg Seeßlen
Bertrand Taverniers Film »Das Leben und nichts anderes« erzählt vom Verschwinden des Krieges aus dem Bewußtsein

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Platte des Monats - Knast oder Karriere von Diedrich Diederichsen
Verschiedene: Paranoia in der Straßenbahn – Punk in Hamburg 1977 - 83; Weird System /EfA

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 03/90, S. 4

von konkret

Ein Beispiel dafür, wie »Wiedergutmachung« im Journalismus funktioniert, hat die »Süddeutsche Zeitung« geliefert. Unter der Überschrift »Gegen die Pharisäer und Phrasendrescher« beschäftigt sich in ihrer Ausgabe vom 30. Januar dieses Jahres ihr Redakteur Josef Joffe mit der 1989 erschienenen Aufsatzsammlung »Ein Hauch von Nerz« des Essayisten und KONKRET-Autors Wolfgang Pohrt. Joffe ist begeistert: Mit seinen Texten habe Pohrt funkelnde Marksteine in die Landschaft des Block-Konformismus gesetzt, das scheinbar Tiefsinnige als Gefasel im Gewande der marktgängigen Gesinnung entlarvt und dabei die unvermeidlichen Widersprüche zwischen Ideal und Interesse, zwischen Wunsch und Konsequenz auf(gedeckt). Ein Beitrag der Textsammlung hat Joffe besonders beeindruckt:

In »Der frustrierte Verräter« nimmt sich Pohrt des 'Liedertexters' Michael Kunze an, der im Herbst 1988 ein langes Klagelied über die »Coca-Kolonisierung« der Bundesrepublik durch die amerikanische Popmusik angestimmt hatte. Das »sei eine fremde Subkultur«, erregte sich Kunze, und: »Je vollkommener es gelingt, die Deutschen an die anglo-amerikanischen Kultur-Big-Macs zu gewöhnen, desto höher die Profite der Mediengiganten.« Ein anderer hätte dem 'Liedertexter' vielleicht Profitneid oder schieres Ressentiment vorgehalten, nicht aber Pohrt.

Stattdessen zitiert er den Gauleiter Mutschmann aus dem Jahre 1943: Es ist »unerträglich, wenn immer wieder durch einzelne Musikveranstalter versucht wird, deutschen Menschen die entarteten Jazzschlager amerikanischen Ursprungs vorzusetzen... Es bedeutet Beleidigung und Schande für unser Volk, die Afterkultur der verjüdelten, vernegerten Jazzmusik anhören zu müssen.« Mag sein, daß Kunze diese Gegenüberstellung nicht verdient hat. Doch der Leser verdient es auf jeden Fall ~,u verstehen, daß Denkmuster nicht mit ihren Autoren aussterben, daß die Scheußlichkeiten von gestern sehr wohl an die Nachgeborenen vererbt werden können – auch wenn die nie von einem Mutschmann gehört haben.

Was der Leser aber vor allem verdient, ist zu verstehen, inwiefern dieses Lob des Ideologiekritikers, dessen vorrangige Aufgabe es sei, das Denken zu verbessern, einen Standard hochzuhalten, der. . . die Pharisäer entlarvt und die Phrasendrescher ernüchtert, selbst Ausdruck jener marktgängigen Gesinnung ist, deren Entlarvung es scheinbar das Wort redet. Um Joffe als den Pharisäer zu erkennen, gegen den er – unvermeidlicher Widerspruch zwischen Ideal und Bezahlung – sein Verdikt spricht, genügt es zu wissen, daß der Beitrag des 'Liedertexters' Michael Kunze, den Joffe jenen Scheußlichkeiten von gestern zurechnet, die sehr wohl an die Nachgeborenen vererbt werden können, unter dem Titel »Verschüttete Wirklichkeit. Die unaufhaltsame Coca-Colonisierung der Bundesrepublik« am 19. November 1988 in der »Süddeutschen Zeitung« erschienen war; daß die Redaktion des Blattes Wolfgang Pohrt um eine Antwort auf Kunze bat; daß Pohrt diese Antwort – eben jenen Text »Der frustrierte Verräter« – auch lieferte; daß die »Süddeutsche Zeitung« den Abdruck des Textes unter Hinweis auf die Passagen verweigerte, von denen sie heute meint, der Leser müsse mit ihnen auf jeden Fall bekanntgemacht werden; daß »Der frustrierte Verräter« daraufhin in KONKRET 3/89 erschien – und daß von all dem im Beitrag des Redakteurs Joffe selbstverständlich kein Wort zu finden ist. Wozu auch? Schließlich hat der sich mit der Unvereinbarkeit von Journalismus und Anstand nicht bloß abgefunden, er hat ein Programm draus gemacht: Ideologiekritik ist ein ewiger Kampf, weil die Menschen nie aufhören werden, . . . sich selbst und andere zu belügen.

Das Interview, der KONKRET mit Monika Berberich über den Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF für Heft 3/89 geführt hat, zeitigt späte Folgen. Es dient dem Paßamt der Stadt Frankfurt als ein Grund, Frau Berberich einen Reisepaß zu verweigern:

Aufgrund der mir vorliegenden von Ihnen gemachten Aussagen gegenüber der Zeitschrift »KONKRET«, Heft 3 März 1989, sowie insbesondere in einem Beitrag der Fernsehsendung »Panorama« am 11.4.1989 zum Thema Haftbedingungen/Hungerstreik ist ersichtlich, daß Sie für sich selbst die Möglichkeit des »bewaffneten Kampfes« weiterhin offenhalten, Sie sich also nicht vom Gedankengut der Terrorszene losgesagt haben.

Und wer sich nicht lossagt, darf nicht ausreisen, denn:

Ihre Aktivitäten stellen nicht nur eine Gefahr für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar, sondern sind auch in hohem Maße geeignet, daß internationale Ansehen der Bundesrepublik gravierend zu beeinträchtigen. Es schadet dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland, wenn ausländische Behörden im Zusammenhang mit der Bekämpfung des in ihren Ländern auftretenden Radikalismus auf deutsche Staatsbürger treffen, die die dortigen extremistischen Bestrebungen unterstützen wollen. Dadurch setzt sich die Bundesrepublik Deutschland dem Verdacht aus, die grundgesetzlich verbrieften Werte nicht nachdrücklich genug zur Geltung zu bringen. Dies ist aber eine erhebliche Belangbeeinträchtigung der Bundesrepublik Deutschland.

Orthographische Eigenheiten entstammen dem Original, weitere Auskünfte erteilt Herr Sorgenfrei, und Oberbürgermeister der Bankmetropole ist Volker Hauff (SPD): ein komplexer Fall von Multi-Kultur.

konkret 03/90, S. 6

an konkret

Ein Vorschlag

KONKRET 1/90: »Alles über Deutschland«

Es nützt ja nichts, sich noch länger was vorzumachen: An der Wiedervereinigung von BRD und DDR läuft nichts mehr vorbei. Irgendwann demnächst gibt es eine Volksabstimmung, und eine Mehrheit in beiden Staaten wird für ein »gemeinsames Deutschland« votieren. An den Argumenten dagegen hat sich zwar nichts geändert, aber ihre Wirksamkeit liegt unterhalb der Mehrheitsfähigkeit. »Das deutsche Volk« wird also seinen »gemeinsamen Staat« bekommen. Soll es.

Nur: Es werden eben weiterhin nicht alle wollen. Und da drängt sich die Frage auf, wie eigentlich in einer solchen Situation mit dem viel beschworenen Selbstbestimmungsrecht umgegangen werden soll, das ja nicht nur ein Recht von Mehrheiten ist, sondern auch eines von Minderheiten. Nehmen wir mal an, daß ca. 20% sich gegen eine Wiedervereinigung und gegen ein neues Großdeutschland aussprechen werden. Was wird dann Gerechtigkeit sein? Ca. 20%, das sind bei einer Gesamtbevölkerung von rund 78 Millionen im heutigen Gebiet von BRD, DDR und West-Berlin immerhin gut 15 Millionen Menschen – also ungefähr genau so viel, wie bislang in der DDR als zweitem deutschen Staat leben. Wenn es bislang aber – sagen wir ruhig: erzwungenermaßen – das Recht für 15 oder 17 Millionen Menschen gab, dem Nachfolgestaat des Dritten Reichs nicht anzugehören, warum soll es dieses Recht dann für 15 oder 17 Millionen andere Menschen auf freiwilliger Basis nicht mehr geben? Wohlgemerkt: Es geht um die freie Entscheidung! Wenn der Zwang, nicht anders als in einem geteilten Deutschland leben zu können, auf den Müllhaufen der Geschichte soll, dann darf er nicht durch den umgekehrten Zwang ersetzt werden, in einem vereinigten Deutschland leben zu müssen.

Machen wir ein faires Angebot: Alle, die ein wiedervereinigtes Deutschland haben wollen, sollen dieses bekommen. Und alle, die es nicht wollen, bekommen das Recht auf eine eigene Republik auf einem Territorium, das ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Bei unterstellten 20% (das wird sich erweisen müssen) sind das knapp 75.000 qkm, also in der Größe irgendwo zwischen Irland und Österreich – oder: Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg, Westpommern und ein Stück von Niedersachsen. Nennen wir es mal: Bunte Republik Nordanien. Den Firmennamen Deutschland darf die wiedervereinigte Mehrheit allein für sich beanspruchen.

Natürlich wirft das ein paar Probleme auf. Diejenigen, die in einem Großdeutschland nicht leben wollen, machen in dem einen Ort mal 7 % und in dem anderen Stadtteil mal 35 % aus, aber nur selten mehr als 50 %. Lösung eins wäre, Deutschland mit ein paar autonomen Republiken in St. Pauli, Bockenheim, Teltow, Kreuzberg, Rostock, Wendland, Günneby und anderswo zu durchsprenkeln – dort, wo die Ablehnungsfront gegen die Wiedervereinigung am stärksten ist. Dies würde allerdings dem Ordnungssinn der deutschen Mehrheit entschieden widersprechen und auch ansonsten sehr umständliche Regelungen heraufbeschwören. Die bessere Lösung zwei wäre darum: Nach der Volksabstimmung finden Verhandlungen über eine freiwillige Teilung Deutschlands und einen freien Abzug aller Wiedervereinigungswilligen in die eine und aller Großdeutschlandverweigerer in die andere Richtung statt. Für die Territorialverhandlungen werden keine Bedingungen gestellt außer dieser: Die jeweiligen Teile müssen in etwa dem Abstimmungsverhältnis entsprechen, und beide haben einen Anspruch auf freien Meereszugang – Nord- oder Ostsee, Sylt oder Rügen, das darf sich die Mehrheit aussuchen. Die Aus- und Übersiedlungsströme der letzten Monate von der DDR in die BRD beweisen, daß die unvermeidlichen Völkerwanderungen und Wohnungstausche durchaus in den Griff zu bekommen wären; sagen wir: mit einer Übergangszeit von zwei bis drei Jahren.

Dann aber hätten alle, was sie wollen: Die deutsche Volksmehrheit ihr wiedervereinigtes Deutschland mit (bitte schön!) Berlin, Leipzig, München, Dresden, Bayreuth, dem Kyffhäuser und Oberammergau, mit Schwarz-Rot-Gold auf allen Kanälen und Eisbein mit Sauerkraut in allen Kneipen – und wir, denen der Stempel im Paß so gleichgültig ist wie der Staub auf dem Mond, eine freie und bunte Republik irgendwo am Rande, in die kein Kohl und kein Vogel mehr reinzureden hätten, in der die Hafenstraße Hafenstraße bleiben und etlicher Beton wieder Wiese werden könnte. Eine freie Republik, die kein Militär gegen irgendjemand, aber Asyl für alle hätte.

Das wäre das einzig vernünftige Agreement, das mensch eine demokratische Lösung nennen könnte. Aber wer in der Mehrheit hat den Mut zur Demokratie?

Jürgen Reents Bundesvorstand DIE GRÜNEN Bonn

Zum Artikel von Michael Schilling aus KONKRET 1/90:

Vielleicht kennt Lenin die »deutschen Revolutionäre« doch besser, als Michael Schilling meint, wenn er behauptet, Lenin habe mit seiner Aussage, die Deutschen kauften sich erst Fahrkarten, bevor sie den Bahnsteig stürmen, geirrt.

Lenin irrte lediglich in der Reihenfolge:

Zwar haben es die »deutschen Revolutionäre« entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten wirklich über's Herz gebracht, den Bahnhof zu stürmen.

Dafür plagt sie jetzt das schlechte Gewissen, und sie stürmen im nachhinein den Fahrkartenschalter, um ihre Fahrkarten Richtung BRD (einfach), dem »Goldenen Westen« zu lösen.

Michael Meisinger Homburg/Saar

Lieber Hermann L. Gremliza,

bald zehn Jahre sind es her, daß ich mein KONKRET-Abo kündigte, Deiner ewig das gleiche verkündigenden Leitartikel leid. Sporadisch nur las ich Deine Zeitschrift in diesen Jahren.

Erst als der DDR-Sozialismus zu bröckeln begann, griff ich wieder öfter nach KONKRET. Immer noch findet viel meinen Widerspruch, aber eben auch wieder mehr meine Zustimmung, da fast die ganze Republik im Chauvinismus taumelt.

Die Begründung Deines Parteiaustritts hat mich rumgekriegt: Zum 1.4.1990 will ich KONKRET wieder regelmäßig im Abonnement lesen, zu den üblichen Konditionen.

KONKRET muß unterstützt werden, und es macht auch wieder Spaß.

Ernst-Joachim Regier Assenheim

Verhökerer

KONKRET 2/90 »Stunde Null«, Wolfgang Schneider über den chauvinistischen Agitator Augstein

Zunächst einmal möchte ich Ihnen für den Artikel über den Chauvinisten Augstein danken. Wie alt müssen wir in diesem Zirkus der Medienöffentlichkeit werden, um solche Zusammenhänge zu kennen und wachzuhalten?

Die nationalistische Großspurigkeit dieses Verhökerers von Warenreklame und sein beflissenes Überbieten industrieller Eroberungsgelüste gehören wohl zusammen bei dieser Schranzenexistenz. Wenn er international ein verheerendes Bild von journalistischer Verantwortung abgibt, stört ihn das offensichtlich überhaupt nicht. Das läßt auf allerlei schließen.

Als kleines Dankeschön für Ihre Februar-Ausgabe schicke ich Ihnen einen Text von Ödön von Horvath mit, den dieser wenige Jahre vor seinem Tode geschrieben hat, also in den 30er Jahren. Er bezieht sich natürlich auf die Usurpation der Macht durch die Nazis.

Die zweite Revolution

Gestern war Revolution. Endlich! Die Minister wurden eingesperrt, den Verkehrsminister traf der Schlag vor Freude, der Innenminister wurde verprügelt in einem Keller, (der Kriegsminister war immerschon dabei), der Ministerpräsident floh über die Grenze. Endlich, endlich!

Es herrscht ein gewaltiger Jubel. Das Volk tanzt auf den Straßen und marschiert hin und her. Überall werden die alten Flaggen zerrissen und verbrannt, die neuen feierlich gehißt.

Das Militär präsentiert der neuen Fahne.

Der Führer hat Tränen in den Augen.

Die alte Frau Hatschmaier hat vor Freude der Schlag getroffen.

Endlich, endlich, hat es das Volk erreicht!

Verschwunden waren die Kasten, die Klassen. Es gab nur ein Volk! Verschwunden die falschen Götter, nie Zivilisation!

Man kannte nur eine Nation.

Es gab zwar welche, die sagten, wieso ist das Volk geeint, wieso gibt es Gleichheit und Brüderlichkeit und Freiheit, wo doch manche viel Geld haben und manche nichts?

Sie wurden kurzerhand erschlagen, die dies behaupteten.

Ödön von Horvath

»Die stille Revolution«

Kleine Prosa – Suhrkamp tb 254, 1975

Wolfgang Marquis Mülheim

konkret 03/90, S. 8

A.M. Rosenthal

Laßt uns vom deutschen Gestern hören

Daß der Generalsekretär der CDU und der Vorsitzende der SPD den 9. November, den das Gedächtnis einer besseren Menschheit als den Tag der »Reichskristallnacht« bewahrt, zum Nationalfeiertag der Deutschen erhoben sehen wollen, ruft im neuen Deutschland nur beifälliges Grunzen hervor. Die erste große gewaltlose »Revolution« in der Geschichte, die eben nur Deutsche vollbringen konnten, war tatsächlich eine Revolution der Geschichte: Ein Volk, das so gut und mutig und friedlich ist wie das aus Leipzig und anderen »Heldenstädten«, hat es endlich verdient, von nichts mehr zu wissen und sich an nichts mehr erinnern lassen zu müssen. Viele schweigen, weil sie es sich mit den Vertretern der aufstrebenden Weltmacht Deutschland nicht verderben wollen. Einer, der nicht schweigt, ist Abraham Michael Rosenthal, geboren 1922 in Kanada, Pulitzer-Preis-Träger, bis vor drei Jahren Chefredakteur der »New York Times«, in der er Anfang Februar den Aufruf »Let's Keep Hearing About the German Yesterday« veröffentlichte, den wir hier in deutscher Übersetzung wiedergeben – als Beispiel für eine Haltung, vor der die Attitüde der neuen Großdeutschen noch erbärmlicher erscheint, als sie schon ist. HLG

Ich suche in den endlosen Zeitungskommentaren über die deutsche Welle, die in Richtung Vereinigung rollt, aber ich kann keines der Wörter finden, die ich suche. Ich höre sie nicht in den monotonen Vorträgen der Experten, die das Fernsehen aufgetrieben hat, und nicht in den sonntäglichen Talkshows über die Vereinigung, die nur eine Frage der Zeit sei, sehr kurzer Zeit jetzt. Und wenn die Führer so vieler Nationen ihre sorgfältig gedrechselten Statements abgeben über den Willen des deutschen Volkes, der geachtet werden müsse, finde ich auch darin die Wörter nicht.

Dies sind einige der Wörter: Jude, Auschwitz, Rotterdam, polnische »Untermenschen«, Leningrad, Sklavenarbeit, Krematorium, Holocaust, Nazi.

Seltsam, wie nur das Aussprechen der Wörter, die doch wenigstens so sehr Teil der deutschen Geschichte sind wie der jüdischen, polnischen, holländischen oder sowjetischen, schon als unangemessen gilt, als vulgär, emotional, wirklich nicht passend für eine anständige politische Diskussion über Deutschland.

Warum nicht? Sind sie nicht immer noch Bestandteil jedes europäischen, amerikanischen, sowjetischen Bewußtseins, Teil der Erinnerung? Haben nicht die beiden früheren deutschen Vereinigungen zu Krieg geführt? Steckt nicht in Millionen Köpfen und Herzen die Furcht, daß die Fratze des vergangenen Alptraums das Gesicht der Zukunft sein könnte?

Sprechen nicht dieselben Führer, die mit solcher Freundlichkeit über die heutigen zwei Deutschlands reden, manchmal im persönlichen Gespräch von ihrer Besorgnis über das eine Deutschland von morgen?

Letzten Freitag endlich hat der sowjetische Außenminister Eduard Shevardnadze die beängstigende deutsche Vergangenheit zum Thema gemacht. Er rief auf zu einer weltweiten Diskussion der Vereinigung – ein Vorschlag, den der westdeutsche Kanzler Helmut Kohl sofort zurückwies. Die sowjetische Deutschlandpolitik ist immer noch verschwommen und unentschieden, aber Shevardnadze gereicht sein Vorschlag zur Ehre.

Nein, man muß sich nicht entschuldigen, wenn man die verborgenen Wörter nennt; man muß sich nicht entschuldigen, wenn man verlangt, daß sie eine Rolle spielen, wenn über Deutschlands Zukunft gesprochen wird. Die Wörter verborgen zu halten hieße, die Toten ein zweites Mal zu ermorden, durch Vergessen.

Und den jüngeren Deutschen, die das neue Deutschland führen werden, erwiese man einen sehr schlechten Dienst, wenn man sie verleiten würde zu glauben, daß sie oder der Rest der Welt diese verborgenen Wörter vergessen sollten oder könnten.

Lassen wir uns nicht einschüchtern von dem weinerlichen Argument, die Erinnerung an die Wahrheit der Vergangenheit bedeute, den deutschen Söhnen und Töchtern die Schuld für die Sünden der Väter und Mütter zu geben. Es ist ekelhaft, wenn dies mit dem Rassismus der Nazis gleichgesetzt wird.

Im übrigen leben viele der Väter noch. Ich persönlich würde mit der Vereinigung lieber noch weitere 20 oder 30 Jahre warten, bis sie zu Gott, oder was immer sonst sie erwartet, eingegangen sind.

Aber die meisten reden so, als ob der deutsche Wunsch nach Wiedervereinigung so stark und moralisch mächtig sei, daß es eine Sünde wäre, damit zu warten, bis die ganze Nazi-Generation vorm Jüngsten Gericht steht.

Irgendwann wird eine neue Generation Deutscher die vielleicht mächtigste Nation der Welt regieren. Jungen Deutschen kann nur geholfen werden, wenn sie verstehen, daß die Ängste so real sind wie offene Wunden, die noch bluten. Ihre Aufgabe wäre es, die Ängste zu beseitigen, wenn sie können, und nicht so zu tun, als existierten sie nicht oder wären nicht der Rede wert.

Sie können nicht einfach bloß sagen: Vertraut uns.

Nazi-Deutschland hat ihnen die Verantwortung auferlegt, zu beweisen, daß sie sich emotional ganz und gar von einer Vergangenheit gelöst haben, die bösartiger war als alles, was Menschen sich vorstellen können. Das mag eine Last sein, aber viel leichter als die, welche die Kinder der Opfer des deutschen Gestern zu tragen haben.

Diese Dinge müssen gesagt werden.

Und es ist an der Zeit, daß wir aufhören, unseren politischen »Führern« zu erlauben, für uns zu sprechen. Nach Charakter und Position sind das Leute, die oft glauben, es sei in ihrem nationalen oder persönlichen Interesse, Empfindungen zu verbergen und Tatsachen zu verschleiern. Wollen die Amerikaner es, um Himmels Willen, wirklich dem State Department überlassen, zu entscheiden und auszusprechen, was wir Deutschlands wegen fürchten oder hoffen?

Ich möchte viel lieber von Autoren hören, die den Mut haben, über das Deutschland von Gestern zu schreiben – unter ihnen, in Amerika, John Hersey, I. B. Singer, Cynthia Ozick, Lucy Davidovicz, Elie Wiesel, Saul Bellow, William Styron. Ich möchte gerne von anderen Talentierten und Angesehenen hören – Mailer, Wolfe, Talese, Heller, Miller, Roth, Doctorow, McMurtry; machen Sie Ihre eigene Liste. Und von Geistlichen und Pfarrern, Wissenschaftlern, Studenten, Führern der Schwarzen, Konservativen, Feministinnen.

Werden sie schweigen, während eine der wichtigsten Weichen der Geschichte gestellt wird, zu einem Zeitpunkt, da ein neues und unbekanntes Deutschland hervorwächst – aus einiger vernünftiger Hoffnung für die Zukunft und einer großen, vernünftigen Angst vor der Vergangenheit? Gibt es irgendetwas Wichtigeres zu beschreiben, zu bereden und zu bedenken?

konkret 03/90, S. 10

Gregor Gysi

»Unzulässige Atmosphäre«

Eigenständigkeit der DDR? Demokratischer Sozialismus? Gibt's da noch was zu retten? KONKRET sprach mit PDS-Chef Gregor Gysi über die »deutsche Arroganz« der alten Partei- und Staatsführung, über verpaßte Chancen und gegenwärtige Herausforderungen, über das reaktionäre Potential im Land und die Möglichkeiten der Perestroika, über Illusionen über die Auswirkungen der Wiedervereinigung und darüber, daß »diese Zivilisation untergeht, wenn wir keinen Dritten Weg finden« Gespräch mit Gregor Gysi

KONKRET: Herr Gysi, wir führen unser Gespräch heute im ehemaligen ZK-Gebäude der SED, weil Sie bei Ihrem Besuch in Hamburg vor ein paar Tagen keine Zeit hatten. Sie mußten der »Bild«-Zeitung ein Interview geben.

Gysi: »Müssen« ist natürlich übertrieben, aber ich habe es getan, weil die »Bild«-Zeitung mir eine Reihe wichtiger Gespräche in Hamburg organisiert hat, sowohl bei der Handelskammer, als auch mit Politikern, von denen ich meinte, daß sie möglicherweise nützlich für die weitere Entwicklung in der DDR sein könnten. Und wenn die Lage in der Bundesrepublik nun mal so ist, daß grade diese Zeitung einem solche Gespräche vermitteln kann, dann muß ich das halt zur Kenntnis nehmen. Im übrigen soll die »Bild«-Zeitung inzwischen auch eine große Verbreitung in der DDR haben.

KONKRET: Eine Million Exemplare in der DDR?

Gysi: Irgendsowas haben sie erzählt, ja.

KONKRET: Hätten führende SPD-Leute, etwa Herr Voscherau, ohne das Eingreifen der »Bild«-Zeitung nicht mit Ihnen gesprochen?

Gysi: Das war offensichtlich kompliziert, da die SPD der Bundesrepublik zwar sehr gute Beziehungen zur Partei Erich Honeckers hatte, mit der sich erneuernden Partei des Demokratischen Sozialismus aber große Kontaktschwierigkeiten hat und so ohne weiteres zu Gesprächen nicht bereit ist. Es bauen sich vielleicht ganz allmählich wieder bestimmte Kontakte auf, die ich einfach deshalb für wichtig halte, weil Politik von konservativen und rechten Kräften in der DDR und der Bundesrepublik immer größere Übereinstimmung erzielt, und alle Parteien und Kräfte, die zumindest sozial denken, bis hin zu jenen, die sozialistisch denken, versuchen müßten, einen bestimmten Konsens zu finden, um Entwicklungen zu verhindern, die sich zum Nachteil der, ja, wie sagt man...

KONKRET:... früher: Arbeiterklasse, die Sozialdemokraten würden sagen: »der kleinen Leute«...

Gysi: ... der kleinen Leute? Nein, das kann ich nun gar nicht leiden. Also wenigstens größeren Schaden zu verhindern oder ihn zu mindern – man muß ja realistisch an die Dinge herangehen, und es gibt noch ne ganze Menge zu retten.

KONKRET: Das ist nun schon ein sozialdemokratisches Programm: Schadensbegrenzung bei der Überführung der DDR i4 eine kapitalistisch organisierte Gesellschaft. Ein weiterer Ausdruck dafür, daß der reale Sozialismus, ein historischer Versuch, der unzählige Opfer gekostet hat, für alle sichtbar zu Ende ist. Sie haben sich als Mitglied der SED mehr als zwei Jahrzehnte lang an diesem Experiment beteiligt. Warum haben Sie das getan, und wann ist Ihnen klargeworden, daß das scheitert?

Gysi: Die SED war nie so einheitlich gestrickt, wie es jetzt dargestellt wird. Es war, beispielsweise, diese Partei, die Filme wie »Das Kaninchen bin ich« oder »Die Spur der Steine« verboten hat, aber es waren auch Mitglieder dieser Partei, die diese Filme gedreht haben. In dieser Partei gab es immer unterschiedliche Strömungen. Viele Mitglieder haben frühzeitig erkannt, daß der Weg in eine falsche Richtung läuft oder daß es zumindest ernsthafte Strukturmängel gibt. Aber das war zumeist kein alternatives Denken, sondern ein Nachdenken darüber, wie man das möglicherweise korrigieren kann.

Richtig deutlich wurde die Fehlentwicklung erst 1985, als die Umgestaltung in der Sowjetunion begann und damit ja auch der Weg zu einem demokratischen Sozialismus für die DDR eröffnet wurde. Davor waren allzuviele Abweichungen vom sowjetischen Weg ja objektiv gar nicht möglich. Aber seit diesem Zeitpunkt hätte man in Übereinstimmung mit der KPdSU versuchen können, natürlich eigenständig und unter Berücksichtigung der DDR-Spezifika, eine Perestroika durchzuführen, Glasnost einzuführen, und von der Partei aus, meinetwegen auch von der Spitze der Partei aus, eine wirkliche demokratische Umgestaltung einzuleiten. Wenn man das getan hätte, wären wir heute nicht in der Krise, in der wir sind, und es bestünden viel günstigere Chancen, die Eigenstaatlichkeit und Eigenständigkeit der DDR auf eine längere Zeit zu erhalten und sich als souveräne DDR an der Einigung Europas zu beteiligen.

Damals wurde vielen Mitgliedern der Partei klar, daß die Ablehnung einer Umgestaltung nicht lange gutgehen konnte, und sie begannen, die notwendigen Schritte einer Veränderung zu diskutieren. 1987 und 1988 begann diese Diskussion in den Grundorganisationen dramatisch zu werden. Da war das Verhältnis zwischen Parteibasis und Parteiführung stark gestört. Das hat man zwar draußen nicht so sehr mitbekommen, aber wer das miterlebt hat, weiß, daß die Diskussion in den

Grundorganisationen mit dem, was dann in der Führung entschieden wurde, nichts mehr zu tun hatte. Es war also nicht eine Konfrontation: Parteilose gegen die Partei, sondern: Parteiführung gegen den Rest.

KONKRET: Sie machen das Jahr 1985, die Ausrufung der Perestroika in der Sowjetunion, die dort eingeleitete Wende, zum Stichpunkt für die Beurteilung der Frage, wann und wie da was schiefgelaufen ist?

Gysi: Ja. Aber natürlich liegt schon der entscheidende Punkt im Stalinismus, der unmittelbar der revolutionären Phase nach 1917 folgte. Da sind die Weichen gestellt worden, das hat dann auch die Struktur der KPD bestimmt in den 20er, 30er Jahren, das hat dann auch die Strukturen in der DDR, in der SED bestimmt. Aber der Zeitpunkt, an dem die Eigenständigkeit der Partei in einem hohen Maße möglich war, das war 1985, da hat sie die ihr gebotene Chance – ich muß schon sagen: – konterrevolutionär vertan, statt sie revolutionär zu nutzen. Auch mit deutscher Arroganz – denn sie hat ja wissentlich einen Zwei-Fronten-Krieg eröffnet gegen die Perestroika und gegen den Westen. Sie hat zum Beispiel die Anzahl der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit 1985 sprunghaft erhöht – nicht, weil der Klassenfeind als so viel feindlicher angesehen worden ist, der hat sich ja in dieser Zeit nicht so wahnsinnig geändert, sondern...

KONKRET:... er hatte sich um eine Moskauer Fraktion vermehrt.

Gysi: So wurde dies offensichtlich gesehen.

KONKRET: War denn die Haltung der alten SED-Führung nicht verständlich, wenn man davon ausgeht, daß die Ausrufung der Perestroika tatsächlich der Beginn der Beerdigung des Experiments »realer Sozialismus« war?

Gysi: Ja, wenn man das so sieht, ist das richtig; wenn man den stalinistischen Sozialismus für den realen hält, den man erhalten muß, dann ist es natürlich konsequent.

KONKRET: Oder wenn man ihn für die einzige bekannte gesellschaftliche Ordnung hält, in der der Kapitalismus real abwesend ist.

Gysi: Das ist ein bißchen wenig. Wenn man damals akzeptiert hätte, daß die stalinistischen Strukturen nunmehr mit aller Konsequenz zu brechen und neue demokratische Strukturen bei Abwesenheit des Kapitalismus aufzubauen sind, und zwar sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik, dann hätte eine Chance bestanden, damals sogar eine günstigere als in der Sowjetunion, denn erstens war das hier viel übersichtlicher, zweitens gab es keine Nationalitätenprobleme und drittens gab es eine andere ökonomische Ausgangslage. Also es wäre auch viel leichter gewesen, bestimmte Dinge zu organisieren, die natürlich in einem Riesenland wie der Sowjetunion ganz schwer zu gestalten sind.

Damals hätte man sich auch noch viel vernünftiger überlegen können, inwieweit zum Beispiel eine internationale Arbeitsteilung wirklich erforderlich ist, also wie weit Joint Ventures in welchen Proportionen nötig sind und wie groß die Dominanz an Volkseigentum, an genossenschaftlichem Eigentum sein muß. Es hätten Möglichkeiten bestanden, aus dem Staatseigentum wirklich Volkseigentum zu machen, also auch Anteilseigentum der Belegschaft, die Arbeiter also ganz anders als Produzenten mit dem Eigentum zu verbinden. Das sind doch alles die Dinge, die wir jetzt teuer bezahlen – daß es zum Beispiel keine wirkliche emotionale und ökonomische Verbindung zwischen den Produzenten und ihren Betrieben gibt. Aber damals hätten günstigste Bedingungen dafür bestanden, wenn man die Dinge strategisch und auch taktisch durchdacht und in Angriff genommen hätte. Das ist alles abgeblockt worden.

KONKRET: Die Chance, die Souveränität der DDR zu bewahren, wäre damals gewiß größer gewesen. Hätte das auch für die Chance einer nicht-kapitalistischen Entwicklung gegolten?

Gysi: Ja. Ich bin ja nach wie vor ein Anhänger des demokratischen Sozialismus und gehe davon aus, daß das eine Gesellschaftsordnung ist, die sich durchsetzen wird. Ich kann Ihnen natürlich nicht sagen, wann. Wir hatten im real existierenden Sozialismus eine Phase, die wird jetzt als zentralistisch-administrativ bezeichnet, man konnte sie auch als feudalistisch oder absolutistisch bezeichnen: Die Macht hatte sich immer mehr in den Händen eines Mannes konzentriert, fast alles war zugeschnitten auf seine Person, und wenn er was wollte, dann war das so gut wie Gesetz. Wenn er sagte: Raus aus dem Gefängnis!, dann war der Gefangene auch in ein oder zwei Stunden draußen – also es konnte auch etwas Nettes dabei herauskommen, wie das ja immer bei Monarchen der Fall ist.

Das hing in der Anfangsphase objektiv mit der Notwendigkeit der Industrialisierung zusammen. Der Feudalismus hatte seine historische Mission, die Industrialisierung bis zu einem Stand zu führen, in dem kapitalistische Verhältnisse eingeführt werden müssen, in Rußland noch nichtvollendet. Also haben sich nach der Revolution solche Strukturen herausgebildet. Für diese erste Phase kann man möglicherweise Stalin nicht mal übelnehmen, daß er ein König war, sondern nur, daß er kein guter war.

Und jetzt kommen wir offensichtlich in die nächste Phase des Sozialismus, die man auch als marktwirtschaftliche bezeichnen kann, bevor dann die, wie ich meine, dritte Phase folgt, die sich dem Kommunismus nähert. Die Industrialisierung ist erreicht, und nun muß die Effektivität erreicht werden. Und wenn man es schafft, sie mit einer starken sozialen und ökologischen Komponente zu versehen, dann kann das die nächste Etappe vorbereiten. Denn es ist natürlich

eine Illusion zu glauben, daß es in den westlichen Industrieländern, in denen überall eine ziemlich hohe Effektivität der Wirtschaft erreicht worden ist, eine Annäherung an die Lösung der globalen Menschheitsprobleme gibt.

KONKRET: Die Planwirtschaft in den realsozialistischen Staaten mag so schlecht funktioniert haben, wie wir das jetzt hören und sehen. Daß aber die Marktwirtschaft sich in irgendeinem humanen Sinn als effektiv erwiesen hätte, ist eine Irreführung. In dem Teil der Welt, den die Marktwirtschaft beherrscht, hat sie in einer handvoll Länder großen Luxus angehäuft zu dem Preis, daß im Rest der marktwirtschaftlich organisierten Welt gehungert und elend dahinvegetiert wird. Die Propaganda, die jetzt so tut, als müßten alle Länder nur die Marktwirtschaft einführen, damit sie so reich würden wie die BRD, ist natürlich schwachsinnig. Der Sowjetunion, Polen oder der DDR steht nicht der Rest der Welt zur Verfügung, den sie ausbeuten können.

Gysi: Das ist es ja, was ich sage: Wir brauchen objektiv einen dritten Weg. Wenn wir ihn nämlich nicht finden, geht diese Zivilisation unter. Der Mechanismus ist ganz einfach: Die herrschenden Interessen sind bisher gegen die Interessen der Menschheit gerichtet: gegen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung für die Dritte Welt, Umweltschutz und Abrüstung. Das erfordert einen ungeheuren Kampf, und daran wird die Menschheit zugrunde gehen, wenn sie es nicht schafft, ein System zu finden, in dem herrschende Interessen und Menschheitsinteressen sich annähern.

KONKRET: Das ist so weit weg von den Problemen...

Gysi: Nein, das ist nicht so weit weg von den Problemen. Ich will Ihnen ein ganz konkretes Beispiel nennen: Es geht schon los mit den Fragen der Souveränität. Wenn nun mal in einem Staat ein Großteil der Urwälder dieser Welt liegt und dieser Staat in Ausübung seines Souveränitätsrechts diese gesamten Wälder abholzt, kann ihn heute niemand hindern; das ist völkerrechtlich nicht machbar. Betroffen aber ist die ganze Welt davon. Da stellen sich doch einfach bestimmte Fragen neu. Man kann doch das nicht einfach wegwischen und sagen, naja, haben wir Pech gehabt.

KONKRET: Das Abholzen der Wälder hat sehr viel mehr mit der Souveränität des Konsums in den kapitalistischen Ländern zu tun.

Gysi: Genau. Und die andere Frage ist, mit welchem Recht eigentlich in den führenden westlichen Ländern auf Kosten anderer Länder gelebt wird? Haben die anderen Länder tatsächlich kein Recht, sich da einzumischen? Also hin wie her wird ja die Abhängigkeit in bestimmter Hinsicht größer, und das führt zwingend dazu, daß man sich über bestimmte Fragen auch neue Gedanken machen muß...

KONKRET: Die Frage wird sich spätestens dann stellen, wenn klar wird, daß eines der zukünftigen Länder der Dritten Welt über ein riesiges Atomwaffenarsenal verfügt, präzise: wenn die Sowjetunion merkt, daß ihr Versuch, über die Perestroika den Anschluß an die Erste Welt zu finden, scheitern wird, und die Grenze zwischen Erster und Dritter Welt an der Oder verläuft...

Gysi: Ich befürchte, daß es welche gibt, die erklären werden, daß die Oder nicht genügt.

KONKRET: Die Welt erlebte jedenfalls zum ersten Mal ein militärisch nicht schutzlos preisgegebenes Dritte-Welt-Land.. .

Gysi: Sie werden jetzt von mir keine Prognose hören, die darauf abzielt, daß die Perestroika scheitert. Wie sie sich weiterentwickelt, wird sich in den nächsten Monaten entscheiden. Ich gebe ihr eine gute Chance, weil sie vom Ansatz her tatsächlich besser in der Lage ist, die globalen Probleme zu lösen. Für mich ist das zum Beispiel, wenn wir mal die Wirtschaft nehmen, eine Frage von Proportionen. Ich glaube nämlich, die richtige Mischung aus Volkseigentum, meinetwegen Staatseigentum noch, Anteilseigentum im Sinne von wirklichem genossenschaftlichen Eigentum, gemischte Eigentumsform und Privateigentum könnte für eine bestimmte

Phase tatsächlich eine Lösung aktueller Probleme sein, und zwar aus folgendem Grunde:

Die Interessen sind in den Eigentumsformen unterschiedlich, bei einem wirklichen Anteilseigentum ist das soziale Interesse immer größer, d.h. die Mitglieder werden immer dazu tendieren, den erzielten Gewinn für sich zu nutzen. Bei Privateigentum ist das Interesse am Gewinn, der Investitionen ermöglicht, immer größer als an Sozialleistungen. Und wenn jetzt die Proportionen stimmen, könnte es zu folgendem Interessenausgleich kommen: Die Genossenschaften werden gezwungen zu investieren, um konkurrenzfähig zum Privateigentum zu bleiben, Privateigentum wird gezwungen, sozial zu bleiben, weil es sonst auf dem Markt der Arbeitskräfte nicht bestehen kann. Dasselbe gilt für das Volkseigentum, das sich dabei einordnen kann, das dann ja auch eine Art Anteilseigentum ist und zudem noch die Möglichkeit besitzt, über den eigenen Betrieb hinaus soziale Leistungen einzubringen, auch Umschulungsprogramme etc.

KONKRET: Gegen die Schwierigkeiten dieses Programms war ja die Oktoberrevolution eine Fingerübung.

Gysi: Aber die Weltlage sieht doch im Augenblick so aus. Man kommt ja gar nicht umhin. Ich würde mir ja auch erträumen, daß ganz andere Eigentumsformen alleine Bestand hätten, aber man muß den Stand der internationalen Arbeitsteilung erstmal nehmen, wie er ist, und versuchen, sich neue Gedanken zu machen, wie bestimmte Proportionen und

damit bestimmte Eigentumsformen und damit auch soziale Leistungen und Sozialismus zu retten sind. Zumindest von seinen Ansätzen her und in seinen Entwicklungschancen. Das ist das, was Herr Kohl nicht will.

KONKRET: Auch Herr Vogel nicht.

Gysi: Nein, auch Herr Vogel nicht.

KONKRET: Es ist nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, den Kapitalismus zu bekämpfen, sondern ihn gegenüber den Produzenten zu verteidigen. Aber was Sie hier vorschlagen, setzt voraus, daß es für die Lösung dieser Probleme viel Zeit gäbe, und das nimmt uns die Gelassenheit, die Sie ausstrahlen. Man kann über all das ja reden, und es ist auch schon viel darüber geredet worden, bloß: Wer gibt Ihnen die Zeit für das, was Sie sich da vorgenommen haben?

Gysi: Ich weiß nicht, ob es unzulässig ist, Ideen zu entwickeln, selbst wenn man nicht sieht, wo die Zeit ist, in der man sie verwirklichen kann. Ich kann nichts anderes unternehmen als den Versuch, eine möglichst große Zahl von Menschen davon zu überzeugen, einen bestimmten Druck auf die gesellschaftliche Entwicklung auszuüben. Da geht es auch darum, die Eigenständigkeit und Eigenstaatlichkeit einer DDR zu erhalten, die dann in der Lage wäre, nicht nur solche Gedanken, sondern den Beginn solcher Proportionen einzubringen.

KONKRET: Die Chancen stehen schlecht, sehr schlecht.

Gysi: Weil die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik natürlich letztlich die Weichen stellt. Aber ich glaube immer noch ein bißchen, daß die Rechnung doch aufgeht, weil es viel Ernüchterung gibt, auch im Volk der DDR. Noch bestehen massenhaft Illusionen über die Wiedervereinigung. Aber was passiert, wenn diese Illusionen nicht in Erfüllung gehen? Was werden die Menschen dann tun? Werden die dann nur enttäuscht sein, oder werden sie auf ihre Art dann mit diesen 40 Jahren Erfahrung, einschließlich der Deformationen und allem, was es gegeben hat, doch auf eine ganz bestimmte Weise Druck ausüben, der irgendwann vielleicht auch mal zu neuem ökonomischem Denken und Handeln zwingt? Und dann kann es doch nicht schaden, wenn man das schon mal alles im Kopf hat.

Gesellschaftliche Prozesse werde ich nicht ändern und nicht verhindern, darüber bin ich mir im klaren. Aber wenn man versucht, sie zumindest vorherzusehen, dann muß man sich natürlich auch auf veränderte Bedingungen einstellen, und die werden sich verändern, sie werden nicht so bleiben, wie sie gegenwärtig sind. Denken wir bloß mal an die Sache mit der Währungsunion, was das bedeuten würde: daß wir innerhalb von einem Monat hunderttausende Arbeitslose hätten, weil natürlich ein großer Teil der Betriebe sofort dichtmachen müßte, weil sie dann ja nicht mehr gewinnbringend produzieren können. Das nicht zu sagen, als Politiker, aus wahltaktischen Gründen – das geht mir schon ein bißchen zu weit.

KONKRET: Sie haben gefragt, was passiert, wenn die Illusionen zusammenbrechen, und schöpfen daraus Hoffnung, daß dann auch positive Erfahrungen mit 40 Jahren DDR eine Rolle spielen werden. Nun findet man schon heute kaum noch ein führendes Mitglied der PDS, das an irgendetwas, das die SED in vierzig Jahren gemacht hat, ein gutes Haar ließe: Alles war falsch, alles schlimm, alles so, daß man sich dafür täglich dreimal im Westfernsehen entschuldigen muß. Daß auch vieles richtig war, daß vieles Schlimme auch von außen mit aller Macht herbeigezwungen worden ist, daß der Versuch Sozialismus auch an einer aggressiven Umwelt gescheitert ist – das traut sich keiner mehr zu sagen. Als hätten beispielsweise böswillige DDR-Politiker Mauer und Stacheldraht aus Jux und Dollerei hochgezogen.

Gysi: Daß die Beurteilungen, die jetzt durchgeführt werden, historisch nicht gerecht sind, hängt auch mit der gesamten Stimmung zusammen. Der Eindruck, den Sie haben, mag richtig sein, aber das hat auch mit der Aufgabe zu tun, die sich diese Partei gestellt hat: sich radikal zu einer demokratischen, aber auch sozialistischen Partei zu erneuern. Deshalb bleiben wir massiven Angriffen ausgesetzt, und zwar von allen Seiten, von links bis rechts, und sind permanent in einer Verteidigungssituation. In dieser Verteidigungssituation geschieht natürlich auch etwas Irrationales: Man hält das Problem der Geschichtsbewältigung für eine Frage der völligen Abgrenzung. Das ist richtig, wo es um die stalinistische Struktur geht, und es ist nicht richtig, wenn darunter die politische Beurteilung von Entscheidungen und Situationen und Persönlichkeiten fällt. Da muß man differenzieren.

KONKRET: Wenn nun die Illusionen der DDR-Bevölkerung über die Auswirkungen der Wiedervereinigung zerbrechen – wird dann nicht statt positiver Erinnerungen an vierzig Jahre Realsozialismus etwas ganz anderes durchbrechen? Uns jedenfalls scheint das nationalistische, reaktionäre, auch rassistische Potential in der DDR beträchtlich. Wie erklären Sie sich das?

Gysi: Zunächst einmal war unser Bildungs- und Erziehungswesen nicht auf Toleranz und Humanismus ausgerichtet, eher auf Intoleranz, wenn auch anderer Richtung – aber eine einmal anerzogene Intoleranz kippt ganz schnell auch um. Hinzu kam, daß man glaubte, zu Toleranz zu erziehen, indem man verschweigt: Jahrzehntelang waren in den Schulen in der DDR, in den Bildungseinrichtungen, Themen wie Homosexualität, Juden und anderes völlig tabuisiert. Es hat auch niemand was Böses über sie gesagt, es gab das einfach nicht. Aber die Vorstellung, daß das Verschweigen solcher Fragen zur Toleranz erzieht, ist eine völlige Fehleinschätzung.

Es sind auch falsche Werte gesetzt worden. Es ist in bestimmten Phasen eine Intelligenzfeindlichkeit erzeugt worden, die freilich in Deutschland immer schon eine große Rolle gespielt hat, also kann ich den Verantwortlichen nur den Vorwurf machen, daß sie nicht mit aller Kraft, als sie die Möglichkeit dazu hatten, etwas dagegen gesetzt, sondern es geduldet und zum Teil gefördert haben.

Dazu kommt, daß DDR-Bürger, die ins Ausland fuhren, ein besonderes Erlebnis der Minderwertigkeit hatten. Es hat grade bei jungen Menschen auch gefährliche Auswirkungen, wenn sie in einem anderen sozialistischen Land, in einem Bruderland, zu Besuch sind, und der Cousin aus der Bundesrepublik ist doppelt soviel wert wie sie. Das erzeugt einen Minderwertigkeitskomplex, der schnell nach rechts ausschlagen kann.

Es gab auch eine Überheblichkeit, die daraus resultierte, daß beide deutsche Staaten ökonomisch relativ stark waren und dies den Schluß zuließ, daß die Deutschen eben die besseren Menschen seien. Das ist eine ganz gefährliche Geschichte.

Letzter Grund: daß dieses Volk eingesperrt war, achtundzwanzig Jahre. Und die Mauer ging auf, und es eroberte sich die Bundesrepublik und Westberlin, und Teile von ihnen wurden ganz schnell deutsch, aber überhaupt nicht europäisch, weil sich ihnen Europa ja überhaupt noch nicht erschlossen hat.

KONKRET: Im Oktober letzten Jahres gab es in der DDR nach einer Umfrage noch eine Mehrheit für einen demokratischeren und besseren Sozialismus. Das ist nun inzwischen völlig gekippt. Warum?

Gysi: Weil die Entwicklung an den sozialen Interessen der Arbeitenden vorbei gegangen ist. Sie hat ihnen diesbezüglich nichts gebracht. Und nun haben sie auch keine politische Vertretung mehr: Uns lehnen sie ab, die SPD ist ihnen noch zu intellektuell, die nehmen sie noch nicht an, und die anderen auch nicht. Sie gehen auch davon aus, daß sie keine wirksamen Gewerkschaften haben, der FDGB hat sich noch nicht so stabilisiert, und damit fühlen sie sich sozial verunsichert, allein und im Stich gelassen, und das ist gefährlich, weil sich das dann auf eine bestimmte Art radikalisieren kann.

Und nun kommt hinzu, daß von West und 0st gleichzeitig einfach diesem Volk das Genick gebrochen wird, indem ihm gesagt wird: 40 Jahre lang wurdet ihr belogen und betrogen, was bedeutet, daß sie ja 40 Jahre sich haben belügen und betrügen lassen. Das steckt ja dahinter, und damit können Sie natürlich einem ganzen Volk, und das ist hier passiert, das Selbstbewußtsein nehmen und es psychologisch und ethisch restlos verunsichern. Und dann bleiben immer nur zwei Sachen: also schnell was ganz anderes, bloß nichts mehr damit zu tun haben, und zweitens einen Schuldigen finden, einen, der mehr schuldig ist als man selbst. Und dann kommt diese Pogromstimmung auf.

KONKRET: Und dann gibt man der nach und sperrt die alte Parteiführung ein.

Gysi: Halt, darauf leg ich wirklich Wert: Ich sperre in diesem Lande niemanden ein, auch die Führungsgremien dieser Partei nicht. Wir haben uns in keiner einzigen Phase in eine Angelegenheit der Justiz eingemischt.

KONKRET: Aber Sie haben ausgeschlossen.

Gysi: Ja, das ist wahr. Das auch zurecht.

KONKRET: Das ist dasselbe.

Gysi: Nein, das ist für mich nicht dasselbe, weil es einen ganz großen Unterschied zwischen einer politischen Verantwortung gibt und der Kriminalisierung politischen Verhaltens. Soweit es um reine Kriminalität geht, bedarf das der Aufklärung und auch der Verurteilung. Ich bin aber dagegen, politische Fehleinschätzungen oder politische Fehler, auch grobe, auch bewußte, zu kriminalisieren, weil das weder etwas bringt, noch ein Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit ist. Wir haben es hier einfach mit neuen Abhängigkeiten zu tun, die diesmal, anders als früher, plötzlich gegenüber dem Druck von der Straße und anderen Erscheinungen bestehen; das ist natürlich noch irrationaler als das, was war.

KONKRET: Von Ihnen stammt das Wort: »Rechtssicherheit ist die beste Staatssicherheit«. Herrscht jetzt Rechtssicherheit, wenn beispielsweise Hermann Axen, der etwa in der BRD wegen Alter und Krankheit als haftunfähig gälte, bei der Rückkehr von einer Augenoperation aus Moskau auf dem Flugplatz verhaftet wird, obwohl – er kam ja trotz Haftbefehl zurück – weder Flucht noch Verdunklungsgefahr bestand.

Gysi: Die humanistische Seite ist deshalb ein bißchen kompliziert, weil die Altersstruktur des Politbüros nunmal so hoch war. Aber ich bleibe dabei, daß wir im Augenblick insgesamt eine Situation haben, die durch einen ungeheuren Mangel an Rechtsstaatlichkeit gekennzeichnet ist. Das gilt für alle Bereiche: Nötigung ist auf der Tagesordnung. Da gibt es einen Kraftfahrer, der hat seit 30 Jahren nichts anderes gemacht, als daß er LKW gefahren ist; und der ist Mitglied in der Partei, er hatte nie eine Funktion in der Partei, er war nie in einem Apparat tätig, und jetzt sagt ihm die Leitung: entweder er tritt aus, oder er muß den Hof fegen. Jetzt fegt der die vierte Woche den Hof. Das ist natürlich nach dem Arbeitsrecht absolut unzulässig.

Und so ist die gesamte Atmosphäre. Nicht überall und nicht in jedem Territorium, nicht in jedem Betrieb gleich, aber in vielen Bereichen. An die Stelle einer Antidemokratie wird eine neue Antidemokratie gesetzt. Und es findet eine pauschale Verurteilung statt, die so, wie sie hier läuft, nie und zu keiner Zeit gerechtfertigt ist.

Die Illusion mancher Politiker besteht nun darin, daß sie sagen, das bezieht sich auf die bisherigen Gesetze. Wenn wir jetzt neue, vernünftige, bessere machen, dann wird auch wieder Rechtsstaatlichkeit einkehren. Und ich sage: Wenn einmal das Rechtsbewußtsein aufgehoben ist, könnt ihr Gesetze machen wie ihr wollt, das dauert lange, bis sich wieder eine bestimmte Beziehung zum Recht herstellen läßt.

KONKRET: In der Bundesrepublik betrachten viele, bis hinein in bürgerliche Kreise, den Fall Honecker auch als Tragödie. Die »FAZ« war der Meinung, das Verfahren, dem er jetzt unterzogen werde, sei »unwürdig«. Solche Töne hat man aus der DDR nicht gehört.

Gysi: Doch, doch, die hat man hier auch gehört. Aber ich gebe zu, nicht auf der Straße, und da ja im Augenblick nur interessiert, was dort gesagt wird, überhört man manches. Ich verstehe das, weil ich zum Beispiel auch die politische Biografie von Erich Honecker sehr differenziert sehe. Also da ist erstmal die Zeit vor 1945, die kann ich nicht wegstreichen, der Mann hat eben zehn Jahre für seine Überzeugungen gesessen; in einer Zeit, als sich viele keinesfalls als besonders souverän und widerstandsfähig erwiesen haben, da hat er sich als widerstandsfähig erwiesen. Und dann bin ich auch der Meinung, daß er als Generalsekretär in zweierlei Richtung eine positive Politik gemacht hat: in Richtung Abrüstung, Zusammenarbeit auch mit anderen Ländern, Friedenspolitik, zum andern im Bemühen, den materiellen Wohlstand in der DDR zu erhöhen. Deshalb setzt ja auch mein Hauptpunkt der Kritik 1985 an.

KONKRET: Unzulässige Atmosphäre, Pogromstimmung – das führt uns noch einmal zu der Frage nach dem reaktionären, nationalistischen und rassistischen Potential in der DDR. Sie haben dafür verschiedene Gründe aufgeführt. Wir wollen dafür mal eine andere Begründung anbieten, nämlich daß diese Stimmungen und ihre große Verbreitung auch Ergebnis sowohl von Proletkult wie von Opportunismus einer sozialistischen Machtverwaltung sind. Weil die sozialistische Partei- und Staatsführung tatsächlich aus Verfolgten des NS-Regimes bestand und Proletarier per se keine Faschisten sein können, wurden die DDR-Deutschen noch schmerzloser und kollektiver entnazifiziert als die BRD-Bürger. Die großen Nazis waren sowieso in den Westen getürmt. Die antifaschistische Führung bestätigte allen NS-Mitmachern, daß sie schlimmstenfalls unter Zwang dabei gewesen seien und eigentlich gar nicht. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem eigenen Rassismus, dem Antisemitismus und Nationalismus wurde nie erzwungen. Im Gegenteil: Was unter den Nazis und auch sonst besonders gern gesehen wird, der gut parierende Duckmäuser, ließ sich in einer autoritären Politik besser gebrauchen als der querulierende, ehrliche Kommunist, der es genauer wissen wollte. Könnte da nicht ein Grund liegen für das, was jetzt aufschäumt?

Gysi: Also, wenn der zweite Teil nicht so mißzuverstehen ist, daß Sie damit einen überhaupt nicht zulässigen Vergleich zwischen dem real existierenden Sozialismus und dem Faschismus meinen...

KONKRET: Sie lesen zuwenig KONKRET, sonst würden Sie uns das nicht unterstellen.

Gysi: ... dann ist es schon so, daß bestimmte autoritäre Strukturen sich sicherlich ausgewirkt haben. Das andere ist eine interessante Frage. Anti-Faschismus war Staatsdoktrin, aber Faschismus-Bewältigung hat nur stattgefunden als Gesellschaftstheorie, auch als ökonomische Theorie – da wurden die berühmten Zusammenhänge aufgedeckt und beseitigt. Aber die psychologische Bereitschaft wurde natürlich völlig ungenügend aufgearbeitet, auch deshalb, weil sie als nicht so wichtig angesehen wurde. Die Nazis, dachte man, haben das System auf die Leute aufgesetzt, haut das System weg, und alles ist in Ordnung. Man hat sehr säuberlich den gesamten Staatsapparat, Justiz, Verwaltung usw. von den Nazis gesäubert und ging davon aus, daß damit der entscheidende Schritt vollzogen ist. Und das war sicherlich zu einfach. Das ist wahr. Aber man hat nicht die Absicht gehabt, sich die Unterstützung durch die Nazi-Mitläufer zu sichern.

KONKRET: Das liegt in der Tradition der Arbeiterbewegung: die Ablehnung des Psychologischen, die aggressive Ablehnung kritischer Gesellschaftstheorie, die die Frage nach dem alltäglichen Faschismus gestellt hat.

Gysi: Das ist wahr. Ob das aber wirklich bei den heute 18, 19jährigen noch eine Rolle spielt – ich weiß nicht. Ich sehe eher einen Zusammenhang zu der mangelnden Erziehung zur Toleranz, oder umgekehrt, der Erziehung zu Uniformität. Ich glaube zum Beispiel auch nicht so richtig, daß die mangelnde auch personelle Bewältigung des Faschismus in der Bundesrepublik eine ausreichende Erklärung für heutige neonazistische Tendenzen in der BRD ist. Andererseits, eins ist bemerkenswert: Noch gehe ich ja davon aus, daß die neonazistischen Tendenzen in der Bundesrepublik stärker verbreitet sind als in der DDR, zumindest waren sie das bisher, in einer Gesellschaftsordnung also, die man eigentlich als nichtautoritär bezeichnen kann, die in den Fragen der Demokratie ja tatsächlich ein Stück voraus ist – offensichtlich gibt es weitere Ursachen.

KONKRET: Wie kommen Sie darauf, daß man die Gesellschaftsordnung der BRD als nichtautoritär bezeichnen könne? Nichtautoritär ist bestenfalls der Feierabend. In der Arbeit sind die meisten Bundesbürger einem System unterworfen, das ja leider das Vorbild für die realsozialistische Industrialisierung abgegeben hat: der kapitalistischen Kommandowirtschaft. Aber weil die Zeit nur noch für eine Frage reicht: Sie sind angetreten in der Absicht, die DDR als souveränen Staat zu retten. Haben Sie darin schon kapituliert? Ihr »Bild«-Interview schien das anzudeuten.

Gysi: Nein, nein. Es ist so: Wir verschließen uns dem historischen Prozeß nicht, der auf eine Einigung in Europa hinausläuft. Wird sich das ganze im Rahmen einer europäischen Ordnung abspielen, oder wird das ein deutscher Alleingang? Wenn das Ganze sich im europäischen Rahmen abspielt, und wenn dabei ein Deutschland herauskommt, das sozial und antifaschistisch ist, haben wir nichts dagegen.

Ich weiß ja, daß es schwierig ist, das zu erreichen, aber wir können ja nicht bloß sagen, wir wollen das nicht, denn daraus kann etwas Reaktionäres werden...

KONKRET: Auf welche Bündnispartner hoffen Sie dabei noch?

Gysi: Ich hoffe, zum Beispiel, auf Sie...

KONKRET: Zwei Sekten unterstützen sich

Gysi: Ich hoffe zum Beispiel auch auf einen größeren Teil der DDR-Bevölkerung als man das heute annimmt, wenn wieder etwas Besinnung einkehrt...

KONKRET: Auf Washington, Paris, London?

Gysi: Ja, und auf Moskau. Aber dann habe ich noch etwas, was in diesem Zusammenhang ganz wichtig ist: Eine der Voraussetzungen für einen solchen Einigungsprozeß, auch im Rahmen einer europäischen Einigung, ist eine souveräne, eigenstaatliche DDR, denn das ergibt sich aus einer ganz einfachen Tatsache, die offensichtlich vielen nicht bekannt ist, nämlich, daß nur eine souveräne DDR in der Lage ist, für sie irgendetwas zu vereinbaren; beim Anschluß gilt einfach Bundesrecht, es gilt dann hier kein Arbeitsvertrag, kein Mietvertrag mehr, kein Wochenendgrundstück bleibt bei seinem Besitzer, undsoweiter. Das sagt bloß den Leuten kaum jemand. Die Voraussetzung für vernünftige Vereinbarungen ist eine starke, souveräne DDR, die im Interesse ihrer Bürger die entsprechenden Verträge zum Schutz ihres Eigentums, zum Schutz ihrer sozialen Errungenschaften aushandeln kann.

KONKRET (Sanda Weigl): Dafür ist es zu spät, glaube ich.

Gysi: Das darfst du doch auch, aber laß mich doch wenigstens darum ringen.

Mit Gregor Gysi sprachen Sanda Weigl, Günter Amendt und Hermann L. Gremliza

konkret 03/90, S. 14

Michael Schilling

Wer Winkeladvokat ist, bestimme ich

Ein »liberales, im Zweifel linkes Blatt«, wie der Herausgeber R Augstein ihn einst in bedrängter Lage genannt hat, war der »Spiegel« natürlich nie, sondern immer nur das Stimmungsbarometer des analphabetisierten Kleinbürgertums Daß und wohin dessen Stimmung in diesen Monaten gestiegen ist, laßt sich an seines Leibblattes Titelgeschichte »Der Drahtzieher/SED-Chef Gysi« ablesen – es ist ein Dokument, das späteren Zeitgeschichtlern helfen wird, den Wiedereintritt der Deutschen in die Geschichte des Herrenmenschen zu datieren

Wer ist Gregor Gysi? Ein trickreicher, verschlagener, frecher, arroganter, heuchlerischer, dialektisch geschickter, schmutziger, geldgieriger, eiskalt-intellektueller, abschreckender, eben: ein typisch jüdischer Winkeladvokat?

Nein, sagt das Deutschland-Magazin »Der Spiegel«, das ist Gregor Gysi nicht; er ist bloß *kein Mann bußfertiger Haltung,* sondern leider *ein neue SED-Macht aus dem Zylinder zaubernder Trickser,* der dem Parteinamen den *tarnenden Zusatz PDS* anfügt. Er ist *der Drahtzieher,* denn *er zieht die Drähte zwischen der Partei und der von ihr getragenen Übergangsregierung,* und wer die Drähte zwischen einer Partei, deren Vorsitzender er ist, und der von ihr getragenen Regierung zieht, ist *der Drahtzieher; er knüpft die Fäden zu den politischen Massenorganisationen... Nur fünf Wochen, nachdem der Rechtsanwalt angetreten ist..., gilt (er) beim Ost- Volk als Trickser, dem die biedere Schiebermütze als Tarnkappe dient, als Drahtzieher einer SED, die... Reue und Besserung nur heuchelt...*

Aber war nicht Gregor Gysi, der ehrliche Anwalt, Garant einer wahren Erneuerung? Hatte nicht sogar der »Spiegel« an ihn geglaubt? *Nichts da. Dem Advokaten mit der Mütze gelang das Kunststück... In klassisch-juristischer Dialektik macht der Advokat... die Opposition verantwortlich.* Ja, bei seiner Wahl, also vor ein paar Wochen noch, h*atte sein Name in der DDR selbst unter Oppositionellen und Dissidenten einen sauberen Klang.* Denn damals hatte sich *der Anwalt Gysi... nicht nur um Familien- und Verwaltungsrechtshändel gekümmert,* also um das ihm eigentlich wesensnahe, schmierige Tagwerk eines Winkeladvokaten, der nicht juristische Auseinandersetzungen führt, sondern an *Familienrechtshändeln* schmarotzt, *er verteidigte vor DDR-Gerichten auch zahlreiche Gegner wie Kritiker des Regimes – von Rudolf Bahro über Robert Havemann bis... Bärbel Bohley.*

Im Bericht über diese Zeit wienert der »Spiegel« Gysis Namen so blank, daß er einen unvergleichlichen Kontrast zu dem schmutzigen jenes späteren Heuchlers bildet, als den die Redaktion ihn nun präsentiert. Nur darum darf Gysi in jener Passage der Titelgeschichte, die seine nach Hamburger Hygienerichtlinien einwandfreie Tätigkeit als Anwalt der Regimegegner beschreibt, nicht ein einziges Mal als »Advokat« bezeichnet werden, und ist er plötzlich auch nicht mehr undeutsch dialektisch, sondern fast schon ein mutig blonder deutscher Rechtswahrer, forsch und kühl: *Für Bahro forderte Gysi forsch Freispruch...; er teilt der Staatsanwaltschaft kühl mit...* Nur in diesem Kontext, in dem ihm nichts angehängt werden soll, heißt er entweder einfach *Gysi* oder (zum ersten Mal eine geradezu wertfreie Bezeichnung seines Berufs:) *der Jurist.*

Der Jurist war er vor ein paar Wochen, als man noch nicht ahnte, wie nahe das Vierte Reich rücken und daß Gregor Gysi sich dagegen ein Weilchen sträuben würde. Jetzt ist *die Sympathie ins Gegenteil umgeschlagen...,* die des »Spiegel« und die der anderen rechtschaffenen deutschen Männer: *Gysi, der vornehmlich intellektuelle Kälte ausstrahlt und auf die ostdeutschen Arbeitermassen eher abschreckend wirkt... hatte im besten Demagogen-Stil vor der vermeintlichen Gefahr von rechts gewarnt.. . Er rechtfertigt sich mit schwacher Anwaltsdialektik. ..*

Jetzt kümmert sich der Advokat, der auf die ostdeutschen Arbeitermassen so abschreckend wirkt wie andere intellektuelle Dialektiker, die deshalb im Landwehrkanal abgeschreckt werden mußten, wieder um Tacheles, nämlich um Familienhändel oder ums Vermögen: *Und Gregor Gysi ist in seinem Element: Der Advokat hat die Verteidigung und Sicherung eines gigantischen Vermögens übernommen, das eigentlich dem Volk, juristisch aber immer noch der SED gehört – ein komplizierter Fall. Nicht für den Anwalt Gy*si, mit seiner *kühl kalkulierten juristischen Strategie,* der sich *frech dieser Pfründe bedienen* will: Er *brauchte nicht einmal zwanzig Minuten, um die – zunächst widerstrebenden Genossen – einzuschwören,* freilich *hinter verschlossenen Türen,* sozusagen im hintersten Winkel. Und richtig: *Drei Wochen später. . . enthüllte der Advokat weitere Winkelzüge seines Verteidigungskonzepts...*

Diesem undeutschen Typen sind die braven Landsleute ausgeliefert, zum Beispiel *Modrow, der ehrliche Kerl,* der sich von seiner Parteiführung zu dem Plan *anfeuern* ließ, einen *Putsch zu proben.* Und wer war der Drahtzieher? *So sicher sieht sich Gysi inzwischen in seinem Amt. daß er öffentlich – im Interview mit der Süddeutschen Zeitung – mit einem solchen Putschversuch droht* – nämlich *mit einer Volksabstimmung über den Fortbestand der Regierang* (ein Vorgang, der hier wohl zum ersten Mal in der fintenreichen Geschichte des Journalismus als *Putsch* bezeichnet worden sein dürfte).

Wer also ist Gregor Gysi? Ein trickreicher, verschlagener, arroganter, heuchelnder, dialektisch geschickter, unsauberer, geldgeiler, kaltintellektueller, abschreckender, in Familienrechtshändeln und der Verteidigung unrechtmäßig erworbener, gigantischer Vermögen frech agierender, Widerstrebende im Hinterzimmer einschwörender Winkeladvokat, der die biedere

Schiebermütze als Tarnkappe trägt; daß er ein jüdischer ist, bedarf, dafür hat die Auswahl des Titelfotos gesorgt, keiner schriftlichen Erwähnung.

Wer nun der Redaktion des »Spiegel« vorhalten wollte, so vollständig habe – seit des »Stürmer« Ende – kein deutsches Blatt Goebbels' antisemitische Klischees zusammengetragen, würde auf wütenden Protest oder, im besten Fall, gereizte Fassungslosigkeit stoßen: Wir? Ausgerechnet wir? Antisemiten? Wir wußten noch nicht einmal, daß...

Es ist ihnen zu glauben. Sie wollten den Gregor Gysi, der im Verdacht stand, die SED und die DDR über die »deutsche Revolution« hinüberretten zu wollen, doch bloß niedermachen wie zuvor andere aus anderen Gründen auch. Daß sie bei der Wahl der pejorativen Worte und Metaphern auf Gysi ausgerechnet und immer nur zu jenen griffen, die zum antisemitischen Familienschatz gehören, geschah durchaus unbewußt, und darum auch mit jener traumwandlerischen Sicherheit, die zwanghaftem Handeln eigen ist. Wer sich für das deutsche Volk stark macht, dessen rassistische Geschichte, deren Produkt es ist, als »Schreckgespenst« (Augstein) sublimiert, kann nicht (und konnte nie) anders, als in den Gegnern seiner Politik volksfremde Elemente zu sehen.

Dem Nationalen, dem per se Irrationalen, muß das Antinationale unerklärbar feindlich erscheinen, ob als Internationalismus kommunistischer Proleten oder als Rationalismus jüdischer Bildungsbürger, jenen volksfremden Erscheinungen, die in völkischer Umnachtung zum ununterscheidbaren bolschewistischen Weltjudentum verschmelzen. Wäre der Kommunist Gysi ein so deutschbrav »ehrlicher Kerl« wie sein Kollege Modrow oder hätte der Jude Gysi ins Erwache! des neuen Deutschland-Magazins eingestimmt, wären Augsteins Redakteuren beim Lesen der Korrekturfahnen vielleicht noch die Augen aufgegangen. Der jüdische Kommunist Gysi aber hielt Redakteure wie Leser in völkischem Bann und Tran. Keiner der als kritisch geltenden Köpfe, die zum Protest gegen die Pensionierung eines sozialdemokratischen Admirals vollzählig antreten, hat den antisemitischen Skandal auch nur zur Kenntnis genommen.*

*) Mit einer Ausnahme: der grünen Bundestagsabgeordneten Antje Vollmer (und vierzehn weiterer, im »Spiegel« nicht namentlich genannter Unterzeichner eines Leserbriefs)

konkret 03/90, S. 17

Georg Fülberth

Populist von der traurigen Gestalt

Hans Modrows Deutschland-Plan ist der schlechteste, weil gefährlichste überhaupt

Die ehemalige DDR hatte zwei fiktive Funktionen und eine reale:

Erstens: Einige idealistische Intellektuelle, welche sich für Materialisten hielten, sahen in ihr die Voraussetzung einer künftigen kommunistischen Gesellschaft. Sie sind nicht zu verlachen; die gescheiterten Hoffnungen von – zum Beispiel: Volker Braun – gehören zum Besten, was dieser Staat hinterließ.

Zweitens: Andere wußten früh, daß angesichts der Bedingungen, unter denen die DDR existieren mußte, niemals ein Kommunismus entstehen konnte. Dennoch haben sie die Deutsche Demokratische Republik sehr geschätzt: Hier war immerhin ein Land, in dem der Imperialismus – so war zu hoffen – nichts zu melden hatte, und der Reale Sozialismus schien auch die Gewähr dafür zu bieten, daß der Kapitalismus zumindest in seinen Metropolen einige seiner schlimmsten Instrumente – Faschismus, Krieg – nicht anwenden, sondern sich ausschließlich in den von ihm unterentwickelt gehaltenen Ländern auf solche Weise austoben konnte.

Drittens: Die Hauptfunktion der DDR aber und ihr wahrer Existenzgrund war ihre Aufgabe als militärstrategisches und geopolitisches Glacis für die UdSSR. Sobald sie als solches nichts mehr nützen konnte, entfielen auch die kommunistischen und die antikapitalistischen Fiktionen, welche für ein paar Zehntausende Menschen (niemals für 2,3 Millionen) allerdings kein Wahn, sondern der Inhalt ihres Lebens waren.

Vielleicht gilt dies sogar für Hans Modrow. Er mag Kommunist oder zumindest Antikapitalist gewesen sein, doch der ehemalige Antifa-Schüler in der UdSSR kannte auch die außenpolitische Dominante, und sie bleibt zuletzt allein übrig. Vielleicht ist er persönlich ein stolzer Mensch, aber spürbar ist davon nichts mehr, schlimmer: nur noch das Gegenteil, Servilität. Das ist nicht Sache des individuellen Charakters, sondern der historischen Situation. Auch den Revolutionär Ortega haben sie im westdeutschen Fernsehen ja schon in hündischer Haltung vorgeführt. Er brauchte Kredite. Im Falle der DDR werden immerhin die Termine der Kapitulationen formell noch durch Gorbatschow mitbestimmt. Er kam zur Feier des vierzigsten Jahrestages in die DDR – kurz darauf stürzte Honecker, und noch ein wenig später wurde die Mauer geöffnet. Modrow verhandelt in Moskau, Gorbatschow erzählt bei dieser Gelegenheit der Presse, er habe gegen einen einheitlichen deutschen Staat nichts einzuwenden, nach der Rückkehr singt Modrow: »Deutschland einig Vaterland«.

Doch das sind eigentlich nur noch die Nachspiele zu den Hauptakten, die in den Jahrzehnten vorher aufgeführt worden sind. Nachdem aus dem Kommunismus nichts wurde, hatten die antikapitalistische Staatsfunktion der DDR und die Wahrnehmung ihrer Vorfeld-Aufgabe nur dann eine Chance, wenn sie nicht nur meinen ideologischen Bedürfnissen und den Sicherheitsinteressen der UdSSR dienten, sondern wenn auch die in diesem Staat lebenden Menschen zufrieden waren. Überholen des Westens war ein Programm, doch das scheiterte schon mit Ulbricht. Honecker versuchte es seit Anfang der siebziger Jahre durch seine Strategie der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«. Fast sah es einige Zeit so aus, als könne der Wunschtraum der Sozialdemokratie – ein Staat mit umfassender sozialer Sicherheit – ausgerechnet in der DDR realisiert werden. Allerdings verfügte diese nicht über die hierfür erforderlichen imperialistischen Ressourcen. Nachdem auch noch die neue Etappe der wissenschaftlich-technischen Revolution verschlafen worden war, gerieten Wachstum und Sozialpolitik an den Pump. Und als es ums Tilgen und Zinsenzahlen ging, wurde – spätestens Anfang der achtziger Jahre – die Beschaffung von Valuten zum obersten Staats-Zweck. Das Phänomen Schalck-Golodkowski ist hierdurch ebenso erklärbar wie der in den letzten zehn Jahren offenbar forcierte Ausbau der Organe der Inneren Sicherheit. Es war absehbar, daß eine Wirtschaftspolitik, die sich nur noch für Warenexport und Müllimport interessieren durfte, Apathie und Proteste auslösen mußte. Die Abläufe, welche daraus resultierten, waren in China, Rumänien, Polen und der DDR gleich, hatten allerdings unterschiedliche Schlußakte. Die DDR wurde nicht zur »Modernisierungs«-Diktatur wie Dengs China, sondern – zur Bundesrepublik Deutschland in deren Anderssein. Der größere deutsche Staat ließ sich zusehends im kleineren nieder. Die jungen Stasi-Leute, welche in den achtziger Jahren angestellt wurden, waren natürlich keine bolschewistischen Tschekisten, sondern ganz normale Bullen, die auch beim BKA oder in den westdeutschen Ämtern für Verfassungsschutz hätten arbeiten können.

Wie der Herr, so's Gescherr. Der Aushöhlung des Staates durch den kapitalistischen Weltmarkt – genauer: der Ersetzung der alten Substanz durch eine neue – entsprach die Entkernung der SED, welche ja Staatspartei nicht in dem Sinne war, daß sie den Staat hatte, sondern umgekehrt: er hatte sie. Als ihre Führung sich 1987 über ein gemeinsam mit der SPD erstelltes Diskussionspapier freute, sahen sich einige ihrer Ideologen dem heimlichen Ziel näher, eines Tages in der imperialistischen »Sozialistischen Internationale« mitessen und -trinken zu dürfen.

Nachdem allerdings die SED aus der Macht gefallen war, trat der Staat wieder aus ihr aus, und mit ihm ein großer Teil des Öffentlichen Dienstes. Dem havarierten Gerät entstieg Wolfgang Berghofer als Nurnoch-Oberbürgermeister und künftiger

sozialdemokratischer Kanalarbeiter. Aus dem ehemaligen Ersten Sekretär der Bezirksleitung Dresden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde – mit ruhenden Mitgliedsrechten in der SED-PDS – : »Hans Modrow, Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik«. So steht es unter seinen Thesen zur deutschen Einheit.

Wer dem Volk der DDR in dessen gegenwärtigem Zustand aufs Maul schaut, kommt auf besonders dumme Gedanken. Deshalb ist Modrows Deutschland-Plan der schlechteste, weil gefährlichste überhaupt. Allerdings muß eingeräumt werden, daß nach dem Ausfall der sozialistischen Option und der antikapitalistischen Funktion der DDR positive Lösungen nirgends in Sicht sind. (Die »Kraft der Negation« wendet sich mit Grausen.)

Einige spinnen noch von einer »Europäisierung« Deutschlands – zweitschlechteste Lösung. Wer sieht, wie zaghaft gegenwärtig die Vier Mächte mit dem furor teutonicus umgehen, kann sich vorstellen, wer in diesem Europäischen Haus das Sagen hat. Hans Modrows »einig Vaterland« soll nicht etwa entmilitarisiert sein, sondern nur »militärisch neutral«, das heißt aber auch: an niemanden gebunden. Nur äußerlich erinnert sein Vorschlag an die sowjetische Note vom 10. März 1952, in der ebenfalls ein blockfreies Deutschland, welches eine Armee haben durfte, vorgeschlagen wurde. Damals war die UdSSR eine militärisch respektgebietende Macht. Zumindest die Kommunisten glaubten überdies, es werde ihr über kurz oder lang gelingen, auch ökonomisch und gesellschaftlich so attraktiv zu werden, daß das neutrale Deutschland eine Neigung zu ihr entwickeln werde. (Adenauer fürchtete das.) Heute besteht keine dieser Voraussetzungen und Möglichkeiten. Modrows Deutschland wäre zwar nicht das Dritte Reich, aber das Zweite: das wilhelminische Imperium, mit dem Unterschied, daß immer wieder Politikaster und »Bewegungen« auftreten würden, die – unabhängig von irgendwelchen Festlegungen in einem Friedensvertrag – eine Veränderung der Ostgrenze fordern. (Die Landsmannschaften, so hört man, werden immer jünger.) Natürlich will auch Hans Modrow das nicht. Er hat es sich wohl gar nicht so genau überlegt. Inzwischen ist er ja auch schon wieder halberlei von seiner Idee abgerückt. (Genauer: Kohl hat ihn in Davos daran erinnert, daß die DDR längst nur noch von der BRD aus regiert wird und daß ein Ministerpräsident des Ost-Phänomens gefälligst überhaupt keine Vorschläge zu machen hat.) Seinen Plan hat er vielleicht am Küchentisch verfaßt. Isoliert von seiner Partei (die Kontaktsperre kommt aber nicht von ihr, sie ist ihm vom Westen diktiert), im Ohr das Gekreisch der Montags-Demonstranten, ständig gedemütigt, wollte er ein einziges Mal vor dem Ende noch etwas mehr sein als ein Konkursverwalter. Da reichte es aber nur noch zum Populisten von der traurigen Gestalt.

konkret 03/90, S. 18

Robert Kurz

Sozialismus als Auslaufmodell

War der reale Sozialismus in Wirklichkeit »eine veritable bürgerliche Notstandsökonomie«, deren gnadenloser Sachzwang auch durch eine »demokratische Partizipation« der Werktätigen nicht gebrochen werden konnte? Auf Kurt Hübners Analyse der DDR-Ökonomie und seine Vorschläge zur Besserung ihrer Lage (KONKRET 1/90) antwortet Robert Kurz mit einer Kritik jener »fundamentalen Lebenslüge« linker Theoretiker, »daß ein wie immer geplanter Markt' eine sozialistische Reproduktion konstituieren könne«

1

Was war das für ein Sozialismus, der vor unseren Augen im Zeitraffer von »Geschichte live« zu Staub zerfallen ist? So schmerzlich die Erkenntnis auch sein mag: Der Zusammenbruch dieser Gesellschaftsformation verweist auf eine Lebenslüge nicht allein der Herren Honecker, Mittag, Ceausescu, Li Peng u.Co., sondern nahezu der gesamten marxistischen Linken. Diese Lebenslüge bezieht sich weniger auf den stalinistischen Überbau, dessen Strukturen als »undemokratisch« zu verabscheuen leicht und heute geradezu billig ist, als vielmehr auf die Formbestimmungen der gesellschaftlichen Basis, deren Bankrott von der westlichen Presse genüßlich als derjenige einer »Marx-Wirtschaft« apostrophiert wird. Ausgeblendet bleibt dabei, daß die »Sowjetökonomie« niemals eine praktische Konsequenz der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie sein konnte, sondern ihr realhistorisches Vorbild in Wirklichkeit die Kriegswirtschaft des deutschen Kaiserreichs war: eine veritable bürgerliche Notstandsökonomie.

Der Notstandspragmatiker Lenin, dessen Partei in einer verzweifelten Zwangslage einer weitgehend kapitalistisch noch unentwickelten Gesellschaft an die Macht gespült wurde, postulierte im ideologischen Salto mortale die Umbenennung der Basisformen einer bürgerlichen Kriegswirtschaft in »Sozialismus«, und zwar durch einen bloßen politischen Vorzeichenwechsel: Mit der proletarischen Partei an der Macht sollten ein- und dieselben ökonomischen Grundstrukturen plötzlich anderen, entgegengesetzten Zwecken zugeführt werden. Die vielfältigen Skrupel hinsichtlich dieses Konstrukts, die sich bei Lenin noch finden, wurden mit fortschreitender Entwicklung der Sowjetgesellschaft jedoch eliminiert, und zwar keineswegs bloß von Stalin und den Seinen. Dieser Ursprung der realsozialistischen Lebenslüge ist jedoch nicht nur der historischen Zwangssituation und Unterentwicklung Rußlands geschuldet, sondern spiegelt den verkürzten Sozialismus-Begriff der gesamten alten Arbeiterbewegung.

Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie sagt jedem, der lesen kann, daß »Sozialismus« erstens nur die Konsequenz einer Überentwicklung und Reproduktionskrise des Kapitals und zweitens seinem eigenen Inhalt nach nur die positive Aufhebung des Marktes, d.h. der »Ware-Geld-Beziehung« sein kann. Dafür aber gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch nirgendwo auf der Welt ausreichende Voraussetzungen, auch im Westen nicht. Die marxistische Arbeiterbewegung reflektierte diese Situation unbewußt mit einem ideologischen Trick. Sie ließ nämlich die »politische Revolution« einerseits und die ökonomische Formbestimmung des Sozialismus im Marxschen Sinne andererseits um eine ganze Epoche, womöglich um Jahrhunderte auseinanderfallen. Dazwischen sollte eine nebelhaft definierte »Übergangsgesellschaft« existieren, in der »das Proletariat« die »Macht« ergriffen hat, gleichzeitig aber die bürgerlichen Basiskategorien »Wert«, Ware, Geld und Markt munter weiterbestehen, jedoch vom »proletarischen Staat« nunmehr in aller Treuherzigkeit »planmäßig ausgenutzt« und »zum Wohle des Volkes« angewendet. Kein Wunder, daß in diesem ideologischen Kontext die deutsche Kriegswirtschaft für prinzipiell instrumentalisierungsfähig im »sozialistischen« Sinne gehalten werden konnte. Im krassen Gegensatz zum Marxschen Paradigma einer Aufhebung des Marktes beinhaltet das realsozialistische Paradigma somit die logische Unmöglichkeit einer »Planung des Marktes«, was ungefähr dasselbe ist wie die Quadratur des Kreises, d.h. Planung in der Form der Nicht-Planbarkeit, Bewußtheit in der Form der Bewußtlosigkeit oder Sehen in der Form der Blindheit.

Das elementare Dilemma dieser Position erzeugte nicht nur bei den sowjetischen Legitimationsideologen, sondern auch bei den westlichen Linken ein ideologisches Kraftfeld, in dem sich allmählich und klammheimlich das Verhältnis von Basis und Überbau auf den Kopf stellte: Unter dem Vorwand einer Kritik des »Ökonomismus« entstand ein »politizistischer« Marxismus, der nur noch auf politische Machbarkeit und Veränderung der Überbau-Strukturen setzte, während die bürgerlichen Basisformen des warenproduzierenden Systems gegen theoretische wie praktische Kritik abgeschottet und geradezu tabuisiert wurden. Die westlichen linken Kritiker der Sowjetunion beschränkten sich daher auf die Denunzierung der stalinistischen Ideologie- und Herrschaftsstrukturen, vor allem mittels des hilflos-soziologistischen Begriffs der »Bürokratie«, deren Herleitung aus der Problematik »nachholender Industrialisierung« sie eher entschuldigte, während die warenförmige gesellschaftliche Basis der Planwirtschaft unangetastet blieb. Ein trauriges Beispiel dafür ist die Analyse des realsozialistischen Bankrotts am Beispiel der DDR durch Kurt Hübner (KONKRET 1/90). Wenn Hübner zu dem Resümee gelangt, daß es ausgerechnet »die theoretisch unbegründete Verwechslung von Markt und Kapitalismus« sei, wodurch die »Transformationsdebatte« nicht in »perspektivisch integrierter Form« geführt werden könne, so ist diese Aussage nicht nur ihrerseits theoretisch unbegründet, sondern transportiert mit der größten Selbstverständlichkeit genau jene fundamentale

Lebenslüge des Realsozialismus, daß ein wie immer »geplanter Markt« eine sozialistische Reproduktion konstituieren könne.

Theoretisch könnte ein nicht-kapitalistischer Markt höchstens ein vor-kapitalistischer sein. Aber in diese bloß scheinbar idyllischen Formen der Warenproduktion kann es kein Zurück geben. Die Modernisierungsmaschine der bürgerlichen Revolution hat nicht nur die Produktivkräfte und die Bedürfnisse über die alte Agrargesellschaft und die darin eingeschlossene Nischen-Warenproduktion hinauskatapultiert (dies nannte Marx ihre positive Seite oder »zivilisatorische Mission«), sondern damit gleichzeitig das Geld irreversibel in einen fetischistischen Selbstzweck und auf diese Weise die gesamte gesellschaftliche Arbeit in »abstrakte Arbeit« verwandelt. Diese Verwandlung der Ware in eine gesamtgesellschaftliche Reproduktionsform hat bekanntlich eine Zweck-Mittel-Verkehrung in der ökonomischen Basis der Gesellschaft bewirkt. Der Zweck der Arbeit ist jetzt nicht mehr die Produktion von nützlichen Gebrauchsgütern, sondern die »Selbstdarstellung« abstrakter gesellschaftlicher Arbeitsmengen als Geld, oder anders gesagt: die Verwandlung lebendiger in tote Arbeit und deren Anhäufung.

Dieser fetischistische, tautologische Bezug der abstrakten Arbeit auf sich selbst macht nur »Sinn« in rein quantitativer Hinsicht durch das Mehrwert-Prinzip: Daß produzierte Gebrauchsgüter einen »Wert« haben, also ein Quantum abstrakter gesellschaftlicher Arbeit »darstellen«, diese Tatsache wird erst dadurch zur gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsform, daß der abstrakte output an »Wert« (toter Arbeit) in jeder Reproduktionsperiode größer ist als der vorherige input. Der gesamte gesellschaftliche Lebensprozeß zerfällt so in abstrakte betriebswirtschaftliche Vernutzungsprozesse von Mensch und Natur; die Individuen dieser Gesellschaft reduzieren sich mit zunehmender Totalität auf Vernutzungsmonaden abstrakter Arbeit. Sobald aber auf diese Weise die Warenform den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß übergreift, ist der Markt auch notwendigerweise nicht mehr einfach Vermittlungsinstanz von Gebrauchsgütern, sondern vielmehr gerade umgekehrt seinem Zweck nach »Realisierungssphäre« der abstrakten Arbeit: der gesellschaftliche Ort also, an dem die Verwandlung lebendiger in tote Arbeit, d.h. in Geld stattfindet, und zwar in »mehr Geld«, als die in Bewegung gesetzten »Produktionsfaktoren« vorher gekostet haben.

Weder wurde diese Stufenfolge der kapitalistischen Basiskategorien durch die Kriegswirtschaft aufgehoben, noch ist dies überhaupt dadurch möglich, daß dem monströsen Fetisch' des abstrakten Mehrwert-Prinzips irgendein anderes politisches Mäntelchen umgehängt wird. Jeder Eingriff in den Reproduktionsprozeß, der die »Ware-Geld«-Basis unangetastet läßt, muß sich schließlich an deren Eigengesetzlichkeit blamieren. So wenig sich der Markt als Realisierungssphäre der abstrakten Arbeit diktatorisch von einer byzantinischen Staatskamarilla kommandieren läßt, wie nicht bloß Deng Hsiao Ping zu seinem Entsetzen erfahren mußte, ebensowenig läßt er sich umgekehrt durch eine »Demokratisierung« wohlmeinenden Zwecken zuführen: weil er nämlich seinem Wesen nach eine blinde, destruktive Vergesellschaftungs-Maschine ist. Indem Hübner ganz wie die Legitimationsideologen des zerfallenden »geplanten Marktes« keinerlei grundsätzliche Identität von Markt und Kapitalfetisch* zu erkennen vermag, muß er mit den üblichen langweiligen Beschwörungsformeln des Demokratismus die alte Lebenslüge weiterzelebrieren und dabei stehenbleiben, die »Herrschaftsausübung einer Staatspartei« zu beklagen, die »ökonomische Entwicklungsziele ohne demokratische Legitimation oder gar Partizipation der Werktätigen festlegte«. Es bleibt sein Geheimnis, welchen Sinn eine »demokratische Partizipation« der Werktätigen an jenen gnadenlosen Sachzwängen betriebswirtschaftlicher Vernutzungslogik haben soll, die objektiv ihre eigene Ausbeutung und Verarmung bedeuten, deren Abschaffung aber als Option nicht einmal angedeutet wird. Reichen denn die katastrophalen Erfahrungen der einst hochgelobten jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung immer noch nicht aus?

2

Daß sich der Realsozialismus von der westlichen Form des Kapitalfetischs immer nur so weit unterschieden hat, wie dies auch schon für die Kriegswirtschaften auf dem Boden desselben Mehrwert-Prinzips galt, läßt sich leicht belegen. Diese Tatsache wurde sogar, im Unterschied zu ihrer stummen Selbstverständlichkeit im Westen, lauthals von den Titelseiten der Zentralorgane hinausposaunt, wo verquält die Planerfüllung als abstraktes Mehr an »dargestellter« toter Arbeit jenseits menschlicher Bedürfnisse gefeiert wurde: »Im Wettbewerb zum 40. Jahrestag der DDR ... haben die Werktätigen des VEB Edelstahlwerk ... den Plan bis Ende August erfüllt und überboten ... Im Gesamtbetrieb wurde das Ziel, die geplante Nettoproduktion mit 800.000 Mark zu überbieten, noch um rund eine halbe Million Mark übertroffen« (»Neues Deutschland« v. 19.9.89). Wenn hier nicht von abstrakter Arbeit und dem Formwandlungsprozeß des Mehrwerts die Rede ist, wovon dann? Und insofern dieses fetischistische Prinzip, das notwendig jedem gesamtgesellschaftlichen Markt zugrunde liegt, inzwischen nicht mehr als Gegenstand eines absurden Presse-Räsonnements erscheint, sondern wie im Westen in den »stummen Zwang der Verhältnisse« (Marx) zurücktritt, so unterwirft es sich die Menschen umso mehr.

Die gegenwärtige Debatte der Reformer ist nicht von ungefähr durch krasse Widersprüchlichkeit, Unsicherheiten und »luftige« Wortgebilde geprägt; aber keineswegs, wie Hübner behauptet, durch eine (letztlich völlig adäquate) Gleichsetzung von Markt und Kapitalismus, sondern umgekehrt gerade durch die Vernebelung dieser Basis-Identität.

Während Pfarrer Schorlemer vom »Demokratischen Aufbruch« sich mit moralisierender Bedenklichkeit »gegen die Herrschaft des Geldes« äußert, fordert der Ostberliner Wirtschaftsprofessor Morgenstern, die »DDR-Wirtschaft soll das Geld entdecken«. Diese irrlichternde Hilflosigkeit hat freilich einen ganz realen Hintergrund. Natürlich muß der »geplante Markt« das Geld nicht erst »entdecken«, es ist in seiner abstrakten Inhaltslosigkeit immer dagewesen. Aber trotzdem hat dem Realsozialismus stets ein entscheidendes Stimulans des Kapitalismus gefehlt, worauf er geradezu seine distinkte Identität gründete.

In beiden Systemen muß die abstrakte Mehrwert-Produktion der betriebswirtschaftlichen Vernutzungsprozesse gleichermaßen durch den Markt hindurch, um sich in der Inkarnationsgestalt des Geldes realisieren zu können; geschieht dies jedoch im Westen auf Gedeih und Verderb konkurrierender Wirtschaftssubjekte, so besteht die Crux des Realsozialismus darin, daß der Markt hier bloß als formelle, äußerlich und mechanisch von staatlichen Kommandos bewegte Sphäre der Verwandlung lebendiger in tote Arbeit (Geld) erscheint, ohne daß die blinde Kontrollinstanz der Konkurrenz in Funktion tritt. Während diese die fetischistische Anhäufung von Mengen toter Arbeit bei Strafe des Bankrotts nur auf dem jeweiligen »Gültigkeits-Niveau« der Weltmarktproduktivität und des optimalen technischen Gebrauchswerts zuläßt (und sei dieser seinem Inhalt nach ein destruktiver in Form von Atomkraftwerken, PS-starken Autos für den Individualverkehr oder Tranquilizern), werden die als »Wert« produzierten Quanten abstrakter Arbeit durch den staatlich kommandierten Markt in jedem Fall als Geld eingelöst – unabhängig von Gebrauchswert und Produktivität.

Daß es dabei keine betriebswirtschaftlichen Verlierer geben kann, führt zu grotesken Erscheinungen, die seit langem bekannt sind: »Wird der Produktionsausstoß nach fertigen Maschinen gemessen, kommt es zu einem Mangel an Ersatzteilen. Werden die Planziele bei der Organisierung des Transports pro Kilometer gemessen, so werden optimale Transportmöglichkeiten vernachlässigt. Werden Kerzenständer nach Gewicht angegeben, so werden sie unnötig schwer. Wird Stoff nach Länge gemessen, wird er zu schmal« (Strotmann, 1969). Alle Versuche der Planbürokratie, diese bewußte Schrott- und Vergeudungsproduktion durch ein ständig erweitertes »Kennziffern«-System von Qualitätsmerkmalen ex post zu unterbinden, bleiben ein hoffnungsloses Unterfangen. Denn insofern das in diesem System konstituierte betriebswirtschaftliche Interesse darauf hinausläuft, losgelöst von jedem stofflich-inhaltlichen Gebrauchswert möglichst viel Arbeit und Material formell zu verausgaben, könnten im Prinzip geradesogut Abermillionen völlig sinnloser Würfel und Oktaeder produziert werden. Auf diese Weise führt sich das abstrakte Arbeits-Ethos der alten Arbeiterbewegung selber ad absurdum.

Konkurrenz findet dann zwar durchaus wieder statt, aber erst als sekundäres Resultat der aus diesem »geplanten Markt« notwendig resultierenden Mangelwirtschaft, in der die Betriebe gezwungen sind, sich zwecks optimaler Planerfüllung im rein formellen Sinn wechselseitig schlicht auf der Gebrauchswert-Ebene zu betrügen. Mit Tränen in den Augen berichtete ein Betriebsleiter beim sonntäglichen Bürgerdialog in Leipzig: »Jahr für Jahr haben wir zig Tonnen der wertvollsten Rohstoffe auf den Schrotthaufen geschmissen. Unser Betrieb hat die Aufgabe, Elektromotoren für den Export zu montieren. Dazu bekommen wir Spulen und Gehäuse aus anderen Kombinaten geliefert. Aber um die Spulen ist Kupferdraht gewickelt, dessen Durchmesser nicht der Bestellung entspricht. Also müssen wir den ganzen Draht abspulen und wegwerfen. Dann warten wir wochenlang auf Draht aus einem dritten Kombinat, den wir neu aufwickeln, bevor wir den Motor endgültig montieren können«.

Es ist nur natürlich, daß marktwirtschaftliche Effizienz und Produktivitätszwang den Reformern und Oppositionellen eines derart absurden Systems wie Zauberworte in den Ohren klingen. Denn etwas anderes als die betriebswirtschaftliche Vernutzungslogik des Marktsystems kennen sie ja auch nicht; und da alle Reformansätze seit dem 2. Weltkrieg immer nur als ewige Litanei einer dann doch wieder gescheiterten »Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen« in Erscheinung traten, scheint die einzige Alternative schließlich in der Freisetzung der Konkurrenz nach westlichem Muster zu bestehen: also nach 70 bzw. 40 Jahren Stechschritt-Ökonomie der Übergang von kriegswirtschaftlichen Formen des Mehrwert-Prinzips zum stinknormalen Kapitalismus. Insofern ist das »wenn schon, denn schon« der marktwirtschaftlichen Reformer immer noch realitätsbewußter als die theoretischen Illusionen eines westlichen Sozialisten wie Hübner der sich an der »Versöhnlichkeit« von Markt und Sozialismus festkrallt. Daß Produktivitätssteigerung und persönliche Initiative, Sicherung des Gebrauchswerts und Bedürfnisbefriedigung auf hohem Niveau auch diametral entgegengesetzt durch endgültige Abschaffung des betriebswirtschaftlichen Vernutzungs-Fetischs und jener vielbeschworenen »Ware-Geld-Beziehungen« zu erreichen wären, dies kommt in der gesamten Debatte niemandem auch nur im Traum in den Sinn.

3

Daß weder die realsozialistische noch die westliche Ökonomie eine primäre Gebrauchswert-Orientierung kennt, ist bekanntlich auch beiderseits der Elbe an den ökologischen Zerstörungsprozessen abzulesen. Gleichgültig, ob »frei« oder »geplant«: Der gesellschaftliche Roboter des Mehrwerts kann nicht zwischen Schokoladentörtchen und Atombomben unterscheiden; die gesellschaftlichen Ressourcen werden mit blinder Gewalt in diejenigen Bahnen stofflicher Umwandlung gelenkt, die dem abstrakten Selbstzweck der geldförmigen Darstellung jeweils am günstigsten erscheinen – dem Prinzip

nach völlig ohne Rücksicht auf die Inhalte und Folgen dieser entsinnlichten Vernutzung von Mensch und Natur. Die überwältigende Vernichtungskraft dieses flächendeckend gewordenen warenproduzierenden Systems konstituiert heute in globalen Dimensionen die wunderbare Alternative von Vergiftung oder Verarmung. Noch in den 70er Jahren entschieden sich die fordistischen Gewerkschaften (die Betriebsräte der Atomindustrie bis heute) ganz plump für die Vergiftung und gegen die Verarmung, d.h. sie machten im Namen des betriebswirtschaftlichen Vernutzungsfetischs gegen die Umweltschützer mobil.

Inzwischen hat sich allerdings dieser Gegensatz bei vorläufigen Weltmarktgewinnern wie der BRD eklektisch abgeschliffen; Gewerkschaften und Parteien geben sich zumindest verbal ökologisch geläutert, die Grünen umgekehrt sind zum ganz gewöhnlichen Bestandteil des bürgerlichen Fetisch-Systems mutiert. Der allgemeine rechtslinks-bürgerlichproletarische Gesamttenor lautet nun: Gebt der Betriebswirtschaft, was der Betriebswirtschaft ist, und der Ökologie, was das Ihre ist. In der berüchtigten Praxis läuft dies zunächst auf eine mittlere Verlaufsform zwischen gemäßigter Vergiftung der Gesamt- und begrenzter Verarmung einer Teilbevölkerung hinaus, wobei die demokratische Mitverwaltung dieses moderaten Zerstörungsprozesses gefordert und das ganze auf den schönen Namen »Realismus« getauft wird.

Hübners DDR- und Sozialismus-Analyse wirft sich in dieser Frage ganz in die Pose jener satten und gesettleten Exportweltmeister-Linken, die sich das Luxusprogramm eines »ökologischen Kapitalismus« glaubt leisten zu können. Auf der einen Seite folgt er dabei dem »produktivkraftkritischen« Paradigma, wie es aus dem bürgerlichen Kulturpessimismus in die Linke eingesickert ist; die Logik dieser Kritik zielt ganz unvermittelt auf die naturwissenschaftlichen Grundlagen und die technologische Gebrauchswert-Produktivität der Industriegesellschaften statt auf die fetischistische Basis-Form der »Ware-Geld-Beziehung«. So wirft Hübner dem »Zielsystem« der DDR-Planwirtschaft »Quantitativismus« vor, der z.B. in der Hauptaufgabe des Siebenjahresplans von 1959 zum Ausdruck komme, »durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität« die BRD »einzuholen und zu überholen«. Diesen »produktivistischen Reduktionismus« moniert er auch in den gegenwärtigen »Transformationsdebatten« der DDR-Reformer, die sich seiner Meinung nach »nahezu durchgängig durch einen in linken Kreisen des Westens nicht mehr bekannten Grad an Produktivkraftgläubigkeit auszeichnen«. Die in »linken Kreisen des Westens« mittlerweile griffigen Wortmonstren wie »Quantitativismus« und »Produktivismus« markieren jedoch lediglich einen hohen Grad an Problemvernebelung. Zwar benennen sie tatsächliche Erscheinungen des abstrakten betriebswirtschaftlichen Vernutzungsfetischs, ohne diesen jedoch beim Namen zu nennen und logisch zu durchdringen. Die Begriffe bleiben also im Zwielicht zwischen Kritik der politischen Ökonomie und (reaktionärer) Produktivkraftkritik. Jeder kann sich dazu das denken, was ihm gefällt und seinem Vorstellungsvermögen entspricht. Da kein Unterschied im Produktivitätsbegriff gemacht wird zwischen den Gebrauchswertpotenzen konkreter und der Vernutzungslogik abstrakter Arbeit, impliziert eine nebelhafte Kritik am »Quantitativismus« die Zumutung des Konsumverzichts: im Westen bei noch nicht verarmten sozialen Schichten vielleicht eine ideologische Option, für die konsumhungrigen Massen des Ostens aber eine unerträgliche Frechheit.

Auf der anderen Seite jedoch findet der »Volkswirtschafts«-Sozialist Hübner nichts dabei, das gerade Gegenteil seiner Produktivkraftkritik zu postulieren. So beklagt er fast im selben Atemzug mit der »Produktivkraftgläubigkeit« »das mangelhafte Produktivitätsniveau der DDR-Ökonomie mit Blick auf die Weltmarktposition« und wirft dem »zentralen Leitungsmechanismus« vor, daß er die Betriebe nicht auf »Kostendeckung und Produktivitätssteigerung« ausrichten könne. Ja was denn nun, Genosse Hübner? Gehts nicht noch ein bißchen widersprüchlicher? Die schreienden Gegensätze dieser Argumentation spiegeln den Eklektizismus jener »linken Kreise des Westens«, die glauben, sich durch die Realwidersprüche der bürgerlichen Modernisierungsmaschine durchmogeln zu können. Die Linke des Ostens kann sich einen solchen Luxus freilich nicht leisten. Ebenso wie in den Staaten der 3. Welt stellt sich für die Länder des untergehenden Realsozialismus die Alternative von Vergiftung und Verarmung in ihrer vollen, gnadenlosen Schärfe, und vielleicht bekommen sie beides zusammen. Solange die abstrakte Vernutzungslogik weltweit ungebrochen bleibt, können die DDR oder Polen aus der Position des Weltmarktverlierers auf die natürlichen Lebensgrundlagen ebensowenig Rücksicht nehmen wie Brasilien oder die Philippinen. Der Giftmüllimport zwecks Devisenbeschaffung, die relative Umverteilung der Zerstörungspotenzen, gibt den »linken Kreisen des Westens« gerade den ideologischen Spielraum für produktivkraftkritische Wortblasen; und deshalb werden die Massen des Ostens völlig zu Recht diesem Zynismus der westlichen Reformisten kein Gehör schenken.

4

Das argumentative Dilemma des viertelmarxistischen Volkswirtschaftlers hinsichtlich der Ökologie reproduziert sich in der sozialen Frage. Wie der Wendehals unter dem Druck der Verhältnisse sein Köpfchen sozusagen um 360 Grad drehen muß, so kommt auch die Hübnersche Argumentation im Kontext der Sozialstaats-Problematik plötzlich lebensgefährlich verdreht daher. Denn was macht »das Kapital« in einer Reproduktionskrise? Bekanntlich Austerity-Politik gegen die Masseneinkommen. Selbst beim glorreichen Weltmarktgewinner BRD wird dies von den »linken Kreisen« immer noch gelegentlich als »Abbau des Sozialstaats«, »Zweidrittelgesellschaft« etc. angeprangert. Ganz anders aber scheint es

auszusehen, wenn das Subjekt dieser Politik nicht mehr so griffig mit altbewährter marxistischer Phraseologie definiert werden kann, obwohl die »Zwangsgesetze« (Marx) derselben gesellschaftlichen Basislogik dahinterstehen. Für seine DDR-Analyse schlüpft Hübner wie selbstverständlich in das Gewand des Sachzwang-Ideologen, wenn er feststellt, »daß der ökonomische Prozeß nicht genügend Ressourcen freisetzt, um die von der Honecker-Regierung Anfang der 70er Jahre initiierte Politik einer sozialpolitischen Befriedigung ohne störende Rückwirkungen auf das Reproduktionssystem finanzieren zu können«. Besser hätten es Lambsdorff oder Blüm auch nicht formulieren können. Weil er ebensowenig wie jeder bürgerliche Ökonom eine kritische Differenzierung von konkreter Gebrauchswertpotenz und abstrakter betriebswirtschaftlicher Vernutzungslogik kennt, verwechselt Hübner die materiellen Ressourcen mit deren fetischistischer gesellschaftlicher Form. Auf der materiellen Basis der heutigen Produktivkräfte, selbst in der DDR oder in Lateinamerika, müßte selbstverständlich kein einziger Mensch hungern, frieren, schlecht wohnen oder überhaupt »arm« sein. Das sogenannte Finanzierungsproblem rührt allein daraus, daß jenseits von Bedürfnissen und vorhandenen Ressourcen konkrete Produktionsprozesse nur unter dem Aspekt gelingender abstrakter Verwertung von Geld in Gang gesetzt werden – keinesfalls aber (wie z.B. im Mittelalter) aus dem Mangel an materiellen Ressourcen selbst. Im westlichen Kapitalismus kann man dies daran erkennen, daß in der konjunkturellen Flaute massenhaft intakte Produktionsanlagen für Gebrauchsgüter stillgelegt werden oder in der EG allein in den letzten 5 Jahren zur Preisstützung 8 Milliarden Kilo Obst und Gemüse auf den Müll gekippt wurden.

Gelingt es also nicht, die kapitalfetischistische Reproduktion adäquat zu vollziehen, dann wird den Massen bzw. ihren nicht mehr »vernutzungsfähigen« Teilen mit dem größten und ehrlichen Bedauern mitgeteilt, daß sie jetzt leider auf Wasser und Brot gesetzt werden müssen; oder der Staat subventioniert eben durch Kredite bzw. die Notenpresse eine »Sozialpolitik«. In der Tat hat nicht erst die Honecker-Administration zu diesem Mittel gegriffen. Solche künstlich durch Staatskredit finanzierten Sozial-Subventionen existieren auch sonst überall in der 3. Welt und sogar in OECD-Ländern. Peinlicherweise ähnelt das System sozialpolitischer Subventionen in der DDR zum Verwechseln solchen Systemen, wie sie etwa der argentinische Diktator Peron oder der Fascho-Häuptling Franco (inclusive Arbeitsplatzgarantie übrigens) hervorbrachten. Statt nun aber die Subventionierung durch die Notenpresse, mit deren Hilfe das Verwertungsprinzip des Mehrwerts letztlich nicht überlistet werden kann, vom Gebrauchswert-Standpunkt der wirklichen menschlichen und stofflichen Ressourcen zu kritisieren, will der virtuelle Notstands-Sozialist Hübner allen Ernstes das Leben der Menschen in der DDR, insbesondere der »sozial Schwachen« (ein an sich schon perverser Ausdruck), der »Finanzierungsfähigkeit« unterwerfen, d.h. letztlich vom Weltmarkterfolg abhängig machen. Hier ist er Volkswirtschaftler, hier darf er's sein.

Der Genosse Hübner redet denn auch durchaus thatcheristischen Klartext. Eine »sozialpolitische Überforderung der sozialistischen (!) Ökonomie« habe in der DDR stattgefunden, der Fehler einer »Entkoppelung von Leistung (!) und Einkommen« etc. sei gemacht worden; »unausweichlich« sei also »eine Redimensionierung des Systems der Sozialpolitik«. Das ist die Sprache der über Leichen gehenden Marktwirtschaft, die eben sehr wohl identisch mit Kapitalismus ist. In der »jungen Demokratie« Polen, die unter der Regie des IWF »Marktwirtschaft als Schocktherapie« eingeführt hat, kostet das Kilo Brot, auf bundesdeutsche Verhältnisse übertragen, gegenwärtig mehr als 10 Mark. Berichtet wird über eine Karikatur in der Tageszeitung der »Solidarität«, deren syndikalistischer Flügel Front gegen das Katholiken-Regime der Mazowiecki-Walesa-Clique zu machen beginnt: »Ein alter Mann mit einem Einkaufswagen greift im Supermarkt in einen Korb mit Brötchen und zieht einen Totenkopf heraus ... selbst Brot ist so teuer, daß es für Rentner schon fast eine Luxusware ist« (»Süddeutsche Zeitung« v. 8.1.90). All dies erinnert bereits stark an die 3. Welt, wo z.B. in Argentinien nach Presseberichten das jüngste »Sanierungsprogramm« des Menem-Regimes selbst in Militär-Kreisen als »Genozid an der Bevölkerung« bezeichnet wurde.

Es gehört schon eine gehörige Portion Frechheit dazu, sich in der Pose des expertokratischen Volkswirtschaftlers vor die Arbeitslosen, Rentner und Kinder hinzustellen, um ihnen etwas über ungenügend erbrachte »Leistung« zu erzählen und ihnen Armut, Hunger und Hoffnungslosigkeit im Namen der Selbstbewegung des Geldes zu verordnen. Gleichzeitig wird auf diese Weise deutlich, was von den sozialpolitischen Debatten derselben reformistischen Linken im Westen, in denen ja umgekehrt gerade eine »Entkoppelung von Leistung und Einkommen« (garantiertes Mindesteinkommen) diskutiert wird, im Ernstfall zu halten sein wird. Wenn solche »Garantien« überhaupt nur für den Fall des Weltmarkterfolgs des jeweils »eigenen« Kapitalfetischs gelten, ansonsten aber jederzeit annulliert werden können, dann erweist sich der soziale Kapitalismus als ebensolche Chimäre wie der ökologische, oder dieser Luxus muß wiederum zu Lasten der Weltmarktverlierer gehen.

5

Ungeachtet der argumentativen Blamage hinsichtlich »Produktivismus« und »Sozialpolitik« geriert Hübner sich andererseits gegenüber der DDR als sozialistische Mahnwache, wenn er einen »beutepolitischen Konsens« des BRD-Kapitals und seiner Parteien feststellt. Hier ist er plötzlich wieder Sozialist, hier darf er's sein. Ungeahnte kapitalistische Wachstumspotentiale drohen angeblich heraufzudämmern: »Eine Durchkapitalisierung der heutigen DDR Ökonomie würde dem bundesdeutschen Kapital ein Akkumulations- und Wachstumsfeld eröffnen, das berechtigte Hoffnungen auf ein

zweites Wirtschaftswunder macht«. Das sind Worte wie aus dem Mund des keynesianistischen Wirtschaftsprofessors Hankel, der das vermeintliche Neo-Wunder im »Handelsblatt« allerdings der DDR versprochen hat. Die Realität freilich sieht anders aus. Allein die infrastrukturelle Modernisierung der DDR-Ökonomie würde nach Angaben der »Wirtschaftswoche« mindestens 1,3 Billionen DM kosten. Hübner spricht dabei von einem »verschleiernd als Kosten firmierenden Betrag«. Wie bitte? Natürlich wäre es z.B. für Siemens Umsatz und Gewinn, wenn der entsprechende Unternehmensbereich mit der Erweiterung des DDR-Telefonnetzes, mit dem Aufbau von Telefax-Verbindungen etc. beauftragt würde. In der Tat ein fetter Brocken. Trotzdem muß ja wohl irgendjemand diese Kleinigkeit bezahlen, und zwar in harten Devisen, weil Siemens nämlich nicht gerade als Wohlfahrtsbehörde für notleidende Volkswirtschaften bekanntgeworden ist. Es wäre wirklich eigenartig, wenn ein Fachökonom wie Hübner den kleinen Unterschied von Einzel- und Gesamtkapital vergessen haben sollte, die Tatsache also, daß jeder Umsatz und Gewinn an anderer Stelle in der Form höchst realer Kosten erscheinen muß. Diese Seite der Angelegenheit zu benennen, ist alles andere als »verschleiernd« . In der famosen Marktwirtschaft ist nämlich Zahlungsfähigkeit gefragt und nichts sonst.

Wie zahlungsfähig also ist die DDR? Oder andersherum: Wenn die DDR der BRD einverleibt wird, wer bezahlt dann diese gewaltigen Kosten? Die DDR selber ist jetzt schon nicht mehr in der Lage, die Devisen auch nur für die notwendigsten Importe durch Außenhandel zu erwirtschaften, sie ist auf den wichtigsten Exportmärkten niederkonkurriert worden von Newcomern wie Taiwan, Südkorea und Singapur. Die Außenverschuldung in Dollar beträgt mindestens 20 Milliarden mit steigender Tendenz; die DDR würde also ähnlich wie Polen und Ungarn in das »Sanierungsprogramm« bereits mit einer beginnenden Schuldenkrise stürzen. Es ist derselbe Teufelskreis, der schon große Teile der 3. Welt in den Abgrund getrieben hat: Mega-Investitionen in die Modernisierung wären nötig, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können; aber um diese Investitionen bezahlen zu können, wäre dieser Weltmarkterfolg bereits Voraussetzung. Erstens existiert kein Eigenkapital für die nötigen Investitionen, zweitens sind die Weltmärkte eng und besetzt, drittens müßten selbst bescheidene Exporterfolge zur Schuldenbedienung herangezogen werden. Binnenökonomisch aber geht gar nichts, im Gegenteil: Die »Sanierungsversuche« werden als erstes zur Depravierung der Massenkaufkraft und zu Arbeitslosigkeit führen. Der von Hübner ebenfalls favorisierte Massenkonsum als Wachstumsspritze (soeben war er noch dabei die Masseneinkommen zu redimensionieren) könnte sich nur als Sekundärphänomen eines Weltmarkterfolgs einstellen, als Ausgangsbasis aber ist er illusorisch und beruht auf einer Verwechslung von Konsumbedürfnis und zahlungsfähiger Nachfrage.

Der Weltmarkt von 1990 ist eben nicht mehr derjenige von 1960. Oder sollte sich die fordistische Überakkumulation des Kapitals, über die von den akademischen Linkssozialisten in den vergangenen Jahren so fleißig geschrieben wurde, plötzlich aus Rücksicht auf die DDR oder das inkonsequente Denken dieser »linken Kreise« verständnisvoll in Luft aufgelöst haben? Letztenendes müßte die gesamte DDR-Modernisierung ebenso wie der Massenkonsum ihrer Bürger bei höchst unsicheren zukünftigen Verwertungspotenzen zunächst in gigantischem Ausmaß vom Westen gesponsert werden. Die Billionen des Privatkapitals aber richten sich erstens nach knallharten Renditeerwartungen kurzfristigster Art, und die sind immer noch eher von Portfolio-Investitionen auf den internationalen Finanzmärkten zu erwarten als von der Modernisierung Osteuropas. Zweitens aber haben die Massen des westlichen Kreditgeldes schon eine andere, äußerst prekäre Sponsor-Aufgabe zu erfüllen: Sie finanzieren nämlich die historisch beispiellosen Handels-Ungleichgewichte der OECD-Länder, insbesondere die gewaltigen Außendefizite der USA und Großbritanniens. Diese immanente Krisenpotenz des Westens selber, die auf jene »fordistische« Überakkumulation des Kapitals zurückzuführen ist, hat das internationale Zinsniveau gewaltsam und geldpolitisch irreversibel nach oben gedrückt und ist dadurch indirekt mitverantwortlich für die bereits manifeste Reproduktionskrise der 3. Welt und des Realsozialismus, die als schwächste Bestandteile des warenproduzierenden Weltsystems zuerst in die Bredouille geraten müssen. Eine Umlenkung jener 100 Milliarden DM Geldkapital, die von der BRD gegenwärtig jährlich ins westliche Ausland transferiert werden, auf die DDR hätte ein Wanken und vielleicht den Einsturz des längst wackligen internationalen Kreditüberbaus zur Folge und damit ein Ende der BRD-Exportweltmeisterei. Einschlägige Milchmädchenrechnungen, wie sie etwa der Altkeynesianer Schiller zum besten gibt, sollten also nicht unbedingt von Sozialisten abgepaust werden.

Was wird bleiben unterm Strich? Gewiß, die Ausnutzung der Billiglohn-Option durch das westliche Kapital, jedoch sektoral beschränkt auf einige Zuliefer-Industrien. Sicherlich eine ganze Reihe von Joint-Ventures und vielleicht eigenständigen Hightech-Fabriken, jedoch begrenzt auf insulare hochwertige Weltmarktproduktion. Das gibt es auch in Mexiko (z.B. VW). Auf einigen Gebieten ist die DDR heute noch konkurrenzfähig, so bei Zement und Druckmaschinen. Aber ähnliches gilt auch für Brasilien. Mit anderen Worten: Ein neues Wirtschaftswunder kann es durch den Zusammenbruch der DDR nicht geben (ohnehin eine merkwürdige Gedankenverbindung). Osteuropa wird in den nächsten Monaten und Jahren mit allen Konsequenzen für die Mehrheit der Bevölkerung in die 3. Welt entlassen. Wenn die ideologischen Staubwolken der Demokratisierungs-Euphorie und der als Wundermittel gepriesenen Marktwirtschaft sich gelegt haben, wird ein Panorama der Verelendung und Barbarisierung sichtbar werden. Damit aber die (äußerst begrenzten) Vorteile dieser Entwicklung für das westliche Kapital überhaupt wirksam werden, gibt es eine völlig logische Grundbedingung: Die »sozialen Kosten« einer bloß sektoralen Einverleibung in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß

bei gleichzeitiger Verarmung der Mehrheit müssen den Staaten dieser Weltmarkt-Zonen verbrannter Erde selber überlassen bleiben. Deshalb wäre im Spezialfall Deutschland die Wiedervereinigung kein Siegeszug des »4. Reiches« der kalten Krieger, sondern viel eher ein außer Kontrolle geratender Katastrophenprozeß .

* Darunter verstand Marx die Unterwerfung der konkreten Gebrauchsgüterproduktion unter die abstrakte Selbstverwertung des Geldes

konkret 03/90, S. 24

Charlotte Wiedemann

Am Schluß: Anschluß

Bundesstaat, Staatenbund, zehn Punkte, vier Stufen, drei Mächte. Egon Bahr in die Volkskammer oder Ostdeutschland unter alliierte Kontrolle. Eine Nation plant sich außer Rand und Band. Aber das scheint nur so – am Ende kommt alles aufs selbe raus

Die Stationen an der Strecke zur Wiedervereinigung bleiben schemenhaft, der Zug rauscht mit Höchstgeschwindigkeit vorüber. Und das soll er auch, so rasch eben, »daß niemand mehr abspringen kann« (»FAZ«). Um die kursierenden Fahrpläne zur Wiedervereinigung zu durchblicken, nützen also Lehrbücher für Staats- und Völkerrecht wenig. Die *Vertragsgemeinschaft* wird dort überhaupt nicht definiert. Die *Konföderation (oder* der Staatenbund) ist ein Zusammenschluß souverän bleibender Staaten. Die *Föderation* (oder der Bundesstaat) ist das, was wir in kleinerem Maßstab-West schon haben, also ein einheitlicher Staat, der nach Ländern untergliedert ist.

Wichtiger als die Definitionen sind die Hintergedanken derjenigen, die diese Begriffe verwenden. Das bekam zum Beispiel Hans Modrow zu spüren. Als er im November vergangenen Jahres erstmals eine *Vertragsgemeinschaft* beider deutscher Staaten vorschlug, dachte er noch an eine Fortschreibung des sogenannten Grundlagenvertrags von 1972. Darin stehen so antiquierte Sätze wie dieser: Bundesrepublik und DDR »respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten«. Die Vertragsgemeinschaft also als Versuch, weitergehende Vereinnahmungsgelüste seitens der Bundesrepublik zunächst zu stoppen? Von wegen. Die Bundesregierung stellte Wochen später ultimativ klar, was die politische Funktion eines derartigen Vertragswerks zu sein hat: Die Perspektive der staatlichen Einheit müsse in dem Text »klar formuliert« sein. So wird es nach den DDR-Wahlen am 18. März nun wohl geschehen.

Voraussichtlich wird die Vertragsgemeinschaft außerdem Schritte zu einer gesamtdeutschen Wirtschafts- und Währungsunion skizzieren und die Rechtsgrundlage für gemeinsame Ausschüsse und Kommissionen schaffen. Und schon ist man mitten drin in einer Grauzone, die so grau auch gewollt ist. Die bilateralen Gremien werden nämlich, was gar nicht nötig wäre, in den Konzeptionen von CDU/CSU und SPD übereinstimmend als »konföderative Strukturen« bezeichnet. Die Übereinstimmung fällt aus folgendem Grund auf: Die SPD will in der Tat als nächsten Schritt nach der Vertragsgemeinschaft eine Konföderation, also einen Bund mit einer noch-souveränen DDR. Helmut Kohl aber ist ein erklärter Gegner einer derartigen Konföderation: Sie riecht ihm zu sehr nach fortdauernder Zweistaatlichkeit. Wenn nun beide Parteien trotz dieses Unterschieds so sehr die »konföderativen Strukturen« betonen, verfolgen sie damit nur einen Zweck: Gleich den Übergangscharakter der neuen Gremien herauszustellen, auf daß die Übergänge zu weiteren Etappen Richtung Wiedervereinigung möglichst fließend seien.

Wie fließend die Übergänge erst recht in der Praxis sein werden, dafür gibt es bereits ein Beispiel: den »Regionalausschuß Berlin«. Das 14köpfige bilaterale Gremium hat nach den Worten von Dieter Schröder, Staatskanzlei-Leiter Westberlin, folgende Funktion: »Langfristig werden wir eine gemeinsame Politik für Berlin und die Mark Brandenburg entwickeln.« Und auch kurzfristig ist man, noch ohne Rechtsgrundlage, schon sehr aktiv. 15 Arbeitsgruppen wurden eingerichtet, und da wird nicht nur die Müllabfuhr von Potsdam auf Trab gebracht, sondern da werden auch gemeinsame Polizeieinsätze besprochen. Schröder: »Ostberlin hat nämlich keine Erfahrung, wie man energisch aber friedlich eine große Zahl von Menschen stabilisiert.«

Ähnliche Regionalausschüsse werden bald für Schleswig-Holstein/Mecklenburg, Hessen/Thüringen und Niedersachsen/Magdeburg eingerichtet. Wie gleichberechtigt es dort zugeht, mag eine Randnotiz aus Berlin illustrieren: Der Ausschuß gilt noch als »provisorisch«, weil die Vertreter West die Vertreter 0st nicht für demokratisch legitimiert halten. Die DDR kann sich solche Kleinlichkeiten nicht leisten: Stillschweigend akzeptierte sie, daß auf Westberliner Seite der Bevollmächtigte des Bundes für Berlin sitzt, obwohl dies dem vereinbarten Status von Berlin widerspricht.

Gewollte Grauzonen also und Wiedervereinigung in Raten: Nach diesem Leitmotiv verfahren die Sozialdemokraten auch mit dem Begriff *Konföderation.* Gemessen an den Kriterien des Völkerrechts käme eine Konföderation für die deutsch-deutsche Realität eigentlich gar nicht in Betracht. Laut Definition ist ein derartiger Staatenbund nämlich ein »auf Gleichberechtigung beruhender politischer Zusammenschluß von Staaten«, die »gemeinsame Angelegenheiten« haben, aber ansonsten souverän fortbestehen werden. Die SPD müßte also, nähme sie ihren Programmpunkt Konföderation ernst, zunächst einmal die Eigenständigkeit der DDR sichern helfen. Das Gegenteil ist bekanntlich der Fall, und so definieren die Sozialdemokraten die Konföderation einfach nach ihrer Facon um: als »Durchgangsstadium« zur staatlichen Einheit. Dieses Übergangs-Gebilde soll nach ihren Vorstellungen vor allem ein einheitlicher Wirtschafts- und Währungsraum sein mit gemeinsamer Zentralbank. Die steht ja schon in Frankfurt, und von dort aus würde dann die Souveränität der DDR gemanagt.

Daß Helmut Kohl sich auf solcherart Etikettenschwindel nicht einlassen will und den Begriff Konföderation lieber strikt meidet, hat auch historische Gründe. Die Vokabel wurde nämlich 1957 von Walter Ulbricht in die Deutschlandpolitik eingeführt. Die Adenauer-Regierung lehnte das Konföderations-Ansinnen der SED ab, weil das die staatliche Anerkennung der »Zone« bedeutet hätte. Bei der SED hielten sich modifizierte Konföderationspläne bis 1967; zuletzt wurden sie fallengelassen mit der Begründung, die Bundesrepublik sei wegen ihres politischen Alleinvertretungsanspruchs ohnehin nicht »konföderationsfähig« – eigentlich ein aktueller Gedanke.

Hat man hingegen das Kriterium der Gleichberechtigung von vornherein vom Tisch gewischt, dann eignet sich die Konföderation in der Tat als flexibles Instrument für alle Eventualitäten. Der ostpolitische Publizist Peter Bender brachte dies kürzlich auf folgende Formel: »Konföderation ist ein wunderbar unklarer Begriff; im innerdeutschen Verhältnis gibt er große Handlungsfreiheit: Man kann fast alles tun, muß es aber nicht.« Das heißt: Es kann je nach politischer Entwicklung entschieden werden, wie und wann die beiden Staaten der Konföderation Hoheitsrechte an gemeinsame Organe, etwa eine Konföderationsregierung, übertragen. Hans Modrow hat zum Beispiel aus dem formalen Dreisprung Vertragsgemeinschaft/Konföderation/Einheitsstaat einen Vier-Stufen-Plan abgeleitet: Er unterscheidet eine erste Konföderationsphase mit nur einigen gemeinsamen parlamentarischen und exekutiven Organen von der zweiten Phase, in der direkt Souveränitätsrechte abgetreten werden.

Der Vorteil der Handlungsfreiheit gilt im übrigen auch für die Außen- und Militärpolitik: Nach den Vorstellungen der SPD könnte unter dem Dach der Konföderation eine weitgehende de-facto-Wiedervereinigung erreicht werden, ohne daß die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Militärbündnissen bereits berührt ist.

Und die Grünen? Sie machen es genau umgekehrt zur SPD. Hart am Lehrbuch, jedoch ebenso hart an der Realität vorbei gilt ihnen eine Konföderation sogar als »Garantie« für die »Autonomie« der DDR. Weil nämlich dann, so argumentiert Antje Vollmer, »die ökonomisch stärkere Bundesrepublik die schwächere DDR als politisch gleichberechtigt anerkennen muß«. Allein die Konföderation könne »eine institutionelle Rückversicherung für die Menschen in der DDR sein, daß sie nicht noch einmal ökonomisch und politisch abgehängt werden«. So hängt die Theologin also das Schwache ans Starke, auf daß dem Starken darüber schwach werde.

Je mehr in diesen Tagen der Eindruck entsteht, die Wiedervereinigung sei ohnehin »gelaufen« (Willy Brandt) und das Beharren auf Zweistaatlichkeit mithin eine aussichtslose Position, desto mehr dürfte die Konföderation im links-alternativen Spektrum zum »demokratischen Kampfziel« avancieren – als kleineres Übel gegenüber der direkten Wiedervereinigung oder gar als Bremsklotz. Der Trugschluß: Zu einem Zeitpunkt tiefster Schwäche der DDR soll nun funktionieren, was zur Zeit ihrer relativen Stärke niemand für möglich hielt.

Wenn nun, auch bei den Grünen, sogar die Illusion um sich greift, das neue geeinte Deutschland würde besser, demokratischer, friedlicher und ökologischer als das geteilte alte, dann ist damit eine Strategie der deutsch-nationalen Protagonisten aufgegangen. Nämlich das häßlich-revanchistische Ziel der Wiedervereinigung bestmöglich zu tarnen. Die Tarnnamen lauten: *Bundesstaat, Föderation* oder auch manchmal *Deutscher Bund.* Die Strategie zielt vor allem auf das Ausland – da soll niemand an das Deutsche Reich, das Vierte Reich denken, ganz so, als wäre das künftige Deutschland ein harmloser Verbund kleiner Regionen, wo zufälligerweise überall deutsch gesprochen wird.

Ohne Widerspruch zu ernten, hat Peter Gauweiler (CSU) eine Anregung von Willy Brandt mit unverblümter Begründung aufgegriffen: Die »gereizten Einheitsängste des Auslands« könnten überwunden werden, wenn das neue Deutschland unter dem historischen Namen »Deutscher Bund« als Zusammenschluß aller (Bundes-)Länder in 0st und West daherkommt. So dargelegt, wohl nicht zufällig, im »Spiegel«. Sobald die fünf ehemaligen Länder in der DDR wiederhergestellt sind, will der bayerische Ministerpräsident Max Streibl denn auch schon zu einer gesamtdeutschen Konferenz einladen.

Wie die Streibl-Initiative zeigt, geht es nicht nur um Sprach-Kosmetik, wenn nun die föderalen Strukturen des künftigen Einheitsstaates so beschworen werden; es geht auch um ein Procedere zur Wiedervereinigung, und dieses Procedere soll möglichst vollständig in deutscher Hand liegen und möglichst wenig in den Händen der vier ehemaligen Besatzungsmächte. Eine Regelung für »Deutschland als Ganzes« bedarf zwar letztendlich deren Zustimmung, also die letzte Schraubendrehung zur Wiedervereinigung. Unterhalb dessen eröffnen aber die Länder hüben und drüben ein Betätigungsfeld, wo nach dem Motto agiert werden kann: Deutschland schaffen ohne alliierte Affen.

So widmen Bonner Juristen neuerdings dem Artikel 23 des Grundgesetzes besondere Aufmerksamkeit – ein Artikel, der auch »Saarland-Paragraph« genannt wird, weil auf seiner Grundlage das Saarland noch 1957 der Bundesrepublik beitreten konnte. Das Grundgesetz gilt laut diesem Artikel »zunächst« im Gebiet der westdeutschen Länder, »in anderen Teilen Deutschlands wird es nach deren Beitritt in Kraft gesetzt«. Eine Anschlußmöglichkeit also für die bald wiedergegründeten Länder der DDR? »Daß diese Bestimmung in einem inneren Zusammenhang mit dem Wiedervereinigungsgebot steht, liegt auf der Hand«, urteilte das Bundesverfassungsgericht 1973 knapp und eindeutig. Sobald die »Bereitschaft anderer Teile Deutschlands zum Beitritt« vorliege, sei die Bundesrepublik kraft dieses Artikels 23 sogar »verpflichtet«, »das dazu Nötige

zu tun«. Nicht aus der Luft gegriffen ist also eine Frage, die Bonner Journalisten neuerdings gerne Politikern stellen: Wie man sich denn verhalten werde, wenn demnächst Sachsen oder Thüringen Mitglieder des Bundesrates werden wollten.

So sind wir am Ende bei jenem Stichwort, das in der politischen Debatte zwar tunlichst gemieden wird, das aber weitaus mehr Realitätsgehalt hat als die hier abgehandelten umständlichen Szenarien: *Anschluß.* Dafür braucht man keine Definition, da reicht der Blick zur »Tagesschau«. Der Zug fährt mit Hochgeschwindigkeit, zu schnell auch für ein Monatsmagazin. Mag sein, wenn diese Zeilen gelesen werden, ist ohnehin nichts andres mehr vorstellbar als dieser Schluß: Anschluß.

konkret 03/90, S. 26

Heinz Hollaus

Vom Armen-Friedhof zum Armee-Friedhof

Schon ein Getöteter ist ein Toter zuviel Kommt es also nicht mehr darauf an, ob im Kampf mit Ceaucescus Sicherheitstruppe »60 000 bis 70 000 Rumänen« sterben mußten (wie fast alle BRD-Medien zu Weihnachten berichteten) oder »weniger als 10 000« (wie zwei Wochen später die neue rumänische Regierung angab) oder weniger als 1 000 (wie sich jetzt herauszustellen scheint; in Temesvar, einem der Kampfzentren, zählten die Behörden bisher neunzig Tote)? Hatte nicht selbst der dümmste Nachrichtenredakteur wissen können, daß es zur Ermordung von 70 000 Menschen in drei Tagen des Betriebs einer NS-Todesfabrik oder des Abwurfs einer Atombombe bedarf und die Zahl der Opfer von Straßenkämpfen, an denen Fernsehteams aller Länder live teilnehmen, weit darunter liegen würde? Doch mit der Berichtigung ihrer Horrormeldungen, die als Kontrast zu den »nur« ein- bis zweitausend in jenen Tagen von den US-Truppen getöteten Panamaern gebraucht wurden, hat es die BRD-Presse nicht eilig
Ein besonders abstoßendes Beispiel für die Verwahrlosung journalistischer Sitten bietet die »Berichterstattung« über den »grausigen Fund von Temesvar« »Tagesschau« und »Heute« zeigten Bilder verstümmelter Leichen, »Folteropfer der Geheimpolizei Securitate«, die (wie die Agentur »Toppress« meldete) auf einem »Armee-Friedhof« entdeckt worden seien »DPA« sprach von »Leichen grausam ermordeter Regimegegner« und schrieb unter eines der Bilder »Hier auf dem Körper eines umgebrachten Erwachsenen die Leiche eines Kleinkinds« Die Photoagentur »Toppress« aus München wußte es noch genauer »Dieses ungeborene Kind wurde einer Mutter am 17 12 bei lebendigem Leib von der Securitate herausgeschnitten « Die Bilder von Temesvar wären wohl als gesichertes Beweismaterial in die Geschichte eingegangen, hätte nicht die Redaktion des Magazins »Explosiv« von »RTL plus« es genauer wissen wollen Der Journalist Heinz Hollaus recherchierte vor Ort und entdeckte, daß der »Armee-Friedhof« ein Armenfriedhof und alle Exhumierten eines natürlichen Todes gestorben waren. Viele westeuropäische Fernsehsender haben Hollaus Film übernommen und ihre grausige Falschmeldung korrigiert; ARD und ZDF nicht. KONKRET dokumentiert den Text der »RTL-Explosiv«-Sendung vom 23 Januar 1990:

Von über 4.000 Toten ist heute, einen Monat später, nicht mehr die Rede. Doch diese Bilder, die Sie kurz vor Heiligabend gesehen haben, diese Bilder haben die Welt erschüttert. Diese Bilder haben die Empörung der Rumänen geschürt – gegen die Killertruppe ihres Diktators, gegen die Securitate. Die Geschichte vom Foltercamp in Temesvar haben Journalisten in aller Welt gerne geglaubt, und den Revolutionären kam sie gerade recht. Aber, die Geschichte ist in Wahrheit völlig anders.

Bilder des rumänischen Fernsehens: Sie werden am 23. Dezember an alle großen Fernsehanstalten der Welt überspielt. Bilder vom Steinhäuschen auf dem Armenfriedhof von Temesvar. Die Nachricht dazu: Hier hat die Securitate unzählige Opfer zu Tode gefoltert. Auf dem kleinen Friedhof gleich daneben Gräber. Offiziell: ein Massengrab mit Gefolterten. Das erschütterndste Bild: eine Mutter mit Kind. Die Nachricht dazu: Sie wurden zu Tode gepeinigt, von den Schergen Ceaucescus.

Elena Busar, Autopsie-Ärztin: *Ich heiße Elena Busar, arbeite im Spital Judezian. Ich bin Autopserin und war am 22. Dezember auf dem Armenfriedhof, wo ich die Toten gesehen habe. Ich habe probiert zu erklären, daß dies Tote der Spitäler sind, aber es wurde nicht angenommen. Es gibt hier einen Mann bei der Zeitung, der die ganze Atmosphäre gemacht hat und war sehr – ich kann das gar nicht erklären – aufgebracht und hat die ganze schlimme Atmosphäre dort gemacht und den Leuten alles gesagt, was überhaupt nicht stimmte. Dieses Kind, das der Mann in der Hand hat, das wurde autopsiert und vom Spital dort begraben, weil die Eltern es wahrscheinlich nicht begraben konnten. Die anderen, die Toten, die hier in der Reihe sind, das sind alles Tote, die von den Spitälern autopsiert wurden, von allen Spitälern aus Temesvar, die Familien nicht begraben konnten oder die unbekannt waren, die gefunden worden sind auf der Straße, in Kanälen und keine Papiere hatten. Man wußte nicht, wer die sind.*

Also keine Revolutionsopfer, sondern Menschen, die eines natürlichen Todes gestorben sind, die bei Verkehrsunfällen ums Leben kamen oder verstarben. Menschen, die manchmal schon längere Zeit in diesen Gräbern gelegen haben – die Verwesungsspuren zeigen es. Dennoch soll und will alle Welt glauben: Dies sind Opfer der Securitate, die erst im Dezember ums Leben kamen – wie die Mutter mit ihrem Kind.

Dr. Dressler, Gerichtsmediziner: *Ich bin Doktor Dressler, Milan Leonhard, von der Gerichtsmedizin Temesvar. Hier war ein sehr kleines Kind eingegraben. Ich glaube ein oder zwei Monate alt. Aber das war nicht seine Mutter. Eine andere Frau. Wir haben diese Expertise. Sie ist gestorben an einer alkoholischen Intoxikation.*

Der Gerichtsmediziner spricht von einer tödlichen Alkoholvergiftung. Die Frau hatte 4.2 Promille Alkohol im Blut.

Die historischen Bilder des rumänischen Fernsehens. Die angebliche Folterkammer auf dem Friedhof, ein angebliches Opfer. Unsere Ärzte sagen dazu: Dieser Mann war obdachlos. Er starb in einem Fernwärmeschacht, in dem er sich verkrochen hatte. Die Ärzte haben Unterlagen über jeden Toten, der hier gefunden worden ist.

Dr. Dressler, Gerichtsmediziner: *Sie sehen eine Kammer und einen Tisch. Hierher wurden die stark verwesten Leichen gebracht, weil wir keinen Platz in unserem Spital für so etwas haben.*

An diesem Tag, zwei Tage vor Weihnachten, fand man auf dem Seziertisch des Friedhofs eine furchterregende Drahtschlinge. Also doch Folterungen.

Dr. Dressler, Gerichtsmediziner: *Mit dem Draht haben sie eine stark verweste Leiche aus einem Kanal rausgeholt. Und so haben sie die Leiche angepackt.*

Und noch etwas finden die Ärzte seltsam: die Obduktionsnähte über Brust und Bauch der Toten. Alle angeblichen Folteropfer hatten fein säuberlich vernähte Obduktionsnähte. So wurde jeder Leichnam nach der Untersuchung zur Armenbestattung vorbereitet.

Dokumentarmaterial vom 23. Dezember: Kleidung ist um das Häuschen auf dem Friedhof verstreut. Kleider der angeblich letzten Securitateopfer. Kleidung, die sich bei näherem Hinsehen aber als Sommerkleidung herausstellt. Sandalen – selbst im Armenhaus Europas trägt man sie nicht im Dezember, als diese Morde geschehen sein sollen.

Der Friedhof mitten in einem Industriegebiet. Die Ärzte sagen: Hier war keine Folterkammer, viel zu gefährlich, denn hier konnte jederzeit jemand vorbeikommen und alles mitansehen. Die Informationen der Ärzte passen nicht in diese Revolution. Dieser Friedhof ist Symbol – Symbol für die Unmenschlichkeit des alten Regimes.

Die Revolution hat Tausende das Leben gekostet – angeblich. Noch immer sucht man nach Toten, die ja irgendwo sein müssen. Also sucht man auch auf Friedhöfen. Hunderte von Gräbern wurden bisher geschändet.

Die Toten vom Armenfriedhof. Hier sind es dreizehn. Aber es sind keineswegs Tausende. Auch diese Information ist falsch.

Dr. Ferency Barany: *Ja, ich heiße Dr. Barany. Ich bin Hausarzt der Anästhesie. Vorgestern haben sich 150 Familien gemeldet und mitgeteilt, daß jemand von ihrer Familie fehlt. 150, das möchte nicht viel sein.*

150, das möchte nicht so viel sein. Ich glaube, so abgebrüht kann man nur sprechen, wenn man die blutige Revolution miterlebt hat. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Wir wollen nicht die Securitate von ihrer blutrünstigen Vergangenheit reinwaschen. Wir wollten nur die Hintergründe von Bildern erhellen, die Sie alle gesehen haben.

konkret 03/90, S. 28

Roger Willemsen

»Da tritt der ganze Mensch heraus«

Worüber er auch immer spricht: über den Hunger in Afrika, die Naturzerstörung oder die Gefahren der Kernenergie – die Reden Richard von Weizsäckers werden eines Tages nur eine Reaktion zeitigen: Wir haben es nicht gewußt. Diesmal nicht, weil wir es totschwiegen, sondern weil wir es uns haben totreden lassen

Es ist mir eine ganz besondere Freude, heute mit Ihnen zusammenzusein. Bei meinem kurzen Besuch habe ich mich überzeugen können, daß hier mit Ernst und Engagement gedacht und gearbeitet wird. Das hat mich sehr beeindruckt.

Wenn Sie ihn je erleben sollten, dürfte Richard von Weizsäcker Sie voraussichtlich so oder ähnlich begrüßen. Sie erkennen ihn daran, daß er immer beeindruckt und immer dankbar ist und immer voller Bedeutung, denn er hat, um ein Wort Oscar Wildes abzuwandeln, nie etwas zu sagen, aber er sagt es entzückend; dem afrikanischen Präsidenten: »Uns Deutschen liegt das Wohlergehen Tansanias besonders am Herzen«, der holländischen Königin: »Ihr Land, Majestät, tritt nicht durch geographische Weite hervor«, den deutschen Arbeitgeberverbänden: »Sie haben nie den Eindruck aufkommen lassen, als wäre Verdienen durch Leistung etwas Unanständiges«, den Musikern: »Ihr Spiel zeigt, daß Freude nicht durch Nichtstun und Weltschmerz entsteht«, den Turnern: »Im Turnen wird Trennendes überwunden«, den katholischen Frauen des Diözesanverbandes Paderborn: »Denn wenn wir eine humane Gesellschaft sind und bleiben, dann liegt es in erster Linie an unseren Frauen.« Er ähnelt also Kohl, Karl Kraus hätte gesagt, 'wie ein faules Ei dem anderen', wirkt aber weniger überbrütet. Nun würden wir einen Mann, der von sich selbst sagt: »Ich bin kein Vakuum-Besetzer«, sein Leben aber mit der Vermehrung des rhetorischen Jahresmülls zubringt, in anderen Zusammenhängen 'unglaubwürdig', würden ihn angesichts seiner permanenten Exaltation und Übertreibung möglicherweise 'falsch' nennen, und wenn er sich gleichzeitig von den deutschen Jugendfeuerwehren, vom Kirchentag, vom Tennisspiel, von der Weltkonferenz des Pfadfindertums und der pneumatischen Bereifung durch Dunlop zu superlativischer Gefühlsentwicklung begeistern ließe, dann würden wir wohl sagen, er ist hysterisch oder anderweitig zu berücksichtigen.

Anders bei Richard von Weizsäcker. Gleichgültig, daß seine Gedanken meist keine sind, sie gelten als profund, nebensächlich, daß seine Standpunkte allenfalls aus Stimmung bestehen, sie gelten als erhellend, und selbst seine Gefühle werden geglaubt und als Resultat der Aufgabe, all das zu fühlen, was wir selbst nicht fühlen können, wie etwas Eigenes begrüßt – wodurch es insgesamt fast unmöglich wird, sich zu Weizsäcker in Widerspruch zu setzen. Während es also außerhalb des Präsidenten schwer geworden ist, individuelle Erfahrungen zu machen, fällt es ihm offensichtlich schwer, keine zu machen, deshalb formuliert er immerzu mit dem Nachdruck von: »Etwas Warmes braucht der Mensch!« Und da sein Amt laut Verfassung die »Staatspflege« und die »Schaffung von Staatssymbolen« ist, spricht eigentlich nicht er, ES spricht, und deshalb achten wir weniger darauf, was es sagt, sondern sind bezaubert, daß es von uns weiß, von unseren 'Sorgen und Nöten', die im Mund des Politikers so eng zusammengehören wie 'Black und Decker'.

Richard von Weizsäcker liegt in der Geheimrat-Tradition der guten Deutschen, auf der Linie, die von Goethe über Gerhard Hauptmann zu Max Grundig und Heinz Drache führt, er genießt den größten Starruhm, den je ein deutscher Präsident errang, sogar Hans Magnus Enzensberger räumt ein, der Präsident bemühe sich erfolgreich, »die moralische und ästhetische Situation der Republik erträglicher zu machen, soweit das die Grenzen seines Amtes erlauben«, und er habe »eine Art von Glaubwürdigkeit gewonnen, die anderen Politikern völlig abhanden gekommen« sei. Dieser Gedanke ist so konservativ, daß er von Weizsäcker selbst stammen könnte, denn nicht nur ist die ästhetische Situation des Landes völlig nebensächlich im Vergleich mit allen anderen Situationen, in denen es sich befindet, sie verbessert sich auch nicht im geringsten durch das hübschere sittliche Outfit eines Präsidenten, der das Nicht-Ästhetische geschickter kaschiert und deshalb gerade gefährlicher ist. Nur auf staatstreuer Basis aber kann man 'Glaubwürdigkeit' überhaupt als eine politisch relevante Kategorie verkaufen. Was soll es schließlich an einem Politiker zu glauben geben? Entweder heißt das, mit ihm stehen wir gut im Ausland da, sie nehmen uns nicht für das, was wir sind, dann ist seine Glaubwürdigkeit jene gelungene Irreführung, auf die wir offensichtlich angewiesen sind. Oder es heißt, daß man ihn über längere Zeit nicht beim öffentlichen Lügen erwischt hat, und das liegt auch bei Weizsäcker nur daran, daß man sich noch nicht die Mühe gemacht hat, all seine Reden zu vergleichen und ernst zu nehmen. Genau genommen ist er nämlich per definitionem alles andere als glaubwürdig. Er sagt, er trauert, aber er trauert nicht, er sagt, er ist betroffen, aber betroffen ist er nicht. Er darf nie beim Wort genommen werden, denn er redet Fiktion und ist mehr als jeder andere das Produkt seiner eigenen Erzählung. In Wirklichkeit besteht der Weizsäcker-Effekt darin, daß es niemand kümmert, ob er die Wahrheit sagt, die wenigsten wissen ja überhaupt, was er sagt, schenken ihm aber blindlings, was er fordert, damit die schöne Geschichte wahr werde: Glaube.

Weizsäcker wurde in massenpopulärer Weise gut durch beherzte Kritik am Nationalsozialismus. Nun ist in Deutschland kein Titel so billig zu haben wie der, ein aufrechter Demokrat zu sein, wenn man nur hingeht und – natürlich ohne kritische Verbindlichkeit gegenüber dem eigenen Staat – Hitlerdeutschland kritisiert: »Gewaltherrschaft«, »Unrechtsregime«, »menschenverachtendes System«, »Irrweg der deutschen Geschichte«, eine rhetorische Steigerung des Drastischen wie bei den Titeln von Kung-Fu-Filmen: »Die Killerkralle« oder »Täglich knirschen Knochen«. In den letzten Jahren ist diese

Form der saftigen Hitler-Kritik immer heftiger geworden, und es könnte geradezu der Eindruck entstehen, keine Zeit habe Hitler so gehaßt wie unsere, die wie zum Beleg ihrer Harmlosigkeit zeitgleich die »Republikaner« hervorbringt und deren Gesinnungen ja seit Jahren in der »FAZ« und andernorts publiziert. In Wirklichkeit besitzt die Kritik am Nationalsozialismus für die Demokraten vor allem einen unschätzbaren Vorteil: Sie ist völlig folgenlos, trifft auf keinen nennenswerten Widerstand, wirft aber ein starkes moralisches Profil ab. Deshalb wer

den in der populären Faschismuskritik nur noch rhetorische Schlachten um die Prädikate geschlagen: eloquent bereut, virtuos verurteilt, brilliant verabscheut, und da Weizsäcker als der Titelverteidiger im deutschen Volkstrauern mit der gravitätischen Unverbindlichkeit spricht, die man als Ausdünstung seines Amtes regelrecht genießt, erlaubt man ihm ein Palaver von Machtworten, in dem die Geschichtsschreibung sachlich wieder auf ihre Vor-Hitler-Statuten zurückgebracht wird: Da gibt es verbrecherische und paranoide Einzeltäter, Machtergreifungen, nicht: Machtübernahmen, gibt es »Gewalt, Not und Tod« und eine völlig erneuerte glanzvolle Epoche der Demokratie, die als das schlechthin Andere und Gute aus dem Trümmerstaat der Kriegszeit aufsteht.

Die Wunde Auschwitz besteht für Patrioten auch darin, daß der Deutsche nicht in Identität mit seiner Geschichte leben, daß er sich nicht positiv herleiten kann. Weizsäckers Aufgabe besteht darin, die Wunde zu schließen und diese Identität zu stiften, etwas, das nur gelingt, indem man an Auschwitz erinnert, um es durch Erinnerung zum Verschwinden zu bringen. Sicherlich gehört es zu den fatalen Folgen des Nationalsozialismus, daß er den Begriff der politischen Kritik in der BRD völlig ausgehöhlt und durch Sentiment und Gutwilligkeit ersetzt hat, weshalb die schlimmsten Ideologen unserer Zeit die Hitler-Kritik als Gütezeichen auf der Stirn tragen und man geradezu erwarten kann, daß die Radikalen des Inhumanismus nicht aus dem Geist des Nationalsozialismus, sondern aus der Kritik am Nationalsozialismus aufstehen werden. Ohne öffentlich wenigstens einmal richtig böse auf Hitler gewesen zu sein, kann man in Deutschland nicht gut werden. Deshalb ist hier keine Gesinnung so leer wie diese.

Eine zweite Klimax der Popularität erreichte Weizsäcker mit der Forderung nach einer »neuen Sittlichkeit«. Damit verhält es sich prinzipiell nicht anders: Man hört es nicht ungern, denn mehr Moral kann ja nie schaden. Im übrigen ist eine solche Forderung so sinnvoll wie es die nach neuem Wetter wäre und genauso folgenlos, abgesehen von der Tatsache, daß einen die Menschen hernach unweigerlich für gut halten. Solche gedanklichen Figuren sind deshalb nicht einfach 'geistig unbeschenkt', sondern sie haben den Effekt, den 'Weizsäcker' in uns zu wecken, ein Individuum, das sich die Weltgeschichte gerne unter den Begriffen Toleranz, Geduld, Besinnung und Lebensfreude aneignet, also völlig unsachlich und ohne die Absicht, irgendetwas von dem zu verändern, was man im selben Atemzug 'bedrückend', 'unmenschlich' und 'unerträglich' nennt. Das führt dazu, daß alle Änderungen 'langfristig', 'mit Augenmaß' und 'ohne falsche Übereilung' eingeleitet werden, während Natur und Dritte Welt politisch unseriös werden, weil sie kurzfristig sterben und in falscher Übereilung.

Gewiß, Weizsäcker spricht mehr von diesen Dingen als andere Präsidenten, aber er hat eben auch mehr unter den Tisch zu kehren, und das tut er mit beeindruckendem Aufwand an teilweise ungeschickt ausgedachtem Nonsens und starken Stimmungen. Wenn man eine Stimmung für die Weltkatastrophe des Hungers sucht, dann werden die meisten wohl sagen: Besorgt ist besser als dickfellig. Wie macht man sich also besorgt? Man sagt: 'Ich bin besorgt...' – das tut Richard von Weizsäcker. In seinem Mund erhält der Hunger etwas überwältigend Unsachliches, Immaterielles, auch Gottgewolltes und zugleich Empfindelndes, er wirkt nicht als Hunger, sondern als dunkle Farbe auf der Palette, als Schattierung und Dissonanz, gegen die sich die fröhlichen Farben der westlichen Wohlstandsdemokratie und des hiesigen Optimismus desto lebhafter abheben. Ein Mann, dessen Hauptaufgabe im Glasheben Essen und Feiern besteht, kann per definitionem nicht glaubwürdig Hunger beklagen. Seine Erscheinung ist wie sein nirgends zuständiges Amt eine Satire auf die Verhältnisse, zu deren Betrachtung er anreist und die er dort nur als graumelierter Staatscupido überfliegt.

Für sein Amt aber bedeuten diese Ausflüge in die Realität vor allem: Je mehr Elend, desto mehr Dinge, die man irgendwann einmal 'das drängendste Problem' nennen muß, wie etwa den Naturschutz Dieser Dringlichkeit verleiht er in der Weihnachtsansprache die Worte: »So haben wir Vieles zu lernen und zu tun. Das gilt auch für die Natur selbst. Wir dürfen sie nicht immer weiter beschädigen.« Und alle die unter uns, die täglich hinausgingen, um ein bißchen die Natur zu beschädigen, gehen statt dessen in sich und beschädigen nicht mehr, belohnt vom Präsidentencredo: »Die Hoffnung führt uns weiter als die Furcht. Es gibt keinen Grund zu verzagen.« Man denke sich diese Sätze einmal nicht vor dem stabilen westlichen Bauch, sondern im schwarzen Hungerkontinent gesprochen, und man erkennt, daß es sich um zynische Sätze handelt. Sie beschreiben eine solche Verleugnung der Realität der dortigen Völker, daß man sie ebenso rassistisch nennen könnte wie man die

Aussage, die Juden hätten es damals vorgezogen zu verbleichen, antisemitisch nennen würde. Das Wort 'Hoffnung' ist eine Verspottung derer, die sicher sein dürfen, gerade auf Weizsäcker keine setzen zu können. Denn er wird heimfahren und dieses Elend als 'beunruhigendes Problem' verkaufen, eine Technik, die Menschen mit einem Problem zwar zu berühren, aber nur um sie dagegen zu impfen. Nicht mit vergangenen Übeln, wie dem Nationalsozialismus, sollen wir uns abfinden, aber letzten Endes mit jedem zeitgenössischen. Darin ist Weizsäcker allerdings glaubwürdig.

Für diese Beruhigung und Aufhebung aller Probleme im Ewigen steht für ihn der Begriff der Geschichte ein, ein Begriff, den er immerzu im Munde führt und den er deshalb genau kennt: »Unsere Gegenwart ist nichts anderes als der Augenblick der Geschichte, der uns gegeben ist«, und »Unsere Gegenwart ist der Augenblick im Ablauf der Geschichte, der uns zugehört«, schließlich: »Meine Überzeugung ist, daß im zentralen europäischen Bereich die Geschichte jeden Zustand verändert hat.« Genauso war Hennes Weisweiler der Überzeugung, von einer Weltmeisterschaft zur nächsten sei die spanische Fußballnationalmannschaft vier Jahre älter geworden, »besonders in der Abwehr«. Geschichte ist nun einmal der Inbegriff der Veränderung, nicht nur im »zentralen europäischen Bereich« und vor allem auch ohne die »Überzeugung« des Präsidenten. Entweder kultivieren also solche Sätze die intellektuelle Tradition Heinrich Lübkes oder sie erfüllen eine andere Funktion als die, wahr und überzeugt zu sein. Sie erheben das Faktum, daß sich die Zeiten ändern, zum Trost dafür, daß sie sich nicht im Sinne der Betroffenen ändern.

So wird Weizsäcker zu einem einzigen Argument gegen den Anspruch, mit der politischen Realität der Misere eigene Erfahrungen machen zu wollen. Er beweist, daß man als Denkender besorgt und optimistisch und konservativ sein kann. Wer aber noch Erfahrungen mit der Wirklichkeit macht, der weiß: Der Präsident ist Teil dieser Katastrophen, indem er sie unter Staatsschutz stellt. Er ist die Katastrophe selbst, er ist Rösner, denn er redet mit der Pistole am Kopf seines Gegenübers, mit der Macht, nicht nur nichts zu tun, um sie abzuwenden, sondern auch auf massenhaft vorbildliche Weise nichts zu tun. So, mit seinem Amt an und in unserem Kopf, ist er der erste Geiselnehmer für seinen Staat – und das nicht zuletzt kraft seiner Offenheit für Reformen. Er weiß um die Folgen einer Reaktorkatastrophe, aber was hat er dagegen anzubieten? »Energiefibeln und andere Förderungsmaßnahmen«, im übrigen eine bedächtige Umstellung in »30 bis 40 Jahren«. Das erinnert an Jürgen Möllemanns Bereitschaft, zum Aids-Test zu gehen, »sobald ich das geringste Gefühl hätte, infiziert worden zu sein«. Man gewinnt den Eindruck, es passiert etwas, und das ist noch schlimmer, als wenn gar nichts passierte. Dann nämlich würde vermutlich Widerstand laut. Statt dessen ist die Art von Infinitesimalreform, für die Weizsäcker überall eintritt, die einzige, mit der man Menschen todsicher zu Tode sediert. Wenn der Präsident das meint, wenn er sagt, seine Aufgabe bestehe vor allem darin, Bewußtsein zu bilden, dann kann man vor diesem Bewußtsein nur warnen, es geht ihm zu vieles verloren. Anders gesagt: Weizsäckers Aufgabe ist es, Bewußtsein zu verhindern, das ist eine politische Aufgabe, denn wir wissen, daß Politik zu einem guten Teil kraft der Dinge funktioniert, die wir nicht über sie erfahren, daß also Unwissen zu verbreiten und Undurchsichtigkeit zu schaffen, staatserhaltende Aufgaben sind. Keine Frage, daß deshalb alle Präsidentenreden über den Hunger Afrikas, die zerstörte Natur, die Gefahren der Kernenergie etc. eines Tages nur eine Reaktion zeitigen werden: Wir haben es nicht gewußt. Diesmal nicht, weil wir es totgeschwiegen, sondern weil wir es uns haben totreden lassen.

Wie käme denn aber auch einer, der vor seiner Wahl zum Präsidenten 30 Jahre lang erfolgreich CDU-Politik vertreten hat, plötzlich zu radikaleren Standpunkten? Sicher, radikaler ist er schon geworden, aber nur sprachlich: mehr Superlative fürs Leid, mehr Komparative für die Moral. Wahr ist aber, daß es Dinge gibt, die vertragen keine Reform, sondern nur Radikalität. Aufgefordert, eindeutig zu werden, beruft sich Weizsäcker auf den geknebelten Status seines Amtes, der ihn zwar selten gehindert hat, nachdrückliche konservative Voten abzugeben, bei Fragen der Dritten Welt aber heißt es, er werde den Politikern »nicht ins Handwerk pfuschen« . Als Antwort auf die Hungerkatastrophen, die das eigene Land mitverursacht, der Verweis auf die guten Manieren. Ettikette vor Caritas, das entspricht der Hitliste bürgerlicher Tugenden, aber wäre es denn wirklich ein Zufall, daß der CDU-Politiker mit dem humansten Habitus ausgerechnet der ohne Entscheidungsgewalt ist? Wohlgemerkt ein Politiker, der sich für die Humanität erst entschied, nachdem er von Amts wegen nichts mehr für sie tun konnte?

Nun kennt aber auch der Präsident die Widersprüche seiner Moral gut genug, um zu wissen, daß man sie bei genauerem Hinsehen doppelt nennen könnte, und deshalb hat er sich eine weitere Überzeugung ausgedacht, und zwar, die Moral komme im Grunde überhaupt nur doppelt vor. Daraus hätte ein Gedanke werden können, wurde aber nicht. Es heißt nur: »Moral und reale Interessen gehören in der Politik wie im Leben zusammen. Wer die Moral absolut setzt, wird zum überheblichen Ideologen.« Wenn man also das Dritte Reich moralisch absolut kritisiert, ist man ein wackerer Demokrat, wenn man die Stellung des Westens zur Dritten Welt genauso behandelt, ist man ein überheblicher Ideologe. Hier sind wir am wunden Punkt aller Vergangenheitsbewältigung, und zugleich endet hier das unermüdlich und telegen mobilisierte Christentum des Präsidenten, sagt er doch: »Ich kann nicht eine religiöse Einsicht zum Maßstab politischen Handelns machen«, und die unwiderlegliche Begründung lautet: »denn wir sind Menschen.«

Weil sich Weizsäcker jedoch inzwischen in den Himmel der Ikonen promoviert hat, ist er so fiktiv geworden, daß er nun vor allem zur Bildbetrachtung herausfordert. Den Spiegel dessen, was wir gesellschaftlich 'das System' nennen, haben wir in der Zusammengehörigkeit der schrecklichen Bilder, die die Folgen dieses Systems verzeichnen. Sie führen in den verschiedensten Formen Unbekannte als Opfer von Katastrophen vor. So werden die Bilder zu gleichförmigen, unpersönlichen Kommentaren der Politik und ähneln sich alle darin, daß sie zerstörtes Leben zeigen. Ihre Botschaft ist tautologisch: Sie sind das Elend, sie beweisen sich selbst mit dem im Bild verklingenden, erschreckten Ausruf: daß es das gibt!

Auf der anderen Seite des Spektrums jene Bilder, in denen sich Politik als utopisches Manifest vorführt: sicher, sozial, friedlich, freundlich, gerecht. In dieser Sphäre geht Politik in Fantasy über, und gerade der Konservatismus muß ein erhebliches Maß solcher Fantasy aufbieten und immer beißendere Werbespots für eine nicht vorhandene Welt unangefochtenen glücklichen Lebens produzieren. Weizsäcker ist zugleich Protagonist und Vermittler dieser Welt. Die anderen sind der Staat, er stellt ihn dar. So wurde er das Fotomodell als Held, und weil die meisten Menschen nicht kritisch sind, sondern bildkritisch, und weil Weizsäcker dazu da ist, vor allem die fotogenen Qualitäten des Lebens zu verbessern, deshalb ist schon sein Aussehen Tugend. In universaler Unzuständigkeit und allenfalls oberflächlicher Kompetenz bewegt er sich durch alle Räume und Länder und spielt die Überwindung seines sterilen Amtes durch fotogene Wirklichkeitsberührungen. In dieser Hinsicht ähnelt ihm niemand so sehr wie der Camel-Mann in seinen sinnverlassenen Missionen zu Wasser, zu Land und in der Luft. Niemand fragt sich, was will er, sondern wie sieht er dabei aus. Er ist der Zeigeheld, weil er in interessantem Ambiente Pausen machen darf, die Pause ist seine Existenzform. Die Beruhigung, die der Camel-Mann einflößt, liegt in der Zwecklosigkeit, die er vertritt, wo er reist und raucht. Ähnlich reproduziert Weizsäcker die Welt in der Pause, in der man mit ihrem Untergang sein Vergnügen haben kann, die Welt in der Unschuld einer unzeitgemäßen, reinen Betrachterperspektive. Seine Unangefochtenheit ist Würde, sein Abstrahieren von der Wirklichkeit ist Integrität, seine Rührung ist die Dämmerung nationalfarbiger Innerlichkeit, und da er in dieser Weise eigentlich nichts erfährt, bleibt ihm nichts anderes übrig, als von allem so ungeheuer beeindruckt zu sein wie der Camel-Man vom blauen Dunst, den er ausstößt.

In Weizsäcker adoptiert der Bürger das erträglichere Leben der Reklame. Und wie sich manche Menschen abends für die Tagesschausprecher schön machen, so unterhält der Bürger eine von keinem Rückschlag beschädigte Romanze mit dem Fernsehbild des Präsidenten. Wenn er sagt, wir brauchen ein neues Denken, dann klatscht auch Tandler, klatscht Rühe, klatscht Blüm, und selbst wenn man meinen sollte, daß von diesen zum Stichwort 'Denken' keiner zu klatschen braucht, so bewundert man in solchem Applaus den Erfolg einer sich vollständig tragenden narzistischen Beziehung, in der man mit dem einen Ende das eigene andere Ende selbst oral stimuliert, erregt und zum Beifall bringt, ohne Berührung mit einem Äußeren und Anderen. Zwischen dem Absondern der Rede und ihrem Eintreffen in Tandlers patschenden Händen gelingt also eine massenwirksame, politische Autofellatio von hohem Wallungswert. Wenn der Begriff 'Denken' aber einen Sinn haben soll, dann kann er nur bedeuten, sich in Unterscheidung zu dem zu setzen, was ohnehin geschieht und gemeint wird. D.h. das Denken hat seinen Ursprung in der Kritik. Wäre es nicht so, müßte man auch Karel Gott einen Denker nennen, und deshalb kann man, wie vieles andere, auch das Denken nur retten, indem man es vor Weizsäcker rettet, dem Inbegriff der Affirmation.

Da die Macht nun im wesentlichen aufgrund der Dinge funktioniert, die nicht transparent an ihr sind, kultiviert die politische Selbstdarstellung neben dem Nimbus des Politikers zugleich die Darstellung seiner Psychologie. Mit den Fakten ist kein Staat zu machen, deshalb trumpft die Fiktionalisierung der Politik im Falle Weizsäcker mit ergreifenden Bildern des privaten Gemütsmenschen auf. Zwar gelten heute vielleicht die stechenden Augen, die roten Haare Lenins nicht mehr als Argumente gegen den Sozialismus, aber umgekehrt sind die silberne Derwall-Locke, die dekorative Frau, das besinnliche Lesezimmer Indizien einer vertrauenswürdigen Politik. Man identifiziert sich auch in diesen Bildern mit dem Staat als einem 'Pastorat', wie Foucault es genannt hat, man gibt sich in die Hände eines guten Hirten, der in der Machtausübung nur seine Pflicht tut und daneben durch seine Güte wie übrigens auch durch seine faszinierende Keuschheit besticht. Sein privates Glück ist vorbildlich durch die Vorspiegelung einer harmonischen Gegenwelt, die jedem Eskapisten offensteht, so wie er selbst vorbildlich ist als ein Nicht-Eingreifender, vorbildlich in seiner Verführung zur uneingestandenen Ohnmacht, zur Ineffektivität, vorbildlich in der Form, Katastrophen mit Appellen zum Solidaritätstöpfern zu beantworten. Wenn all der Fotostaub sich senkt, wird am Ende selbst das Elend keines mehr sein, vorausgesetzt, es wurde mit Richard von Weizsäcker fotografiert.

Da nun mehrfach vom fiktionalen Charakter des Präsidenten, von ihm als Ikone, Fotomodell und Privatmann die Rede war, könnte der Eindruck entstanden sein, er sei eigentlich am wenigsten Politiker. Dies ist er durch seine Funktion für die Politik, durch seine Verwendung von Macht und genauso durch seine Vorstellungen davon, wie die Realität eingerichtet ist, wie sie eingerichtet werden sollte und wie und gegen wen diese Einrichtung durchzusetzen ist. Die Mehrheit, die sich für ihn entscheidet, mag eine Mehrheit des Geschmacks sein, als Stimmenmehrheit ist sie auch Exekutive.

Weizsäcker vertritt eine Vorstellung vom Deutschsein mit klaren und unklaren Perspektiven; die klaren: »Ich bin ein Deutscher wie ein Franzose eine Franzose ist oder ein Russe ein Russe«, in einer anderen Version statt dessen: »oder wie ein Italiener ein Italiener«, schließlich erhellend: »Wäre ich ein Spanier und lebte im 18. Jahrhundert, so wäre ich nicht der, der ich nun mal bin.« So weit, so klar. Jetzt wird es anspruchsvoller, denn dieses »Deutschsein« ist außerdem noch eine »Aufgabe«. Weizsäcker fordert auf, »natürlich national zu empfinden«, denn ein fehlendes Nationalgefühl sei »ungesund«, so wie denn auch die Zukunft »geprägt sein und bleiben wird von dem natürlichen menschlichen Gefühl, deutsch zu sein«. Diesem »Bewußtsein zu dienen«, nennt er »eine der wichtigsten Aufgaben« seines Amtes. Wir haben es also mit einem Mann zu tun, dem die Verbindung zwischen deutschem Nationalgefühl und Begriffen wie 'natürlich', 'gesund' und 'ungesund' keine Schwierigkeiten macht und der Menschen, die zur Verinnerlichung dieses Landes nicht willens und

imstande sind, in den Ruch des Defizienten, Bedenklichen, Ansteckenden bringt, und was der Konnotationen dieses bekannten Vokabulars mehr sind. Die Politik, die aus diesen Sätzen folgt, deutet sich in der Drohung an: »Wir müssen in bezug auf unsere Türken langfristig die Forderung stellen, daß sie entweder nach Hause zurückkehren, oder, wenn sie hierbleiben, dann auch Berliner oder Deutsche werden.« Abgesehen davon, daß dieser Standpunkt selbst sehr deutsch ist, kann man sich unter seiner Durchsetzung gegenüber 'unseren' Türken nur etwas vorstellen, das an die Wertbegriffe der Sklaverei erinnert. Man kann außerdem davon ausgehen, daß ein Amt mit der Aufgabe, deutsches Bewußtsein zu unterhalten, Ausländern gegenüber keine Politik favorisieren wird, die deren Realität ausreichend zur Kenntnis nimmt.

Weizsäcker ist ein guter Deutscher aber auch kraft der von ihm vertretenen Ressentiments. Er sagt: »Ohne Zweifel verspricht sich die Sowjetunion langfristig eine Austrocknung West-Berlins – ohne eigenes Risiko«, gegenüber Gorbatschows Reformkurs ist »Zurückhaltung« geboten, ohne Systemveränderung sind seine Abrüstungsvorschläge bloßes »Lippenbekenntnis«, und wer dort nicht von »Menschenrecht und Freizügigkeit« spricht, betreibt »keine Friedens-, sondern eine Unterwerfungspolitik«. Hat er selbst aber bei den zahlreichen Regierungschefs Lateinamerikas und Afrikas oder der Türkei je »Menschenrecht und Freizügigkeit« eingeklagt? Hat er sich wenigstens einem Journalisten gegenüber zur Verurteilung der israelischen Bombardierung von Tunis oder der amerikanischen Bombardierung von Tripolis durchringen können? Vorsichtshalber fragt man ihn bei diesen Gelegenheiten nicht einmal, sondern lieber Kriegs- und Menschenrechtsexperten wie Ruth Maria Kubitschek, Blacky Fuchsberger und Dr. Antje Kühnemann. Hat aber Weizsäcker nicht andererseits die Hochrüstungspolitik der Regierung zu jeder Zeit unterstützt durch die Vorspiegelung eines Feindes, der zu »Lippenbekenntnissen« neigt und »Berlin austrocknen« will?

Gerade die Rüstung ist ein gutes Beispiel dafür, wie man Psychologie zur Durchsetzung politischer Ziele mobilisiert. Erst tut man alles, die Angst beim Bürger zu vertiefen, dann nimmt man diese Angst »ganz ernst«, und schließlich spricht man den Bürgern wegen diesem bloßen »Gefühl« den »Durchblick im komplizierten Feld der modernen Sicherheitspolitik« ab. Da heißt es: »Die gegenseitige Abschreckung sichert den Frieden, indem sie die Vernichtung dessen anzudrohen vermag, was sie schützen will, nämlich das Leben überhaupt. Wirksam also ist die Abschreckung nur, wenn sie fähig ist, diese Drohung auch wahrzumachen.« Soweit die Basis für den frommen Wunsch der Weihnachtsansprache, zum Frieden gehörten die »Verminderung der Waffen und Waffenexporte, die humanere Verwendung unserer Mittel.« Man kann also sicher sein, die Mittel werden nicht humaner verwendet, solange die Möglichkeit einer »Vernichtung des Lebens überhaupt«, wie er sich ausdrückt, nicht gewährleistet ist, eine Aussage, die in der Weihnachtsansprache wirken würde wie Punk. Sie präsentiert uns unter den humanistischen Floskeln den konservativen Parteigänger, der vom »Leitbild des Staatsbürgers in Uniform« spricht, der Menge zuruft: »Für uns alle gilt es, wachsam, abwehrbereit und verständigungswillig zu sein«, und der vor der Bundeswehr eingesteht: Der politisch Verantwortliche »darf den Frieden nicht um jeden Preis suchen, sonst verwandelt sich der Frieden in Unterwerfung.« Feindbilder und uniformierte Leitbilder, die Zerstörung des Lebens überhaupt und keinen Frieden um jeden Preis – dies ist die Welt des von Weizsäcker, dem die katholischen Frauen Paderborns das Leben so lebenswert machen.

Doch dann hinaus ins Land, immer beeindruckt, immer von gleißender, therapierter Emotionalität: »Ein freudiges Herz ist das beste, was wir Menschen kennen«, die Eröffnung der Bundesgartenschau ist ein »großes, herzerwärmendes Erlebnis«, und wenn ein Jugendorchester musiziert, heißt es, als sei der Geist Goethes in den Präsidenten gefahren: »Da erwärmt sich das Herz, da tritt der ganze Mensch heraus aus seinem Alltag und fühlt sich eins mit der Schöpfung«, die in Wirklichkeit keine mehr ist, sondern ihr Gegenteil, ein Kollaps. Man verstehe recht, dies ist das Bild eines Politikers, der durch eine von Massensterben und Massenzerstörung betroffene Welt fährt, niemandem »ins Handwerk pfuschen« will und im übrigen auf Optimismus, Zukunft und Hoffnung setzt, je nachdem, jedenfalls niemals auf den Wortsinn seiner eloquenten Betroffenheit und auf die Anerkennung dieser Zerstörung. Was hier 'Bewußtsein' heißt, ist autoritäre Verschleierung, was 'Hoffnung' heißt, ist Kadavergehorsam und Zustimmung zum Tödlichen, was sich 'Zuversicht' nennt, ist Veralberung, und 'neue Ethik' ist Ignoranz. Der Staat, den er meint, läßt keine Zweifel daran: Natur, materielle Versorgung, Arbeit, Frieden, Meinungsfreiheit – das sind unberechtigte Ansprüche, berechtigte Ansprüche sind: Dauerwartung der Aufzüge, Schluckimpfung, Notausgänge am Arbeitsplatz. Folglich dient der Staat nicht den Ansprüchen der Individuen, sondern er hat seine innere Logik darin, sich gegen diese zu verteidigen, und Weizsäcker ist der glänzendste Stratege dieser Linie. Er antizipiert den zutiefst glücklichen Staat, der endlich ohne Einmischung von Bürgern seine Vervollkommnung erlebt.

Unerreichbar für Einwände und in seinen Antworten auf rare kritische Fragen schnell scharf, kleidet Weizsäcker seine eigene Skepsis in Ausdrücke wie »Es gibt Spannungen in unserer Gesellschaft« oder »Wir haben Probleme« oder »Auch ist natürlich wahr, daß nicht alles in unserem Staat und in unserer Gesellschaft immer schön ist.« Kann man sich einen einzigen Lebenszusammenhang außer der Rede eines Präsidenten vorstellen, in dem solche Sätze nicht einfach Gelächter auslösen? Und würde wohl ein x-beliebiger Stammtisch einen solchen Sprecher wenigstens ausreden, geschweige denn in der nächsten Woche wiederkommen lassen? Dabei empfindet er wirklich stark für die Demokratie oder für die Freiheit, jedenfalls für die eigene. So sagt er einmal, die öffentliche Erörterung politischer Maßnahmen, also eigentlich: die Meinungsfreiheit, das sei »der Preis, den wir zahlen müssen und wollen.« Danach ist die Meinungsfreiheit also kein Gut an sich, sie ist nicht der Ausdruck der Freiheit, sondern eine Hypothek auf sie, anders gesagt: Wir haben die Freiheit, aber

verschärft durch Meinungsfreiheit. Die »Stärke unserer Freiheit« heißt es weiter, haben wir in der »Öffentlichkeit«. Aber jeder weiß, daß man für die wichtigsten Dinge, auch für unsere Kritik am Präsidenten, keine Öffentlichkeit hat. »Dieser Öffentlichkeit dient der uneingeschränkt freie Journalismus«. Aber jeder weiß, wir haben keinen freien Journalismus, vielmehr eine zu 90 Prozent konservative Presse, eine zwingende Verbindung zwischen dem gedruckten Wort und den Vorstellungen der Anzeigenkunden, eine Fernseh- und Zeitungszensur und jährlich etwa 1000 beschlagnahmte Bücher. »Diejenige Art des Widerspruchs«, weiß Weizsäcker weiter, »die in der Wirklichkeit von der herrschenden Staatsform verboten ist und verfolgt wird, das ist Widerstand. Dagegen ist das, was wir heute in der Demokratie haben, der völlig legitime Widerspruch, zu dem jeder eingeladen und berechtigt ist.« Entsprechend hat er das Vermummungsverbot unterstützt mit der bewußt falschen Unterstellung, der Vermummte zeige durch seine Vermummung den Willen zur Straftat an. Jeder weiß aber, daß die Vermummung nicht als Vorbereitung krimineller Handlungen, sondern zum Schutz gegen folgenschwere erkennungsdienstliche Behandlung entstand und daß man also zu keinem Widerspruch gegen die geringste Lappalie 'eingeladen' ist, ohne für die Inanspruchnahme eines Rechts bestraft zu werden, das Weizsäcker als Echtheitssiegel der Freiheit feiert.

Entsprechend fallen ihm auch zum Stichwort 'Recht' immer zuerst die Demonstranten ein und die Maxime »Das Recht ist der Schutz der Schwachen«. Erinnert man sich an einen einzigen Fall, in dem nach dieser Logik nicht Banken, Industrien und Staatsorgane die Schwachen gewesen wären? Stimmigerweise hat er ebenso zum Tod eines Demonstranten geklagt: »Wir sind tief betroffen, daß ein junges Leben dahin ist.« Aber in derselben Rede fährt er fort: »Politische Verantwortung ist immer mit Risiken verbunden.«

So bizarr der glaubwürdige Richard von Weizsäcker also auch erscheinen mag, er läßt nur den einen Schluß zu: Genauso muß man sein, um heute und in diesem Land als bester Deutscher adoptiert zu werden und um damit die Identifikation mit dem Staat wie mit einem Amt zu gewährleisten, das vorschreibt, der Wirklichkeit auszuweichen und die Entpolitisierung der Politik und damit ihre Emanzipation vom Menschen zu vollenden. Glückliches Österreich mit seinem geächteten Oberhaupt! Sein Fall läßt nur den Schluß zu, daß man einen Präsidenten nicht braucht. Wir aber wünschen uns unseren Direktor einer verkehrten Welt so sehr wie die Wirklichkeit, die er vor unseren Augen fälscht, eine von interessanten Spannungen, überraschenden Problemen und geschmackvoll gestalteten Nöten gezeichnete Wirklichkeit. Absurd, daß sie uns trotzdem einholen wird, an einem Tag, an dem wir Richard von Weizsäcker dafür feiern werden, daß er uns unseren Tod in bewegenden Worten als Notschlachtung plausibel macht.

Kasten "O-Ton v. Weizsäcker"
über die deutsche Nation:

»Meine Meinung ist, daß wir eine Nation sind. Und was zusammengehört, wird zusammenwachsen. Es darf nicht der Versuch gemacht werden, daß es zusammenwuchert. Wir brauchen die Zeit. Wenn es zusammenwachsen soll, dann kann es ja nur aus der jetzigen Lage heraus zusammenwachsen, nämlich zwei Staaten einer Nation. Und nur, wenn sie beide sich auf einem gesunden Weg befinden, nur dann können sie in gesunder Weise zusammenwachsen. Also müssen wir sehen, was die beiden Staaten miteinander zustandebringen. Ich glaube, es geht bei Ihnen und uns gemeinsam um die Frage der Selbstbestimmung und nicht der Fremdbestimmung von außen. Aber es ist auch eine Aufgabe, in der wir unsere Verantwortung, unseren Zusammenhang in ganz Europa, vor Augen halten müssen.«

(aus dem ersten Interview, das Weizsäcker Mitte Dezember 89 dem DDR-Fernsehen gab)

konkret 03/90, S. 34

Oliver Tolmein

Radikale Antifa, militanter Staat

Die Antifa-Gruppen bekommen derzeit zu spüren, daß die BRD ein Rechtsstaat ist: Effektiver Kampf gegen Rassismus ist Landfriedensbruch, Widerstand gegen Straßenterror wird als Körperverletzung verfolgt, und beides zusammen reicht für eine »terroristische Vereinigung«. Die Repression trifft aber nicht nur Einzelne, sie droht auch die Bewegung insgesamt zu zersplittern

Auch wenn das ausdauernde Schweigen der westdeutschen Linken zum Wiedervereinigungs-Nationalismus es nicht vermuten lassen sollte: Antifaschismus ist im letzten Jahr zu einem ihrer wichtigsten Aktionsfelder geworden. Die Wahlerfolge von »Republikanern«, DVU und NPD, aber auch die zahlreichen Angriffe von nazistischen Schlägertrupps auf Ausländerinnen und Ausländer, Flüchtlingsunterkünfte und linke Zentren haben in kurzer Zeit viele antifaschistische Bündnisse und Antifa-Gruppen entstehen lassen. Da der Staatsapparat weder gegen den Einzug rechtsextremistischer Gruppen in die Parlamente noch gegen ihre aggressiven Attacken auf der Straße aktiv wurde, erschien auch reformerisch orientierten Gruppen Selbsthilfe sinnvoll und notwendig.

Das – und nicht die Erfolge der Rechtsextremen – hat Polizei und Justiz in Bewegung gebracht. Das Repressionsnetz, mit dem die Antifa-Gruppen überzogen werden, ist fein geknüpft. Es greift in der Provinz und in den großen Städten:

122 Festnahmen bei antifaschistischen Aktionen hat das Antifa-Infoblatt im rosa-grün regierten Westberlin zwischen März und Oktober 1989 verzeichnet. Es ist kein Zufall, daß ein Großteil der Festnahmen am 20. April erfolgte: Neonazistische Gruppen hatten Angriffe auf Ausländer angekündigt, diese und linke Gruppen hatten einen Selbstschutz organisiert. Einige der Westberliner Ermittlungsverfahren, die damals eingeleitet wurden, werden nach Paragraph 127 StGB (Bildung bewaffneter Haufen) geführt. Aber auch in Städten mit einer kleinen Szene wie Gelsenkirchen wurden in der zweiten Hälfte des letzten Jahres allein 15 Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit antifaschistischen Aktionen eingeleitet.

Die strafrechtlichen Vorwürfe klingen in einer Zeit, in der wir uns daran gewöhnt haben, den Paragraphen 129a als den entscheidenden Paragraphen des politischen Strafrechts zu sehen, nicht allzu spektakulär: Landfriedensbruch, Körperverletzung, Diebstahl, Sachbeschädigung. Bemerkenswert ist, wie sich in vielen Verfahren das strafbewehrte Vermummungsverbot des verschärften Versammlungsgesetzes auswirkt: Vermummte werden oft direkt abgegriffen und wegen ihrer Vermummung verklagt, andererseits werden viele Leute noch Wochen nach Demonstrationen als Beschuldigte vorgeladen, weil sie bei der Auswertung der polizeilichen Videos aufgefallen waren und (da unvermummt) identifiziert werden konnten. Die Strafen in den derzeit geführten Antifa-Verfahren fallen, wenn sie nicht vorzeitig eingestellt werden, meist nicht hoch aus (es gibt allerdings auch sehr bittere Ausnahmen) – es wäre aber falsch, das Vorgehen der Justiz deswegen als Lappalie abzuhaken oder, wie es derzeit meist geschieht, als wenig bedrohliche Routine hinzunehmen.

»Die Republikaner sitzen in den Parlamenten – und wir vor Gericht«, konstatieren »Unabhängige Antifaschisten« aus Gelsenkirchen in einem Flugblatt lakonisch und wollen wissen: »Ist antifaschistische Eigeninitiative kriminell?«. Die Gelsenkirchener Staatsanwaltschaft hat diese Frage umgehend und folgenreich beantwortet. Zusätzlich zu den 15 Ermittlungsverfahren hat sie gegen drei Leute in den letzten Monaten Anklage wegen Landfriedensbruch bzw. schwerem Landfriedensbruch erhoben.

Anlaß für die antifaschistischen Aktionen in Gelsenkirchen waren Großkundgebungen der DVU im Juni 1989. Nachdem die halbherzig erlassenen Verbotsverfügungen von Stadtverwaltung und Polizei vom zuständigen Verwaltungsgericht außer Kraft gesetzt worden waren, entschlossen sich mehrere in einem antifaschistischen Aktionsbündnis zusammengeschlossene Gruppen, die Veranstaltungen der DVU aus eigener Kraft zu verhindern – was ihnen auch gelang. Obwohl sich die Demonstrantinnen und Demonstranten auf Lärmen und das Werfen von Gemüse und Eiern beschränkt hatten, kam es zu heftigen Schlagstock- und Tränengaseinsätzen der Polizei. Zehn Leute wurden gleich vor Ort festgenommen, gegen sie wurden sofort Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zwei weitere Personen wurden nachträglich durch die Auswertung des polizeilichen Videomaterials identifiziert.

Gegen Thomas B. ist der Prozeß bereits eröffnet worden, gegen zwei seiner Genossen ist Anklage erhoben. Die Konstruktion der Polizei ist denkbar schlicht: Thomas B. habe selber einen auf dem Videoband nicht näher identifizierbaren Gegenstand in Richtung der eingesetzten Polizisten geworfen, die beiden anderen hätten sich in der Demonstrantenkette befunden, aus der heraus angeblich auch Steine und Flaschen gegen die Polizei geflogen seien. In der Anklageschrift wird daraus folgender Schluß gezogen: »Infolge des gemeinsamen und planmäßigen Vorgehens der Demonstranten, zu denen auch der Angeschuldigte gehörte, muß sich dieser die Tatbeiträge der anderen Demonstranten, die Wurfgeschosse gegen die Polizei eingesetzt haben, zurechnen lassen.«

»Diese harte Repressionswelle hat offensichtlich stark präventiven Charakter«, meinen die Gelsenkirchener Antifaschisten und bewerten das Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Polizei als Bestandteil einer »Deeskalations- und

Konfliktvermeidungspolitik«: »Die angesichts der bedrohlichen Entwicklung dringend notwendige gesellschaftliche Polarisierung soll bereits im Ansatz blockiert werden.«

Folgen hat die staatliche Dreieinigkeit von Polizeieinsatz, Ermittlungs- und Strafverfahren jedenfalls schon jetzt, lange bevor ein Urteil gesprochen wurde: Das breite antifaschistische Bündnis, das zu den Störaktionen aufgerufen hatte, ist erheblichen Belastungen ausgesetzt. Die GEW hat sich bereits daraus zurückgezogen.

Die Situation im nahegelegenen Dortmund ist weitaus weniger typisch – sie wirft aber ein grelles Licht auf die Schwierigkeiten antifaschistischer Taktik und die darin begründeten Chancen der staatlichen Kriminalisierungsstrategie. Am 1. Oktober 1989, während die »Republikaner« ihren Einzug in den Stadtrat feiern konnten, inszenierte eine Gruppe bekannter und oftmals als Schläger hervorgetretener Neonazis einen provokativen Auftritt vor dem Rathaus. Es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen ihnen und antifaschistischen Demonstrantinnen und Demonstranten. Einer der Rechtsextremisten, der 56jährige Manfred Sch., stürzte zu Boden, wurde getreten und starb zwei Wochen später im Krankenhaus an den Folgen eines Herzinfarkts. Ob Sch., der bereits zwei Infarkte gehabt hatte, gestürzt war, weil er einen Herzinfarkt erlitten hatte, oder ob der Infarkt erst aufgrund der handgreiflichen Auseinandersetzungen erfolgte, klärt derzeit noch ein gerichtsmedizinisches Gutachten.

Ein Kurde, der an der Demonstration teilgenommen hatte, wurde vierzehn Tage später in Untersuchungshaft genommen, obwohl er einen festen Wohnsitz und einen festen Arbeitsplatz nachweisen konnte. Die folgenden Ermittlungen wurden seitens der Staatsanwaltschaft mit ungewöhnlich hohem Aufwand betrieben: In Zeitungs- und Fernsehredaktionen wurde Bildmaterial beschlagnahmt, nach dessen Sichtung wurde über alle lokalen Zeitungen die Fahndung nach einem weiteren Demonstranten ausgeschrieben. Infolgedessen hat sich ein weiterer Kurde bei der Polizei gemeldet: Das Foto sehe ihm ähnlich. Er verweigerte aber die Aussage, ob er tatsächlich am 1. Oktober auf dem Platz vor dem Rathaus anwesend war. Kurz darauf wurde der bereits seit mehreren Wochen inhaftierte Kurde haftverschont. Das Ermittlungsverfahren wird derzeit gegen beide und gegen einen Deutschen wegen Körperverletzung betrieben, es könnte aber auf gefährliche Körperverletzung mit Todesfolge ausgedehnt werden. Die Mindeststrafe dafür beträgt drei Jahre – sie kann also nicht auf Bewährung ausgesetzt werden. Zeugen aus antifaschistischen Gruppen, die vorgeladen wurden, haben bisher jede Aussage verweigert.

Die Solidaritätsarbeit für die beiden Kurden kommt nur sehr schwer in Gang, weil sie überlagert wird von der Auseinandersetzung um die Aktion am Wahltag. Um mit dem Tod von Sch. auf keinen Fall in Verbindung gebracht zu werden, haben sich einflußreiche Gruppen wie die Grünen vom Vorgehen der Antifaschisten an diesem Tag distanziert. Selbst die durch den von niemandem gewollten Tod eines Neonazis auch im radikalen Spektrum ausgelöste Militanzdebatte wird durch den Druck der strafrechtlichen Verfolgung von Genossen deformiert. So wohl die Legitimation des eigenen Vorgehens als auch die Distanzierung davon und damit die Diskussion über die Orientierung künftiger praktischer antifaschistischer Arbeit werden so von der Justiz forciert und dadurch geprägt. Die gerade angesichts der angespannten Situation in antifaschistischen Auseinandersetzungen dringend notwendige Debatte darüber, in welchen Situationen welche Mittel geeignet sind, welche Gefahren sie in sich bergen, ob und wie sie vermieden werden können, wird so erheblich erschwert, wenn nicht ganz verhindert. Undiskutierte und unkontrollierte Militanz, oft nur aus blol3er Wut heraus, ist aber gefährlich für Einzelne und für die Antifa-Bewegung insgesamt, wie z.B. der Fall eines jungen Mannes zeigt, der in Witten plakatierenden »Reps« eine Flasche über den Kopf gezogen hat, seitdem in Untersuchungshaft sitzt und im anstehenden Prozeß mit einer Haftstrafe zu rechnen hat.

Die Militanz, durch deren Einsatz allein es bisher gelungen ist, manche Großveranstaltungen und Parteitage rechtsextremer Gruppen und Organisationen zu verhindern, liefert so oft gleichzeitig die wirkungsvollste Legitimation für aggressives staatliches Vorgehen gegen links. Die staatliche Repression wird regelmäßig flankiert von einer Presseberichterstattung, die entweder versucht, den politischen Konflikt zum sozialen Problem rivalisierender Jugendbanden herunterzuspielen, oder die mit der schlichten und darum so eingängigen Gleichsetzung von rechter Gewalt und linker Gegengewalt operiert: Die Polizei erscheint in diesem Szenario regelmässig als schlichtende Instanz der Mitte, ihre im allgemeinen rücksichtslos-gewalttätigen Prügelorgien gegen Linke wirken so als aufopferungsvoll-nobler Kampf gegen drohende »Weimarer Verhältnisse«.

Erschwert wird diese von Staatsschutz und Medien betriebene Befriedungsstrategie bislang allein dadurch, daß gerade Aktionen gegen rechtsextreme Großveranstaltungen von breiten Bündnissen getragen werden: »An den Scharmützeln sind vor allem militante Autonome beteiligt. Doch auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Grüne rufen zu Protestaktionen auf – die Allianz gegen rechts ist parteiübergreifend«, beklagt in kollegialer Abstimmung mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz das Deutschland-Magazin »Der Spiegel«: »Eine Resolution, vom jungsozialistischen SPD-Nachwuchs und der Deutschen Journalisten Union mitgetragen, billigt 'alle Formen' des Widerstands, 'von der Überzeugungsarbeit bis hin zu militanten Verhinderungsaktionen}<. Wo soll das alles enden? Der »Spiegel« verrät es den entsetzten Lesern: »Seit längerem schon kündigen linke Protestgruppen Randale an, wenn Gastwirte ihre Biersäle an Republikaner vermieten. Der Pächterin einer 'Wienerwald'-Gaststätte in München drohten anonyme Anrufer gar mit der Entführung ihrer Kinder« – und

die IG Medien wird nach vollbrachter Tat wahrscheinlich den Bekennerbrief verfassen. *(Vielleicht spricht der »Spiegel«, dessen deutschnationale und antisemitische Propaganda manchen Anlaß bietet, hier schon in eigener Sache - d. Korr.)*

Die Sprengung der Aktionsgemeinschaft von autonomen Kinderschrecks und manierlichen Antifaschisten, die sich damit begnügen, vor Verwaltungsgerichten Niederlagen zu kassieren, gelingt am besten über eine Besinnung des Staats auf sein Gewalt(eskalations)monopol. Ermittlungen und Verurteilungen sind nur eine Möglichkeit – permanente Polizei-Präsenz und rigide Zugriffstaktik sind eine andere, weitverbreitete. Daß polizeiliche Aktionen gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten oft von besonderer Aggressivität getragen sind, zeigt der Tod von Günter Sare in Frankfurt und der von Kornelia Weßmann in Göttingen (KONKRET 1/90).

In Göttingen haben radikale Linke kurze Zeit nach dem Tod ihrer Genossin mit sorgfältigen Recherchen über das für den Tod verantwortliche Zivile Streifen-Kommando (ZSK) begonnen. Die Arbeit des ZSK richtet sich demnach nicht ausschließlich, aber doch in erheblichem Maße gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten – was damit zusammenhängt, daß antifaschistische Arbeit seit einiger Zeit einen Schwerpunkt in der Arbeit der Göttinger Linken bildet. Aufgabe des ZSK scheint es zu sein, einzelne Linke und nach nicht erkennbaren Prinzipien ausgewählte Gruppen zu überwachen und z.B. bei Demonstrationen festzunehmen. Die Observation geschieht z.T. verdeckt, oft genug aber auch offen. Oft genug zieht sie Schikanen nach sich: Sie reichen von ständigen Personenkontrollen nach Kneipenbesuchen über sich häufende Strafbefehle wegen Überfahrens einer roten Ampel auf dem Rad (80 Mark) bis zu nächtlichen Bedrohungen und sexistischer Anmache.

Als in Göttingen 1982 der »Spudok«-Skandal und damit die Existenz einer auf die Linke angesetzten polizeilichen Sondereinheit – das »Aufklärungs- und Festnahme-Kommando« (AufKdo) – aufgedeckt wurde, reichte das für eine heftige öffentliche Auseinandersetzung aus – an deren Ende das AufKdo aufgelöst wurde. Das politische Klima seitdem ist repressiver geworden. 1989 haben weder der Tod von Kornelia Weßmann noch die veröffentlichten Recherchen über das vier Jahre nach der Abschaffung des AufKdo gegründete ZSK dessen Existenz auch nur in Frage stellen können. Die Existenz einer polizeilichen Sondertruppe, die z.T. mit nachrichtendienstlichen Mitteln arbeitet, gilt heutzutage als normal und nicht weiter anstößig. Stattdessen wird derzeit gegen Göttinger Wohngemeinschaften und Betriebe ermittelt, weil sie auf Transparenten die Wahrheit festgestellt haben: »Die Polizei hat Conny in den Tod getrieben.«

Neben der Absicht, die Linke zu zermürben, haben die überall und nirgends eingesetzten Beamten des ZSK auch den Auftrag, Antifaschisten vor Gericht zu bringen und dort selber als Belastungszeugen aufzutreten. Häufig greifen die ZSKler nach Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und Linken zu. Der zweite Kreisvorsitzende der aggressiv-rechtsextremistischen FAP im Raum Göttingen, Torsten Heise, schilderte kurz nach dem Tod von Kornelia Weßmann in einem Interview des WDR-Fernsehens das Verhältnis von Polizei und Neonazis: »Wir versuchen, soweit es geht, mit der Polizei zusammenzuarbeiten, ihr, wenn es geht, Straftäter zuzuführen. Das klappt teilweise ganz gut. Wir stehen durchaus positiv zur Polizei, speziell zu zivilen Einsatzkommandos und Streifenkommandos . «

»Die Verfahren gegen Linke, die sich gegen den Straßenterror von Neonazis wehren«, bestätigt der Göttinger Anwalt Jürgen Ahrens, »macht mittlerweile einen erheblichen Teil der politischen Verfahren hier aus«. Die Beamten des ZSK, die in solchen Verfahren aussagen – regelmäßig gegen Linke – , versuchen meistens vehement Einfluß auf dessen Ausgang zu nehmen: Sie identifizieren »Täter«, an die sich die FAPler nicht erinnern können; sie helfen dem Erinnerungsvermögen von FAPlern durch Vorzeigen von Polaroid-Bildern auf die Sprünge, ohne daß diese »Gedächtnisstützen« anschließend in den Akten auftauchen; in Extremfällen beharren sie sogar gegen die Aussagen von Zeugen vor Ort darauf, einen bestimmten Linken als »Täter« identifizieren zu können.

Wegen der oft unpräzisen oder sich widersprechenden Aussagen von Rechtsextremen gehen Prozesse nach Auseinandersetzungen auf der Straße trotz des Einsatzes von ZSKlern zwar oft ohne Verurteilung zu Ende – es kommt aber auch nie zum Freispruch wegen Unglaubwürdigkeit der Zeugen. Bestenfalls werden die Verfahren eingestellt – die Kosten tragen die Angeklagten. Die Antifaschisten werden auch stets einzeln vor Gericht gestellt – so wird verhindert, daß sich das öffentliche Interesse und die politische Solidaritätsarbeit auf einige wenige Verfahren konzentrieren können.

Das muß aber nicht immer so bleiben. Als Alternative zur Zersplitterungstaktik hat die Justiz den Paragraphen 129a als Abschreckungswaffe immer in der Hinterhand. In Göttingen wurde die Möglichkeit von Ermittlungen nach 129a bisher öffentlich nur in Erwägung gezogen. In Dortmund dagegen hat die Staatsanwaltschaft im Februar 1989 ein 129a-Verfahren gegen Antifaschisten eingeleitet.

Nach einer antifaschistischen Demonstration am 30. Januar hatten etwa 15 Mitglieder der FAP Autonome, die sich vor dem Infocafe »Avanti« trafen, angegriffen. Die kurze Zeit später anrückende Polizei nutzte die Gelegenheit, mehrere Linke festzunehmen, das Infocafe zu durchsuchen und dort »Waffen« (hauptsächlich Holzstangen und Motorradhelme) und etliche Broschüren, Zeitungen und Flugblätter zu beschlagnahmen. Während die Bundesanwaltschaft aufgrund der Schriften die Einleitung eines 129a-Verfahrens gegen das Infocafe prüfte, überlegte die Dortmunder Staatsanwaltschaft, gegen die im »Avanti« festgenommenen Leute wegen »Bildung einer kriminellen Vereinigung« vorzugehen.

Oberstaatsanwalt Peter Greiser betonte, daß gegen Rechte genauso vorgegangen werde wie gegen Linke, allerdings sehe er keine Möglichkeit, auch gegen die FAPler ein 129a-Verfahren einzuleiten: »Das Gesetz verbietet Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen Parteien, solange sie nicht vom Bundesgerichtshof verboten sind.« Die Ermittlungen führten zu keinem Urteil, blieben aber auch nicht ergebnislos: Wenige Tage nach Einleitung der Ermittlungsverfahren wird seitens der Stadt der Mietvertrag für das »Avanti« gekündigt, am 20. Februar 1989 wird das Cafe geräumt.

Bisher am weitesten sind die Ermittlungen in einem 129a-Verfahren gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen im norddeutschen Raum gediehen. Die bisher bekanntgewordene Konstruktion ist weitverzweigt und äußerst fragil. Ausgangspunkt ist ein am 4. Dezember 1986 erfolgter Brandanschlag auf eine Gaststätte in Rotenburg-Waffensen, in der wenige Tage später die neonazistische »Artgemeinschaft« ihren jährlichen Gemeinschaftstag abhalten wollte. Neun Monate nach dem Anschlag durchsucht das LKA Niedersachsen die Wohnung von A. und beschlagnahmt dort diverse Antifa-Ordner. Das LKA geht aufgrund angeblicher Übereinstimmungen in der Aufmachung von Bekennerbriefen oder aufgrund ähnlicher politischer Zielsetzungen davon aus, daß sechs weitere Brandanschläge und ein Buttersäureattentat in engem Zusammenhang mit dem Anschlag in Rotenburg stehen.

Nachdem im Januar 1989 ein Brandanschlag auf die Daimler-Benz-Filiale in Uelzen vom LKA in Zusammenhang mit A. gebracht wurde, begann eine, heute aktenkundige Observation. In deren Verlauf wird angeblich eine Verabredung zwischen A. und Anke entdeckt. Die Verbindung erscheint den Fahndern aufschlußreich. Anke ist dem LKA Schleswig-Holstein bereits mehrfach aufgefallen, weil ihr Auto bei Treffen von Anti-AKW- und vor allem Antifa-Gruppen beobachtet wurde. Die schleswig-holsteinischen Fahnder vermuten, daß Anke 1987 an einem Anschlag auf einen Neonazi beteiligt war.

Dieser Verdacht stützt sich auf Indizien, die so vage sind wie alle im Verlauf dieser zusehends ausufernden Ermittlungen: Zivilbeamte und Neonazis, die unerkannt auf einer Antifa-Veranstaltung in Kiel über die »Wiking-Jugend« anwesend waren, identifizierten anschließend Anke als Referentin. Im Verlauf der Veranstaltungen waren die Namen wichtiger Neonazis genannt wurden. Gegen die Häuser und Autos von vier dieser »Führer« wurden kurze Zeit später Anschläge verübt. Da das LKA Schleswig-Holstein Anke als eine führende Antifaschistin im norddeutschen Raum ansieht, unterstellt es daß sie die erforderliche Motivation hat, solche Anschläge auszuführen.

Im Frühjahr 1989 wird das Ermittlungsverfahren auf zwei weitere Personen, B. und R., ausgedehnt. B.s Auto soll einmal vier Tage, einmal einen Tag vor dem Brandanschlag am 26. Mai 1989 auf den rechtsextremistischen Uwe-Berg-Verlag in Toppenstedt gesehen worden sein. Einmal soll er als Fahrer und R. als seine Begleiterin identifiziert worden sein. Am 21. Mai 1989 wurde der bekannte Hamburger Neonazi Christian Worch in seiner Wohnung überfallen. Er und seine Frau wurden nicht verletzt, ihnen werden aber Dutzende von Aktenordnern mit privaten und politischen Unterlagen entwendet.

Am 9. Juni wird die Durchsuchung der Wohnungen von A., Anke, R. und B. wegen Verdachts einer Straftat nach 129a beantragt. Am 15. Juni werden daraufhin neun Wohnungen durchsucht. B. und R. wird zusätzlich zum 129a-Vorwurf zur Last gelegt, an dem Überfall auf Worch, der als »schwerer Raub« verfolgt wird, beteiligt gewesen zu sein. Sie werden, weil in ihren Wohnungen beschlagnahmte Gegenstände diesen Verdacht angeblich erhärten, deswegen inhaftiert. Im August wird der Haftbeschwerde von B.s und R.s Verteidigern und Verteidigerinnen stattgegeben: Die angeblichen Indizien erweisen sich als unzureichend, außerdem hat B. ein Alibi für die Nacht des Überfalls. Die 129a-Ermittlungen allerdings laufen weiter. Das Beispiel des Startbahn-Verfahrens zeigt, daß sie gegebenenfalls über Jahre betrieben werden – um dann in einem großen, meist überraschenden Schlag »aufzuräumen«.

Will die Antifa-Bewegung nicht noch weiter an Terrain verlieren und Gefahr laufen, das Kalkül der Repressions-Strategen aufgehen zu lassen, wird sie sich mit den laufenden und drohenden Verfahren intensiver auseinandersetzen müssen, als das derzeit geschieht. Das wäre auch ein Beitrag, um der bereits begonnenen Sozialdemokratisierung der Bewegung etwas entgegenzusetzen: »Leben und Lieben« reicht nämlich nicht aus, um dem »Haß keine Chance (zu geben)«, wie das Motto der 2. Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus im Februar dieses Jahres behauptet. Die Thematisierung der Repression hat allerdings zur Folge, daß auch das Interesse der Herrschenden an der durch die Nazis in bestimmten Bereichen beförderten Eskalation sozialer Auseinandersetzungen zur Sprache kommt – deswegen wurde darüber wohl auf dem rosa-grün geeichten Kongreß geschwiegen. Sich damit verärgert abzufinden ist allerdings genauso falsch, wie die reformistischen Kräfte von vornherein aus der Verantwortung zu entlassen: Sonst wäre in beiden Fällen ein wichtiges Ziel der flächendeckenden Kriminalisierung, die Spaltung, erreicht.

Kasten »Literaturtip« –

Materialreich und gut lesbar ist die Broschüre über das ZSK aus Göttingen. Sie kann bezogen werden über den Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 34 Göttingen I und kostet 2 Mark (Vorkasse) –

Informationen zum Thema liefert auch das Antifaschistische Infoblatt Nr. 9, das in der Gneisenaustraße 2a, I Westberlin 61, für 4 Mark einzeln bestellt und für 20 Mark abonniert werden kann –

Die Antifaz, heft 2, informiert über die aktuelle Lage im Ruhrgebiet, kostet 3 Mark und ist beim Deutsch-Türkischen Verein, Am Steintor 5, 4350 Recklinghausen zu bestellen –

Materialreich und etwas chaotisch ist die Dokumentation zur Schließung des »Avanti«. Sie kostet 3,50 Mark und kann über Avanti im Exil, Langer August, Braunschweiger Str. 22, 46 Dortmund bezogen werden –

Keine Bestelladresse gibt es für das sehr ausführliche Info 2 der Antifa-Soligruppe Hamburg, das sich mit den 129a-Verfahren in Norddeutschland beschäftigt

konkret 03/90, S. 38

Detlef zum Winkel

Der Inter-Nationalist

Oskar Lafontaine, der Linke, der von rechts kommt

»Momper: Es gibt eine ganze Menge Menschen, die wollen Hans-Jochen Vogel. – Hildebrandt: Ich zum Beispiel auch! – Momper: Ja, sehen Sie, ich finde ihn auch gar nicht schlecht. – Hildebrandt: Nein, im Moment muß ein fleißiger Mann auf diesen Platz« (natur 12/89). Der freudlose Ansatz braucht nicht fortgesetzt zu werden. Seit der Saarwahl steht der Kanzlerkandidat der SPD fest. Offiziell wird er nach der DDR-Wahl nominiert. Erst soll die östliche Landsmannschaft der so gut wie wiedervereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 18. März den erwarteten Sieg in die Scheuer fahren. Dann eröffnet Oskar Lafontaine den Bundestagswahlkampf.

Neben dem Showeffekt hat dieser Zeitplan einen anderen, inhaltlichen Grund. Der designierte Kandidat West meidet die Wahlkampagne 0st, um sich nicht zu früh und zu deutlich festzulegen. Für die Marktplätze in Leipzig, Dresden und Magdeburg ist Willy Brandt als Zugpferd auserkoren, denn sozialdemokratische Politik wird unterschiedlich präsentiert, wie der Träger des Friedensnobelpreises und der Uhr August Bebels dem »Spiegel« verriet. Im Osten produziert der »große Deutsche« (»Bild«), der sich hinter Mikrophonen magisch zu verjüngen weiß, eimerweise patriotische Tränen, im Westen bereitet sich sein Lieblingsenkel auf eine Rolle als Internationalist vor.

Es ist wahr, wenn es draußen im Land auch nicht besonders auffiel. Auf dem Programmparteitag der SPD, der im schwarz-rot-goldenen Überschwang in die Reichshauptstadt verlegt worden war, wehrte sich Lafontaine, der die zu verabschiedenden Grundsätze seiner Partei vorstellte, gegen Deutschtümelei und nationale Borniertheit. »Wir haben den Internationalismus betont. Wir haben ihn bewußt in Kontrast gesetzt zu dem, was als Renaissance der Nationalstaaten und nationalstaatlicher Ideen überall festzustellen ist.« Indem er die globalen Probleme in Erinnerung rief, Hungertod, ökologische Zerstörung, Atomrüstung, Nord-Süd-Gefälle, versuchte Lafontaine ein Gegengewicht zu den Wiedervereinigungs-Debatten seiner Partei zu schaffen. Auch daß er die soziale Frage vor die nationale rückte, klingt ansprechend, und wenn er mit der Forderung, alle Vergünstigungen für DDR-Übersiedler zu streichen, Eindruck bei dem einen oder anderen REP-Wähler macht – warum nicht?

Doch in der schnellebigen Postmoderne wachsen die Begriffe noch flinker zusammen als die beiden deutschen Staaten. Lafontaine sieht in der DDR die Wirtschaft und ganze Versorgungssysteme zusammenbrechen, während die Übersiedler in der BRD Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot vermehren. Der Ausweg sei, »daß wir alle Gelder zusammennehmen, um den wirtschaftlichen Aufbau und die demokratische Erneuerung in der DDR zu unterstützen«. Das ist löblich, aber kein Beispiel für den »Internationalismus der Arbeiterbewegung«, den Lafontaine für seine Deutschlandpolitik in Anspruch nimmt. Eine internationalistische Arbeiterbewegung kann es gar nicht geben, müßte sie doch heute, wo ihr die SPD mit einer deutschen Frage kommt, gleichzeitig lachen und erbrechen und daran sofort ersticken.

Umgehend legt sich auch die Überraschung über den Satz des saarländischen Realpolitikers, er habe »nie in erster Linie in staatlichen Kategorien gedacht«. Der Redner fährt fort, bei der deutschen Einheit sei entscheidend, daß es den Menschen in der DDR genauso gehe wie denen in der BRD oder in Österreich. Solche Formulierungen schätzt man in einer Volkspartei. Sie legen den Linken nahe, es gehe um soziale Gerechtigkeit, während die Rechten hören, daß diese mit der deutschen Einheit zu tun habe. Die nächste Passage verrät, wer richtig interpretiert hat: »Wenn wir dies einmal erreicht haben, dann wird die Frage der staatlichen Organisation eine zweite Frage werden. Aber sie wird gleichwohl... wichtig bleiben.« Der Ministerpräsident denkt an zweiter Stelle in nationalstaatlichen Kategorien. Da man einem Menschen nicht seine Überzeugung absprechen soll, würde ich Lafontaine als Inter-Nationalisten charakterisieren.

Gewiß, das sind gemäßigte Töne im Vergleich zu Willy Brandt, der in Westberlin »nationale Tiefenschichten« (»FR«) offenbarte, auf daß der Himmel über Bayern strahlte, so sehr hat sich Strauß auf seiner Wolke gefreut. Aber sie gehen auch unter in einem sozialpatriotischen Konzert, das umso lauter wird, je mehr sich die Genossinnen und Genossen mit der trügerischen Hoffnung Mut zusprechen, morgen gehöre ihnen die DDR und übermorgen ganz Deutschland.

Lafontaines durchaus erkennbarer Versuch, dem Eindruck vorzubeugen, als werde in der SPD nur noch über Wiedervereinigung gesprochen, gerät aus den Fugen, wenn er beginnt, alldeutsche Argumente zu strapazieren. Eher eine »Kulturnation« seien die Deutschen im Unterschied zu den Franzosen. Der Euphemismus wird durch die historische Erfahrung nicht bestätigt, aber so darf man den Germanen bekanntlich nicht kommen, man muß ihnen ein Angebot machen, indem man den Begriff der Nation von dem des Nationalstaats löst. Aus dieser »wichtigen Trennung« leitet sich ab: »Unabhängig davon, wie wir die Frage zwischen der DDR und der Bundesrepublik lösen«, sei »die deutsche Nation nicht in den Grenzen der DDR und der Bundesrepublik zu definieren.«

Was haben wir nun definiert? Eigentlich sollte doch eine progressive Argumentation entwickelt werden, die den Widerspruch zwischen Kultur (links) und Nation (rechts) mit dem Esel Kulturnation überbrückt, damit die SPD nicht vom

reißenden Deutschlandstrom fortgespült wird. Herausgekommen ist: Wenn BRD und DDR vereinigt sind, ist die deutsche Frage immer noch offen, weil sie ihrer grundgesetzbefohlenen Vollendung harrt. Beifall auf den Rängen, wo die Vertriebenenverbände sitzen! Überall wo Deutsche leben, ist Deutschland! Eine Überinterpretation mündlich formulierter, mißverständlicher Absätze? Auch Lafontaines Kritik an der Nato-Treue der Bundesregierung kommt von rechts. Sie verhindere das »auch von uns gewollte« Zusammenrücken von BRD und DDR. Schon empfiehlt er sich als der bessere Deutschlandpolitiker. Zur Lage der Flüchtlinge und Immigranten, zum Asylrecht oder zu multikulturellen Zielen schweigt der Inter-Nationalist mit Bedacht.

Solche Übungen sind in der politischen Disziplin als Spagat bekannt. Lafontaine erzielt bessere Stilnoten als seine Konkurrenten, weil er nicht vor Schmerz das Gesicht verzieht, sondern es genießt, wenn ihm die Jusos applaudieren und sich dabei wundern, warum die Kanaler Gleiches tun. Wenn ein Argument links eingefädelt, aber schönhubermäßig variiert werden kann – umso besser. Dann kann ihm niemand etwas vorwerfen. Die Linke muß wissen, ob sie sich von dem Kandidaten mit »Republikanern« auf eine Stufe stellen lassen will.

Wenn Lafontaine an den Start geht, ist die SPD von Kopf bis Fuß auf Deutschland eingestellt. Sie hat sich dafür hergegeben, den Ruf nach Wiedervereinigung, der in den beiden Staaten wohl immer schon eine Mehrheit hatte, zu totalisieren. Was macht es da noch aus, ob es ihm gelingt, sich als kleineres Übel zu profilieren, was bei seinem amtierenden Gegenspieler mitnichten ein Kunststück ist?

Der ehemalige Juso-Vorsitzende gehört zu jener Generation, die 1968 aufbrach, um die SPD der achtziger Jahre zu werden. Mit zehn Jahren Verspätung ist er beinahe am Ziel und so weit davon entfernt wie eh und je. Lafontaine wirkt nicht wie einer, der einem nationalistischen Milieu entstammt. Er ist frankophil, modernistisch, der konsum- und erfolgsorientierte Westeuropäer. Als erwachsener Mann darf er die Erfahrung des Zwanzigjährigen wiederholen, die Erfahrung seines Lebens: daß der Opa bestimmt und nicht der Enkel. Das ist der lange Marsch durch die Institutionen, vor Rudi Dutschke schlicht Karriere genannt.

konkret 03/90, S. 39

Eckhard Voss

Multikultur und Rassismus

Worum es dem Frankfurter Multikulturdezernenten Daniel Cohn-Bendit eigentlich geht, das zeigt sich vor allem in dem, was er nicht will: auf keinen Fall den Kollegen in der Ausländerbehörde ins Handwerk pfuschen. Ein Widerspruch? Nein. Auch 20 Jahre Multikulturalismus in Großbritannien haben den Rassismus nicht bekämpft, sondern ihm den Rücken freigehalten

Für den Liberalen Ralf Dahrendorf gleicht Großbritannien dem »Alten Rom: wer auch immer kommen wollte, wurde willkommen geheißen und rasch in die Gesellschaft aufgenommen« (On Britain, 1982). Er kann damit nicht die heute 2,4 Millionen Briten gemeint haben, die nach 1945 vor allem aus Asien, der Karibik, China, Afrika oder Arabien einwanderten. »Inglan is a Bitch«, so heißt ein Gedicht des Dub-Poeten Linton Kwesi Johnson, und diesem aus dem Alltag der karibischen Minderheiten gewonnenen Urteil ist mehr Glauben zu schenken als dem deutschen Professor, der einige Jahre im weichen Direktorensessel der 'London School of Economics' verbrachte.

Wie in anderen westeuropäischen Ländern auch, ist der Alltag der ethnischen Minoritäten Großbritanniens geprägt von rassischer Gewalt und Diskriminierung. Deren erschütterndes Ausmaß belegte erst kürzlich einmal mehr eine Studie der staatlichen 'Kommission für Rassengleichheit', die den bezeichnenden Titel »Living in Terror« trägt. Die geschätzte Zahl von 70.000 rassistisch motivierten Gewalttaten allein im Jahr 1988 macht deutlich, daß es sich hier um mehr als ein Problem individueller Vorurteile handelt. Rassische Vorurteile oder 'Ausländerfeindlichkeit' geben ihren Trägern noch nicht die Macht, ethnische Minderheiten zu unterdrücken. Diese Macht erwächst erst aus rassistischen Hierarchien und Institutionen, Gesetzen und Verfassungsnormen, welche allesamt vom Staat sanktioniert werden müssen. Für A. Sivanandan, dem Leiter des Londoner 'Institute of Race Relations' ist dieser Rassismus »so alt wie die Sklaverei und so britisch wie Shakespeare« (was allerdings nicht heißt, er wäre ein spezifisch britisches Phänomen).

Die derzeitige Premierministerin Margaret Thatcher trat 1978 ihre politische Karriere mit dem rassistischen Appell an die (weiße) Nation an, das Land laufe Gefahr, von Menschen einer fremden Kultur »überschwemmt« zu werden, und wurde 1979 unter anderem an die Macht gewählt, weil sie rigide Mittel zur Unterbindung der Einwanderung propagierte. Maßnahmen wie die Neuregelung der britischen Staatsbürgerschaft, Einführung des Visazwangs für Menschen aus 'farbigen' Commonwealth-Staaten, abschreckende Mittel wie Jungfräulichkeitstests, genetischer Fingerabdruck, Abschiebelager, Novellierung des 'Immigrations Act', Aufrüstung des Polizei- und Repressionsapparates etc. richten sich direkt gegen ethnische Minderheiten. Das thatcheristische Credo ist nicht nur das des Monetarismus, sondern auch und zugleich das eines 'Neuen Rassismus', der Diskurse über Nationalismus, Patriotismus, Englishness, Britishness, Militarismus und Fremdenfeindlichkeit verbindet. Im Vokabular thatcheristischer 'Rassenpolitik' taucht der Begriff Integration nicht mehr auf. Das Ziel wird vom neuen/alten Rechten Anthony Flew auf den Punkt gebracht: »Unsere Immigranten so zu assimilieren, daß sie Engländer, Schotten oder Waliser werden, die lediglich eine andere Hautfarbe haben. Diejenigen, die z.B. Bangladeshi bleiben wollen, sollten ihre Rückkehr nach Bangladesh planen«.

Transportiert wird diese Assimilationsdrohung von bekannten schwarzen Tories wie Narindra Saroop, dem Gründer der 'Anglo-Asian Conservative Society' oder der Kommunalpolitikerin Lurline Champagnie, die 1985 den gegen die Staatsgewalt rebellierenden Jugendlichen der innerstädtischen Gettos ihr »I am a Conservative, and black, and British. And I am proud of all three!« entgegenschmetterte .

Gegen diese eiserne Logik aus Assimilation und/oder Repression regt sich Widerstand. Denn ethnische Minderheiten sind nicht nur die stillen Opfer, als die sie in Großbritannien oder auch hier oft und gern gezeichnet werden. Die Geschichte des Rassismus ist immer auch eine Geschichte des Widerstandes gegen Kolonialismus, Sklaverei oder Imperialismus gewesen. Antirassistische Praxis umfaßt heute die Verteidigung gegen rassistische Gewalt ebenso wie Kampagnen gegen Einwanderungsgesetze und Abschiebungen, die Gründung eigener politischer Organisationen ebenso wie die Mitarbeit in bestehenden politischen Parteien. Und sie schließt gewaltsame Mittel des Widerstandes nicht aus. In einem der wenigen von Vertretern ethnischer Minderheiten verfaßten Untersuchungsbericht zu den Unruhen in Birmingham 1985 heißt es dazu: »Gewaltsamer Widerstand steht heute solange auf der Tagesordnung, solange Repression und Verweigerung von Rechten und Ressourcen andauern. 1986 sagen die schwarzen Briten Birminghams, daß sie nichts wollen außer Gleichbehandlung, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Wie diese Ziele gewaltfrei und ohne Konfrontation erreicht werden sollen, daß ist heute das größte Dilemma der schwarzen Communities...« Daß diese Ziele nicht auf dem Wege multikultureller Strategien zu erreichen sind, das ist den schwarzen Konservativen ebenso klar wie den rebellierenden Jugendlichen.

Seit mehr als 20 Jahren gibt es in Großbritannien Antidiskriminierungsgesetze, existieren Behörden und Kommissionen zur Verbesserung der Rassenbeziehungen und werden innerstädtische Hilfsprogramme von sozialdemokratischen wie konservativen Regierungen verabschiedet. An der ökonomischen, sozialen und politischen Misere der schwarzen Briten haben diese Institutionen der 'Rassenbeziehungsindustrie' jedoch nichts geändert. Ebensowenig haben die seit den 70er Jahren praktizierten multikulturellen Strategien in der Bildungs- oder Kommunalpolitik (hier in Form des US-Imports

'Racism Awareness Training', kurz 'RAT') rassische Vorurteile in der Bevölkerung oder im Behörden- und Polizeiapparat reduziert. Für die aus der Karibik stammende Merle Amory, Gemeindeabgeordnete im Londoner Minderheitenbezirk Brent, ist Multikulturalismus nichts als ein »fauler Trick der Labour Party, der darin besteht, den Leuten einzureden, sie könnten eine Lawine ins Rollen bringen, indem sie mit Kieselsteinen werfen.«

An einer Auseinandersetzung mit den rassistischen Grundlagen der eigenen Kultur und Gesellschaft waren die Advokaten multikultureller Harmonie nie wirklich interessiert. Von Anfang an war das Predigen kultureller Toleranz und Pluralität eine Reaktion auf Ansätze eigenständiger antirassistischer Bewegungen, die vor allem die Labour Party immer zu verhindern suchte: Als in den 60er Jahren die politischen und ökonomischen Kämpfe der afro-karibischen und asiatischen Communities zum Aufbau schwarzer Organisationen wie der 'United Coloured People's Alliance' oder der 'Black Liberation Front', eigener Schulen und Infrastrukturen führte, reagierte die Labour Regierung mit dem Konzept des kulturellen Pluralismus und versuchte auf diese Weise das, was sich als 'schwarze Klasse' konstituierte, in seine ethnischen Essenzen aufzuspalten. Die Minderheitenpolitik Labours war auf Integration und Kooperation angelegt, förderte das Entstehen eines schwarzen Kleinbürgertums und vertiefte soziale Klassenspaltungen. Die Lage der großen Mehrheit der schwarzen Gesellschaft verschlechterte sich jedoch aufgrund von Verschärfungen der Einwanderungskontrolle, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und wachsender rassistischer Gewalt und Propaganda (die faschistische 'National Front' feierte in den 70er Jahren bei Kommunalwahlen einige spektakuläre Erfolge). Als es in den Jahren nach 1974 zu den ersten größeren Revolten in britischen Innenstädten kam (Höhepunkt waren die Unruhen von Notting Hill 1976), erneuerte die Labour Regierung angesichts dieser Radikalisierung ihre multikulturelle Strategie, förderte gezielt ethnische Projekte und Hilfsprogramme, beteiligte sich am 'Joint Committee Against Racialism' und gründete 1975 die 'Race Action Group', die die Repräsentation ethnischer Minderheiten in der Partei verbessern sollte.

Zu einer Neuauflage dieser Politik kam es nach den Unruhen des Sommers 1981, die alle größeren britischen Städte von Southampton bis Newcastle erschütterten. In London, dessen Minderheitenbezirke Brixton, Tottenham und Southall im Mittelpunkt der Ereignisse standen, wurde unter Ken Livingstone als Führer des 'Greater London Council' das Rathaus zum Zentrum eines professionellen Antirassismus. Die Metropole wurde zur 'Antirassistischen Zone', das Jahr 1984 zum Jahr des Antirassismus erklärt, und 'Red' Ken Livingstone selbst übernahm den Vorsitz des 'Ethnic Minorities Commitees', das aus einem millionenschweren Topf Gelder für ethnische Projekte bereitstellte, Aufklärungskampagnen und Plakataktionen (»Let's Kick Racism out of Town«) durchführte, Polizisten und städtische Angestellte in 'RAT'-Kurse schickte und Feste der multikulturellen Begegnung veranstaltete. Aber bereits ein Jahr bevor 1986 die Thatcher-Regierung die linke Stadtverwaltung abschaffte, erlitt die multikulturelle Integrations- und Befriedungsstrategie Schiffbruch, als es in den Hochburgen der Multikultur erneut krachte, diesmal jedoch weitaus brutaler als 1981 (auf beiden Seiten wurden Schußwaffen eingesetzt, und es gab mehrere Tote).

Innerhalb der ethnischen Minderheiten sind multikulturelle Konzepte heute weitgehend diskreditiert und werden als Ablenkungsmanöver, die an den realen Ursachen ihrer Situationen nichts ändern, abgelehnt. Nach 20 Jahren sind heute wieder Ansätze eigenständiger Organisationen und Infrastrukturen insbesondere in den Bereichen Bildungspolitik, Einwanderungsgesetzgebung und politischer Repräsentation zu erkennen. Die Bewegung für 'schwarze' Schulen, die Gründung der 'Islamic Party of Britain' im September 1989 oder die in afro-karibischen Kreisen diskutierte Gründung einer nationalen Organisation vergleichbar der nordamerikanischen 'American National Association for the Advancement of Coloured People' bereiten der Labour Party ungleich mehr Kopfzerbrechen als dem Thatcherismus (dem Apartheid allemal näher steht als ethnischer Pluralismus). Zwar wählen noch immer Briten afro-karibischer und asiatischer Herkunft überwiegend Labour (1987 waren es 76 bzw. 67 Prozent), aber ihr Stimmenanteil ist rückläufig (bei den asiatischen Wählerinnen und Wählern 1987 gegenüber 1983 um 13 Prozent). Anders als die Generation der 'Getto-Godfathers', denen aufgrund ihres kolonialen Hintergrunds und ihrer proletarischen Alltagserfahrungen das Wort 'Labour' meistens ausreichte, das Kreuz an der richtigen Stelle zu machen, sind ihre in Großbritannien geborenen Kinder und Enkel nicht mehr einfach mit multikultureller Rhetorik und kosmetischen Maßnahmen abzuspeisen.

Sie stehen den alten kulturellen Gemeinschaften und oftmals patriarchalischen Strukturen der Welt ihrer Väter ebenso kritisch gegenüber wie dem britischen Kapitalismus, der sie vom Arbeitsmarkt ausschließt, und der Gesellschaft, die sie als Problem definiert und zum Fall der Sozialbürokratie macht. Zwar gibt es heute mehrere hundert schwarze Gemeinde- und Stadtratsmitglieder im Land und seit 1987 nach über 60 Jahren wieder vier Vertreter ethnischer Minderheiten im Unterhaus (allerdings auf den hinteren Plätzen). Diese Entwicklung ist aber eher dem Basisdruck von Organisationen wie der 'Afro-Caribean and Asian Alliance for Labour', der 'Asian Labour Party Alliance' oder den 'Black Sections' zu verdanken als einem politischen Sinneswandel innerhalb der Partei.

Dort, wo ethnische Minderheiten an der Basis oder in Gremien eigene Forderungen stellen oder Kritik üben, läßt Labour die multikulturellen Masken fallen. So kämpfen die in den 'Black Sections' organisierten schwarzen Mitglieder seit 1983 einen aussichtslosen Kampf für die Anerkennung als eigenständige Sektion innerhalb der Partei – als Teil des linken Parteiflügels passen sie nicht in die auf sozialdemokratische Imagepflege gerichtete Strategie, die Labour unter der Führung Neil Kinnocks nach 1983 eingeschlagen hat. Sharon Atkin, linke Vorkämpferin für die Rechte ethnischer

Minderheiten und 1987 Unterhauskandidatin für Nottingham, verlor ihren Wahlkreis und erhielt ein Parteiausschlußverfahren, nachdem sie die Parteiführung in der 'Black Sections'-Frage als rassistisch kritisiert hatte. Daß die Parteiführung bei der Kandidatur schwarzer Kandidaten übervorsichtig ist und sich an rassistischen Vorurteilen der Wählerschaft eher orientiert als an den Vorschlägen der Parteibasis, hat sie erst im Mai 1989 im Londoner Bezirk Vauxhall bewiesen.

Aus Angst, wegen einer schwarzen Kandidatin einen Wahlkreis zu verlieren, setzte die Parteiführung bei der Nachwahl die von der dortigen Ortsgruppe nominierte Martha Osamor kurzerhand ab und plazierte ihre eigene, weiße Kandidatin. Eine Partei, die sich auf dem vergangenen Parteitag erst eine heftige Dosis 'Godesberg' verordnet hat, die in vielem ihren Frieden mit dem Thatcherismus gemacht hat, die auf der linken Seite kräftig säubert und rechts um neue Wählerschichten buhlt und die in ihrem neuen Programm der Notwendigkeit öffentlicher Hundeklos ebenso viel Raum widmet wie den Problemen der innerstädtischen Elendszonen, diese Partei würde das Wort Rassismus am liebsten aus dem Sprachgebrauch streichen. Das bekommen heute auch jene Kommunen zu spüren, die aus den Erfahrungen wirkungsloser multikultureller Konzepte heraus eine konsequentere Politik eingeschlagen haben und die mit sozialdemokratischen Untergrabungsversuchen ebenso zu kämpfen haben wie mit thatcheristischem Autoritarismus.

Nehmen wir Brent, Englands Wahlkreis mit dem höchsten Anteil ethnischer Minderheiten – zusammen genommen bilden die afro-karibischen, asiatischen, irischen und jüdischen Gemeinschaften eine klare Mehrheit von 60 Prozent. Merle Amory war hier 1986 bis 1987 Vorsitzende der 43köpfigen regierenden Labour-Fraktion, die mit 19 schwarzen Abgeordneten und 16 Frauen die Sozialstruktur ihrer Wählerschaft annähernd widerspiegelt und konsequenter als sonstwo eine Politik im Interesse dieser Minderheiten betreibt. Das brachte ihr 1987 vom Massenblatt »Sun« das Prädikat einer »sozialistischen Republik« ein, »in der alles geht, solange es Schwarzen und Schwulen dient«. Und der prominente Labour-Linke Ken Livingstone, heute Unterhausabgeordneter für Brent-Ost, vergleicht die Politik des Gemeinderats gar mit der Pol Pots.

In Brent wurde versucht, Antirassismus nicht als hohle liberale Floskel zu gebrauchen, sondern zur 'Realpolitik' werden zu lassen. Dabei wurde schnell deutlich, daß die Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten auf massive Widerstände stößt. Konservative Politiker und rechte Presse sprachen von »umgekehrtem Rassismus«, als z.B. Zigeuner eingeladen wurden, im feinen Kingsbury zu campen, als anstelle von Ballett- nun Sitar-Unterricht kommunal gefördert wurde oder als Schwulen und Lesben erlaubt wurde, Kinder zu adoptieren oder Schulen zu leiten. Zum Finanzskandal wurde die Ausgabe von 4000 Pfund für die Krönungsfeier eines städtischen Angestellten, der in seiner Heimat Ghana zum König des Fanti-Stammes gewählt worden war. Es war aber vor allem der Fall Maureen McGoldrick, der auch viele Linke die antirassistische Politik Brents kritisieren ließ. Mrs. McGoldrick, eine Schulleiterin, wurde 1986 entlassen, weil sie einem Kollegen gesagt haben soll, sie wünsche keine weiteren schwarzen Lehrer mehr. Sie bestritt immer, diese Bemerkung gemacht zu haben und führte mit Unterstützung der Lehrergewerkschaft einen langen und schließlich erfolgreichen Kampf für ihre Wiedereinstellung.

Der Fall McGoldrick, die nationale Aufmerksamkeit und Anteilnahme am Schicksal einer weißen Lehrerin und die aggressiven Reaktionen aller Parteien lassen erkennen, wie schnell die Grenzen des Erlaubten erreicht sind. Dort, wo der Kampf gegen Rassismus sich nicht auf Reden und Demonstrieren beschränkt, sondern in weiße Besitzstände eingreift, Partei ergreift und Rechte streitig macht, wird er als Bedrohung empfunden und bekämpft. Der radikale Egalitarismus Brents ist dem Multikulturalismus mit seinem trügerischen Harmoniegerede, der immer systemimmanent bleiben wird, völlig fremd. Er beruht auf einer Erfahrung, die Merle Amory auf den Punkt gebracht hat: »Wir dürfen nicht darauf warten, daß weiße Liberale oder weiße Sozis uns etwas von ihrer Macht abgeben, das werden sie nie freiwillig tun. Wir müssen uns diese Macht nehmen, indem wir uns und unsere Gemeinschaften organisieren und gegen Polizeigewalt, Deportationen und all den anderen Scheiß, den wir täglich erleben, kämpfen. Nur indem wir uns als schwarze Briten und als Militante organisieren, werden wir etwas verändern.«

konkret 03/90, S. 42

Günter Amendt

(K)eine Wende

Die ebenso einfache wie komplizierte Beziehung eines bundesdeutschen Kommunisten zur DDR, gestern, heute, morgen

Was ich zur DDR vor der Wende zu sagen hatte, ist nachzulesen. Ich habe nichts zurückzunehmen. Auf diese Wende war ich vorbereitet, weil jeder und jede, der oder die sich für Entwicklungen in der DDR interessierte, bereits vor Gorbatschow mit einem Denken konfrontiert war, das dann später als »neues Denken« etikettiert wurde. Auch Teile der SED und der FDJ waren längst weg vom lähmenden Dogmatismus des Parteihochschuldenkens. So habe ich die Protestbewegung zunächst als eine antiautoritäre Revolte begriffen, als etwas, worauf ich gewartet und gehofft hatte.

Wie konnte einer jemals Hoffnung auf die DDR setzen? Die Antwort ist einfach. Etwas anderes gab es nicht. Ich habe die Existenz der DDR immer mehr als nur »anerkannt«. Nicht weil ich in der DDR ein sozialistisches Land nach meiner Vorstellung von Sozialismus gesehen hätte, sondern weil ich in der DDR das Stück Deutschland sah, welches dem Zugriff derer entrissen worden war, die die Hauptverantwortung für die beiden europäischen Kriege in diesem Jahrhundert trugen.

Deshalb konnte ich die Grenze in Deutschland nie als Unrecht empfinden. Diese Grenze ist die Erinnerung an die Belagerung von Leningrad und das Lager von Auschwitz, ihre Öffnung ist der Beginn des Vergessens. Der 9. November 1989 ist der Tag, an dem Deutschland den Krieg gewann.

Meine Beziehung zur DDR – und auch die zu Israel – war immer geprägt von der Entstehungsgeschichte dieser beiden Staaten, auch meine durchaus oft fragwürdige Bereitschaft, dort erklärend zu verteidigen, was ich hier konsequent kritisierte und ablehnte.

Gewiß war die Verteilung der Kriegsfolgen auf die Deutschen ungerecht. So gesehen hat die DDR ein Recht auf Lastenausgleich. Ungerecht ist aber auch, wenn man schon in solchen Kategorien argumentiert, daß der Lebensstandard in beiden Teilen Deutschlands höher ist als der aller von den Deutschen überfallenen Völker Osteuropas und im Falle der BRD höher auch als der aller westeuropäischen Nachbarländer – von den Niederlanden und Dänemark einmal abgesehen – , die von deutschen Truppen erobert und besetzt wurden. Deshalb empfinde ich das von einer deutschen Frau in Leipzig hochgehaltene Plakat als eine widerwärtige Provokation: »Ich habe nur *ein* Leben. Keine Sozialismusexperimente mehr.« Mich stört nicht, daß diese Frau die Lust an sozialistischen Experimenten verloren hat und das kapitalistische Experiment am Menschen und der Natur vorzieht. Ihrer Feststellung jedoch, sie habe nur *ein* Leben, ist in Erinnerung an die Opfer des Naziterrors entgegenzuhalten: Sie *hat* ein Leben, ein Leben, das Millionen ihrer Generation von Deutschen genommen wurde.

Ich muß gestehen, daß ich heute kaum noch Fragen an die Entwicklung in der DDR habe. Was sich dort unaufhaltsam durchsetzt, kenne ich bereits. Es ist das, was ich seit meinem 16. Lebensjahr, als ich mich dazu durchrang, den Kriegsdienst zu verweigern, mit wachsender Entschlossenheit bekämpft habe. Ich will diese Wiedervereinigung nicht. Auf keinen Fall und unter keinem Umstand, auch nicht dem europäischen, der ein Vorwand ist und auf der Annahme beruht, das Nationalstaatliche werde absterben in Europa. Daran glaube ich nicht.

Es wird zusammenwachsen, was zusammengehört: Das ist eine Drohung, ein Brandt-Satz, auf den die Geschichte noch einmal zurückkommen wird. Diese Gewißheit entspricht meinem Verständnis vom Wesen der Deutschen, dem Geisteszustand ihrer politischen Elite und meinem Verständnis von den Interessen der Deutschen Bank.

Mag sein, daß die Durchkapitalisierung der DDR-Gesellschaft nicht ganz so reibungslos verlaufen wird, wie man sich das hier in der BRD vorstellt. Am Ende aber wird sie gelingen. Von den emanzipatorischen Bestrebungen, die der Wende ihre Schubkraft gaben, wird wenig bleiben. Diese Entwicklung wird auch auf die BRD durchschlagen. Vieles von dem, was wir als emanzipatorische Errungenschaft der letzten zwanzig Jahre betrachten, steht ebenfalls zur Disposition.

Die Linke muß sich auf neue Verfolgungen gefaßt machen, auf Verbote ihrer Organisationen, auf die Zensur ihrer Medien und auf neue Varianten der Ausgrenzung und neue Varianten des Berufsverbots. Ausländer werden zur Hauptgruppe der Wiedervereinigungsopfer zählen. Sie sind schon heute Opfer des Wiedervereinigungstaumels. Auch Alte und Behinderte werden auf der Strecke bleiben; Minderheiten jeder Art und jeden Alters sowieso. Unabhängig vom Alter, der beruflichen Qualifikation und der politischen Einstellung werden Frauen die größte Gruppe der Wiedervereinigungsopfer sein. Insbesondere Frauen in bzw. aus der DDR.

Mir ist erst jetzt die feministische Metapher vom *male chauvinism* in ihrer Doppelbedeutung wirklich bewußt geworden. Männlicher Chauvinismus und nationaler Chauvinismus fallen zusammen, sind eins. Die aktuelle Politik ist bestimmt von den Machtphantasien deutscher Männer. Eine Behauptung, die auch dann nicht widerlegt wird, wenn die eine oder andere Frau sich an diesem Macht'spiel' beteiligt.

Was von der BRD-Seite betrieben wird, ist mehr als nur eine Überrumpelung. Es ist Gewalt. Es ist die permanente Vergewaltigung eines kleinen Landes durch die Repräsentanten des Kapitals eines anderen, großen Landes. Das wird enden mit einer Traumatisierung eines großen Teils der DDR-Bevölkerung; vor allem der heute Jungen. Sie werden sich irgendwann mit der Frage herumquälen, was damals, als der Anschluß stattfand, mutwillig, zynisch und berechnend, aber auch unwissend und leichtsinnig preisgegeben wurde.

Während die Ereignisse ihren unauflhaltsamen Verlauf nehmen und die Wiedervereinigung vollzogen wird, müssen alle, deren Gefühle nicht von Triumph, sondern von Trauer bestimmt sind, eine Anwort auf die Frage finden, wie es geschehen konnte, daß ein Land, welches unter der Führung von Nazi-Verfolgten ein neues Gesellschaftsmodell entwickeln wollte, da enden konnte, wo es heute steht. Die europäische Geschichte bis weit über die erste Hälfte dieses Jahrhunderts und die Handlungen ihrer Protagonisten waren geprägt von autoritärem Denken und autoritären Haltungen in allen politischen Lagern, von der Rechten bis zur Linken. Bei der Struktur der autoritären Persönlichkeit wäre anzuknüpfen. Der Autoritarismus hat viele Erscheinungsformen. Auch die Wiedervereinigung vollzieht sich unter autoritären Vorzeichen.

Und noch eine Lehre: Die Ereignisse in der DDR belegen die prinzipielle Überlegenheit kapitalistischer Warenproduktion, deren Triebkraft, das Prinzip der Profitmaximierung, Produkte hervorbringt, die keine andere Gesellschaftsform hervorzubringen vermag. Der Kapitalismus mit seinem Horizont von Waren befriedigt die infantilsten Bedürfnisse der Menschen. Jede andere Produktionsweise, die den allgemeinen Mangel, den Hunger, das Elend und die ökologische Zerstörung im Weltmaßstab einbezieht, ist dem Wachstumsrausch und der Warenästhetik der kapitalistischen Warenproduktion unterlegen. Daran kommt niemand vorbei, der auf radikale Veränderung weiterhin setzt. Die DDR-Gesellschaft befindet sich in einem Prozeß der Entsolidarisierung und einer von außen gesteuerten Infantilisierung. Insofern sind die Bedingungen für eine Wiedervereinigung günstig, denn in diesem Zustand befinden wir hier uns schon lange.

konkret 03/90, S. 44

Detlef Hartmann

»Das gewaltige Werk des Nationalsozialismus«

Einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker dieses Jahrhunderts, eigenwilliger Kopf einer Kritik am gelehrten Marxismus – aus linker Sicht«, so beschrieb die »Zeit« im November letzten Jahres den Ruf, den der mittlerweile 9l-jäbrige Sozialphilosoph Alfred Sohn-Rethel unter Westeuropas Linksintellektuellen genießt. Kaum eine philosophische oder sozialwissenschaftliche Fakultät einer bundesdeutschen Universität, die ihre Studenten seit 20 Jahren nicht mit der Erkenntnistheorie und den Faschismusanalysen des Zeitgenossen und Bekannten von Adorno, Benjamin und Bloch traktiert hätte (nur Horkheimer wollte mit Sohn-Rethel nichts zu tun haben). Wie aber hatte der »Humanist und Sozialist, Gegendenker der leichtfüßigen Zeitgeistler aller Epochen« (»Zeit«) seine intimen Kenntnisse des Nationalsozialismus gewonnene Als »Marxist in der Höhle der Kapitalisten«, verknappte die »Zeit«, was Sohn-Rethel in der »FAZ« vom 13.12.89 so beschrieb »Von 1931 bis zum Jahr 1936 ... hatte ich als Assistent beim 'Mitteleuropäischen Wirtschaftstag' in Berlin die Möglichkeit, die Strategien des Großkapitals am Ende der Weimarer Republik und in den ersten Jahren des Dritten Reiches aus größter Nähe mitzuverfolgen.« Mitzuverfolgen? Detlef Hartmann hat untersucht, was Sohn-Rethel, bis er aus bislang nicht geklärten Gründen ins Ausland ging, in der »Höhle der Kapitalisten« trieb. Ergebnis seiner Recherchen: Alfred Sohn-Rethel ist der Verfasser wichtiger Strategiepapiere, die dazu dienten, sowohl die politische Allianz des deutschen Monopolkapitals mit Hitler als auch die ersten Etappen nationalsozialistischer Großraumpolitik vorzubereiten. Die diesen Texten zugrunde liegenden Kriterien prägen auch, kaum modifiziert, die Faschismustheorie, mit der Sohn-Rethel in den letzten Jahrzehnten schließlich reüssierte

»Außerdem steht hier nichts geringeres als das Schicksal der gesamten modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf dem Spiel. Wird die organische Überführung der Wirtschaftsordnung in eine gebundene nicht geleistet, so ist sie ihrem völligen Zusammenbruch überliefert, d.h. ihrem Untergang in Chaos, Staatssozialismus und Bolschewismus. Um sie also vor diesem Abgrund zurückzureißen und die Fundamente der modernen Gesellschaft und Kultur zu retten, dazu bedurfte es einer äußersten Anstrengung. Sie ist in Deutschland das gewaltige Werk des Nationalsozialismus gewesen.« (Alfred Sohn-Rethel, Ursprung und Bestimmung einer ständischen Handelspolitik, in: Der Deutsche Volkswirt, 1934).

Dr. Alfred Sohn-Rethel gilt als linker, manche sagen: marxistischer Philosoph und Faschismustheoretiker von internationaler Bedeutung. Er kämpft seit Jahren mit wachsender Verbissenheit um einen Stammplatz im Olymp der sogenannten Kritischen Theorie. Für alle, die ihn kennen und als Faschismustheoretiker schätzen gelernt haben, muß sein eingangs zitiertes Bekenntnis zum Nationalsozialismus eine böse Überraschung sein. Eine Überraschung allerdings, auf die man längst hätte vorbereitet sein müssen. Denn daß der Aufsatz, dem es entnommen ist, nicht schon 1970 entdeckt wurde, zählt zu den Wundern linker Vergangenheitsbewältigung.

Die 68er werden sich erinnern, 1970 gabs schon einmal eine kleine Aufregung um Alfred Sohn-Rethel. In diesem Jahr wurde ein eigenartiges Schauspiel, als dessen Held der Faschismustheoretiker persönlich ins Rampenlicht geriet, erstmals aufgeführt. Es gehörte ins Genre jener abgeschmackten Rührstücke des stillen und für sich im Verborgenen wirkenden antifaschistischen »Widerstands«, die sich all jene einfallen lassen mußten, die zu früh geboren waren, um in den Genuß der »Gnade der späten Geburt« kommen zu können. In der Septemberausgabe des »Kursbuchs« veröffentlichte Sohn-Rethel einen Aufsatz unter dem Titel »Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus«. Der Aufsatz war bekannt. Er war zum ersten Mal im September 1932 in den »Deutschen Führerbriefen« Nr. 72 abgedruckt worden. Die »Führerbriefe« zirkulierten als eine nicht für die Öffentlichkeit bestimmte »politisch-wirtschaftliche Privatkorrespondenz« in einer Auflage von ca. 1250 Exemplaren. In ihr vermittelte das Top-Management des Finanz- und schwerindustriellen Monopolkapitals Analysen und Strategiepapiere an die führenden Kreise des Industrie- und Finanzkapitals, Kabinettsmitglieder, Reichswehrspitzen, Großagrarier, die Umgebung Hindenburgs usw. Der Aufsatz war also alt. Was 1970 neu war: Als sein Autor bekannte sich – »nach 38 Jahren« – zum ersten Mal Dr. Alfred Sohn-Rethel.

Sein Strategiepapier ist inzwischen als ein wichtiges Schlüsseldokument der Vorbereitung einer politischen Allianz des deutschen Monopolkapitals mit Hitler identifiziert worden*. Es war Hitler über Hess zugesandt worden und diente als Diskussionsgrundlage für ein Treffen zwischen ihm und den Herausgebern der »Führerbriefe« Otto Meynen und Franz Reuter. Sie sollten im Auftrag Silverbergs (Präs. IHK Köln, Stellv. Vorsitz RDI, Rheinbraun) die Möglichkeiten sondieren, dem Kapital über die NSDAP eine stabile Massenbasis zu sichern. Mit Blick auf die bedrohliche Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen propagiert das Papier unter der Zwischenüberschrift »Von der Sozialdemokratie zum Nationalsozialismus« eine neue Ära korporatistischer Einbindung der Gewerkschaften unter nationalsozialistischer Führung: »Die Rettung vor diesem Abgrund ist nur möglich, wenn die Spaltung und Bindung der Arbeiterschaft. . .auf andere und zwar direkte Weise gelingt. Hier liegen die positiven Möglichkeiten und Aufgaben des Nationalsozialismus...Wenn es dem Nationalsozialismus gelänge, diese Führung zu übernehmen und die Gewerkschaften in eine gebundene Sozialverfassung einzubringen, so wie die Sozialdemokratie sie früher in die liberale eingebracht hat, so würde der Nationalsozialismus damit zum Träger einer für die künftige bürgerliche Herrschaft unentbehrlichen Funktion und müßte in dem Sozial- und Staatssystem dieser Herrschaft notwendig seinen organischen Platz finden. Die Gefahr einer staatskapitalistischen oder gar -sozialistischen Entwicklung, die oft gegen eine solche berufsständische Eingliederung der Gewerkschaften unter nationalsozialistischer Führung eingewandt wird, wird in Wahrheit durch sie gerade gebannt.« Ende

Januar 1933 konnten die »Führerbriefe« befriedigt die Lösung der Krise durch die Berufung Hitlers feiern, »...die wir seit dem Sommer unentwegt trotz nicht geringer Kritik und Anfeindungen als die beste gefordert haben«.

Wir wissen, wie diese korporatistische Strategie nach Zurückweisung der Kooperationsangebote aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) in der Deutschen Arbeitsfront realisiert wurde. Wörtlich zitiert habe ich die Kernsätze des Papiers nur wegen der mit dem Einleitungszitat fast wortgleichen Formulierungen ihres Grundgedankens: die Schwächen der liberalistischen Verwertungsorganisation durch organische Überführung in eine gebundene Wirtschaftsorganisation zu überwinden, um dem Abgrund einer staatssozialistischen Entwicklung zu entgehen.

Und wie erklärt uns das Sohn-Rethel? Hier setzt das Rührstück ein, das unter der Regie einer abenteuerlichen Unverschämtheit zu einer Farce mit Publikumsbeteiligung degenerieren sollte. Sohn-Rethel behauptet, er hätte den Text als Under-Cover-Kommunist geschrieben, als eine Art privater Maulwurf der Revolution im Zentrum der Macht. Er hätte der KPD-Führung den »Führerbrief« heimlich zugespielt, um ihr für den kommenden Wahlkampf Propagandamaterial zu liefern. Heimlich (es gibt für die Übersendung keinen Beleg), ohne Kontakt zur KPD, ja ohne ihr Wissen und sogar ohne dort überhaupt bekannt zu sein. Wenn Heldentum und Größe sich durch Stille und Bescheidenheit auszeichnen, dann konnte es nichts Erhabeneres geben: das gewaltige Opfer einer schändlichen Karriere ins Zentrum der Macht zu bringen, nur um dort unbelohnt und ohne Anerkennung im Dienst der Revolution zu wühlen und sich mit der Rolle eines einfachen Zuarbeiters zufrieden zu geben.

Wer hats ihm geglaubt? Die Kenner der Materie jedenfalls nicht. Mit einer Mischung aus Hohn und Verblüffung über so viel Unverfrorenheit ließen E. Berliner (aus der Perspektive der KPD) und R. Neebe (aus der Perspektive des Großkapitals) die Quellen und das Archivmaterial sprechen. Sie hätten sich die Mühe sparen können, wie auch ich auf die Wiedergabe ihrer noch immer sehr lesenswerten Darstellungen hier verzichten kann. Sie hätten nicht mehr zu tun brauchen, als Sohn-Rethel selbst zu Wort kommen zu lassen. Denn das bisher unerschlossene Kapitel seines Wirkens im »gewaltigen Werk« des Nationalsozialismus wäre schon 1970 unschwer zu finden gewesen. Sohn-Rethel hat den Fingerzeig im Kursbuch selbst gegeben, wenn auch versteckt: einen Hinweis auf die Gleichschaltung (Sohn-Rethel sagt »Angliederung«) des »Deutschen Volkswirt« (im folgenden DV) im Jahre 1933.

Wir wissen aus Sohn-Rethels eigenen Darstellungen, daß er zur Mitarbeit an den »Führerbriefen« über seine Arbeit im »Mitteleuropäischen Wirtschaftstag« (MWT) gelangt ist. Der MWT war ein internationales Forum mitteleuropäischer Politik, dem 1926 eine deutsche Sektion unter dem Präsidium des liberalistisch orientierten ehemaligen Reichsministers Gothein beitrat. Im August 1931 wurde Gothein kaltgestellt, die Sektion (ich nenne sie dem üblichen Sprachgebrauch folgend MWT) warf den liberalistischen Schafspelz ab und gab sich als imperialistischer Wolf zu erkennen. Die IG-Farben und der schwerindustrielle Langnam-Verein sorgten gemeinsam für die Finanzierung, der Langnam-Verein besetzte die Stellen: Schlenker (Präsident des Langnam-Vereins und Propagandist einer aggressiven Südosteuropapolitik) berief Max Hahn auf den Geschäftsführerposten, der Stahlindustrielle Poensgen (Vereinigte Stahlwerke, Vors. d. Europäischen Rohstahlkartells) lancierte als weiteren Mitarbeiter Alfred Sohn-Rethel, und Krupp-Schwager Frhr. v. Wilmowsky (Aufsichtsratsmitglied des Konzerns und Leiter der Fried. Krupp AG Berlin) übernahm selbst den Vorsitz im Präsidium.

Diese Aufrüstung des MWT war nicht weniger als ein politisches und organisatorisches Programm. Sie markierte die entscheidende Weichenstellung zur ersten Etappe nationalsozialistischer Großraumpolitik. Sie erfolgte in enger Kooperation mit Reichsbankpräsident Schacht (seit 1930 Mitglied der NSDAP) und Posse (außenpolitischer Abteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium – RWM – und als Schachts späterer Staatssekretär der handelspolitische Koordinator des nazistischen Imperialismus) und dem Auswärtigen Amt. Mit atemberaubender Geschwindigkeit wurde der MWT zum organisatorischen Kern des führenden informellen Geflechts, in dem schon vor der Machtergreifung alle Kräfte von Monopolkapital, Staatsbürokratie, Militär und – über ausgewählte Kanäle – Partei ihre Initiativen bündelten, die auf den gewaltsamen Durchbruch in eine imperialistische Neuordnung zielten: die schon erwähnten treibenden nazistischen Kräfte der hohen Ministerialbürokratie, die binnen Monaten rapide anchwellende Mitgliederschaft aus allen nennenswerten monopolkapitalistischen Gruppen und Konzernen (führend Stahlverein und IG-Farben), Dresdner Bank, Großagrarierverbände, Verbände der Elektro- und verarbeitenden Industrie, Deutscher Städtetag, preußische Hauptlandwirtschaftskammer, Reichswehrspitzen etc. »Strategischer Kern«, das bedeutete eine eigenartige Konstruktion von hoher Flexibilität: Außer Max Hahn und Alfred Sohn-Rethel gab es keine weiteren formellen Mitarbeiter im MWT. Angegliedert jedoch und mit ihnen verschmolzen waren die »Führerbriefe«, »Langnam-Verein«, die »Arbeitsstelle Schacht«, der »Orientverein« (der die Brücke zu verschiedenen Handelskammern schlug, den bekanntermaßen wichtigsten Scharnieren späterer nazistischer Handelspolitik, namentlich: der von Pavelic-Faschisten dominierten deutsch-jugoslawischen, der türkischen, der ägyptischen, der Sohn-Rethel als Geschäftsführer persönlich vorstand). Sie alle bildeten unter Führung des MWT eine Art strategischen und theoretischen »brain-trust«. Seine propagandistische Schlagkraft wurde 1933 gewaltig verstärkt, als ihm sofort mit der Machtergreifung ein Organ von internationalem Rang gleichgeschaltet wurde: der »Deutsche Volkswirt«.

Die Gleichschaltung und Arisierung des »Deutschen Volkswirt« zum öffentlichen Forum des »brain-trust« hat offenbar höchste Priorität genossen. Sie wurde aus dem Reichswirtschaftsministerium schon Anfang Februar 1933 mit großer Energie forciert, vom Reichsgericht abgeschirmt und unter »Vermittlung« des Rechtsanwalts von Alvensleben fast geräuschlos binnen weniger Monate abgewickelt. Der jüdische Chefredakteur Carl Landauer und der Herausgeber Gustav Stolper, die jüdischen Mitarbeiter wurden für ein Spottgeld hinausgedrückt (eindrucksvoll dokumentiert in Stolpers Nachlaß, der im Bundesarchiv Koblenz liegt). Nach Abschluß der Gleichschaltung und Säuberung Ende Juni übernahmen Franz Reuter (als Schachts Freund und Liaison-Offizier) und Otto Meynen Eigentum und Chefredaktion. Seitdem schrieben dort Hermann Göring, Schacht, Posse, Hahn und – als Südosteuropaspezialist – Alfred Sohn-Rethel.

Hier zerreißt die Kulisse, die Sohn-Rethel für die Inszenierung seines Rührstücks gemalt hatte, und gibt den Blick frei auf den Zusammenhang einer tödlichen Dramaturgie. Hatte sein Strategiepapier vom Herbst 1932 nur die innenpolitische Grundlage für ein korporatistisches Arrangement zwischen Nationalsozialismus und Monopolkapital skizziert, so definieren die im DV publizierten Aufsätze Sohn-Rethels die imperialistische Stoßrichtung, in der die Ressourcen zur Stabilisierung dieses Arrangements erschlossen werden sollten: Großwirtschaftsraum Europa. Natürlich belegen sie auch, was Neebe und Berliner schon gesagt haben: daß Sohn-Rethel jede Zeile seines Textes von 1932 ernst gemeint hat, daß er mit dem Strategiepapier einen wesentlichen Beitrag zur Vorbereitung der Machtergreifung nicht nur geleistet hat, sondern auch hat leisten wollen. Aber das ist bei weitem nicht alles. Sie erst interpretieren das Strategiepapier und die Allianz mit Hitler als Teil einer imperialistischen Gesamtstrategie, die schon entworfen war, als die Allianz noch ausgehandelt wurde.

Von Mitte 1933 bis Mitte 1934 veröffentlicht Sohn-Rethel im DV eine Reihe von Südosteuropaanalysen, teils unter der Rubrik »Chronik«, teils als Einzelaufsätze. Im Verhältnis zu Hahn, Schlenker, Schacht, Posse nimmt er für dieses erste Aufmarschgebiet des NS-Imperialismus ein gewisses Monopol in Anspruch (wohl aufgrund einer internen Arbeitsteilung; Hahn selbst bedient sich der traditionellen Sprachrohre der Schwerindustrie wie »Rhein und Ruhr«, »Deutsche Bergwerkszeitung«, »Volk und Reich«). Die Darstellungen folgen konsequent einer verborgenen Regie, die erst mit ihrem Höhepunkt: dem zweiteiligen Grundsatzartikel »Ursprung und Bestimmung einer ständischen Handelspolitik« vom 13. und 20. Juli 1934 (S. 1835 ff u . 1883 ff .) offen zutage tritt. Dieser Aufsatz, dem auch unser Einleitungszitat entnommen ist, enthält nichts weniger als eine Blaupause des NS-imperialistischen Projekts in einer seiner intelligentesten Formulierungen; er fundiert diese darüber hinaus mit einer politökonomischen Analyse von geradezu geschichtsphilosophischem Zuschnitt. Bezeichnend sind zwei Dinge. Erstens sein Erscheinungsdatum: Wenige Wochen vor der Verkündung von Schachts »Neuem Plan«, der ersten Etappe der imperialistischen Offensive nach Südosteuropa, verleiht er diesem seine vorbereitende politisch-ökonomische Begründung. Zweitens die Tatsache, daß nicht Schacht selbst, nicht Hahn, nicht Posse sie vertritt, sondern Sohn-Rethel. Einmal mehr binnen kurzer Zeit formuliert er ein Schlüsselpapier nationalsozialistischer Strategiebildung.

Als Zielprojektion propagiert er dabei die »Zusammenlegung«, die »zwischenstaatliche Rationalisierung gleichsam ganzer Volkswirtschaften« zum »Großwirtschaftsraum« unter Führung NS-Deutschlands (S. 1887). Was Sohn-Rethel dabei aus allen gängigen Großraumphantasien wie etwa des »Tat-Kreises« (Ferdinand Fried), der Grävell'schen Reformergruppe und sogar der verhältnismäßig präzisen Haushofer'schen Geopolitik heraushebt, ist die detaillierte Darstellung der politisch-ökonomischen Mechanik dieser Rationalisierung. Im Zentrum steht das Programm, die Industrialisierungstendenzen südosteuropäischer Länder abzufangen und sie in das Schema eines »Ergänzungsverkehrs« zwischen deutschen Industrielieferungen und peripheren Agrar- und Rohstofflieferungen zu pressen, um so zugleich das Monopol auf deren Industrialisierung im Wege des Kapitalexports zu gewinnen (S. 1886, »Ergänzungsraum« blieb der kriegsökonomische Terminus auch in der »Neuen Ordnung« von 1941). Dem »Reichsnährstand« Darres wurde in diesem Konzept die Aufgabe zugewiesen, durch innerdeutsche Agrarmarktorganisation und Spezialisierung (auf Veredelungswirtschaft etc.) die Einfuhrspielräume für die gewünschten akkumulations- und kriegswichtigen Produkte aus Südosteuropa erst freizumachen (S. 1839). In seinem Faschismusbuch hat Sohn-Rethel erzählt, wie er und seine Crew im MWT belustigt über die Mühen gestöhnt hätten, dummen Nazis vom Schlage Darres ihr nationalsozialistisches Agrarprogramm auf den Leib zu schneidern (Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt 1973, S. 78).

Weit faszinierender noch als dieses imperialistische Rationalisierungsprojekt einer neuen internationalen Arbeitsteilung ist der entsprechende Entwurf seiner währungstechnischen Absicherung in einer neuen Leitwährungsstruktur unter Herrschaft der deutschen Mark (S. 1886 ff.). Hier sind schon die meisten technischen Einzelheiten des nationalsozialistischen »Zentralclearings« von 1940 vorweggenommen, von dem Franz Neumann zurecht sagt, in ihm fände der imperialistische Charakter NS-Deutschlands seinen sichtbarsten Ausdruck. Es gibt meines Wissens bis zur zweiten Etappe des Vierjahresplans keinen vergleichbar präzisen Aufriß dieses währungstechnischen Projekts. Dies ist kein Wunder. Sohn-Rethel genoß ja das Privileg, die Hintergrundstrategie aus den Diskussionsprozessen des »brain-trust« zusammenzufassen, deren Realisierung Schacht wenige Wochen später mit dem »Neuen Plan« erst mühsam auf seine auf Jahre angelegte Entwicklungsschiene bringen sollte. Auf die währungstechnischen Einzelheiten kann ich hier nicht eingehen (eine vorläufige grobe Skizze zu einer umfassenderen Arbeit habe ich in »Autonomie« Nr. 14 unter dem Titel »Völkermord gegen soziale Revolution« versucht).

Weit über dem Niveau des primitiven Eroberungswahns der »Volk-ohne-Raum«-Ideologen droht Sohn-Rethel schließlich sogar den imperialistischen Krieg als Durchsetzungsvehikel der Großraumrationalisierung an, aus der Notwendigkeit seiner historischen Logik, versteht sich. »Die Frage nach den Kräften und Möglichkeiten des internationalen Wirtschaftsausgleichs wird damit immer unmittelbarer zu einer Frage des politischen Existenzkampfs der konkurrierenden nationalen, imperialen oder regionalen Gruppen in der Welt...Ihr engeres Anwendungsfeld (der ständischen Handelspolitik, D.H.) ist zunächst zweifellos das regionale bzw. imperiale, die Bildung größerer Wirtschaftsräume und eine Regulierung der Märkte und der Wirtschaftsbeziehungen in diesem Rahmen. Ihre Auswirkungen für die internationalen Wirtschaftsverhältnisse im weiteren Sinne wird man abwarten müssen. Alle Anzeichen aber sprechen dafür, daß, sosehr ihr selbst als Methode eine Tendenz zur Stabilisierung innewohnt, dennoch ihre Fernwirkungen nicht von dieser Art sein werden.« »In dieser Hinsicht kämpft Deutschland und kämpfen seine großen Investitionsindustrien heute einen Kampf auf Leben und Tod« (S. 1885-88).

So brutal diese Worte klingen mögen, der »marxistische« Materialist und Philosoph Sohn-Rethel versteht sie nur als Verbalisierung der unerbittlichen Gesetze gesellschaftlicher Entwicklungslogik. Er propagiert die Notwendigkeit des »gewaltigen nationalsozialistischen Werks« in diesem »Kampf auf Leben und Tod« als Ausweg aus der existenzbedrohenden Überakkumulation des deutschen Kapitals. Korrekt beschreibt er sie als Aufrüstung einer industriellen Maschinerie von gewaltiger Produktivität in der Investitions- und Rationalisierungskonjunktur seit 1926, deren Überkapazitäten keine sicheren Märkte mehr fänden. Ökonomisch umschreibt er den »tendenziellen Fall der Profitrate« mit dem Übergewicht der »fixen Kosten« des Sachkapitals, dem damals gängigen Sprachgebrauch folgend. Die Verwertungssicherheit der überakkumulierten Monopole könne sich mit den Verwertungs- und Exportrisiken eines ungeregelten, ungeplanten internationalen Markts bei Strafe des Untergangs nicht mehr zufrieden geben. Sie gebiete die Planung des Großraums, die internationale Rationalisierung einer neuen »gebundenen« Markt- und Verwertungsordnung. Die liberale internationale Marktordnung der Freiheit von Handel und Investition – vor allem in Südosteuropa, dem traditionellen Hinterland – würde den Anforderungen der deutschen Industriekartelle nicht mehr gerecht.

Sohn-Rethel verallgemeinert diese Imperative des Monopols geschichtsphilosophisch als endgültiges Ende der liberalen Epoche – »The End of Laisse-Faire«, wie Keynes schrieb – , als Zwang zur »epochalen Wende«. Genau hier verknüpfen sich die Strategiepapiere von 1932 und 1934 zu einem Ganzen. Was national die Überführung der liberalen Einbindung der Arbeiterklasse in die »gebundene«, »berufsständische Sozialverfassung« des Nationalsozialismus zum Zwecke einer gesamtgesellschaftlich-korporatistischen Regulierung der Mehrwertrate darstellt, wird international durch die Überwindung liberaler nationalökonomischer Freiheiten in der »gebundenen« Marktordnung einer nationalsozialistischen »ständischen und korporatistischen Handelspolitik« des Großraums komplettiert. Das Programm des Nationalsozialismus aus einem Guß.

Als »Analyse« drapiert können wir all dies auch Sohn-Rethels Faschismusbuch entnehmen, als Analyse, die kaum mehr darstellt als die Hintergrundberichterstattung über die Diskussionsprozesse des »braintrust« und gerade darum von unschätzbarem dokumentarischen Wert ist. Wer auch nur ein einziges nach 1945 geschriebenes Werk Sohn-Rethels gelesen hat, weiß, was all dies bedeutet. Es heißt nicht weniger, als daß Sohn-Rethel seine Philosophie aus seiner nationalsozialistischen Zeit bis heute durchgehalten hat. Dies vor allem macht die Auseinandersetzung mit ihm und dem 'Fall', den er darstellt, zwingend notwendig, selbst wenn wir ihn das Gnadenbrot des Berufsphilosophen in Ruhe essen lassen wollten. Denn hier tun sich Abgründe in linker Theoriebildung, Geschichtsverständnis und Vergangenheitsbewältigung auf, die bislang kaum thematisiert worden sind. Die wir jedoch thematisieren müssen, wenn wir die Herausforderung der aktuellen Modernisierung des Großraums Europa überhaupt erahnen wollen. Sie erst lassen begreifen, warum Sohn-Rethel mit seinem Rührstück auf so wenig Widerspruch gestoßen ist. Hat er denn nicht als ein marxistischer Philosoph gängige Vorstellungen des marxorthodoxen Gesellschaftsverständnisses zum Ausdruck gebracht? Genau das hat er, und da liegt das Problem, das in erster Linie ein Problem der Linken ist, nicht seins.

Sohn-Rethel folgt in allen seinen Nachkriegsarbeiten dem marxorthodoxen Verständnis vom Grundwiderspruch zwischen der Entfaltung der Produktivkräfte und den Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse (ich beschränke mich hier auf die beiden grundlegenden Arbeiten »Geistige und körperliche Arbeit«, Frankfurt 1972, und »Die ökonomische Doppelnatur des Spätkapitalismus«, Darmstadt 1972). Die Produktivkräfte (Technologie, Arbeitsorganisation) begreift er als das Feld des Fortschritts und Ausdruck »sozialistoider« Vergesellschaftung, die Produktionsverhältnisse, die sich in den kapitalistischen Zirkulations- und Vergesellschaftungsformen des Markts und des Tausches niederschlagen, als die Fesseln der Produktivkräfte. Diesen Grundwiderspruch gibt Sohn-Rethel in verschiedenen Formulierungen wieder, die er je nach ökonomischem, politischem oder philosophischem Kontext variiert: als Gegensatz von produktiver »Betriebsökonomie« und diese fesselnder »Marktökonomie«, von »Produktionsgesellschaft« und »Aneignungsgesellschaft«, von »Produktionslogik« und »Aneignungslogik«. Ihre Gegensätze legt er sowohl seinem Geschichtsverständnis zugrunde als auch seiner Erkenntnisphilosophie.

Geschichte ist für ihn bestimmt durch die Durchsetzung der »Produktionsökonomie« gegen die »Aneignungsökonomie«. Die »Produktionsökonomie« der Fabrik enthält »als sozialistischer Embryo« in der Verbundorganisation ihrer Produktion

die »sozialistoiden« Elemente, mit denen sie die trennenden und privatisierenden Momente der »Markt- und Tauschökonomie« im Prozeß ihrer Entfaltung überwindet. Entsprechend strukturiert Sohn-Rethel seine Erkenntnisphilosophie. »Produktionslogik« und »Aneignungslogik« regulieren jeweils alle sozialen Erscheinungen, Bewußtseinsformen, Wissenschaft und »Erkenntnis« . Sie stellen die erkenntnisleitenden Prinzipien von »zweierlei Synthesis« dar. Den Begriff »Synthesis« verwendet Sohn-Rethel ausdrücklich in der fundamentalen Funktion, in der Kant ihn in seiner Vernunftkritik und Hegel ihn in seiner dialektischen Methode verwendet hat. Er bezeichnet damit »bestimmende Ordnungen«, die sich in allen Aspekten von Gesellschaft und Erkenntnis zum Ausdruck bringen. In den »Denkformen« des Kapitalismus setzt sich die »Marktlogik« durch, die im Fortschritt der Geschichte von den »Denkformen« der »sozialistoiden« Betriebslogik überwunden wird.

Sohn-Rethel hat viele Leser mit diesem simplen Schema beeindruckt. Sie werden sich nun damit auseinandersetzen müssen, daß sie einem Grundmuster aufgesessen sind, das Sohn-Rethel im Dienste des Langnam-Vereins, der Vereinigten Stahlwerke, und schließlich des Nationalsozialismus entwickelt hat. Sohn-Rethel selbst hat uns 1978 den Gefallen getan, einzuräumen, daß seine Philosophie die Erfahrungen aus dem MWT verarbeitet, man kann auch sagen, ihren intellektuellen Reflex darstellt. »Ich kann ohne Furcht der Übertreibung sagen, daß dieses Büro Hahn, wie es allgemein hieß, einer der Knotenpunkte der monopolkapitalistischen Vorbereitung auf das Hitlerregime hin gewesen ist. Seine Erwähnung gehört insofern hierher, als meine Erfahrung dort in meine Theorie von der ökonomischen Doppelnatur des Spätkapitalismus eingegangen ist. Ohne diese Phase meiner Tätigkeit wäre meine theoretische Arbeit auf die Kritik der Erkenntnistheorie beschränkt geblieben und hätte keine Ausdehnung auf die ökonomische Gegenwartsanalyse erfahren« (Sohn-Rethel in: H.D. Dombrowski (Hg.), Symposium Warenform-Denkform, Zur Erkenntnistheorie Sohn-Rethels, Frankfurt 1978).

Genauso ist es. In allen grundlegenden Nachkriegsarbeiten verweist Sohn-Rethel exemplarisch und zum historischen Beleg des Kampfs von »Produktionslogik« gegen »Aneignungslogik« auf das Diktat der »Verbundindustrien« der Krisenzeit als Imperativ einer neuen sozialen Ordnung. Der Fortschritt ihrer »Betriebsökonomie« sei in der Ordnung der liberalen »Marktökonomie« in Fesseln gehalten worden, der gewaltige Druck seiner »fixen Kosten« habe nach ihrer Unterwerfung verlangt. »Im Gesamteffekt genommen hat somit die ökonomische Eigengesetzlichkeit der Produktionsstrukturen die regulative Wirksamkeit der Marktökonomie in zunehmendem Maß entmachtet. Wenn aber die Produktion den Marktanforderungen nicht mehr zu gehorchen vermag, dann muß notwendigerweise versucht werden, den Markt den Produktionsanforderungen zu unterwerfen« (GuK, S. 182). Wir merken, wir sind wieder im Jahre 1934: »Aber die liberale Alternative, die Rückkehr zur freien Konkurrenzwirtschaft, d.h. Wiederauflösung aller industriellen Marktbindungen scheidet aus. Denn der Entwicklungsgrad der führenden Zweige der modernen Großindustrie macht aus Gründen der inneren Struktur, vor allem ihrer Kostenstruktur, die marktpolitische Organisation zu ihrer Lebensbedingung« (Ursprung, S. 1837)

So kehrt die Programmatik des NS-Imperialismus als Travestie einer materialistischen Erkenntnisphilosophie wieder. Es ist daher nicht verwunderlich, daß uns zentrale Begriffe der Sohn-Rethelschen Nachkriegsphilosophie schon 1934 begegnen. Die »Zwieschlächtigkeit« der konstitutiven »Ordnungen« des Jahres 1972 (GuK, S. 180, 182) finden wir 1934 schon im »strukturellen Zwiespalt« der »Ordnungen« (Ursprung, S. 1837, 1839) vor; der Zwiespalt der Logiken wird 1972 in der »Synthesis« der Betriebsökonomie überwunden (GuK, S. 177-187); 1934 wird der »strukturelle Bruch« in der »Synthese« von staatlicher und privater Sphäre und der Großraumwirtschaft geheilt (Ursprung, S.1887). Das Jahr 1945 bleibt angesichts dieser Kontinuität ein belangloses Datum: Die Philosophie einer Politik wird wieder zu einer Politik der Philosophie umgekleidet, die Diktatur des Großraums ins »eigengesetzliche« Diktat der Betriebsökonomie übersetzt.

Theoretisch klärt sich damit sowohl der publizistische Erfolg des »marxistischen« Erkenntnistheoretikers wie auch der Erfolg seines Rührstücks in der Linken mühelos auf. Er beruht auf den konzeptionellen Gemeinsamkeiten eines platten Dualismus des marxorthodoxen Widerspruchskonzepts, das die »Produktivkräfte« und die »Technologie« als Verwirklichung des Fortschritts und Feld sozialistischer Vergesellschaftung philosophisch neutralisiert und politisch positiv besetzt. Dennoch ist letztlich damit nichts erklärt, weil politische Entscheidungen nicht von der Theorie bestimmt werden, sondern die Theorie in der Regel die politischen Einstellungen absichert. Die Geschichte des sozialen Antagonismus hat uns inzwischen die Erkenntnis regelrecht aufgedrängt, die Marx in der Charakterisierung der Maschinerie als »Kriegsmittel gegen die Arbeiter« vorwegnahm. Wir wissen, daß Taylorismus und Fordismus in ihren logischen und vergesellschaftenden Strukturen als gesellschaftliche Gewalt gegen die lebendige Arbeit konzipiert waren. Wir wissen, daß Gentechnologie Gewalt gegen Frauen, Gewalt gegen die Basisautonomien der Existenzsicherung in der trikontinentalen Nahrungsmittelherstellung ist. Wir wissen, daß Informationstechnologie Unterwerfung kommunikativer Prozesse ist, daß die logische Form ihrer Vergesellschaftung ein Gewalt- und Herrschaftsprinzip verwirklicht. Wir wissen dasselbe vom deutschen Städtebau, dessen gesellschaftsordnende Grundprinzipien schon 1940 von Obersturmbannführer Konrad Meyer (dem Autor des mörderischen Generalplan Ost und späteren Mentor bundesrepublikanischer Raumordnung) und seinem Assistenten Christaller entwickelt wurden. Wir wissen ähnliches auch von Psychiatrie, Medizin, Humangenetik etc., von allen Feldern des Fortschritts. Haben die Produktivkräfte die strategischen Momente ihrer Technologie nicht längst als Destruktivkräfte offengelegt?

Der Dualismus des primitiven Widerspruchskonzepts ist kein theoretischer Irrtum, er enthüllt sich als politische Entscheidung, als Identifikation mit dem Diktat des technologischen Fortschritts, die sich im theoretischen »Irrtum« ausdrückt. Und dies erst wirft jene spannenden Fragen auf, zu deren Diskussion nicht die Theorie Sohn-Rethels, sondern das Phänomen Sohn-Rethel uns zwingt.

Zur linken Vergangenheitsbewältigung: Es ist bekannt, daß Teile der »marxistisch« orientierten Intelligentsia (auch Christaller gehörte übrigens dazu) ihren marxistischen Begriff der Arbeitswertlehre, der Vergesellschaftung, der Verwertungsplanung in den Nationalsozialismus eingebracht haben. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir bisher auch nur die seit 40 Jahren vorliegenden theoretischen Angebote eines Franz Neumann über den nationalsozialistischen »Pseudomarxismus« angenommen, geschweige denn diskutiert und weiterentwickelt hätten. Wir würden ansonsten »Planung« nicht mehr so einfach als Weg in den Kommunismus begreifen.

Zur historischen Funktion der »linken« Intelligentsia: Es scheint, daß immer dann, wenn das Kapital mit seinen Projekten, technologisch-soziale Zerstörung in neue Wertressourcen zu verwandeln, in die Krise gerät, eine akkumulationstragende »marxistische« Intelligentsia mit epochalen Wenden zu neuen Akkumulationsmodellen aufwartet.

Zur Modernisierung des Großraums Europa im neuen »Europäischen Haus«: Was sind denn die betriebsökonomischen Anforderungen an die Wertschöpfungsrationalisierung und ihr sozial-technologisches Instrumentarium heute? Und worin besteht der Beitrag der linken Intelligentsia aus der Metropole? Mit welcher neuen ideologischen Variante zur Entfesselung der sozialen Gewalten der Produktivkräfte wird sie ins Geschäft einsteigen? Welcher Sozialismus wird in ihr propagiert werden, wenn es nicht mehr der nationale ist?

* R. Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933, Göttingen l981, Kap. 12, insbes. S. 160 ff.- E. Berliner, Das monopolistische Problem der Massenbasis, die »Deutschen Führerbriefe« und Alfred Sohn-Rethel, Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 19 (1974), S. 154; E. Berliner, Anmerkungen zu Sohn-Rethels Philippika, ebenda, S. 1297

konkret 03/90, S. 50

Udo Sierck

Buch des Monats - »Harmonischer, glücklicher und fähiger«

Ludger Weß (Hrsg.): Die Träume der Genetik. Gentechnische Utopien von sozialem Fortschritt. Greno-Verlag, Nördlingen 1909, 227 Seiten, 36 Mark

»Nach Beginn der Schwangerschaft wird die junge Mutter als eine höchst wichtige Persönlichkeit betrachtet, man gewährt ihr alle möglichen Mittel für ihr eigenes und das Gedeihen ihrer Leibesfrucht sowie für den ungestörten Ablauf der normalen Geburt. Stellt es sich trotzdem heraus, daß das Neugeborene ein schwächliches oder mißgestaltetes Kind ist, so wird ihm von dem Ärzte-Collegium, das über den Bürgerbrief der Gesellschaft entscheidet, ein sanfter Tod bereitet, sagen wir durch eine kleine Dose Morphium. Die Eltern ... überlassen sich nicht lange rebellischen Gefühlen, sondern versuchen frisch und fröhlich ein zweites Mal«.

Diese Sätze könnten von einem modernen Reproduktionsmediziner oder von einem jener philosophischen Geister, die die 'Euthanasie' wieder etablieren wollen, stammen. Niedergeschrieben hat sie indes schon 1895 Alfred Ploetz, seinerzeit Anhänger eines utopischen Sozialismus, bevor er zum Führer der deutschen rassehygienischen Bewegung avancierte, die die Menschheit durch gezielte Selektionsmaßnahmen verbessern wollte. Nachzulesen sind derartige Ideen einer Weltverbesserung unter Führung der Naturwissenschaft jetzt in einem Band, den Ludger Weß in der Schriftenreihe der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts herausgegeben hat.

Weß bietet einen auch für Laien nachvollziehbaren Abriß der rasanten Entwicklung der Molekularbiologie und der Humangenetik, um damit der verbreiteten Geschichtslosigkeit in den Auseinandersetzungen um die Gen- und Reproduktionstechnologie entgegenzuwirken. Ins Bild rücken dabei neben dem unermüdlichen Forscherdrang der zumeist männlichen Genetiker ihre Experimente, die das Grunddilemma der Naturwissenschaft bloßlegen: Die Natur wird in immer kleinere Einzelteile zerlegt, manipuliert, neu zusammengeführt, um dann die so gewonnenen Erkenntnisse zu verallgemeinern und auf andere Phänomene zu übertragen.

Beispielhaft sind die Versuche mit der Fruchtfliege Drosophila, mit denen sich der amerikanische Genetiker Hermann Joseph Muller seinen Nobelpreis einhandelte: Über die Aufschlüsselung der Fruchtfliegen-Vererbungsabläufe erhoffte er sich Hinweise darauf, wie die menschliche Evolution eugenisch zu kontrollieren sei. Da lag es nahe, das Auftauchen von Mutationen und den unter den Bedingungen der Laborhaltung drohenden Kollaps ganzer Fruchtfliegen-Populationen auf die Menschheit zu übertragen und ihr die bevorstehende Degenerierung zu prophezeien. Daß diese Theorie in den politischen und wirtschaftlichen Krisenzeiten der zwanziger und dreißiger Jahre an Bedeutung gewann, stärkt den Verdacht, daß die Genetikerzunft aus ihren Experimenten Antworten auf drängende Fragen zu gewinnen sucht, die die gesellschaftliche Situation stellt.

Daß es keine wertfreie Naturwissenschaft gibt und daß Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht losgelöst von gesellschaftlichen Bewußtseinslagen und politischen Konstellationen vor sich hinwerkeln, diese Erkenntnis ist nicht neu. Wer aber eine Darstellung der Sozialgeschichte der letzten hundert Jahre erwartet, die den Nährboden für die Träume der Genetik abgab und abgibt, wird von dem Buch sicher enttäuscht sein. Weß verzichtet auf die Untersuchung der »Verbindungen zwischen den Träumen und der Politik der herrschenden Klasse«, wie der Autor selbst einräumt. Hier liegt in der Tat weiterhin ein Feld brach für künftige Forschungen. Denn eines sticht aus den jetzt in deutscher Sprache zugänglichen zentralen Dokumenten der internationalen Genetiker-Elite immer wieder heraus: Sie hingen der Utopie eines sozialen Fortschritts an, der die Überwindung von Klassenschranken, dauernde Friedens- und Wohlstandssicherung, ein Leben in Gesundheit und für die Frauen die Befreiung von »Lasten und Pflichten der Reproduktion« zum Ziel haben sollte.

Beeindruckend und zugleich beunruhigend ist denn auch die in dem Buch anhand der biographischen Hinweise unübersehbare Tatsache, daß die Mehrheit der erwähnten Genetiker aus sozialistischen bzw. sozialreformerischen Kreisen stammten. So ging Alfred Ploetz 1885 wegen der Sozialistengesetze des deutschen Kaiserreichs nach Zürich, wo er seinen engen Kontakt mit dem Literaten Gerhard Hauptmann und dem Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, August Bebel, pflegte. Aus der Beobachtung und dem Erleben von Neid, Egoismus oder Unehrlichkeit zog er den Schluß, die Menschen durch gezielte biologische Eingriffe für die sozial gerechte Gesellschaft zurichten, sie zu ihrem Glück zwingen zu müssen. Angesichts der sich entwickelnden Industriegesellschaften mit ihren rücksichtlosen wirtschaftlichen Existenz- und Konkurrenzkämpfen sowie den krisenhaften Folgeerscheinungen erhob Ploetz Selektionsmaßnahmen zum Prinzip einer vorwärts gerichteten Gesundheits- und Sozialpolitik. Eine Idee, die konsequenterweise nach einer totalitären Staatsform verlangt, da ja die Politik der Auslese der Bevölkerung verordnet werden soll.

Auf die freiwillige Beteiligung der Bevölkerung an den von ihnen vorgeschlagenen 'Zuchtprogrammen' mochten auch die führenden englischen Biologen und Genetiker John B.S. Haldane, Lancelot Hogben, Joseph Needham oder John D. Bernal in den dreißiger Jahren nicht bauen. Sie alle standen der Kommunistischen Partei Englands nahe oder waren in ihr

organisiert, stritten für Frieden und engagierten sich in der antifaschistischen Spanien-Hilfe. Dieses Wirken stand für Haldane offenbar nicht im Widerspruch zu seinem schon 1925 formulierten Verlangen nach künstlicher Gebärmutter und In-Vitro-Fertilisation, um wirkungsvoll auf die Bevölkerungsentwicklung Einfluß nehmen zu können. Die notwendige Auswahl der Fortpflanzungsberechtigten sollte sich nach dem jeweiligen Erkenntnisstand und streng wissenschaftlichen Kriterien vollziehen – solange, bis sich ein Konsens der Vernunft durchgesetzt habe.

Weß geht nicht darauf ein, daß und in welcher subtilen Form sich dieser 'Konsens der Vernunft' inzwischen etabliert hat und wie ihn nicht nur die Humangenetikerinnen und -genetiker selbstüberzeugt mit der Formel des angeblich sozialen Handelns beständig verdichten; er belegt aber vielfach, wie erstaunlich verbreitet das Setzen auf die 'freiwillige' Eugenik war. Als der sowjetische Genetiker Aleksandr Serebrovskij 1929 einen Beitrag über die Aufgabe der Eugenik in der sozialistischen Gesellschaft veröffentlichte, nahmen das seine Kolleginnen und Kollegen ohne Proteste auf. Dabei hatte Serebrovskij den zügigen Ausbau humangenetischer Forschungen gefordert, um mit Blick auf die Anforderungen des Vierjahresplans die menschliche Produktivkraft auf Höchstleistungen zu bringen . Begleitend sei eine neue sozialistische Moral zu fördern, die es nach einigen Jahren nötig mache, die »organisierte Auslese beim Menschen« zu institutionalisieren: Allen »muß unbedingt eingeschärft werden, daß eine Sabotierung dieses komplizierten, auf viele Generationen ausgelegten Plans ein antigesellschaftliches Vergehen ist, unmoralisch und eines Mitglieds der sozialistischen Gesellschaft unwürdig.« Es werde nicht lange dauern, bis die Menschen dieses Verfahren als üblich in der 'Natur' ebenso akzeptiert hätten wie Liebe und Zuneigung.

In die gleiche Richtung zielten die Aktivitäten der American Eugenics Society (AES), in der 1946 der erfolgreiche Bankier Frederick Osborn die Präsidentschaft übernahm. Unter seiner Regie und in Übereinstimmung mit den privatkapitalistischen Förderern der AES vollzog Osborn einen Bruch mit der Eugenik alter Prägung und entwickelte Vorstellungen für eine modernisierte amerikanische Gesellschaft, in der ein genetisches Qualitätsbewußtsein langfristig zu schaffen sei. Um die Leistungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft der Bevölkerung zu heben, setzte Osborn darauf, die Selektion lautlos und möglichst ohne Zwangsmaßnahmen ablaufen zu lassen: »Das eugenische Ideal fordert eine Gesellschaft, die so organisiert ist, daß die eugenische Selektion als selbstverständlicher und weitgehend unbewußter Prozeß stattfindet.« In einer modernen industriellen Demokratie müsse es dem Staat erlaubt sein, die Fortpflanzung dort zu verhindern, wo erbliche 'Defekte' sicher auszumachen seien. Parallel dazu müsse durch Medizin, Erziehung und Sozialpolitik eine psychologische und kulturelle Atmosphäre geschaffen werden, die verantwortliche Elternschaft hervorbringe.

Es scheint so, daß über diesen Weg manche Utopie zur Realität geworden ist. Die genetischen Anlagen werden heute mit einem Wertmaßstab gemessen, wie es sich der Genetiker Muller erträumte: Die »Natur des Menschen edler, fähiger, harmonischer, mitfühlender, glücklicher und schöner zu machen«. Hermann J. Muller war es auch, der die Kontrolle über die Umwandlungsprozesse bei Atomen und Genen als die »beiden Grundpfeiler unserer Regenbogenbrücken zur Macht« erkannte.

Auf die fruchtbare Verbindung von Humangenetik und Atombombenbau verwiesen zu haben, ist ein besonderes Verdienst des vorliegenden Buches. Kalkulierte Zerstörung und Vernichtung von Leben war zur Routine im Laboralltag geworden. »Was lag also näher«, so fragt Weß, »als die von den Atomphysikern des 'Manhatten-Projektes' ab 1942 vorbereitete radioaktive Massenvernichtung und -verseuchung mittels der Atombombe als einzigartige Forschungsgelegenheit zu nutzen und als strahlenbiologisches Menschenexperiment wissenschaftlich zu begleiten und auszuwerten?« Kurz nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki begann diese lange geplante medizinische Auswertung, ab 1947 lief das genetische Forschungsprojekt der Atomic Bomb Casualty Commission in Hiroshima. In den folgenden Jahren wurden annähernd 80.000 Schwangerschaften und 20.000 Säuglinge untersucht, die sozialen Verhältnisse, körperliche oder geistige Besonderheiten registriert, um Rückschlüsse auf mögliche Mutationsraten ziehen zu können. In ihrem Abschlußbericht gaben die beteiligten Genetiker James Neel und William J. Schull bekannt, daß sie keine statistisch relevanten Hinweise auf genetische Schäden in der Keimbahn beobachtet hätten. Demnach hielten sie auch die verbreiteten Ängste vor den Spätfolgen der laufenden Atomwaffentests für übertrieben.

Währenddessen war jedoch im Zeichen des atomaren Wettrüstens die Förderung der Strahlen- und Populationsgenetik zur nationalen Sicherheitssache erklärt worden. Die 1946 gegründete Atomenergie-Kommission wurde bis zum Ende der sechziger Jahre die Hauptfinanzierungsquelle der Humangenetik in den USA. Dieser Konstellation verdankte es Neel, daß sein Institut zum führenden humangenetischen Forschungslabor und er mit seinen Arbeiten über erbliche Blutkrankheiten zur Berühmtheit werden konnten.

Eines schält sich bei der Lektüre von Weß' Buch deutlich heraus: Die Gen- und Reproduktionstechnologie ist neben der Nutzung der Atomenergie zu einem Machtinstrument geworden. Diese Verbindung mag auch das Bundeskriminalamt vor Augen gehabt haben, als es nach dem 'Aus' für die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf militante Aktionen im Rahmen des beginnenden Widerstands gegen die Zurichtung der Natur voraussagte. Frappierend zeigt die Geschichte der Genetik aber auch, daß das beliebte Freund-Feind-Schema nicht ausreicht. Ausmerze, die auf sozialen Idealen basiert, ist genauso verabscheuungswürdig wie jene, die sich rasse- oder sozialhygienisch motiviert.

konkret 03/90, S. 52

Irene Meichsner

»Dem fängt das Herz zu bubbern an«

Mord an »mindestens 8.723 Menschen« wurde dem ehemaligen »Amtschef I« im Reichssicherheitshauptamt, Werner Best, von der Anklage zur Last gelegt. Im Juni des vergangenen Jahres ist er, der während des Polenfeldzuges für die Organisation der »Einsatzgruppen im Osten« zuständig war, gestorben – ohne daß die Justiz ihn für seine Taten zur Verantwortung gezogen hätte. Ein Lehrstück über die reibungslose Zusammenarbeit bundesdeutscher Gerichte mit ihren medizinischen Gutachtern

Einer der am schwersten belasteten NS-Verbrecher ist zu Unrecht außer Verfolgung gesetzt worden. Mord an »mindestens 8.723 Menschen« wurde Werner Best, dem ehemaligen »Amtschef I« im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und späteren »Deutschen Reichsbevollmächtigten« in Dänemark, zur Last gelegt – begangen »aus niedrigen Beweggründen«, »mit Überlegung«, »grausam«, »heimtückisch«. Im August 1972 wurde Best, noch vor Beginn eines Prozesses, der nie stattfinden sollte, »vorläufig« in die Freiheit entlassen. Im April 1982 wurde er vom Landgericht Duisburg aufgrund eines angeblich »nicht mehr rückgängig zu machenden hirnarteriosklerotischen Altersabbaus« für »endgültig verhandlungsunfähig« erklärt. Die in Justizkreisen seit langem bekannte Sachkunde der medizinischen Gutachter, so erläuterte der vorsitzende Richter Paul Schimmann den förmlichen Gerichtsbeschluß, sei »hervorragend« und »international führend«. Auch spreche nichts dafür, daß der Angeklagte seine Krankheit etwa nur vorgetäuscht habe.

Im Juni vergangenen Jahres ist Werner Best, geboren am 10. Juli 1903 in Darmstadt als Sohn eines höheren Postbeamten, im Alter von fast 86 Jahren gestorben. Die Geschichte seines Lebens bleibt die exemplarische Geschichte eines ebenso überzeugten wie unbelehrbaren Nationalsozialisten, der schliel3lich erfolgreich alles daran setzte, sich einer Strafverfolgung zu entziehen. Es ist gleichzeitig die Geschichte einer Justiz, der man immer wieder nachgesagt hat, daß sie Nazitäter gar nicht verurteilen wollte, auch wenn auf der Hand lag, daß sie tausendfache Mörder waren. Nichts belegt dies überzeugender als der »Fall Best«.

Denn Dr. jur. Werner Best, der Mann mit der aktenkundigen »Hirnarteriosklerose«, wäre sehr wohl »verhandlungsfähig« gewesen. An seiner Schuld konnte ohnehin kein Zweifel bestehen, nachdem selbst Richter Schimmann in demselben Beschluß, mit dem er seine Akte »endgültig« schloß, ausdrücklich festgestellt hatte, daß Best im Falle eines Prozesses »mit annähernder Sicherheit« als Mörder verurteilt worden wäre. Die Justiz steht damit im Verdacht, Beihilfe zu »medizinischer Amnestie« geleistet zu haben und darin von einer überaus entgegenkommenden Gerichtspsychiatrie nach Kräften unterstützt worden zu sein. Best selber trat den Beweis dafür an. Zu einem Zeitpunkt, als er den ärztlichen Prognosen zufolge bereits dem »Endzustand« geistiger »Demenz«, Alterschwachsinn, hätte nahe sein müssen, zeigte er sich munter in der Öffentlichkeit – um einem ehemaligen SS-Hauptsturmführer beizustehen, der sich wegen der Deportation von 523 französischen Juden nach Auschwitz verantworten mußte.

»Wenn jemand unter Mordanklage steht und weiß, daß es kein Aus noch Ein gibt, dann fängt dem das Herz zu bubbern an«: Konnten Richter und Ärzte landauf, landab wirklich vergessen, was für Robert Kempner, den stellvertretenden Hauptankläger im Nürnberger Prozeß und Nebenkläger in zahlreichen NS-Verfahren, zu Recht »selbstverständlich« war? Dafür sind denn doch zu viele ehemalige NS-Größen entweder gar nicht verfolgt worden, mit lächerlich geringen Strafen davongekommen oder haben ihre Haftstrafen nicht absitzen müssen. Die einen wurden, wie Werner Best, schon vor ihrem Prozeß mit ärztlicher Hilfe in die Freiheit entlassen, andere durften noch während des laufenden Verfahrens aussteigen. Kempner hat die typischen Situationen beschrieben: »'Ich hab' so furchtbare Schmerzen, können wir nicht einen Moment Pause machen?'. Ein Gerichtsarzt kam, Untersuchung, drohender Herzinfarkt. – 'Aus. Dein treuer Vater!'«

Wegen einer solchen bloß drohenden Herzschwäche wurde zum Beispiel Otto Bovensiepen, der »Eichmann von Berlin«, der als Chef der größten Gestapo-Leitstelle für die Deportation von 35.000 Berliner Juden verantwortlich war, 1969 für »verhandlungsunfähig« erklärt – wobei sich seine Krankheit, wie Kempner anmerkte, »erfreulicherweise als nicht so schlimm erwies, daß er daran gehindert gewesen wäre, seine Geschäftstätigkeit für eine Konservenfabrik noch jahrelang weiterzuführen«. Oder SS-Obergruppenführer Bruno Streckenbach, Werner Bests Nachfolger im RSHA, gegen den seit 1957 mit gewaltigem Aufwand wegen des Verdachts ermittelt wurde, in Polen und der Sowjetunion »den Tod von mindestens einer Million Menschen verursacht zu haben«: Er litt an Kreislaufschwäche und »Koronarinsuffizienz«, so daß die Verhandlung gegen ihn täglich mehrmals hätte unterbrochen werden müssen. Die 7. Große Strafkammer des Hamburger Landgerichts befand im April 1974, daß ein solches Prozessieren mit der »Menschenwürde« des Angeklagten nicht vereinbar sei.

Von den mutmaßlichen »Mördern mit eigenem Täterwillen« aus dem »Komplex Reichssicherheitshauptamt«, der berüchtigten Schaltzentrale im Verwaltungsmassenmord der »Endlösung«, blieb schließlich nur noch Werner Best. In der Hierarchie unmittelbar unter Hitler, SS- und Polizeichef Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich, dem Leiter des RSHA, rangierend, war er während des Polenfeldzugs vom September 1939 bis Juni 1940 für die Organisation der »Einsatzgruppen im Osten« verantwortlich. »Ehrgeizig wie er war«, notierte 1982 ein israelischer Historiker, »nützte er, ein kühler und skrupelloser Machttechniker, seine akademische Bildung und seine juristischen Kenntnisse, um die totalitäre

Praxis des NS-'Führerstaates' zu rechtfertigen, die, wie er äul3erte, dem weltanschaulichen Grundsatz der organisch unteilbaren Volksgemeinschaft entspräche.« Als Stellvertreter von Heydrich, der »blonden Bestie«, baute Best die Sicherheitspolizei zu dem »Kampfinstrument« aus, das der NS-Staat benötigte, um das polnische Volk dem »arischen Herrenmenschen« zu unterwerfen. Dazu gehörten die systematische Liquidierung von Juden, Zigeunern und anderen »rassisch Minderwertigen«, die Vernichtung der polnischen Intelligenz, insbesondre von Geistlichen, Ärzten, Lehrern und Offizieren, sowie die Ausschaltung von Politikern, »potentiellen Gegnern«, »Asozialen«, »Berufsverbrechern« und »Geisteskranken«.

Am 11. März 1969, fast ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende, ist Best, inzwischen 65 Jahre alt, endlich verhaftet worden. Dabei hatte er schon allen Grund zu glauben, ungeschoren davongekommen zu sein. »Mit der ihm eigenen Geschicklichkeit«, heißt es in den Unterlagen, war es ihm immer wieder gelungen, sich »unwiderlegbar so einzulassen«, daß die Ermittlungen gegen ihn eingestellt werden mußten. So war er von der Frankfurter Staatsanwaltschaft verdächtigt worden, an der Ermordung des ehemaligen hessischen NSDAP-Landtagsabgeordneten Wilhelm Schäfer beteiligt gewesen zu sein. Schäfer hatte, nachdem er wegen unerlaubter Führung des Doktortitels aus der Partei ausgeschlossen worden war, dem Frankfurter Polizeipräsidenten im Dezember 1931 ein Exemplar der von Best mitverfaßten und unterschriebenen »Boxheimer Dokumente« – Pläne für einen gewaltsamen nationalsozialistischen Umsturz – übergeben. Best, seit 1930 in der NSDAP, seit 1931 in der SS und Abgeordneter im hessischen Landtag, war daraufhin als Gerichtsassessor aus dem Staatsdienst entlassen und einem Verfahren wegen versuchten Hochverrats ausgesetzt worden. Nach der Machtergreifung wurde der »Verräter« Schäfer festgenommen. Ende Juni aus der Schutzhaft entlassen, wenig später ein zweites Mal verhaftet, dann auf Bests Befehl von Gestapo-Beamten erneut aus dem Gefängnis geholt, wurde er am 18. Juli 1933 im Frankfurter Stadtwald ermordet aufgefunden. Eine Woche vorher war Best zum hessischen Landespolizeipräsidenten aufgestiegen. Obwohl Rache als überzeugendes Motiv erschien, mußten die Ermittlungen 1956 in Ermangelung eines »hinreichenden Tatverdachts« eingestellt werden.

Ebenso kläglich scheiterte 1966 ein Verfahren der Generalstaatsanwaltschaft München, die Best verdächtigte, nach dem Röhm-Putsch im Sommer 1934 Tötungsbefehle weitergegeben zu haben, die zur Exekution von mindestens vier Personen führten. Trotz »erheblichen« Tatverdachts war ihm nicht nachzuweisen, daß er an der Tötung einer »bestimmten Person« beteiligt gewesen war. Dabei ist Best einmal sogar zum Tode verurteilt worden: 1948 vom Stadtgericht Kopenhagen wegen seiner »Terroraktionen gegen die dänische Bevölkerung« als »Deutscher Reichsbevollmächtigter« (1942-1945). Das Urteil wurde 1950 vom dänischen Höchstgericht in zwölf Jahre Gefängnis umgewandelt. Ein Jahr später wurde Best, der behauptete, fast 6.000 dänischen Juden die Flucht ermöglicht zu haben, mit der Auflage aus der Haft entlassen, Dänemark nie wieder zu betreten. Er kehrte in die Bundesrepublik zurück und machte Karriere – zunächst als Mitarbeiter einer Essener Anwaltskanzlei und seit Ende 1953 als Justitiar ausgerechnet im Stinnes-Konzern in Mülheim an der Ruhr: Hugo Stinnes jun. (1897-1982), dem Best »persönlich« zugeordnet wurde, war einer der ersten deutschen Industriemagnaten, die die Nationalsozialisten finanziell unterstützt hatten.

In einer »Nebenpraxis« habe er, schrieb Best, eineinhalb Jahre bevor er – wegen seiner Tätigkeit im RSHA – verhaftet wurde, »alten Kameraden« zu helfen versucht. Tatsache ist, daß er sich geradezu aufopfernd für ehemalige SS- und Gestapo-Angehörige einsetzte, die sich nach dem Krieg zum Teil wegen Massenmords vor Gericht verantworten mußten. Bei einer Hausdurchsuchung wurden in seinem Keller Unterlagen gefunden, aus denen sich – so die Strafverfolgungsbehörde – ergab, daß er »praktisch 'wie ein Spinne im Netz' als Zentralfigur anderen verfolgten Angehörigen der Sicherheitspolizei sog. 'Kameradenhilfe' geleistet hat«. Hunderten besorgte Best über eidesstattliche Erklärungen Unschuldszeugnisse (»Persil-Scheine«), mobilisierte Entlastungszeugen, stellte sich selber als »sachverständiger Zeuge«, unter anderem im Auschwitz-Prozeß, zur Verfügung.

Best sei also »auch heute noch nicht von seiner früheren Einstellung abgerückt«, folgerte das Berliner Kammergericht im September 1969 und fügte dem Haftbefehl eine Warnung vor »Verdunklungsgefahr« bei: »Nachdem der Angeschuldigte bereits in gegen andere Personen gerichteten Verfahren in einer derart massiven Weise versucht hat, die Zeugen zu beeinflussen«, werde ohne weiteres seine Absicht erkennbar, »auf unlautere Weise erst recht auf Zeugen in dem gegen ihn gerichteten Verfahren einzuwirken, um hierdurch die Ermittlung der Wahrheit zu erschweren. Auf sein ehrenwörtliches Versprechen, mit keinem ehemaligen Angehörigen des RSHA Kontakt aufzunehmen, vermag der Senat nichts zu geben.«

Fast eine Tonne wog das Prozeßmaterial: 42 Ordner mit Dokumenten, 79 Aktenbände mit Vernehmungsprotokollen, Gutachten, Schriftstücken, dazu eine Anklageschrift von 1029 Seiten. Best erschien als das »Muster eines Schreibtischtäters«, der mitverantwortlich für die Exekution von fast 9.000 Menschen war, darunter mindestens 6.000 Polen in den Wäldern bei Neustadt/Westpreußen, 750 polnische Gefangene des Forts VII bei Thorn, mindestens 175 Polen in Bromberg, 516 Polen und Juden in Seedorf/Argenau und Kruschwitz, 170 polnische Gefangene aus dem Durchgangslager Soldau, 918 Polen in Warschau und Umgebung. Den Opfern seien, heißt es in den Akten, »unvorstellbare Qualen« zugefügt worden: »In der Gewißheit, unschuldig getötet zu werden, mußten sie in der überwiegenden Mehrzahl die Erschießungen der anderen mitverfolgen. Sie hörten das Knallen der Schüsse, die auf ihre Leidensgenossen gerichtet waren und sahen, wie diese in die Gruben fielen.«

Am 10. Februar 1972 erhob die Berliner Staatsanwaltschaft Anklage gegen Werner Best, »seinem Wesen und seiner Stellung nach einer der bedeutendsten Nationalsozialisten überhaupt«. Die Dauer des Prozesses wurde auf ein bis zwei Jahre geschätzt. Doch es kam nicht einmal zur Eröffnung der Hauptverhandlung. Best war krank geworden: Herzmuskelschwäche, Schlagaderverhärtung, Wirbelsäulen- und Gelenkverschleiß, ein Prostata-Geschwulst »mit Blasenentleerungsstörungen«. All dies klang für einen fast 70jährigen eigentlich nicht ungewöhnlich, ebensowenig wie die Symptome seiner »Hirnarteriosklerose«, einer altersbedingten Verkalkung der Hirn-Arterien, die mit Einbußen bei der Konzentrations-, Reaktions- und Merkfähigkeit sowie »ängstlich-depressiver Verstimmung« einhergeht.

Dennoch wollten vier Sachverständige Best sogar schon damals »auf Dauer« verhandlungsunfähig schreiben, während drei andere die Auffassung vertraten, daß einer Verhandlung von täglich einigen Stunden nichts im Wege stehe. Das Gericht entschied sich am 2. August 1972 dafür, das Verfahren »vorläufig« einzustellen, mit der Auflage, Best alle zwei Jahre neu auf seinen Gesundheitszustand zu untersuchen. Fast ein Jahrzehnt schwebte das Verfahren. Im April 1979, zwei Jahre, nachdem ein von Best eingereichter Antrag auf endgültige Einstellung des Verfahrens abgelehnt worden war, konnte der Berliner Psychiater Erhard Phillip, der ihn am besten kannte, weil er ihn nun schon zum dritten Mal begutachtet hatte, seinen Zustand immer noch nicht beunruhigend finden.

Die Staatsanwaltschaft forderte, den Prozel3 wieder aufzunehmen. Der Antrag wurde abgelehnt. Erst nach einer Beschwerde ordnete das Berliner Kammergericht am 22. Oktober 1979 tatsächlich die Wiederaufnahme des Verfahrens an. Best, der Zeit zu gewinnen versuchte, appellierte an den Bundesgerichtshof und erreichte, daß das Verfahren dem für seinen Wohnort Mülheim/Ruhr zuständigen Landgericht Duisburg übergeben wurde. Das bedeutete: Die nunmehr zuständige Staatsanwaltschaft Düsseldorf ordnete eine erneute, zeitraubende Begutachtung an. Am 29. April 1982 hatte es Best dann geschafft. Aufgrund von Expertisen der Professoren Hermann Witter (Universität des Saarlandes) und Paul Bresser (Köln) wurde er für »endgültig« verhandlungsunfähig erklärt. Ungeachtet seiner »nach wie vor vorhandenen überdurchschnittlichen Intelligenz« habe Best »schon bald in zunehmendem Maße erstaunliche Merk- und Gedächnislücken« gezeigt und »schließlich bei der Erfassung des Sinnzusammenhangs völlig versagt«. Durch die Belastung einer Hauptverhandlung seien »depressive Versagensreaktionen« zu befürchten, die sein seelisches Gesamtgefüge angesichts »stark erhöhter affektiver Labilität« noch weiter belasten würden. Aufgrund des »nicht mehr rückgängig zu machenden hirnarteriosklerotischen Altersabbaus« sei eine Besserung seines Zustands »nicht nur nicht mehr zu erwarten, sondern mit Sicherheit« auszuschließen: »Eine solche Besserungserwartung widerspricht bei dem hohen Lebensalter des nunmehr nahezu 79jährigen Beschuldigten allen medizinisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnissen. Es ist im Gegenteil mit Sicherheit davon auszugehen, daß sich der Altersabbau schneller als bisher fortsetzen und immer deutlicher zutagetreten wird.«

Die Kosten des Verfahrens fielen der Staatskasse zur Last. Immerhin sah man davon ab, auch für die Kosten aufzukommen, die Best durch das Verfahren entstanden waren, oder ihn für die Untersuchungshaft zu entschädigen. Für seine Mordtaten würden sich, so mußte es zu diesem Zeitpunkt scheinen, allenfalls noch Historiker interessieren, wie es schon bei so vielen NS-Tätern der Fall gewesen war, die zum Teil mit noch fadenscheinigeren Begründungen freigelassen worden waren. So hatte als »verhandlungsunfähig« etwa auch Heinz Hugo Hoffmann gegolten, einer der Beisitzer im sogenannten »Rassenschandeprozeß«, bei dem 1942 der Vorsteher der Jüdischen Kultusgemeinde Nürnberg, Leo Katzenberger, wegen der Freundschaft zu einer jungen Fotolaborantin (»Angriff auf die Reinheit des deutschen Blutes«) zum Tode verurteilt worden war. Daß Hoffmann nach wie vor eine Anwaltspraxis leitete, war dem Nürnberger Landgericht egal, denn er sei »nicht wegen körperlicher Hilfsbedürftigkeit verhandlungsunfähig, sondern weil er intellektuelle und emotionale Störungen hat«. Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Helmut Bischoff galt im Prinzip sogar als verhandlungs»fähig«. Trotzdem wurde sein Verfahren im Mai 1970 kurz vor dem Ende der Hauptverhandlung eingestellt, weil für das Oberlandesgericht Hamm der »dringende Grund« zu der Annahme bestand, daß dem Angeklagten »bei Fortsetzung der Hauptverhandlung der Vorwurf, sich des Mordes schuldig gemacht zu haben, in einer Form wird gemacht werden müssen, die die von dem Sachverständigen de Boor in seinem Gutachten prognostizierte exzessive Blutdrucksteigerung erwarten läßt«.

Nur in einem sollte sich die Geschichte des Werner Best als einzigartig erweisen. Denn am 15. September 1987, fünfeinhalb Jahre, nachdem auch unter seinen Fall der Schlußstrich gezogen war, geschah in Bonn etwas Merkwürdiges: Im Landgericht fand ein Prozeß um die Deportation französischer Juden nach Auschwitz statt. Zu den Angeklagten gehörte Graf von Korff, SS-Hauptsturmführer unter Best aus dessen Zeit als Kriegsverwaltungschef in Frankreich (1940-1942). Als Zeuge erschien ein rüstiger, 84jähriger Herr. Mehr als zwei Stunden ließ er sich befragen. Die Zeugnisfähigkeit war ihm vom Amtsarzt ausdrücklich bescheinigt worden. Dieser tatkräftige Zeuge war Werner Best, dem schon Anfang der 70er Jahre »völliges Versagen« infolge altersbedingter psychischer Defekte bescheinigt worden war, obwohl es damals nicht einmal um die gegen ihn persönlich erhobenen Schuldvorwürfe ging. Ein weiterer Sachverständiger hatte, was dem Gericht seinerzeit besonders imponierte, 1981 die Zeit bis zu seinem »vollständigen« Leistungsversagen selbst in entspannter Atmosphäre auf 30 bis allenfalls 70 Minuten geschätzt. Schon nach etwa einer halben Stunde, so hatte es damals geheißen, sei Best außerstande gewesen, dem »roten Faden« zu folgen.

Bests Bonner Zeugenaussage im Spätsommer 1987 dauerte gut viermal so lange. Gefragt, ob er sich der Vernehmung gewachsen fühle, antwortete er, er »helfe« gerne. Von der »Endlösung« wollte er zwar, wie Graf von Korff, erst gegen Kriegsende, von Auschwitz gar erst nach 1945 erfahren haben. Aber das waren wohl kaum »hirnsklerotische« Erinnerungslücken. Der Vorsitzende Richter lobte ihn sogar eigens für seine Gedächnisleistung .

Juristisch war die Situation eindeutig. Zwar muß, wer als Zeuge aussagen kann, nicht in jedem Fall auch als verhandlungsfähig gelten. Unstrittig ist dies jedoch bei hirnsklerotischen Krankheitssymptomen: Sie schließen gemeinhin sowohl die Verhandlungs- wie auch die Zeugnisfähigkeit aus. Bei jedem Anzeichen für einen »unerklärlichen Besserungsprozeß« im Befinden eines für verhandlungsunfähig Erklärten ist die Staatsanwaltschaft darum verpflichtet, neue Ermittlungen aufzunehmen. Das bedeutet normalerweise: Sie muß neue Gutachten in Auftrag geben.

Auf Bests Bonner Auftritt aufmerksam gemacht, reagierte das Duisburger Landgericht zunächst perplex: »Gut, daß Sie uns auf die Füße getreten sind. Es wird eine neue Untersuchung geben.« Fehlanzeige. Im Juni 1988 teilte der Duisburger Pressedezernent auf erneute Anfrage mit: »Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf, welche die Sache bearbeitet, hat auf die von Ihnen vorgetragenen Informationen die Sachverständigen, welche Herrn Dr. Best begutachtet haben, nochmals angehört. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß kein Anlaß für eine Wiederaufnahme des Verfahrens bestehe.«

Doch manchmal bedarf auch die Justiz rechtskundlicher Nachhilfe. Daß man offensichtlich nur Paul Bresser, einen der alten Gutachter, noch einmal befragt, dagegen Best selber gar nicht in Augenschein genommen hatte, erfüllte den Tatbestand einer – so der Fachterminus – »unzulässigen Ferndiagnose«, wie sie vom Bundesgerichtshof schon unzählige Male als Revisionsgrund anerkannt worden ist. Auf eine entsprechende Belehrung antwortete der Pressedezernent des Duisburger Landgerichts neun Tage später, ob eine erneute Begutachtung des Angeschuldigten angezeigt erscheine, stehe ausschließlich in der Entscheidung der zuständigen Staatsanwaltschaft: »Sollte diese zu dem Ergebnis kommen, nunmehr bestehe eine Verhandlungsfähigkeit für die Position als Angeklagter in einem ein bis zwei Jahre dauernden Strafverfahren (!)«, so wäre es allein ihre Sache, »erneut die Verfahrenseröffnung zu beantragen«.

Noch am selben Tag bestätigte der Sprecher der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft, daß man Bests Verhandlungsfähigkeit durch eine neue medizinische Untersuchung überprüfen lassen werde. Diesmal lehnte Bresser den Auftrag wegen Befangenheit ab. Im Frühjahr 1989 schien die Sensation perfekt. Rainer Luthe von der Saaruniversität Homburg bescheinigte Best, nachdem er ihn zwei Wochen lang in seiner Klinik genau beobachtet hatte, zumindest für einige Stunden Verhandlungsfähigkeit. Das Duisburger Landgericht ließ nichts mehr von sich hören, für die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft begann eine »fürchterliche Knochenarbeit«. Die Anklageschrift mußte auf den neuesten Stand gebracht werden, man mußte wissen, wieviele der ursprünglich 217 benannten Zeugen überhaupt noch lebten. Nur der wunderbare Aufschwung im Befinden des Angeklagten bereitete Rainer Blazy, dem Leiter der politischen Abteilung, offenbar kein Kopfzerbrechen: »Es gibt ja manchmal in der Natur Dinge, die man nicht erklären kann.«

Konsequent blieb in der ganzen Geschichte nur Werner Best. Fast ein halbes Jahrhundert hatte er sich erfolgreich einem Prozeß entzogen, schließlich triumphierte er noch im Tod. Er starb am 23. Juni 1989 nach einer Operation in einer Düsseldorfer Klinik, nur wenige Tage, nachdem die neue Anklage gegen ihn eingebracht worden war. In aller Stille schloß das Gericht seine Akte zum zweiten Mal. Die Nachwelt muß sich damit begnügen, daß Best wenigstens einmal auch von deutschen Richtern rechtskräftig verurteilt wurde. Die Spruchkammer Berlin, ein – anders als in der Bundesrepublik – nach dem Ende der Entnazifizierung beibehaltenes Sondergericht für NS-Sachen, verhängte gegen ihn 1962 in zweiter Instanz eine »Sühnestrafe« in der Höhe seines im Lande Berlin befindlichen Vermögens.

Die Summe belief sich auf 100,40 Mark.

konkret 03/90, S. 55

Sinn ohn´ Form: Selbstbestimmung und Schwangerschaft

Es gibt Themen, über die scheint schon alles gesagt – und trotzdem beschäftigen sie uns immer wieder aufs neue. Der Paragraph 218 StGB, der Abtreibung unter Strafe stellt, gehört leider dazu. Nach dem Prozeß gegen den Frauenarzt Horst Theissen in Memmingen und angesichts einer ideologischen Offensive von Konservativen und Medizinern, die durch die neuen Gen- und Reproduktionstechniken initiiert wurde, hat jetzt die bundesweite Koordinationsgruppe »Frauen gegen den 218« eine Broschüre herausgebracht: »Frauen fordern Selbstbestimmung«. Die Broschüre ist, anders als Titel und Thema befürchten lassen, keineswegs nur eine neue Druckfassung alter Gedanken. Bemerkenswert, und inhaltlich in Teilen kontrovers, sind vor allem zwei als Diskussionsbeiträge gekennzeichnete Texte: »11 Thesen über Reproduktionstechniken Embryonenschutz und das Selbstbestimmungsrecht der Frau« der Bremer 218-Gruppe und »Vom Selbstbestimmungsrecht zur Selbstbestimmungspflicht« von Theresia Degener, einer Autorin aus der Behindertenbewegung. In dem Thesenpapier überprüfen die Bremer Autorinnen, ob angesichts der neuen Entwicklungen die alten Forderungen und Parolen, wie z.B. »Mein Bauch gehört mir« aufrechterhalten werden können. Das Selbstbestimmungsrecht, das ggf. auch den Gebrauch der neuen reproduktionsmedizinischen Technologien einschließt gilt demnach auch weiterhin als wesentlicher und sinnvoller Kampfbegriff der Frauenbewegung: »Zudem gilt es zu beachten, daß die frauenfeindlichen Folgen der Reproduktionstechnologie auf die gesellschaftlichen Bedingungen zurückzuführen sind und nicht auf die Technologie selbst«. In dem zweiten Diskussionsbeitrag, der sich mit der eugenischen Indikation und pränataler Diagnose auseinandersetzt, wird das »Selbstbestimmungsrecht« deutlich kritischer bewertet. »Was sich abzeichnet, ist eine Politik der Neo-Eugenik, die abermals Frauen in die eugenische Pflicht nimmt. In dieser Ideologie läßt sich der Selbstbestimmungsbegriff vorzüglich unterbringen, denn sie argumentiert nicht mehr mit Begriffen wie 'Volksgesundheit' oder 'Volksschädigung'. In den Vordergrund gerückt ist das selbstverantwortliche Individuum mit eigenen wirtschaftlichen und sozialen Interessen. . Was vielen Frauen tatsächlich als Erweiterung ihres Selbstbestimmungsrechts erscheint, ist jedoch ein Trugschluß. Die Methoden der Pränataldiagnostik haben neben der neuen Qualitätsverantwortung der Schwangeren und der Diskriminierung aller Menschen, die irgendwie 'abweichen', vor allem eine wesentliche Wirkung: sie haben den Fetus mehr personalisiert, als es die katholische Kirche jemals zustande gebracht hat.« Außer diesen Texten enthält die Broschüre einen ausführlichen Teil »Praktische Hinweise zum Schwangerschaftsabbruch«, es wird über die Anti-Abtreibungs-Prozesse der letzten Jahre berichtet, die Positionen der Parteien werden ebenso wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum §218 kritisch beleuchtet, die Arbeit des »Lebensschützers« Prof. Blechschmidt (KONKRET 10/89) wird einer ausführlichen Würdigung unterzogen und eine kleine Geschichte des Kampfes gegen das Abtreibungsverbot geschrieben.

Weiterlesen kann, wer sich für eine theoretische Vertiefung feministischer Positionen zum Thema »Fortpflanzungstechnologien« interessiert, in einer von der Rechtsanwältin Claudia Burgsmüller herausgegebenen Broschüre, in der acht Vorträge einer Vortragsreihe an der FH für Sozialarbeit Wiesbaden versammelt sind. Die Texte, die sich mit Vergesellschaftung der Mutterschaft, der Rolle der Sozialarbeit für die humangenetische Beratung, der wahrscheinlichen (Un-) Wirksamkeit eines Embryonenschutzgesetzes, aber auch den neuen gesetzlichen Regelungen, die die Zwangssterilisation Behinderter ermöglichen, beschäftigen, geben den aktuellen Diskussionsstand wieder und sind allesamt materialreich und mit Literaturverweisen gespickt. Konzentriert auf die pränatale Diagnose beschäftigt sich auch eine dünne Broschüre der Osnabrücker Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechniken mit der »Vertreibung der Frau aus der Schwangerschaft«. Kurz und knapp werden die wichtigsten Informationen über die verschiedenen Untersuchungstechniken (Alpha-Fetoprotein-Test bis Fötuskopie) referiert und Überlegungen zum Selbstbestimmungsrecht und zur Eugenik vor und nach 1945 angestellt. Den Autorinnen gelingt es, einen Überblick zu geben – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Literatur- und Adressenliste am Schluß ist zwar recht selektiv, ermöglicht aber bei Bedarf, weiterführende Literatur zu finden.

Frauen gegen den 218- Frauen fordern Selbstbestimmung; 60 Seiten; 3.50 Mark (+ Porto); Bestellungen über: Monika Scheffler, Paulusstraße 30, 48 Bielefeld

Claudia Burgsmüller (Hg.in); Frauen und Fortpflanzungstechnologie; im Verlag der Fachhochschule Wiesbaden, Kurt-Schumacher-Ring 18, 62 Wiesbaden- 130 Seiten; ISBN 3-923068-07-7;

Die Vertreibung der Frauen aus der Schwangerschaft - 40 Seiten; 5 Mark- zu bestellen ober Maria Behrens, FraGuR, Stadtsparkasse Osnabrück, Kto.Nr.: 3002706

konkret 03/90, S. 56

Tödliche Ethik

Wider den tödlichen philosophischen Liberalismus
Dokumentation

In der »Erklärung Berliner PhilosophInnen« vom 14.12.89 beschweren sich die VerfasserInnen über die Störungen, die in den vergangenen Monaten gegen Veranstaltungen mit und über den australischen Ethik-Professor Peter Singer und dessen Thesen zur »Euthanasie« an behinderten Menschen durchgeführt wurden. Die Westberliner PhilosophInnen halten »die Verhinderung der Diskussion dieser Thesen für einen skandalösen Vorgang, der das elementare Gebot argumentativer Toleranz verletzt«.

Darüber hinaus halten sie die Diskussion des Singerschen Buches für geboten, »weil es sich in erster Linie mit solchen Problemen beschäftigt, für deren Beurteilung und Entscheidung in unserer Gesellschaft keine allgemein akzeptierten Kriterien (mehr) vorhanden sind.«

Sie wenden sich dagegen, daß Singers Tötungsthesen aus dem Zusammenhang seiner ethischen Positionen gerissen werden, die sich aus »seinem Personenbegriff und der Grundverpflichtung, Leiden zu vermeiden« ergäben. Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte aber müßten die von Singer aufgeworfenen Probleme mit besonderer Sorgfalt diskutiert werden, anstatt sie »zu verdrängen oder deren Diskussion mit Gewalt zu verhindern«.

Wir halten die Störungen für gerechtfertigt:

Wir betrachten Singers »Praktische Ethik« nicht als harmlosen 'unparteiischen Beitrag' zu einem internationalen ethischen Diskurs über abhanden gekommene Werte. Singer und seine AnhängerInnen verfolgen die Absicht, die Tötung behinderter, kranker oder alter Menschen als mögliche Handlungsvariante diskutierbar zu machen. Die Existenzberechtigung bestimmter Menschen, die mit dem Etikett: 'unheilbar leidend/einsichtsunfähig' zum sozialen Problem degradiert werden, wird von ihnen in Frage gestellt. Trotz des Hinweises auf die deutsche Vergangenheit spielt die Erfahrung der NS-Vernichtungsprogramme keine Rolle im Diskurs der Westberliner PhilosophInnen. Denn daraus müßten sie gelernt haben, daß es fatal ist, bestimmte Menschen zum sozialen Problem zu erklären, die Enttabuisierung einer tödlichen »Lösung« einzufordern und über die Menschenwürde der Betroffenen hinweg durchzusetzen.

Singers vielzitierte These – »Die Tötung eines behinderten Säuglings ist nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person. Sehr oft ist sie überhaupt kein Unrecht« – ist in keinem, aber auch gar keinem Zusammenhang diskutierbar! Wer derartigen Thesen das Etikett der wissenschaftlichen Philosophie verleiht, der/die verkennt die Implikationen. Denn: Akzeptiert wird eine Philosophie, in deren Menschenbild (bestimmte) Behinderte nicht mehr vorkommen, in der die Vernichtung behinderter Menschen auf der gedanklichen Ebene bereits vollzogen ist.

Singers »Praktische Ethik« hat eine sehr praktische gesellschaftliche Funktion: Indem Singer die Tötung behinderter Menschen unter bestimmten Voraussetzungen für moralisch gerechtfertigt erklärt, hierfür Handlungsanweisungen bietet, liefert er die ethische Grundlage, auf der Auslese- und Vernichtungspolitik öffentlich Akzeptanz gewinnen. Die Vorstufen zu einer derartigen Politik sind bereits bundesdeutsche Normalität: –

Die Verabschiedung eines Bundesgesetzes, das in bestimmten Fällen die unfreiwillige, also Zwangssterilisation geistigbehinderter Menschen legalisiert, steht kurz bevor. –

Die humangenetische Beratung und die vorgeburtliche Selektion behinderter Feten wird von MedizinerInnen und JuristInnen als 'verantwortungsvolle Schwangerschaftsvorsorge' proklamiert. Wer sich dem neuen Postulat der »freiwilligen Eugenik« entzieht, wird zunehmend diskriminiert. –

Die Ermordung alter und behinderter Menschen wird nicht selten praktiziert. Wurden diese Fälle noch unter Überschriften wie: »Skandal im Krankenhaus« publiziert, so gewinnen doch diejenigen Stimmen an Bedeutung, die dafür wohlwollendes Verständnis aufbringen. Hier wird durch gezieltes Vorenthalten geeigneter Lebens- und Entwicklungsbedingungen mit Hilfe von Kosten-Nutzen-Vergleichen die »Euthanasie« als humane »Lösung« legitimiert. –

Die Weichen in der Gesundheits- und Sozialpolitik sind auf »Pflicht zur Gesundheit« und »wachsende Leistungsbereitschaft« gestellt. Immer größere Bevölkerungsteile werden von sozialen Leistungen abgeschnitten und ins gesellschaftliche Abseits gedrängt. Das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gerät zum Privileg derer, die den Qualifikations- und Qualitätsanforderungen der neuen technologischen (Re)-Produktionsverhältnisse genügen.

Die Störungen und Sprengungen von Veranstaltungen, in denen Singers Thesen im »wissenschaftlichen Rahmen« diskutiert werden sollten, stellen den Versuch dar, der Anpassung der herrschenden Moral an diese Brutalisierung der Lebensverhältnisse Einhalt zu gebieten. An den Störungen beteilig(t)en sich oftmals Behinderte, die von Singers Ethik (potentiell) betroffen sind und die ihre Menschenwürde verteidig(t)en. Wenn die Westberliner PhilosophInnen hierauf

erklären, »daß es fatal ist, Probleme zu verdrängen und deren Diskussion durch Gewalt zu verhindern«, dann verkehren sie die (Gewalt)-Verhältnisse.

Die »argumentative Toleranz«, die die PhilosophInnen gegenüber Singers Thesen einfordern, ist die gleiche, die eine Diskussion über die These von der »Überlegenheit einer arischen Rasse« erlaubt. In beiden Fällen aber muß der zugrundeliegende Wille, Menschen als ungleichwertig erkennen zu wollen, bekämpft werden.

Abgestumpft durch die Routine der akademischen Auseinandersetzung, sind die Westberliner PhilosophInnen offenbar nicht mehr in der Lage, die Grenze zu erkennen, jenseits der Toleranz repressiv wird. Ethik, die existenzbedrohend diskriminiert, die tödlich wirkende Vorurteile aktiviert und sich dem Zeitgeist anpaßt, ist eben nicht nur Gegenstand des gepflegten wissenschaftlichen Diskurses. EthikerInnen, die den Anspruch haben, ihre Theorie praktisch werden zu lassen, dürfen sich nicht wundern, wenn der drohenden bedrohlichen Praxis Widerstand entgegengesetzt wird.

Es darf nicht wieder diskutiert und definiert werden, wer aufgrund welcher Merkmale und Eigenschaften Mitglied der menschlichen Gesellschaft ist, sondern es müssen alle gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Mittel so eingesetzt werden, daß jeder Mensch unter optimalen Lebens- und Entwicklungsbedingungen leben kann. Das Lebensrecht behinderter Menschen ist nicht diskutierbar. Diskutiert aber werden muß, warum Selektionsprinzipien wieder gesucht und gefunden werden; warum tödliche Ethiken wieder Konjunktur haben. Diskutiert werden muß auch, warum so vielen WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen das Prinzip von der »Gleichheit aller Menschen in ihrer Differenz« abhanden gekommen ist.

UnterzeichnerInnen:

Organisationen. Rhein/Main-Ratten gegen Gen- und Repro-Unsinn; Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Darmstadt; Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie im FFGZ Frankfurt; Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Mainz- Gemischte Gruppe gegen Gen- und Reproduktionstechnologie Rhein/Main; Bundesweites Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen; AK Sozialpolitik Wiesbaden; Autonomes Frauenplenum, Wiesbaden; feministische Anti-Fa. Wiesbaden; Cafe Klatsch-Kollektiv, Wiesbaden; O.B.S.T. Offenbacher Behinderten-Selbsthilfe-Treff für Behinderte und Nichtbehinderte; Aktionsgruppe Behinderter in Kassel; Interessengemeinschaft behinderter StudentInnen, GH Kassel; ABeR, Autonomes Behindertenreferat der GH Kassel- Die GhettoknackerInnen, Essen; Die Entfesselten, Darmstädter Initiative für selbstbestimmtes Leben Behinderter; Asta Referat Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik, Marburg; Autonom Leben, Hamburg; Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg; Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg; KilleralGen, Westberlin; Die GENervten, Westberlin; Genarchiv, Essen; Frauen gegen den §218, Bundesweite Koordination; IWF-Gruppe, Münster; DeLSl, Münster; Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechniken, Oldenburg; Zentrum für selbstbestimmtes Leben, Köln; Asta der Uni Frankfurt; Fachschaft Kritisches Arbeitsforum Pädagogik, Frankfurt; Fachgruppe Sonderpädagogik, Frankfurt; Vollversammlung der Sonderschul- und Heilpädagogen der Uni Frankfurt; §218-Gruppe, Münster; KRIM (Krüppelinitiative Marburg); StudentInnen des Studienganges Behindertenpädagogik an der Uni Bremen- LAG »Eltern gegen Aussonderung«, Bremen; Selbstbestimmt Leben e.V., Bremen; Bremer Frauenkrüppel-Gruppe; MitarbeiterInnen der »Individuellen Schwerbehindertenbetreuung« des DPWV Bremen; Hamburger Institut für Sozialgeschichte; Redaktion »1999« – Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. Jhds., Hamburg; AG Bevölkerungspolitik an der Uni Oldenburg; AK »Keinen Fußbreit den FaschistInnen«, Uni Oldenburg; Links und unbelehrbar, Uni Oldenburg; Fachschaft Sonderpädagogik, Uni Oldenburg; Fachbereichsinitiative des Fachbereichs Biologie, Frankfurt; Archiv für Sozialpolitik e.V., Frankfurt- Feministisches Frauengesundheitszentrum e.V., Berlin; FINRRAGE (Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic and Engineering), Regionalgruppe Berlin; Ermittlungsausschuß Westberlin; Eltern für Integration e.V. Berlin; Ambulante Dienste e.V., Westberlin; Krüppelfrauenstammtisch gegen Gen- und Reproduktionstechnologien und Eugenik, Westberlin; Selbsthilfegruppe der Querschnittsgelähmten, Westberlin; Fuchs-Brucker-Filmproduktion, Westberlin; AL Behindertenbereich, Westberlin; Lebenshilfe für geistig Behinderte, Bremen e.V., Vorstand- Fachschaft Psychologie der Uni München; Arbeitskreis lesbische Ethik, München

Personen. Hermann L. Gremliza (Konkret, Herausgeber, Hamburg); Hannelore Heinrichs (Konkret, Red., Hamburg); Oliver Tolmein (Konkret Red. Hamburg); Wolfgang Schneider (Konkret Red. Hamburg), Dr. Dorothee Gremliza (Verlegerin, Hamburg); Theresia Degener (Frankfurt, Juristin)- Gisela Hermes (Kassel, Aktionsgruppe Behinderter in Kassel, AKB); Maria Auer (AKB, Kassel); Bettina Schneider (Kassel, AKB); Birgit Schopmans (Kassel, AKB), Jörg Fretter (Kassel, AKB)- Prof. Dr. Ursula Pixa-Kettner (Uni Bremen)- R. und S. Albrecht (Eltern eines behinderten Kindes, Bremen); Dr. Andreas Jürgens, (Richter, Kassel); Ingrid Overrath (Richterin, Frankfurt); Detlef zum Winkel (Journalist, Ffm); Franz-Josef Degenhardt (Liedermacher, Quickborn); Gusti Steiner (Sozialarbeiter, Dortmund); Birgit Rothenberg (Dipl.Päd.,Dortmund); Udo Sierck (Freier Autor, Hamburg); Nati Radtke (Auton. Leben Hamburg); Prof. Dr. Klaus Dörner (leitender Arzt, WK Gütersloh); Marianne Christel (Biologin, Westberlin); Prof. Helga Deppe-Wolfinger (Uni Frankfurt); Wilma Kobusch (Essen); Prof. Dr. Julius Schoeps (Uni Duisburg); Prof. Rest (Professur für Erz.wiss.schaft, Soz.phil. und Sozialethik, FH Dortmund)- Dr. Peter Rödler (Dozent, Uni Frankfurt); Prof. Barbara Rohr (Uni Bremen); Prof. Georg

Feuser (Uni Bremen); Prof. Eberhard Beck (FH, Frankfurt); Prof. Fritz Barabas (FH, Frankfurt)- Prof. Bernd Kirchlechner (FH, Frankfurt); Prof. Michael Erler (FH, Frankfurt); Dr. Karin Windaus-Balser (FH, Frankfurt); Prof. Ursula Straumann (FH, Frankfurt); Anita Schneider (Ärztin, Kelkheim); Werner Neumann (Physiker, Kelkheim); Karin Otto (Chemotechnikerin, Kelkheim); Sabine Karrer (Dipl-Päd., Frankfurt); Anna Mesche (Buchhändlerin, Kronberg); Kai KrahnenMaltz (Freier Journalist, Frankfurt); Dr. Angela Vogel (Publizistirh Frankfurt); Claudia Burgsmüller (RAin, z.Zt. FH Wiesbaden); Katharina Körner (Frauenhausmitarbeiterin, Berlin); Johanna Pütz (Pädagogin, HdK Berlin); Prof. Georg Fülberth (Uni Marburg); Ulrike Gottschalk-Porst (Autorin, Berlin); Eckhard Porst (Philosoph, Berlin); Lothar Sandfort (Randschau, Zeitschrift für Behindertenpolitik); Ingrid Schölzel-Dingeldein (Integratives Kinderhaus, Kelkheim); Erich Ehmes (Redakteur, Hanau); Jutta Rütter (Dipl. Päd., Marburg)- Friedrich Albrecht (Dipl.Päd., Frankfurt); Barbara Thomino (Dipl.Psych., Westberlin); Margot Krischok (Sozialarbeiterin, Westberlin); Andrea Plumpe, (Interessengemeinschaft behinderter Studentlnnen an der Uni Ffm); Jesko Barabas, Ute Kastner (Behindertenreferat, Uni Frankfurt); Klaus Ripken (Geschäftsführer der Lebenshilfe, Bremerhaven); Annedore Stein (Sozialpädagogin, Bremen); Lisa Degener (Ärztin, Altenberge), Prof. Dr. Marianne Gronemeyer (FH Wiesbaden)

konkret 03/90, S. 58

Ronald M. Schernikau

»Das Konkrete ist natürlich böh«

Nachdem endlich alle alles sagen dürfen, wird jetzt auch über das beliebte Länderwechseln gesprochen. Ronald M. Schernikau, Schriftsteller, geboren 1960 in Magdeburg, war zuerst DDR-Bürger, dann BRD-Bürger, dann Westberliner, und ist jetzt wieder DDR-Bürger. Schweres Schicksal oder Curiosité?. Das Gespräch, das Thomas Blume, Redakteur der DDR-Zeitschrift »Temperamente«, am 18. Januar mit Schernikau führte, verlief in heiterstem Tone

Blume: *Ich weiß, daß du 66 mit deiner Familie in die BRD gekommen bist...*

Schernikau: Du bist ja wahnsinnig gut informiert...

Danke – , ab80 in Westberlin warst und 86 als BRD-Bürger. ..

Als Westberliner, ja...

Das ist ja vom Paß her kein Unterschied.

Doch.

Oh. Also seit 86 hast du in Leipzig studiert, am Literaturinstitut, drei Jahre, warst also 89 fertig. Und bist dann nach Westberlin gefahren, um deine Sachen zu holen und in die DDR überzusiedeln.

Ganz genau so.

Ja. Und warum nun?

Warum?

Ja. Ich verstehe es nicht. Wie bist du überhaupt zu der Ausbildung in Leipzig gekommen? Ich vermute, das ist über irgendwelche Institutionen gelaufen, also DKP oder so. Daß die dich delegiert haben.

Es gibt in Westberlin keine DKP. Aber es gibt die Partei, inzwischen muß man wohl sagen, es gab sie, die Sozialistische Einheitspartei Westberlins. Und der Witz war, die Partei wollte mich nicht delegieren. Wir hatten ja unsern Horst Schmitt, unsern Parteivorsitzenden, und da es so viele Schriftsteller in Westberlin nicht gab, die in der Partei waren, nämlich streng gesprochen drei Stück, kannte man also den Horst persönlich – und der sagte immer: Weißte Ronald, wenn du mal Schriftsteller werden willst, denn mußte immer gut lernen und det schaffst du schon, aber weißte, son Studium, da soll ja denn auch politisch was für uns rauskommen, und det können wir nich befürworten, ja. – Und da mußte ich dann immer selber Briefe schreiben, und Max Walter Schulz hat mir dann sehr freundlich geantwortet, der damalige Direktor des Literaturinstituts, daß es eben völkerrechtlich so ist, ich bin Ausländer, und mit dem Staat, in dem ich lebe, gibt es keinerlei Abkommen über Studentenaustausch, und es ist gar nicht seine Kompetenz, das zu entscheiden. Und sicher sei das für mich als Kommunist schmerzlich, das einzusehen, aber es sei nun mal leider so. – Und im Mai 86 wurde plötzlich das Kulturabkommen zwischen der DDR und der BRD und Westberlin unterzeichnet, und dann bin ich sofort wieder hin zu allen, und im September 86 habe ich angefangen zu studieren.

Warum wolltest du denn unbedingt nach Leipzig?

Also es gibt drei solche Institute auf der Welt, in Leipzig, Moskau und Ho Chi Minh Stadt. Und mir erschien Leipzig dann doch das nächste.

Dein aktuelles Ziel war also, Schriftsteller zu werden, und du meintest, dazu muß man unbedingt an einem solchen Institut studieren.

Ja, ich war ja längst ein weltberühmter Schriftsteller.

Ach so, ja.

Ich hab ja, als ich neunzehn war, diese überaus erfolgreiche Kleinstadtnovelle veröffentlicht. Also mir gings, um ganz ehrlich zu sein, nicht so sehr um das Studium. Es ging um die DDR.

Also um die drei Jahre, die ja auch gut bezahlt wurden.

Es war nicht das Bezahltwerden. Ich habe in Westberlin nicht schlecht gelebt. Ich habe in einem Loch gelebt, in einem unbeheizbaren dunklen Loch, heute noch haben all meine Bücher so Wasserflecken aus dieser Zeit, alles war feucht, aber es war entsprechend billig, und ich hatte eine Lohnarbeit, die mir wenig Mühe gemacht hat. Ich habe die letzten zweieinhalb Jahre vor Leipzig als Gouvernante gelebt, habe zwei kleine Kinder betreut. Man führt dann das Leben einer Hausfrau, kennt die anderen Mütter auf dem Spielplatz. So. Und wenn mal Streß war, habe ich immer vor mich hin gesagt: zehn Mark die Stunde, zehn Mark die Stunde. Ich kam von der Arbeit, trank einen großen Kaffee und hatte den Kopf frei für den Schreibtisch. Zwei sehr liebe Kinder übrigens, obwohl ich Kinder hasse, aber die beiden hab ich wirklich lieb gehabt. – Ich konnte mir natürlich, und das hatte ich mit dem Großteil der Menschheit gemeinsam, unter diesem Studium

in Leipzig gar nichts vorstellen. Ich hatte nur große Ehrfurcht vor dem Institut – sowas legt sich ja dann wieder – , und wußte halt, daß Sarah Kirsch da gewesen war. Das war schon fast das einzige, was ich wußte. Und ich bereue es keine Sekunde, das gemacht zu haben. Man macht sich nicht tot an dem Institut, man hat zwei, manchmal drei Doppelstunden am Tag, das ist auszuhalten. Und warum soll man sich nicht drei Jahre lang jeden Monat sechshundert Mark damit verdienen, daß man, was weiß ich, alle Vierteljahre mal einen Text vorlegt. Also det is wirklich nicht so schlimm. – Die Mitstudenten in Leipzig hatten auch mal son Punkt, wo sie in Versammlungen gesagt haben: Wir lernen hier ja gar 4icht schreiben, sondern der Philosophieunterricht ist so öde, man kriegt alles andere als Lust auf Philosophie, und der Ästhetikdozent ist inkompetent und dumm, und die sogenannten schöpferischen Seminare mögen alles sein, aber nicht schöpfensch – und natürlich hatten sie recht. Aber ich glaube, das ist gar nicht das, was das Institut meint. Das Institut meint eine grundsätzliche Möglichkeit, das hat es übrigens mit dem Sozialismus gemeinsam. Das Konkrete ist natürlich böh. Aber es ist immerhin die Idee, daß man etwas vermitteln könnte, Wissen und Erfahrung. Diese Idee, im Falle des Instituts ist sie theoretisch natürlich unhaltbar, weil, man lernt schreiben nicht durch verbale Mitteilung, das ist nicht die Sorte Lernen, die da geht. Aber das macht ja nischt. Die soziale Auswirkung dieser falschen Theorie ist, daß Leute für drei Jahre aus dem Beruf rausgenommen werden und sehen können, ob sie schreiben werden. Achtzig Prozent beantworten diese Frage dann mit Nein, und zwanzig Prozent mit Ja. Ist doch wunderbar.

Na gut. Du hast dann also nicht mehr nur die Idee erlebt, sondern auch das Konkrete, wie das wirklich passiert hier. Und das hat dich nicht abgeschreckt? Warum nicht? Was war das? Vielleicht war es eine furchtbare Naivität. Vielleicht war es die Sehnsucht nach dem Stalinismus.

Ich finde deine Interpretation sehr einsichtig. Ich verstehe deinen Gedankengang.

Und du willst dich nicht verteidigen?

Nö, da gibts doch nichts zu verteidigen.

Na, wie war es denn für dich? Warum bist du hergekommen?

Ich wollte gerne.

Warum?

Ich finds hier prima

Wat findstn hier prima?

Och, du bist so nett, und andere Leute sind auch irgendwie ganz nett. Natürlich nicht so nett wie du, aber immerhin.

Da drüben gibts doch auch sehr viele nette Leute.

Das stimmt. Das ist sehr wichtig. Am 1.9.89 hab ich meine Westberliner Papiere abgegeben und bin seitdem DDR-Bürger. Und natürlich, das darf man nicht verschweigen, habe ich Freunde in Westberlin. Die sind natürlich auch am nächsten Wochenende bei mir auf der Matte gestanden und haben mich besucht, und da war auch sicher ein Moment von Traurigkeit dabei, daß ich nun nicht mehr mit denen in derselben Stadt wohne. Aber ich denke, nach solchen konkreten Sachen kann man nicht gehen. Man kann zum Beispiel nicht danach gehen, ob man an dem Ort, an dem man leben will, ein Buch veröffentlichen kann. Am 1.9.89 dachte ich nicht, daß ich in den nächsten zwanzig Jahren in der DDR ein Buch veröffentlichen kann. Und ob ich einem DDR-Buch jetzt näher gekommen bin, das wage ich doch sehr zu bezweifeln. Aber danach kann man nicht sein Leben richten. Man muß sein Leben danach richten, was man selber tun will. Und ich will schreiben, und ich denke, die DDR, ob sie will oder nicht – ganz wichtiger Punkt!: ob sie will oder nicht – , die DDR bringt die besseren Schriftsteller hervor. Und in diesem Ruhm möchte ich mich auch sonnen.

Die Egozentrik.

Die man für diesen Beruf braucht.

Und nun bist du enttäuscht, weil sich hier doch einiges geändert hat.

Ja, diese blöde Freiheit, und diese quatschige Demokratie, furchtbar. Alle plappern sie jetzt durcheinander, und alle freuen sie sich, wenn sie sagen dürfen, Honecker ist doof. Na ja.

In deinem Buch steht, du hättest täglich versucht, in Westberlin den Kommunismus einzuführen. Und das ist ja nun gescheitert. Oder gestehst du das nicht ein?

Ach, es gibt ja doch Kriterien der objektiven Wahrnehmung von Welt, und wir kommen wohl nicht daran vorbei, daß wir nach diesen Kriterien in Westberlin keinen Kommunismus haben. Ich bin also doch offenbar gescheitert. Es scheint so zu sein.

Und dieses Scheitern ist der Anlaß gewesen, hierher zu kommen? Weil du dich der Aufgabe nicht zu stellen brauchtest?

Ja, das ist wichtig! Nicht so sehr das Scheitern, also Scheitern, mein Gott, es ist immer die Frage, was ist Scheitern, gibt es überhaupt ein Nicht-Scheitern. .. In die DDR zu gehen, das ist der Versuch, sich die Welt auszusuchen. Ich hatte zum Westen keine Lust.

Also Bequemlichkeit

Ja, jeder macht es sich so bequem wie möglich.

Wo bleibt denn da der Anspruch? Wenn du dort den Kommunismus einführen wolltest, dann ist das doch ein Anspruch, was zu verändern.

Ah, du denkst, die lohnendste Aufgabe ist die, die keine Aussicht auf Erfolg hat! Das glaube ich nicht.

Welche Aufgabe hast du hier?

Den Kommunismus einführen, natürlich.

Aha. – Die Leute, die aus der DDR in die BRD gegangen sind, die werden in deinem Buch, »Die Tage in L.«, eingeordnet unter dem Stichwort: Das Selbstmitleid Ist das nicht sehr überheblich? Wegzulassen, wie sehr die sich sicherlich mit dieser Entscheidung gequält haben. ..

Entschuldige, daß ich dich unterbreche, aber an dieser Stelle muß ich darauf bestehen, daß ich das schon weiß.

Das habe ich nicht gelesen.

Das hast du nicht aus meinem Buch rausgelesen?

Nein.

Das erstaunt mich.

Zum Beispiel Erfahrungen von Leuten, die vorher im Knast waren.

Ja, da muß ich passen. Das kenne ich nicht. Ich rede natürlich von Künstlern. Ich gründe ja in diesem Buch die Ästhetik des Name-Dropping, ich rede also ausschließlich von Leuten, die man kennt. Einfach, weil Leute, die man kennt, die müssen ja irgendetwas haben, warum man sie kennt, es ist etwas an ihnen dran, etwas Beispielhaftes, etwas Gültiges. Und das versuche ich rauszukriegen, indem ich ihren Namen nenne und versuche, einen winzigen Aspekt ihrer Geschichte zu erzählen. Ich habe Sarah Kirsch in meinem Leben nie persönlich getroffen, leider, und auch Nina Hagen nicht und auch Michail Gorbatschow nicht. Ich hoffe sehr, daß rauskommt, daß ich doch um den Schmerz weiß. Und zu dem Wort Selbstmitleid: Das bin natürlich ich selber. Ich rede immer nur von mir. Diese dreihundert Namen da hinten im Register, das bin ja alles ich, ich bin natürlich Lenin, und ich bin Erich Honecker, und Jutta Lampe bin ich sowieso. Das Selbstmitleid der Dissidenten ist mein eigenes. Und dagegen arbeite ich. Das ist mein Beruf.

Wogegen bist du weggegangen? Was ist die BRD für dich 7

Die BRD ist, und daran führt kein Weg vorbei, verrückter, unterhaltsamer, ungewöhnlicher als die DDR. Sie macht eine bestimmte Sorte Spaß. Es ist eine andere Sorte Spaß, die man hier hat. Ich weiß noch, vor Jahren las ich eine Rezension im »Sonntag« zu Bunbury im Deutschen Theater, in den Kammerspielen, ein völliger Verriß: Was soll uns dieses intellektualistische Geschwätz. Da wußte ich, da muß ich reingehen. Und ich hatte das große Glück, das Stück nicht zu kennen und also in dieser Inszenierung von Klaus Piontek erst kennenzulernen. Das war einer der schönsten Theaterabende meines Lebens. Es war so wunderbar. Es war eine Ahnung davon, daß die DDR verrückt sein könnte. Die Schauspieler mit ihren ungeheuren Mitteln, die die nun mal alle so haben, also Ulrich Mühe und Simone von Zglinicki und Käthe Reichel und Gudrun Ritter und Katrin Klein und Michael Gwisdek, und die alle spielten Verrücktsein. Die alle spielten, was sie sich vorstellen unter souveränen, englischen, abgefahrenen Typen. Und sie waren natürlich viel souveräner und viel englischer als jeder Engländer. Weil sie DDR-Leute waren. Das Problem der DDR ist, sie weiß oft gar nicht, wie schön und verrückt sie sein könnte. Und natürlich kann Kunst mehr als das Leben, deshalb ist das Leben ja so öde, aber die da auf dieser Bühne, die konnten das diesen einen Abend lang. Und von dieser Mitteilung zehre ich heute noch. – Westkunst kann etwas ganz bestimmtes. Wir alle lieben Peter Hacks, aber Oscar Wilde, dem sind bestimmte Witze doch mehr im Blut. Der hat einfach ne andere Haltung, weil der verlorene Posten, auf dem der stand mit seiner Klasse, einen Todesmut erfordert hat, der seine ganz eigene Faszination erzeugt. Also die Abendröte, die ist klasse, die gibts halt in der DDR nicht. Und ich dachte mir nun, Abendröte hin und her: Morgenröte, vielleicht gibt es sie ja doch. Na ja, geschnitten. Jetzt haben wir hier wieder ne Abendröte. Also auch schwierig. Man kann sich irren.

Was ist mit der BRD?

Ich kann das nur über Geschichten erzählen. Ich will nicht argumentieren, das ist immer ein Problem von mir.

Aber du hast keine BRD-Geschichte erzählt jetzt.

Doch. Das hast du nur nicht gemerkt. Ich erzähl noch ne Geschichte. Weißt du, wenn ich hier anfange zu argumentieren,

dann muß ich so Sachen aus dem Lehrbuch für Wissenschaftlichen Kommunismus erzählen, das mag ich nicht.

Ich auch nicht.

Also. Ich habe Freunde, die machen eine Theatergruppe, die heißt Ladies Neid. Diese Leute treten auf, können damit natürlich kein Geld verdienen und machen Shows, also nehmen sich irgendwelche deutschen Schlager, und dann singen sie die – sie können gar nicht singen – , und dann treten sie auf mit irgendwelchen Perücken und machen so ganz alberne Zwischentexte, und dann spielt das zuerst auf einem Polizeirevier, es hat auch kaum Handlung, und der zweite Teil spielt dann in Ägypten, und dann machen sie sich aus Pappe so Pyramiden, die immer umfallen, also es ist schon arg abgedreht. So. Und das ist, in seiner Art eben, ein gültiger Ausdruck der Zeit. Es ist die Avantgarde. Es läßt sich mit Kriterien politischer Kunstanschauung kaum fassen – ich sage nicht: gar nicht fassen, aber kaum. Man kommt, wenn man das sieht, mit herkömmlichen Kunsttheorien nicht weiter, zumal, wenn sie den Anspruch haben, den Sozialismus zu befördern. Die Texte sind albern, die vorgefundenen Texte in den Schlagern sind sowieso albern, und es ist radikalere Kunst, weit radikalere Kunst als Heinrich Böll. Diese Form der Distanzierung vom vorgefundenen Material – das vorgefundene Material kann die Welt sein, das kann dieser Schlager sein, das kann die Kunstform Revue sein, das kann überhaupt die Form Theater sein, das Auf-eine-Bühne-gehn-und-etwas-sagen, schon das ist für diese Leute eigentlich nicht annehmbar. In dem Moment, wo sie die Bühne betreten, ist das schon Persiflage. Es ist das eine ganz gültige, richtige, sehr sehr komische Form und auf seine ganz merkwürdige Weise vollkommen politisch. Es ist mir, wie du merkst, ganz nahe. Also Witze reißen und die Welt meinen. Und es ist ein Endprodukt. Es ist ein Produkt, ohne daß das irgendwie ausgesprochen wird, das sagt: Das, was wir bisher hatten an Theater, an Kunst, an Wörtern, mit denen man sich möglicherweise ausdrücken konnte, das gibt es alles nicht mehr. Trotzdem haben wir aber ein Amüsement! Und das ist eine ungeheure Stärke. So wie, auf eine ganz andere Art, die Schaubühne natürlich eine Stärke ist, eine Stärke dieser Welt dort. Mein Problem war, ich wollte das nicht machen. Ich hätte, wenn ich mir große Mühe gegeben hätte, irgendsolche Kunst dort mit machen können. Das Problem war, ich wollte nicht.

Hinter deinem Buch steht, glaube ich, ein ganz bestimmtes Gedankengebäude. Du hast ganz offenbar den Anspruch, aus irgendeiner Meinung von der Welt heraus andern Leuten sagen zu können, wie die Welt ist.

Ja, das tut Kunst immer. Daß Kunst das nicht täte, ist eine Illusion. Kunst ist eine Information über die Welt. die Frage ist, welche. Aber natürlich gibt Beckett genauso eine Information über die Welt wie Brecht.

Aber es gibt doch einen Unterschied! Den Unterschied zwischen den Schlagerparodien und Brecht! Das Ziel der Schlagerparodien ist es vielleicht, ein Vergnügen zu bereiten, während bei Brecht der Anspruch besteht, die Leute auf die Barrikade zu treiben.

Nee, tut mir leid. Nein! Auf keinen Fall hat Ladies Neid das Ziel, den Menschen Vergnügen zu bereiten. Es möchte, daß diese Menschen tot umfallen. Oder es möchte, daß das Publikum mit Eiern wirft. Nein! Und ich glaube auch nicht, daß Brecht wollte, daß die Leute aus dem Theatersaal gehen und dort ne Barrikade bauen. Das sind alles Unterstellungen.

Na gut. Versuchen wir es mit der DDR. Was dich gereizt hat, war also deine ganz persönliche Art, dann hier leben zu können. Relativ unbeschwert, und schreiben zu können.

Das ist auch eine Unterstellung. Ich konnte im Westen sehr gut leben, das muß man wirklich immer dazusagen. Ich konnte auch im Westen so leben, wie ich es wollte, weil ich derjenige bin, der dieses Leben führt, und es also so aussieht, wie ich es will. Ich hatte kein Problem mit dem Westen.

Was reizt dich denn an der DDR?

Es ist wirklich ein ganz egoistischer Grund: In der DDR werden die besseren Bücher geschrieben. Und natürlich mache ich den idealistischen Umkehrschluß: Wenn man in der DDR lebt, schreibt man die besseren Bücher. Das ist logisch nicht haltbar.

Und das hast du so als Entscheidung gedacht, oder...

Natürlich.

Oder ist das jetzt deine nachträgliche Reflexion darauf ?

Ja, das kann unsereins ja nicht trennen. Weil, wir sind ja Leute, die immer im Bett liegen und denken. Das geht ja dann so Hand in Hand, Reflexion und Tat.

Also ist die DDR für dich auch homogen.

Jaja, sehr homogen, ungeheuer homogen, jaja.

Vielleicht hätten wir uns von vornherein für ein Nonsensinterview entscheiden sollen.

Neinnein, ich finde das sehr gut, wie du das machst, ganz hervorragend.

Ich bin noch SED/PDS-Mitglied, und für mich war die Mitgliedschaft in der Partei immer mit einem Trotzdem verbunden. Gerade weil das die Struktur war, die die Macht ausübt. Für mich war immer ein Denkmodell, daß es im Dritten Reich nicht anders war. Dort hätte auch jeder sagen können: Es gibt ne bestimmte politische Struktur bei uns, und wenn ich in diesem Staat was verändern will, dann muß ich das in dieser Partei tun. Wie siehst du das? War das kein Problem für dich bei der Entscheidung, in die DDR zu kommen?

Ich halte die Parallelisierung der DDR mit dem Dritten Reich für reaktionär und geschmacklos.

Ich habe meine Situation als Modell gedacht.

Ich weiß schon. Als Modell für die Welt. Du meinst auch gar nicht den Faschismus.

Eine Welt, wo eine politische Kraft sämtliche Entscheidung in ihre Struktur hineinverlegt.

Ja, und das hat diese Welt hier mit der ganzen Welt gemeinsam. Das ist im Kapitalismus, zumal im späten, nicht anders. Du mußt dich entscheiden. Ich habe zur Welt ein ganz und gar nicht-moralisches Verhältnis. Ich habe nicht das Problem mit dem Imperialismus, daß da Kinder verhungern. Das ist natürlich schrecklich, daß da Kinder verhungern, aber mein Problem ist, daß meine Kunst schlechter war, als sie hätte sein können. Deine Frage ist: Wie verhält man sich zur Welt? Und ich glaube, du unterschätzt das Maß an Zustimmung, das man einem Ding entgegenbringen muß, um sich überhaupt mit ihm zu beschäftigen. Peter Handke und Botho Strauß strahlen eine Zufriedenheit aus, die ist widerlich. Einfach, weil sie gekauft sind. Zu einem sicher angemessenen Preis, aber sie sind gekauft. Sie sind, und jetzt werde ich mal moralisch, gekauft mit dem Blut der Schwarzen. Die dafür schuften, daß es Peter Handke und Botho Strauß so furchtbar schlecht geht, daß sie andauernd schlechte Bücher schreiben müssen. Weil natürlich geht es ihnen in diesen Büchern immer furchtbar schlecht, also textoffiziell. Das ist aber nur eine Kaschierung dafür, daß es ihnen glänzend geht und daß sie das auch ganz genau wissen. Die sind nämlich sehr zufrieden in ihrem Unglück. – Mich hat an der DDR-Literatur immer fasziniert das Maß an Unruhe. Also daß da überhaupt was war, über das man meckern konnte, zeigte mir, daß die Leute noch nicht völlig verblödet sind. Das kann man auch Utopie nennen. Offenbar ist da was in der DDR, das die Leute dazu bringt, ich rede von den Künstlern, Bewegung überhaupt wahrzunehmen. Das ist für jemanden, der aus dem Westen kommt, schon vollkommen ungewöhnlich. Alles Bewegt Sich!, das ist im Westen eine revolutionäre These. Weil, im Westen lebt man in dem Gefühl: Nichts bewegt sich. Der Endzustand ist erreicht. Und wenn sich was bewegt, dann zum Schlechtern. – Nun sagen mir natürlich die Kinder hier: Det is bei uns ooch so. Und das leugne ich.

Wenn du in diesen globalen Zusammenhängen denkst, dann lebt die DDR doch zusammen mit der BRD und wahrscheinlich allen europäischen Ländern auf Kosten der Dritten Welt.

Das ist das Problem. Die Grenzen sind geöffnet, das heißt, die DDR wird Mitglied der Räuberbande.

Bei dieser globalen Weltsicht, ist es da nicht gleichgültig, wo du dich engagierst, wo du als Schriftsteller lebst? Ist es nicht so, daß du diese Widersprüche im Westen sogar noch viel exemplarischer erleben kannst, auch im täglichen Leben?

Da du mich mit aller Macht zwingst, ernst zu reden – ich hasse es, ernst zu reden... Ich merke, wie billig und abgedroschen die Probleme hier werden, seit Honecker gestürzt wurde. Niemand nimmt mehr ein Blatt vor den Mund – wichtige Fähigkeit – , alle Faschisten dürfen sagen, daß sie Faschisten sind. Man kann sagen, das fördert die Ehrlichkeit, man kann denselben Sachverhalt aber auch mit den Worten ausdrücken, es fördert die Blödheit. Ich kann dir einen Terminplan geben, wann welche Probleme hier auftauchen werden in der DDR. Und jetzt schon, nach diesen wenigen Monaten, öden sie mich an. Ich kenne das. Wir kannten es natürlich alle schon. Also die Schwulen, zu denen ich nun gehöre und wo ich die Probleme ein bissel aufmerksamer ankucke, sie haben natürlich diesen Terminplan auch eingehalten . Natürlich haben sie irgendwann angefangen, Schwulengruppen zu gründen, natürlich haben sie irgendwann angefangen, in die Öffentlichkeit zu gehen, natürlich ist die Struktur der Argumentation der Schwulen gleich – alles ein bißchen zeitversetzt, aber vollkommen gleich. Ich liebe die Schwulen, aber ihre Problem öden mich an. Es sind die Probleme der Welt, und ich weiß ja, daß es richtig ist, sie zu lösen, und immer wieder neu, und dann muß man die alten Wahrheiten nochmal sagen, und dann nochmal, und ein drittes Mal auch noch – es ödet mich an. Ich rede so ungern darüber, weil das natürlich heikel ist zu sagen: Das Leben der Leute erscheint mir bekannt, nicht neu, sehr viel weniger einzigartig, als die Betroffenen das selber glauben. Das ist heikel. Diese Behauptung ist auch kaum literaturfähig. Literatur besteht in der Überwindung dieser Behauptung. Übrigens ein Grund, warum Politik kaum literaturfähig ist. Politik ist langweilig. Der Satz, die Revolution muß kommen, ist kaum literaturfähig. Auch, weil jeder weiß, daß er stimmt. Man kann Literatur nicht über ein Thema machen, das unumstritten ist. Jeder im Westen weiß, daß eine Revolution kommen muß. – Also ich spreche ungern darüber, und ich habe ungern die Probleme, die ich schon vor zehn Jahren hatte. Die Welt wiederholt sich. Das ist bedauerlich.

Ja.

Jetzt bist du dran mit Witze machen

Nee, bei solchen Dingen nicht.

Schade.

Vielleicht liegt in der Wiederholung die Chance.

Du bist Jandl-Fan!

Ich rede von Politik. Mich schmerzt zum Beispiel, daß die Linken sich auf die Vereinigungsdiskussion nur mit so großer Angst einlassen. Wir müßten doch Konzepte entwickeln, daß die Rechten Angst vor dieser Vereinigung kriegen. Kann die Wiederkehr des Immergleichen nicht die Chance sein für den Aufbruch, für die Bewegung? Den Versuch, etwas anders zu machen? Neu?

Ich sehe das genaue Gegenteil. Ich sehe, daß genau dieser Versuch aufgegeben wird. Ich sehe, daß mit dem, was die DDR einbringen könnte – es wird mit jedem Tag weniger – , daß damit der Kapitalismus bloß perfekter gemacht wird. Der Kapitalismus ist ungeheuer stark, welthistorisch gesehen sehr viel stärker, als unsere Klassiker dachten, und die Grünen und alles im Umfeld, die Kulturtheorie, die Schwulen, die Subkulturen, der Großteil der Künste und große Teile der Phantasie, sie alle tragen nur dazu bei, daß der Kapitalismus immer noch besser wird. Und er wird ja wirklich besser. Gerade diese verschissene Wiedervereinigung zeigt, wie blöd das Volk ist. Auch das ist ein sehr heikler Punkt, aber ich habe dich gewarnt: Wenn ich ernst werde, dann werde ich ernst. Na, wenigstens an dieser Stelle lachst du. – Noch am vierten November, auf dieser riesigen Demo, hätte ich meine rechte Hand darauf verwettet, daß es keine einzige Person in der Deutschen Demokratischen Republik gibt, die die Wiedervereinigung will. Du hättest mir meine rechte Hand abhacken können. Ich fürchte, man kann dem Volk alles einreden.

Du siehst dich selber als Marxist und sagst gleichzeitig, das Volk ist blöd. Ist das nicht ein Widerspruch?

Wir alle wollen, daß es allen Menschen besser geht. Ja. Das ist der humanistische Impuls. Der ist ja auch richtig, und man ist ja, auch wenn man es immer behauptet, dann doch kein Monster. Ich muß aber sagen, dieser humanistische Impuls in mir ist schwach entwickelt. Natürlich ist man gegen Stalins Lager, und natürlich sowieso dagegen, daß die Negerkinder verhungern, und man ist dagegen, daß Leute andern Leuten eins in die Fresse hauen, sowas. Aber das versteht sich wirklich von selbst. Das ist nichts, worüber ich Bücher schreiben würde. Weil, das weiß ich ja schon. Ich bin Egoist, und ich glaube, ohne sone gesunde Portion Was-wird-aus-mir kann man keine gute Kunst machen. Und Was-wird-aus-mir, das heißt in meinem Fall: Wie kriege ich aus meinem Leben den besten Text raus. Wie schaffe ich mir eine Lage, in der ich am besten produzieren kann. In dieser Welt, heute, weil ich hab nix anderes zur Verfügung. Ich muß die Welt handhabbar machen. Ich muß mir die Probleme aussuchen, die ich mir mache. Wir alle wollen, daß es allen Menschen möglichst gut geht. Aber ich bin nicht Mutter Teresa.

Und nun bist du dem DDR-Volk böse, daß es dir diese Situation, die du dir ausgesucht hattest, beseitigt hat.

Ja, es war eine konzertierte Aktion gegen den Weltgeist. Aber da ich unsterblich bin, nimmt mir das meinen Historischen Optimismus noch lange nicht.

konkret 03/90, S. 62

Ingrid Strobl

Gefangene Poesie

Ein 1988 in Santiago de Chile erschienener Band mit Gedichten von fünf Frauen, die wegen Widerstands gegen die Pinochet-Diktatur inhaftiert sind, ist jetzt in deutscher Übersetzung erschienen

»Mein erstes Gedicht entsteht mit dem Tod meines Lebensgefährten, es war für mich eine Form, meinen Schmerz auszudrücken. Ich habe dann sporadisch weitergeschrieben. Zur Zeit mache ich es fast täglich; ich glaube, es ist eine Form, zu kommunizieren und die Gefühle der Menschen zu spüren.« – Belinda Zubicueta wurde im April 1986 von der chilenischen Geheimpolizei CNI verhaftet und sieben Tage lang ununterbrochen gefoltert. Sie ist angeklagt, gegen die Antiterrorgesetze verstoßen zu haben, am Tod eines Carabinero mitschuldig zu sein, wegen Waffenbesitzes und Autodiebstahls.

Im Gefängnis erfuhr sie, daß ihr Lebensgefährte und Genosse Roberto Gonzalez bei einem »bewaffneten Zusammenstoß« getötet worden war, ihre beiden Kinder mußten in das Exil gehen. Als der chilenische Schriftsteller Bruno Serrano Belinda Zubicueta und ihren Genossinnen vorschlägt, im Gefängnis eine Literaturwerkstatt aufzubauen, stimmt sie zu.

Das war im September 1987. Ein Jahr später, 1988, erschien in Santiago ein schmaler Band mit Gedichten von fünf gefangenen Frauen, der nun zweisprachig, spanisch und in deutscher Übersetzung, im Verlag Libertäre Assoziation vorliegt. Viel zu dünn ist dieses Bändchen *poesia prisionera* (die Abkürzung pp steht auch für Presas Politicas, politische gefangene Frauen). Viel zu wenig erfährt man von den Frauen selbst, gar nichts über die Organisationen, in denen sie gekämpft haben. Viel mehr von ihren Gedichten möchte man lesen können.

Die Autorinnen treten hauptsächlich als Gefangene auf. Ihre Geschichte als aktive Kämpferinnen wird nur in kargen Daten skizziert. Dafür ist vermutlich den Herausgeberinnen und Herausgebern des Bandes kein Vorwurf zu machen. Vorsicht wegen noch laufender Prozesse mag ein Grund für diese Zurückhaltung sein. Und das Buch zu Zeiten der Diktatur überhaupt zu veröffentlichen, dürfte schwierig genug gewesen sein.

Bruno Serrano erzählt in seinem Nachwort von den Problemen, mit denen sich die »Werkstatt« herumzuschlagen hatte: Der Autor besuchte die Frauen an den offiziellen Besuchstagen im allgemeinen – lärmerfüllten – Besuchsraum. Sie durften weder Stifte noch Papier mitbringen, im Stehen, flüsternd, diskutierten sie über die Gedichte, die die Frauen geschrieben hatten. – Und erregten prompt Verdacht.

Serrano schlägt nach einer gewissen Zeit vor, die Gedichte ganz offiziell über die Zensur zu schicken, um einen Teil der Schwierigkeiten zu vermeiden. Die Frauen zögern: Sie wissen, daß die Zensur keinen Unterschied zwischen Politik und Poesie macht, daß sie also beschlagnahmte Texte nie wiedersehen würden. Sie zögern aber auch noch aus einem wichtigeren Grund: Ihre Texte sind zu persönlich, um sie den Augen der Verfolger auszuliefern. Schließlich, so Serrano, schicken sie ihm die Gedichte, die sie »für die am wenigsten offensiven und persönlichen halten«.

Sandra Trafilaf schrieb das Gedicht »Starre Fotografien«, als sie aus der Zeitung erfuhr, daß zwei ihrer Genossinnen, Elisabeth Escobar und Manuel Valencia, zusammen mit zehn anderen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern ermordet wurden:

Ich blättere in einer Zeitung

zitternd, blutend

und ich begegne deinen Augen

die nicht schauen

Ich sehe ungläubig

daß von ihren Lippen

nicht die vergangenen Lieder erklingen

Der Bleistift verzweifelt

streicht das Wort Tod

und das Gedicht

zerplatzt in tausend Teile

Sandra Trafilaf wurde im Dezember 1984, 19 Jahre alt, nach einem Schußwechsel mit Carabinero-Einheiten verhaftet. Schwer verletzt durch zwei Schüsse wurde sie im Krankenhaus pausenlos von der CNI verhört.

Die Briefe meiner Freunde

flattern umher

aus diesem provisorischen Schreibtisch

Schreie und Stimmen aus der Ferne

vermischen sich mit ihren Worten

verworrene, dunkle Erinnerungen

an mörderische Feuersalven

und trotzdem

durchdringen mich weiterhin Kämpfe

und Siege

Ich bin nicht allein

Dieses »und trotzdem«, ob ausgesprochen oder nicht, klingt in allen Gedichten an: in denen von Sandra Trafilaf und Belinda Zubicueta, in denen von Viviana Herrera, Ana Iris Varas und Elisabeth Rendic. Das »und trotzdem«, das auch in Prosa sagbar wäre, in Briefen, in gesprochenen Worten, begleitet eine Verzweiflung, die sich, wenn überhaupt, nur poetisch ausdrücken läßt. Als Belinda Zubicueta ihre Kinder das letzte Mal sieht, bevor die beiden von Freunden in das Exil gebracht werden, schreibt sie ihnen das Gedicht »Adios«:

Ich suche in der Müdigkeit,

dieser Verzweiflung, irgendeine Freude

aber es ist zwecklos

zwischen Gittern bleibe ich

die Existenz zernagend

den Schmerz eures Abschieds

Nach der ersten Lektüre habe ich mich gefragt, können »die draußen« diese Gedichte überhaupt verstehen? Gefangene leben mit Erfahrungen, die, auch durch genauestes Erklären, Menschen in Freiheit nicht zu vermitteln sind. Alltagserfahrungen, jenseits des existentiellen Einbruchs der Folter, Erfahrungen wie die, auf dem Transport zu einem Prozeß-Termin zum ersten Mal wieder Häuser, Straßen, Bäume zu sehen:

Durch das winzige Fenster

durch das Gitter hindurch

betrachte ich,

banne auf meine Netzhaut

die Schönheit des Tages

Erfahrungen wie die der Unzulänglichkeit der Besuche, die die Einsamkeit in der Zelle noch intensiviert:

Wir versuchten die Zeit aufzuhalten

eine Flut von Wahrheiten zu zeigen

und um nicht zu weinen brachen die Lügen hervor

(--)

Die Besuchszeit ging zu Ende

wir verblieben mit zwei skizzierten Bildnissen

und der absurden Idee damit anzufangen

die Liebe aufzubauen

(Sandra Trafilaf)

Eine Erfahrung allerdings, die in den Gedichten der chilenischen Frauen anklingt, kennen auch wir – hier – »drinnen« (noch) nicht, oder nur wenige von uns: die Erfahrung des Zusammenseins mit den Genossinnen. Diese *poesia prisionera* ist nicht in isolierten Zellen entstanden, sie konnte mit den anderen besprochen, geteilt, erlebt werden. Und nicht nur die Poesie. Beatriz Brinkmann, selbst ein Jahr lang politische Gefangene in Chile, schreibt in ihrem Vorwort: »Entscheidend, um den Glauben an das Leben, an das Gute, an die Liebe zu bewahren, sind nicht nur die Besuche ihrer Angehörigen und

Freunde, sondern auch der Zusammenhalt unter ihnen, die Gespräche, in denen traumatische Erfahrungen verarbeitet werden, die Zusammenarbeit in Werkstätten, das

gemeinsame Schmieden und Durchführen von Projekten, um ihre Realität an die Öffentlichkeit zu bringen, wie dieser Gedichtband es tut. Keine wird allein gelassen.«

Eine mit nichts vergleichbare und nicht nachvollziehbare Erfahrung, die der »klassischen« Folter, thematisieren die chilenischen Genossinnen nicht, zumindest nicht in den Gedichten, die sie zur Veröffentlichung freigaben. Jede der fünf Autorinnen der *poesia prisionera* ist gefoltert worden. Nackt, mit einer Kapuze über dem Kopf, tagelang, pausenlos. Beatriz Brinkmann, die weiß, wovon sie spricht: »Viel schwerer zu heilen als gebrochene Knochen, Prellungen, Blutergüsse und die Brandwunden der Elektroden sind das angegriffene Selbstgefühl, die in die Seele eingebrannten Schmerzen und Erniedrigungen. (...) Die Folter verfolgt nicht nur das Ziel, Informationen herauszupressen, sondern es geht noch mehr darum, den Menschen als Menschen zu vernichten, auch ohne ihm das Leben zu nehmen.«

An diesen fünf Frauen – und nicht nur an ihnen – sind die Folterexperten gescheitert. Es gelang ihnen nicht, »den Menschen als Menschen zu vernichten«. Nach dem »Sieg der Demokratie« (?) in Chile steht die Amnestie für politische Gefangene auf der Tagesordnung. Beatriz Brinkmann fürchtet wohl zu Recht, diese Amnestie könnte selektiv verfahren: »Heute geht es darum, (...) eine Unterscheidung zwischen 'Gewissensgefangenen' und 'gewalttätigen Gefangenen' zu verhindern und die Freilassung aller zu erreichen.« Die fünf Autorinnen der *poesia prisionera* stellten ihren Gedichten ein Motto von Marcos Ana voran:

Ich bitte nicht um Gnade. Ich bitte

nicht mit dünner farbloser Stimme

um Verzeihung für das Leben das sie mir schulden

Poesia prisionera. Texte gefangener Frauen aus Chile, übersetzt von Berenike Metz und Brunhilde Romer, Verlag Libertäre Assoziation, 1989, 12 Mark.

konkret 03/90, S. 64

Gisela Wuttke

Kidney Wanted

Menschenkinder und Körperkolonien: Nachdem Gisela Wuttke in KONKRET 2/90 den schwunghaften Handel mit Kindern aus der 'Dritten Welt' beschrieben hat – »Kinder werden wie Kokosnüsse auf den Weltmarkt geworfen« – , beschäftigt sie sich nun mit einer Konsequenz von Intensivmedizin und Transplantationstechnologie: dem internationalen Handel mit menschlichen Organen

Anfang 1988 befaßte sich das Europäische Parlament mit einer makabren Meldung aus Guatemala. Dort war ein Ring krimineller Kinderhändler aufgeflogen, der »mindestens 11 Babies im Alter zwischen 11 Tagen bis zu vier Monaten« in seiner Gewalt hatte, um diese für harte Dollar an Familien in den USA und Israel zu verkaufen, »deren Kinder Organtransplantationen benötigt hätten«.

Das Grauen, das eine solche Meldung auszulösen imstande ist, ist vielleicht der stärkste Verbündete jener spontanen Abwehrreaktion, die fast auf dem Fuße folgt. Kinder als Organlager – das kann doch nur ein Hirngespinst krimineller Elemente sein, die sich aufspielen, wichtig machen wollen! Es sollte jedoch nicht bei dieser Meldung bleiben. Ausgeschlachtete Kinderleichen seien im honduranischen Grenzgebiet gefunden worden, lautete eine weitere allerdings unbestätigte Meldung. In Paraguay wurde der Verdacht geäußert, daß aus Brasilien verschleppte Kinder zum Zwecke der Organentnahme in die USA verkauft werden sollten. Die Behörden waren stutzig geworden, weil die angeblichen Adoptiveltern nicht, wie gewöhnlich – nach hübschen und gesunden Kindern Ausschau hielten, sondern jedes beliebige Kind anzunehmen bereit waren. In Kairo war ein kleines Mädchen aufgefunden worden, dem man eine Niere genommen hatte. Kinder und Frauen aus Bangladesh sollen nach Indien verschleppt worden sein, wo man sie ermordet haben soll, nachdem man ihnen die Nieren explantiert hatte.

Der »Internationale Verband demokratischer Anwältinnen und Anwälte« in Brüssel legte der UN-Menschenrechtskommission im Juni 1988 eine Dokumentation vor, in der sich Hinweise darauf finden, daß Straßenkinder in Haiti, Venezuela und Mexiko Opfer von Organjägern geworden sind. Beweise dafür konnten nicht erbracht werden. Während die einen vor Ort recherchierten und nach Beweisen suchten, kolportierten die anderen das geile Entsetzen. Als ordnende Instanz trat schließlich die »Zeit« auf. Sie titelte »Unendliche Legende« und ließ ihren Autor über drei Seiten der »Karriere einer Falschmeldung« nachgehen (»Zeit« vom 28.10.1989). Was in irgendeinem Redaktionsstübchen fernab vom Ort des Geschehens ausgebrütet wurde, war die Bestätigung des Dementis der US-Botschaft in Asuncion: Der »Baby-Organ-Handel« sei nichts als eine bösartige Erfindung des KGB, mit der dieser einmal mehr die Vereinigten Staaten in Mißkredit bringen wolle – als Empfängerland für menschliche Organe.

Die tatsächlich teilweise widersprüchliche und diffuse Nachrichtenlage ordnet der Autor nach schönster Counter-Manier: Unglaubwürdig, dubios und versoffen sind jene, die Verdachtsmomente geäußert hatten, während die Dementis der beschuldigten Behörden und der US-Botschaft über jeden Zweifel erhaben sind. »Es gibt Leute, die erzählen vor der Presse den allergrößten Unsinn, nur um einmal in die Zeitung zu kommen«, wird ein namentlich nicht genannter deutscher Journalist in Brasilien zitiert. Leute, einheimische, haben zur Kenntnis zu nehmen, daß Journalisten nicht alles glauben, was man ihnen erzählt. Journalisten, ausländische, sind kritische Leute, die sich sehr genau überlegen, was sie schreiben. Das Massaker der brasilianischen Militärpolizei im Dezember 1987 an rebellischen Goldgräbern, die der Aufforderung nach Räumung einer von ihnen besetzt gehaltenen Brücke nicht nachkommen wollten, hat nach Aktenlage der »Zeit« ebenfalls nicht stattgefunden, sondern als Erfindung der Leute Karriere gemacht. Die Namen von mindestens 93 verschwundenen bzw. ermordeten Goldgräbern sind allerdings in der brasilianischen Presse nachzulesen (»Folha de S. Paulo« vom 15.1.1988).

Ich gehe so ausführlich auf diesen Bericht zum Baby-Organ-Handel ein, weil die »Zeit« mit ihrem großzügig angelegten Entlastungsbeitrag gleichzeitig auf folgende Probleme hinweist: die informationelle Macht ausländischer Agenturen; ein – aus der Sicht betroffener Länder – deformiertes öffentliches Interesse an ihrer Not; die Schwierigkeit, Hinweise und Verdachtsmomente eines Baby-Organ-Handels »beweiskräftig« nachzurecherchieren und das gnadenlose Unvermögen, die Ängste und Befürchtungen unterprivilegierter und verelendeter Bevölkerungsteile in der Dritten Welt als von den reichen Industrienationen geschaffenes Problem zu erkennen und anzuerkennen. So entscheiden WIR, was wir glauben wollen.

Kidney Wanted

»Wußten Sie, was mit Ihnen geschehen sollte?«, fragt der indische Journalist einen Zeugen. Nein, sagt dieser, »das wußte ich nicht« (»Südasien-lnfo«, 4/1989: 26). Indien nimmt als »Ersatzteillager Mensch« (»Profil«, 24/1989) einen hervorragenden Platz ein, weil es über zwei notwendige Voraussetzungen verfügt: eine medizinisch hochentwickelte Technologie und notleidende Menschen en masse. Die Gestrandeten der großen Städte werden von »Kidney-Agents« geworben, für einige tausend Rupies eine Niere zu »spenden«, indem ihnen weisgemacht wird, daß sie sowieso eine »zuviel« hätten. Mit der Abgabe einer Niere habe ihre wirtschaftliche Not ein Ende. Einmal überzeugt – oder auch nicht –

erklärt der »Spender« per Daumendruck, »freiwillig« und »uneigennützig« in die Explantation einer Niere eingewilligt zu haben. Damit ist der Deal für den Agenten abgeschlossen. Die Transplantation selbst wird in einer (privaten) Klinik unter ärztlicher Aufsicht durchgeführt, der Patient danach mit dem vereinbarten Betrag entlassen. Die gesundheitlichen Folgen der Explantation trägt allein der Patient.

Oder aber der »Spender« ist einer wie Agarwal, der von der beabsichtigten Explantation seiner Niere nicht die leiseste Ahnung hatte. Eigentlich hatte er sich wegen ständigen Nasenblutens in Behandlung gegeben. Er hat seither Schmerzen, kann nicht mehr heben als ein Kind. Seine Familie muß ihn versorgen. Oder es handelt sich um eine Patientin, die nach der Entfernung von Nierensteinen feststellen mußte, daß man ihr eine der beiden Nieren gleich mit entfernt hatte.

Es muß einen Grund geben, warum Menschen »freiwillig« auf ein gesundes Organ verzichten oder eines Organs beraubt werden. Auch die in den Elendsvierteln der Dritten Welt grassierende Angst, man könne Kinder kidnappen und als lebende Organbanken ausplündern, muß ihren Grund haben. Den Grund, wir haben ihn: MANGEL an Organen. Wir haben, so ist nachzulesen, einen jährlichen Bedarf an Nieren, der bei etwa 2.000 liegt. Außerdem brauchen wir Jahr für Jahr etwa 1.600 Lebern und etwa 600 Herzen (vgl. »Organspende«, 1986: 2). Weiterhin besteht Bedarf an Bauchspeicheldrüsen, Knochenmark, Augenhornhaut, Gehörknöchelchen u.v.a.m. 'Bedarf' ist eine Zauberformel ganz besonderer Art, weil dieser als Nachfrage in Erscheinung tritt und befriedigt sein will. Ist die Dialektik des kapitalistischen Warenmarkts auf menschliche Organe anwendbar? Wer definiert, was Bedarf ist?

In einer ebenfalls unter Federführung des »Arbeitskreises Organspende« erstellten Broschüre wird überraschenderweise die »notwendige Zahl« der Nieren deutlich niedriger angesetzt, nämlich bei 1.500 pro Jahr. Angenommen, beide Broschüren wären in ein und demselben Jahr, 1986, erschienen. Der als notwendig erachtete Bedarf würde um 500 (fünfhundert!) differieren. Vielleicht erschien die ohne Jahresangabe herausgegebene Broschüre ein oder zwei Jahre vor der anderen. Das wiederum würde bedeuten, daß der Bedarf an Nieren in einem oder zwei Jahren um 500 (fünfhundert!) angestiegen ist. Für diese Annahme spricht, daß im Sommer 1989 bereits die Rede davon war, daß der jährliche Bedarf an Nieren bei 2.400 läge (»FR« vom 10.6.1989). Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Organtransplantationen.* Als der südafrikanische Arzt Dr. Barnard vor nunmehr 22 Jahren das Herz eines »tödlich« verunglückten jungen Mannes in einen anderen Körper verpflanzte, war die Frage nach der menschlichen Identität gestellt. Lebte der Tote in dem Körper des Lebenden weiter? War nicht das Herz der Sitz der Seele? Wurde sein Ich verpflanzt? Solche albernen Fragen mag sich heute niemand mehr stellen. Die Verpflanzung von Organen ist klinischer Alltag und gehört zu den Wachstumsindustrien dieser Gesellschaft.

Am Anfang stand die Intensivmedizin. Gestorbene nämlich sind für Transplantationen ziemlich unnütz, denn wenn das Herz nicht mehr schlägt, werden die Organe nicht mehr versorgt und sterben ab, nach und nach. Die Intensivmedizin, das ist das alles Entscheidende, »entdeckte« den Hirntod, d.h. den »vollständigen und irreversiblen Zusammenbruch der gesamten Funktion des Gehirns bei noch aufrechterhaltener Kreislauffunktion im übrigen Körper«. Der Hirntod ist an eine Reihe von Befunden gebunden, die von zwei Ärztinnen bzw. Ärzten erbracht werden müssen: die Prüfung des Atemstillstands, die Feststellung spinaler Reflexe (Hirntote können sich aufrichten, den Arm heben usw.), die Beobachtung und Beurteilung des EEGs, das eine sog. Null-Linie aufweisen muß und – sollten immer noch Zweifel am Hirntod bestehen oder im Gegenteil der Mensch immer noch leben – die Angiographie, eine auch unter Ärzten und Ärztinnen sehr umstrittene Maßnahme, bei der dem Noch-Lebenden ein Kontrastmittel injiziert wird, durch den ein intrazerebraler Zirkulationsstillstand festgestellt werden soll. Wird schließlich der Befund »Hirntod« gestellt, kann eine Organentnahme vorgenommen werden, wenn die Angehörigen ihre Zustimmung geben

Der Hirntod bildet, wie ich es ausdrücken möchte, den Beginn des Todes. Aus ihm führt wahrscheinlich kein Weg zurück ins Leben. Aber was bedeutet »wahrscheinlich« angesichts unseres Nicht-Wissens vom Wesen des Todes schon? Spätestens in dem Moment jedoch, in dem die Einwilligung zur Organentnahme ausgesprochen wurde, wird der natürliche Prozeß des Sterbens zugunsten der intensivmedizinischen Aufrechterhaltung der Herz-Kreislauffunktionen aufgehalten. Für eine Transplantation müssen die Organe »heiß«, d.h. durchblutet sein. Transplantate sind keine Leichenteile. Der Tote ist Patient. Auf diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, warum es für die Angehörigen so schwer zu begreifen ist, daß ihr Kind, das atmet, fiebert, vielleicht schwitzt, sich vielleicht sogar reflexhaft bewegt, tot sein soll. In welchem Zusammenhang aber stehen nun Hirntod und Organhandel, Intensivmedizin und Organjäger?

Fast alle Länder, die über eine hochentwickelte Medizin verfügen, haben den Hirntod als den Tod des Menschen anerkannt. Die Verantwortung dafür, ihn festzustellen liegt allein bei den Ärztinnen und Ärzten. Es mag Ausdruck der weißen Kultur sein, daß der Verstand, nicht die Seele, als Sitz menschlichen Lebens definiert wird. Indien erkennt den Hirntod aus religiösen Gründen nicht an, transplantiert daher nur Spenden von Lebenden, u.a. Nieren. In Israel wurde der Streit ums Herz mit dem Kompromiß geschlichtet, das Herz des Spenders über seinen klinischen Tod hinaus zwölf Stunden schlagen zu lassen. In Dänemark hat sich der Ethische Rat nicht auf eine Definition des Hirntods einigen können, so daß Herztransplantationen nicht durchgeführt werden können. In Japan wiederum sind es religiös-kulturelle Gründe, die neben dem Herztod keinen anderen gelten lassen wollen. Nicht berücksichtigt sind hier all jene Länder, die den Hirntod nicht

kennen, weil sie weder über die materiellen noch technologischen Mittel verfügen, um sich eine derart hochkomplizierte und kostspielige Medizin zu erlauben.

Schützt die Anerkennung des Hirntods vor Organhandel? Oder ist umgekehrt die Akzeptanz der Lebendspende das Einfallstor für Organjäger? Auch die Bundesrepublik kennt die Lebendspende von Nieren und Knochenmark, allerdings »grundsätzlich« nur von Familienangehörigen 1. Grades. Eingeräumt wird jedoch, daß auch Spenden zwischen Ehepaaren nicht ausgeschlossen sind. Der »Transplantationskodex der Arbeitsgemeinschaft der Transplantationszentren« schließt Spenden aus kommerziellen Motiven aus. Die scheinbar begrenzte und nur »grundsätzlich« akzeptierte Lebendspende hat weitreichende Folgen: Welche sozialen Konfigurationen sind unter welchen Umständen ebenfalls akzeptabel? Woran lassen sich kommerzielle Motive erkennen? Was bedeutet es, wenn jetzt aus Australien gemeldet wird, daß die Transplantation eines Teils der Leber – von der Mutter aufs Kind – gelungen ist? Wer beherrscht, dem Mangel folgend, den Markt: der Händler oder der Arzt?

Babyhändler. Organhändler. Baby-Organ-Händler?

Wir kennen sie bereits vom Kindermarkt, die Organhändler. Als der Kinderhändler Graf Adelmann zu Adelmannsfelden 1988 seine »Organ-Spende- und Human-Ersatz-Vereinigung auf Gegenseitigkeit« gründete, reagierte die Öffentlichkeit entsetzt. Entsetzt und gierig: kaum eine Talkshow, die ihm für sein menschenverachtendes Geschwätz nicht als Plattform gedient hätte. Sein Kundenstamm wuchs. Transplantationen, das galt bislang als etwas Gutes, zu Bewunderndes, als Fortschritt der Medizin im Dienst des Menschen. Wer begriff schon wirklich, was sich da tat? Und nun waren, aus dem Windschatten einer rasanten Entwicklung, Adelmann und Co. aufgetaucht, die blanke Münzen versprachen für die »Spende« einer Niere. »Der Leichenschänder wird dumm schauen, wenn er sieht, daß Sie bereits zu Lebzeiten eine Niere verkauft haben«, verspricht auch der »Unternehmer in Recht und Gesetz« Fürstenberg. Seine »Organisation zur Förderung des Organspendens gegen ehrlich verdiente Entschädigung in Geld« offeriert Transplantationen zwischen weißen Spenderinnen und Spendern und weißen Empfängerinnen und Empfängern in einer Privatklinik auf den Philippinen. Ebenfalls auf den Philippinen läßt auch Scherers ASIA-TRANSPLANT transplantieren, jedoch stehen auch in Indien Privatkliniken zur Verfügung. Das Projekt hatte, so kann angenommen werden, ein gewisses Handicap: Die Vorstellung, sich die Niere eines schwarzen Slumbewohners transplantieren zu lassen, wirkte auf die angepeilte Klientel im weißen Land wohl eher abschreckend.

Adelmann behauptet, über 1.000 »freiwillige« Organspenderinnen und Spender zu verfügen. Wenn das stimmt – man muß es ja nicht glauben – haben sich ihm gegenüber 1.000 gesunde Personen bereit erklärt, für ein Entgelt von 80.000 DM auf eine Niere zu verzichten. »Über 700 Deutsche« haben seinem Compagnon Fürstenberg aus Geldnot eine Niere angeboten. Öffentlich präsentiert wurden bereits ein halbes Dutzend Leute, die das Geld für einen »Neuanfang« im Westen (ein Umsiedler aus der DDR), für ein behindertengerechtes Auto (einer, der seinen Job wegen eines Bandscheibenleidens verlor) oder für die Tilgung von Schulden benötigen.

Die Situation ist bizarr. Während die Transplantationsmedizin darauf besteht, daß ein Mangel an Organen besteht und man daher weniger transplantiere, als man transplantieren könne, und clevere Geschäftemacher den Bedarf an Nieren durch die Inaussichtstellung menschlicher Ressourcen zu befriedigen versprechen, ist die Bundesregierung auf Anfrage keineswegs der Ansicht,

daß »die Lage auf dem Organspendesektor als schlecht zu bezeichnen ist«. Die Gefahr eines Organhandels hält sie nur »für gering«, ein Bedürfnis nach Schaffung eines entsprechenden Straftatbestandes sieht sie nicht.

Mit dieser Haltung legt die Bundesregierung für einen entscheidenden Bereich menschlichen Lebens die medizinische, rechtliche und ethische Verantwortung allein in die Hände einer bestimmten Interessengruppe: der Förderer der Transplantationsmedizin. Ein Transplantationsgesetz, das die Voraussetzungen und Bedingungen von Organentnahmen regelt, existiert nicht. Die Verwertung von Menschen ist somit ein allein medizinisches Problem. Und-4amit kein Zweifel daran aufkommt, wie wenig die Bundesregierung daran aussetzen mag, setzt sie noch eins drauf: Es sei »nicht zu erwarten, daß ein Transplantatvermittler eine seriöse Klinik innerhalb oder außerhalb der Bundesrepublik Deutschland finden wird, welche eine von den Ärzteorganisationen abgelehnte Organübertragung vornehmen wird«. Im übrigen wird vor »Außenseiterpraxen« gewarnt.

Außenseiterpraxen überall

Im Transplantationszentrum Groß-Hadern bei München werden seit geraumer Zeit keine Lebendspenden mehr akzeptiert, weil der leitende Arzt nicht mit Sicherheit ausschließen kann, daß auch bei einer Spende zwischen Verwandten kommerzielle Absprachen getroffen werden. Die direkten oder indirekten Zuwendungen z.B. in Form von Finanzierungen einer weiteren Ausbildung, einer vorzeitigen Auszahlung des Erbschaftsanteils, des Kaufs einer Eigentumswohnung, sind dem Arzt nicht sichtbar, wenn sie ihm nicht genannt werden. Und wie sollte er dies prüfen können? Das wohlangesehene

Humana Wellington Hospital in London mußte sich eben aus diesem Grund den Vorwurf gefallen lassen, in mindestens zwei Fällen die Nieren verarmter türkischer Bauern explantiert zu haben, denen der ebenfalls aus der Türkei stammende Kidney-Agent eine Kompensation von 2.000 Pfund in Aussicht gestellt hatte. Der verantwortliche Operateur bestreitet die Kenntnis kommerzieller Motive: »Ich kümmere mich ausschließlich um die Versorgung meiner Patienten. Alles andere ist nicht meine Aufgabe.« In Indien hat sich in den vergangenen Jahren ein regelrechter Nierenmarkt entwickelt, der zu Preisverfall und internationaler Nachfrage führte. Noch vor wenigen Jahren wurde eine Spendeniere mit etwa 45.000 Rupies verrechnet, heute sind nurmehr 20.-25 .000 Rupies zu »gewinnen«. Etwa 70 Prozent der transplantierten Nieren werden an ausländische Patientinnen und Patienten übertragen.

Es sind jedoch keineswegs nur die privaten Kliniken, die ins Gerede gekommen sind. Und es sind nicht immer nur kommerzielle Motive, die den Ausschlag geben. Subtilere Formen der Verwertung menschlicher Körper gehen bereits auf das Jahr 1984 zurück. Damals gebar eine Frau in einer Klinik im emsländischen Papenburg ein Zwillingspaar, von dem eines als Anencephalus zur Welt kam. Anencephale, das sind Kinder ohne Großhirn. Sie haben keine Überlebenschance, aber sie kommen lebend zur Welt (ca. 500 jährlich). »Der anencephale Knabe wurde intubiert und beatmet sowie bis zum Eintreffen des Transplantationsteams über Nabelvenenkatheder infundiert. Nachdem beide Nieren en bloc entnommen und für die Transplantation vorbereitet waren, wurde die Beatmung eingestellt; kurze Zeit später verstarb das Kind« (zit. nach »Dr. med. Mabuse«, 56/1988: 36). Das Kind verstarb also »später«, d.h. *nach* der Explantation. Ein Lebewesen wurde explantiert.

Drei Jahre später ist dem vielleicht renommiertesten medizinischen Fachblatt »New England Journal of Medicine« zu entnehmen, daß in der Universitätsklinik Münster eine dreifache Nierentransplantation gelungen sei. Die »Spender« dieser Nieren waren anencephale Säuglinge bzw. »Nie-Lebende«, wie der leitende Oberarzt Dr. Beller sie zu definieren beliebt, ein »Sonderfall«, ein »Experiment der Natur gewissermaßen«.

Die Frage muß gestattet sein, ob die Bundesregierung die Universitätsklinik Münster, das Humana Wellington Hospital in London usw. noch zu den »seriösen« Kliniken zählen mag oder ob sie der Meinung ist, es in diesen Fällen bereits mit »Außenseiterpraxen« zu tun zu haben, in denen das eine oder andere schon mal vorkommen kann? Ist ein Anencephalus vogelfrei? Sind Leute, die ihre Nieren anbieten, selbst schuld? Sind uns mit der Transplantationsmedizin die Götter wiederauferstanden? Ist die Organspende vielleicht sogar ein Gebot der Nächstenliebe, eine Bringschuld? Lebend oder tot?

Das Gewissen, die Menschlichkeit und der Tod

In dieser un-begreiflichen Situation werden die abenteuerlichsten Geschichten zutage gefördert. Da titelt der »Stern«: »Warum läßt meine Schwester mich sterben?«, weil diese sich nicht entschließen konnte, in eine Knochenmarktransplantation für ihre leukämiekranke Schwester einzuwilligen. Die gegen die Schwester ausgelöste Kampagne – öffentliche Aushänge beschwören die Bevölkerung der Kleinstadt, der namentlich genannten Frau »ins Gewissen« zu reden – wird durch die Reportage des »Stern« bundesweit ausgedehnt. Wer sich nicht auf die Seite der Erkrankten/der Zeitschrift stellt, erscheint als Mittäterin und -täter am alsbald vermuteten Tod der Kranken.

Einen anderen Aspekt des »Spendens« verdeutlicht der Beitrag »Die Menschlichkeit hat verloren« in der »Süddeutschen Zeitung« (27.1.1989). Schauplatz der Tragödie ist eine Klinik in Jerusalem. Ein während der Intifada erschossener junger Palästinenser, dessen Hirntod klinisch festgestellt wurde, ist als Organspender für einen schwer herzkranken Israeli geeignet. Die Eltern des Palästinensers lehnen eine Explantation ab – aus religiösen Gründen, und weil sie die israelischen Soldaten nicht ermutigen wollen, den aufständischen Palästinenserinnen und Palästinensern »in den Kopf zu schießen«. Die Familie des herzkranken Israelis wendet sich daraufhin an namhafte israelische Politiker, schließlich werden auch Repräsentanten der PLO eingeschaltet. Die Familie des Erschossenen läßt sich dennoch nicht umstimmen. Da ein anderer Spender nicht mehr gefunden werden konnte, stirbt der herzkranke Patient nur wenige Tage nach dem Erschossenen. Die Politik habe gesiegt, das Leben verloren, resümiert der Autor. Die Verweigerung der Spende erscheint auch hier als gewissenlos und unmenschlich.

Menschlich entscheiden sich dieser Logik gemäß die Eltern eines Jungen, der an einem Gehirntumor sterben sollte. Als sie vom Tod (Gehirntod) ihres Kindes erfuhren und um Organspende gebeten wurden, empfanden sie es als Trost, das Leben anderer Kinder vielleicht retten zu können mit dem Tod des eigenen. Fünf Menschen leben seither »mit seinem Herzen, der Lunge, den beiden Nieren und der Leber weiter. Fünf Kinder und Erwachsene in London, Hamburg und Hannover brauchen seitdem nicht mehr täglich ihren Tod zu fürchten.«

Abgesehen davon, daß die Eltern über den Verbleib der Organe ihres Kindes aus Gründen des Datenschutzes eigentlich gar keine Kenntnis haben dürften, ist das von ihnen gezeichnete Bild mehr als aufschlußreich. Sie sind »einfache Menschen. Sie haben sich nicht intensiv mit den medizinischen, rechtlichen und ethischen Aspekten einer Organverpflanzung auseinandergesetzt. Sie wollten mit ihrer Entscheidung, die sie ganz spontan trafen, einfach helfen.« Welcher Ethik wird hier das Wort geredet? Ist das Verlangen nach Aufklärung obszön? Sind Zweifel, Religiosität und politische Unterdrückung

dazu angetan, den Verweigerern die Anerkennung ihrer Beweggründe zu verweigern? Sind wir menschlich nur in unserer Naivität, nicht bei Bewußtsein? Weil die Spende eines Organs als edel und menschlich angesehen wird, erscheint die Verweigerung als verdächtig, schuldhaft, unmenschlich. Indem die Transplantationsmedizin an das Gute im Menschen appelliert – seine Anteilnahme, seine Solidarität und seine Hilfsbereitschaft – schafft sie sich einen sakralen Nimbus, den vergleichbar wahrscheinlich nur religiöse Einrichtungen besitzen.

Die moderne Transplantationsmedizin, das ist meine Überzeugung, agiert in einem Spiegelsaal der Fiktionen. Wir haben allen Anlaß anzunehmen, daß der von ihr beklagte »Mangel« an Spendeorganen nichts ist als eine Fiktion. Wer oder was indiziert ihn? Auch der »Bedarf« ist objektiv nicht bestimmbar. Ist er die Summe aller Nieren-, Herz-, Leber-undsoweiter-Kranken oder eine Pro-Kopf-Größe medizintechnischer Kapazitäten oder Indikator unmittelbarer Lebensgefährdung oder was immer da sonst noch denkbar ist? Fiktion ist selbst das behauptete Ziel der Transplantationsmedizin, Leben zu retten, weil die Implantierung eines fremden Organs Krankheit nicht heilt, sondern lediglich verändert (oft allerdings zum Besseren). Leben retten vor was? Selbst der Tod ist zur Fiktion geworden.

Kranke leben, niemand zweifelt daran. Aber sind Hirntote Leichname, Kadaver? Ethiker wie Hans Jonas widersprechen dem heftig und argumentieren scharf gegen die Ausplünderung menschlicher Körper. Hirntote, das ist gesicherte Erkenntnis, können klinisch monatelang »überleben«, eine schwangere Hirntote kann noch nach Wochen und Monaten ein Kind zur Welt bringen, mit Kaiserschnitt. Wer wagt es, diesem Kind zu sagen, es sei das Kind eines menschlichen Kadavers? Die intensivmedizinische Versorgung ist ausgerichtet auf Patientinnen und Patienten, nicht auf Leichname. Deshalb wird mit Hirntoten gesprochen, wenn man ihre lebenserhaltenden Apparaturen überprüft, auch wenn sie selbst keine Antwort gegen können.

In einer südafrikanischen Klinik mußten die Vorbereitungen für eine Explantation abgebrochen werden, weil eine Assistentin bemerkt hatte, das das für hirntot erklärte Kind einen Finger bewegte. Britische Ärzte schockierten die Öffentlichkeit mit der Äußerung, die für Hirntod erklärten Patientinnen und Patienten seien »still alive«, zumindest sei nicht auszuschließen, daß hirntote Menschen noch über ein Schmerzempfinden verfügen. Sie sahen ihre Ansicht durch die bei Explantationen verabreichten Beruhigungsmittel auch an Hirntote und ihren deutlichen Blutdruckanstieg während des Eingriffs hinreichend belegt. Dessenungeachtet hält die politisch dialysierte Bundesregierung daran fest, daß die »Steigerung der Zahl der Organtransplantationen dringend erforderlich ist« und »der Mangel an geeigneten Spendeorganen noch immer eines der Hauptprobleme der Transplantation« sei. Das ist exakt der Standpunkt der Transplantationsmediziner .

Ich bin dagegen überzeugt, daß der Bedarf an Organen, egal, wer ihn festlegt und wie hoch er jeweils erscheint, tatsächlich niemals zu befriedigen sein wird. So gesehen, ist uns der Mangel sicher und mit ihm die Verteilungskämpfe. Dafür hat die medizinischtechnische Entwicklung alle Voraussetzungen geschaffen. Wer weiß, wie hoch der Mangel erst sein wird, wenn die »hochentwickelten« weißen Gesellschaften auch den »unterentwickelten« schwarzen Völkern einen Bedarf an Spendeorganen einräumen, wenn diese in der Bundesrepublik ein Herz, eine Niere, eine Leber undsoweiter implantiert bekämen. Noch kommen dafür nur jene infrage, denen eine außerordentlich erfolgreiche medizinische Entwicklung Überlebenschancen einräumt, wo andere bereits verloren sind und sterben müssen. So verursacht beispielsweise die flächendeckende Versorgung früher (und anderswo) todgeweihter Nierenkranker mit Dialysen einen Mangel an Organen.

Die Medizin entpuppe sich mehr und mehr als »Fortschrittsfalle«, provozierte der »Spiegel«: »Die moderne Medizin bedroht uns nicht durch ihre Fehler, sondern durch ihre Erfolge. Ihr Hauptproblem (...) ist, daß sie zuviel kann, nicht, daß sie zuwenig kann. Sie strapaziert unser Sozialgefüge nicht durch einen Mangel (sic!), sondern durch ein Übermaß an Wunderdingen...« Die Frage, ob alles, was machbar ist, auch gemacht werden darf, beschäftigte auch den Chirurgentag 1989. Das Schlüsselwort »Lebensqualität« dominierte die Diskussion um die Grenzen des Machbaren. Auch in dieser Debatte waren es wiederum die Transplantationsmediziner, die sich einer grundsätzlichen Auseinandersetzung um ethische Prinzipien verweigerten.

»Verludert die medizinische Ethik?«, fragte die »Zeit« bereits vor Jahren. Mediziner »ohne Herz« hatten im fernen Amerika einem jungen Mann innerhalb von nur drei Tagen vier verschiedene Herzen implantiert. Nachdem sein eigenes versagt hatte, implantierte man ihm ein Spendeherz. Dieses versagte bereits einen Tag später. Nachdem sie den Patienten an eine Herz-Lungen-Maschine angeschlossen hatten, entschieden sich die Ärzte nach einigen Stunden für ein noch unerprobtes Kunstherz, bis sich ein weiteres Spendeherz gefunden hatte. Das Leben des Verstorbenen/Patienten konnte dennoch nicht gerettet werden. Und auch das Leben von »Baby Fae«, dem Säugling, konnte nicht gerettet werden. Ihm war 1984 das Herz eines jungen Pavians eingepflanzt worden. Es starb, niemand hatte es anders erwartet, kurze Zeit nach dem Eingriff. Hätte es überlebt, wäre das Herz des Pavians bald zu klein geworden, »Baby Fae« hätte erneut transplantiert werden müssen, vielleicht noch mehrfach, im Laufe seines Lebens. Wäre ihm das Leben gerettet worden?

Auch in der Medizin sind Xeno-Transplantationen umstritten. Ebenfalls Multi-Transplantationen, bei denen mehrere Organe gleichzeitig oder in kurzer Folge implantiert werden. Ende 1986 erhielt ein dreijähriges Mädchen in einer US-amerikanischen Klinik gleich fünf Organe auf einmal, ebenfalls in Pittsburgh starb wenig später ein siebenjähriger Junge

nach seiner dritten Lebertransplantation. Organkranke Kinder sind tatsächlich in einer besonders elenden Situation: Ihre körperliche Entwicklung ist reduziert, und Spenden Erwachsener würden ihren ganzen Bauchraum ausfüllen.

Das ist der Grund, warum der Hirntod immer häufiger auch bei Kleinkindern und jugendlichen Unfallopfern festgestellt wird. Darum werden anencephale Säuglinge als Organspender verwendet. Und darum lebt die Bevölkerung in der Dritten Welt mit der Furcht, ihre Kinder könnten von Organjägern geraubt werden. Denn wodurch entscheidet sich schließlich, ob ein gehandeltes Kind adoptiert oder explantiert wird – ist es der Preis, die Hautfarbe, der Mangel, die Profitgier? Sind Adoptiveltern und Transplanteure beteiligt am Deal der Baby-Organ-Händler, weil sie den Bedarf schaffen, nach Babies, Organen, Babyorganen? Und weiter: Ist ein Kind, das mit defekten Nieren zur Welt kommt, Spender einer gesunden Leber oder Empfänger einer gesunden Niere? Wer will dies entscheiden?

Wenn Frauen in der Dritten Welt überredet werden, ihr Kind abzugeben in fremde Hände, wer will ausschließen, daß schwangere Frauen bei uns ihr anencephales Kind – bei Bedarf – zur Organentnahme freigeben, um dem eigenen Unglück einen Sinn zu geben? Es wäre dies nur eine Fortführung der mit der sog. Leihmutterschaft entstandenen Kapitalisierung der Mutterschaft.

Die mißbräuchliche Verwendung der Begriffe »Mangel« und »Bedarf« verstellt den Blick auf die Ursachen von Krankheit, auf die Ursachen von Kinderlosigkeit, auf die Funktion des (Welt-)Marktes. Geredet wird nicht über Umweltgifte, Arbeitsverhältnisse, Medikamentenmißbrauch und Alkoholsucht, über das, was Gesundheit ist, was krank/kinderlos macht, sondern über Strategien, mit denen unbefriedigte Wünsche, Bedürfnisse und Rechte durchgesetzt werden sollen. Und genauso, wie die Mutter, die in der Dritten Welt ein Kind abgibt, ausgeblendet wird, weil sie Schatten wirft auf den weißen Wohlstand, wird der Sterbende im Niemandsland menschlicher Existenz ausgeblendet aus der öffentlichen Wahrnehmung, weil da ein anderer ist, dem etwas fehlt: der Organempfänger. Im Besitz wirtschaftlicher Macht, im Besitz des Lebens, werden die Not und der Tod dienstbar gemacht. Die ganze Dritte Welt als Kreißsaal, jeder (Mit-) Mensch eine Organbank.

Niemand hat das Recht auf ein fremdes Organ, auf unseren Körper, unser Leben. Und doch rückt der Bonner Moraltheologe Prof. Dr. Böckle die Organspende in die Nähe der Sozialpflichtigkeit: »Obwohl kein Rechtsanspruch geltend gemacht werden kann«, heißt es fast bedauernd, »verpflichtet uns die Nächstenliebe zur Hilfe, wenn wir etwas Entscheidendes zur Lebensrettung anderer beitragen können.« Das Entscheidungsrecht der Angehörigen habe sich »freilich höheren Interessen unterzuordnen« (»Organspende«, 1986: 6). Wer diese »höheren Interessen« definiert, was sie legitimiert, das bleibt verborgen.

* Ich lehne Organspenden und Transplantationen nicht prinzipiell ab. Ebenso zweifle ich nicht an der leidvollen Situation Erkrankter und ihrer Angehörigen. Auch ist mir die mit einem Spendeorgan eröffnete Hoffnung auf Besserung nachvollziehbar. Es versteht sich von selbst, daß ich für eine optimale Versorgung Erkrankter eintrete. Ich verenge die Problemstellung dennoch auf die dieser Medizintechnik immanenten Möglichkeiten des Mißbrauchs und ihre sozialen und ethischen Dimensionen, von denen (noch) kein Mensch weiß, wo sie ihre Grenzen finden werden.

konkret 03/90, S. 69

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

Eine Stunde lang hat der Zahnarzt aus Pirmasens nun Witze erzählt an ~ einem Gasthaustisch bei Kempten. Bis auch das letzte höfliche Lachen im dazugehörigen Gesicht erstarrt ist. Nun, sagt er und nickt hinüber, Hanseaten sind ja von Haus aus eher reserviert.

Und nun könnten wir ihn eigentlich lossein. Man spricht mal mit diesem, mal mit jenem. Seine Nachbarin zum Beispiel ist jedes Jahr in Bayreuth. Nehmen Sie Posen, Bromberg, sagt er; sind doch alles alte deutsche Städte.

Aus einem Brief aus Ostberlin: »Die alte DDR lebt, es leben noch viel ältere Dinge. Ein Geschäftsmann in der thüringischen Stadt Kahla hat ein Schild ins Fenster gehängt, daß er nicht an Mitglieder der SEDPDS verkaufe.«

Wie sagte doch unser Skilehrer? Was zusammengehört, wird zusammen wachsen.

*

Lieber Eduard von Schnitzler, solange Sie altritterlich im 'Schwarzen Kanal' taktisch so gut wie alles falsch machten, was ein Propagandist falsch machen kann, waren Sie mir als Don Quijote dennoch lieb, und die Schmierköpfe, die Sie 'Sudel-Ede' nannten, mir herzlich verhaßt.

Jetzt werfen Sie sich auf westdeutschen Talkshows weg. Sehen Sie nicht, daß

das kein Umgang ist für einen Herrn mit Kinderstube? Tingeln von Kanal zu Kanal und winden sich vor Gewürm: »Ich bin lernfähig!« »Ich bin lernfähig«.?...

Das ist schon fast so schlimm wie das 'Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden', das mittlerweile auch das größte Ferkel schon im Repertoire hat.

Nein, mein Herr, von nun an wirklich nur noch 'Ede'.

*

Es scheint in diesen Wochen, seit Oktober letzten Jahres, als wiederholten sich die Jahre zwischen 1918 und 1933 im Zeitraffer, wobei wir das Schlimmste noch nicht einmal nötig haben werden. Um den Preis von Schlimmerem, den andere werden zahlen müssen. Was uns als gemeinsames Haus Europa zugerichtet werden soll, wird für *sie* die Festung Europa sein, die in Zukunft deutlicher denn je die Preise diktieren wird, die Zinsen, die Wechselkurse, die Terms of Trade. Eine Festung mit Deutschherrn-Palais, Gesindestuben und den Abseiten und Drecklöchern nach Süden und, vor allem, nach Osten raus, wo dennoch der letzte Hiwi es der schwarzen Madonna danken wird, daß er mit zum Raubzeug gehört.

In der in Nigeria erscheinenden Zeitung »Guardian« nannte unlängst der Publizist Chinwezu 1492, 1884 (Kongo-Konferenz) und 1945 (Geburt des Neokolonialismus) als die für Afrikaner verheerendsten Daten der Geschichte; und das mit Ausblick auf ein viertes Datum: 1992: »Wird der europäische Markt den Albtraum von der Bevormundung durch Europa fortsetzen?«, fragt er und fährt fort:

Wenn die Schulden Nigerias typisch sind, dann resultiert ein großer Teil der Schulden Afrikas aus Plänen, die entworfen wurden, um europäische Finanzleute und ihre afrikanischen Komplizen auf Kosten des hungernden afrikanischen Volkes zu bereichern.

Die Beseitigung der Schuldenlast fordert er und die Zahlung von Reparationen für fünf Jahrhunderte Zwangsarbeit und Ausplünderung.

Zählte man die 700 Milliarden an Reparationsausgleich für die DDR hinzu, die Festungsherren stünden ganz schön dreckig da. Aber mit massenhaftem Afrikanerstolz von der Art des Chinwezu ist in der DDR eben kaum zu rechnen. Im Gegenteil: »denen« – Nachbar K aus der Tresckowstraße zu zitieren – »denen kann man an die Eier fassen, und dann lächeln sie noch dabei.«

In der Ausschließlichkeit, mit der Deutsche eben sich und die Welt mit der 'deutschen Frage' befassen, liegt etwas ungeheuer Obszönes. Und in diesem Schelmenstück ist selbst das Begehren des »Spiegel«-Herausgebers, jetzt, im Alter, auch die Nation noch zu bumsen, nur eine komische Marginalie.

Daß es einmal obszön werden könnte, sich mit dem Wohlergehen einer Fünf-Milliarden-Killer-Spezies überhaupt noch zu befassen, statt nachzudenken über Modi ihres langsamen sanften Verschwindens, dämmert, fürchte ich, erst den Urenkeln. Womit es zu spät wäre. Und zu spät kommen, bestraft bekanntlich das Leben. Fragt sich nur: Welches dann noch? Wenn es wesentlich anderes als menschliches dann schon nicht mehr gibt.

Chemie hätte man studieren sollen. Oder wenigstens auf Generalfeldmarschall der vereinigten Truppen von Nato und Warschauer Pakt: die letzten Nashörner rauszuhauen.. .

*

'Na, hast du's noch immer mit dem Sozialismus?' Damit fing es so vor sieben, acht Jahren an. Jetzt sind wir weiter: 'Na, Piwitt, hast du's noch immer mit der Gerechtigkeit?' Was soll man darauf sagen? So plausibel, wie er sich liest, der neue Kundenrundbrief der Hamburger Sparkasse:

Aufgrund der politischen Veränderungen in den Ostblockstaaten zeichnen sich für die inländische Wirtschaft enorme Wachstumsmöglichkeiten ab. Die damit verbundenen Ertragsphantasien versetzten die deutsche Börse bereits in den letzten Wochen in euphorische Stimmung.

»Ertragsphantasien« ... Irre ich mich? Hieß das früher, als Sprache wenigstens noch bibelfest war, nicht einfach mal 'Raffgier'?

Vergessen wir's. Unter der Ägide unserer christlichen Anlageberater von der Firma 'Eppelmann und Aufbruch'.

*

Daß sich vor der Invasion 1944 an der Kanalküste zunächst einmal deutsche und alliierte Astrologen gegenüberlagen, wird sich ja wohl inzwischen herumgesprochen haben unter den Insidern unter den Außenseitern. Ebenso, daß die Alliierten das Unternehmen bewußt an einem Tag starteten, der so schlecht für sie aspektiert war, daß deutscherseits nicht für möglich gehalten wurde, der Feind könne einen Angriff wagen.

Daß die Sterne auch diesmal, zur Bundestagswahl, lügen könnten, damit rechnen offenbar auch die Sterndeuter in der Bonner SPD-Zentrale. Oder haben sie einfach nur wieder mal geschlafen, als sie zustimmten, die Wahl zu einem Zeitpunkt stattfinden zu lassen, wo Kohl wochenlang im dicksten Jupiter-Trigon aus dem Löwen schwelgen kann?

Zwar, Neptun ist nicht bei der Sache. Aber: Wenn das nicht ausgekungelt war, planetenmäßig, will ich Hinrich Ernst heißen.

konkret 03/90, S. 70

Eckhard Henscheid

M□ sikpla□ dertasche

»Streng und wählerisch«, so schrieb in der »Süddeutschen« Kaisers auch nun schon weit über 60jähriger Joachim, sei im Hinblick auf H.v. Karajan und Samuel Beckett der Tod 1989 gewesen. Wortwörtlich und im vollen Ernst.

Daß einer narrisch wird, ist in diesem Fall auch Berufsrisiko. Schön und insofern tröstlich hier immerhin die Evidenz der Ursache: Es kann nicht gutgehen, daß eins als Idole Karajan und Beckett hat; nein, das kann nicht gutgehen.

&

Gibt es auf dieser Welt etwas, das noch platter, glatter, krachender, scheußlicher, gräuslicher, unseliger, unappetitlicher, unmusikalischer, unsinniger, sündhafter und depperter wäre als Schostakowitsch? Aber immer: Gustav Holst und seine »Planeten-Suite« op. 32 von 1917. Sieben Sätze; jeder Planet von Mars (»The Bringer of War«) über Jupiter (»The Bringer of Jollity«) bis Neptun (»The Mystic«) kriegt einen. Nur die Erde fehlt. Und Pluto wurde gottseidank erst 1930 entdeckt, er hätte sicher das Maß der Schuld noch einmal kraftvoll erhöht.

Das Ganze dauert zusammen so lang wie eine Bruckner-Sinfonie und klingt wie – vgl. die »Batman«-Musik vom letzten Heft – Sibelius, Smetana, Mahler, Gershwin, Edward Elgar und Ravels Daphnis-Suite gleichzeitig. Pompöser im Trivialen, rücksichts- ja rückhaltsloser im Lärmigen kann es auch am 24.8.89 im Space Control Room in Pasadena anläßlich des triumphalen Finales der Voyager-Erkundungen am Neptun kaum zugegangen sein.

Kurz, Gott ist tot; aber sein Weltall lebt. Und das »einfach großartig, Schwanthaler!« (Gerhard Polt).

Sofort kaufen! Dreimal hören! Narrisch werden! Wie Joachim, der Kaiser.

&

»Das Geheimnis der Stille des Seins« hatte der Maler Hans Thoma vor allem ergründen wollen. Und an diesem gescheiten Vorsatz gemessen, ist ja wirklich fast alle Musik zu laut. Am wenigsten vielleicht noch – meine Empfehlung zum mählichen Beschluß dieser Kolumne, mein Ratschlagsegen für Ihr weiteres Leben – Debussys »Pelléas et Mélisande«. Obwohl's auch da partiell noch viel zu krachend zugeht. Wie auch in, trotz schöner Ansätze, Anton von Weberns »Im Sommerwind«. Richard Strauss »Metamorphosen«, Daphnes Verwandlung? Am besten doch Ravels »Pavane«, welches kurze Trauerstückchen Ihnen hier so leis wie herzlich angeraten sei.

Während – meine diesbezüglich letzte Warnung – bei der vielversprechenden neapolitanischen Canzone »Silenzio cantadore« der Tenor Giuseppe di Stefano schwer paradox gleich wie am Spieße kräht.

&

Über den Gesang von Buckelwalen, Paarungslieder ebenso wie bis zu 22-stündigen Liederkränzchen zwischen 30 und 4000 Hz berichten Roger und Katharine Payne von der Cornell Unversity in Ithaca, unter anderem dies: »Einzelne 'Phrasen' tauchen an bestimmten Positionen der Strophen immer wieder auf. Die Wiederholungen bestimmter Sequenzen dienen vermutlich als 'Gedächtnisstütze', falls der Wal einmal nicht weiter weiß« (»FAZ« 2.8.89).

Nun können uns zwar Forscher heute, so innig sie schon seit Jahren in linksroten Kreisen gehört werden soll, über Walmusik usw. so ungefähr alles weismachen. Aber andererseits ist uns das erwähnte Kompositionsprinzip des Großsäugers von den Kleinsäugern Wagner, Bruckner und Puccini ja durchaus und um Nachsicht heischend wohl vertraut; ja sogar von Mozart her. Selbst in vergleichsweise besten Sinfonikerkreisen sind 70 - 90 Prozent der Musik ja nur Ferment, Zement. Und mit dem Rest ist meistens auch nicht gar viel los. Kein Vergleich zum Buckelwal, dessen majestätisch-metrische Gebilde noch immer lässig-locker jeden Bruckner, Gustav Mahler –

&

Letzten Endes, und darum muß man eben buckelwalartig auf Bewährtes zurückgreifen, gibt es einfach zu wenig Noten. Aber die sind im Menschenreich andererseits gut geschützt: »Zum Glück gibt es jetzt noch die Bearbeiter, die dafür sorgen, daß ein gemeinfrei gewordenes Werk nicht einfach gratis von jedermann vermarktet werden kann. Der Bearbeiter stellt fest, daß dieses und jenes Stück so, wie es ist, heutzutage nicht mehr aufführbar sei. Er fummelt ein bißchen daran herum. Als kompositorischer Bearbeiter ersetzt er vielleicht die trübsinnige Cello-Partie durch drei muntere Geigen. Und schon genießt die Bearbeitung den Rest seines Lebens plus 70 weitere Jahre Urheberschutz.«

Aus: Joseph v. Westphalen, Das Gema-Schema; ein Aufsatz, geeignet, einem auch noch die vorletzten Illusionen selbst über gewisse kompositionelle Aspekte von »ernster« E-Musik ganz seriös zu unter-, ja begraben.

&

Im Zusammenhang der Lear-Kompositionspläne schreibt in seinem »Verdi«-Roman und irgendwie Hans Neuenfels vorwegnehmend Franz Werfel:

»Ach, alles drängte in ihm zum Ausruf, zum Aufschrei, zur Kürze, zur Interjektion! Wäre es möglich gewesen, hätte er Opern komponiert, deren Text nur Jubelrufe, Freudenlaute, Seufzer, Schmerz- und Racheschreie hätten sein müssen.«

Jedermann, wo es schon Verdi selber nicht mehr vergönnt ist, kann heute dies Vergnügen sich verschaffen, zumindest als Näherungs-Vision nachholen. Mit Hilfe einer guten Verdi-Privatdiskothek und einer kleinen Tonband-Montage-Bastelanlage. Ich selber hab's für den Funk mal getätigt hinsichtlich exklusiv der italienischen »Ohimè«und »Ahimè«-Opernexklamationen – dies neue und umfassendere Projekt aber hört sich in Prosa schon mal so an: »Gran Dio! O gaudio sopremo! Stelle! Ohimè! Dio mio! Cielo! Soccorso! O giubilo! Ahimè! Ah, vendetta! Orrore, orrore, orrore! Ahi! Morte e dannazione! Sii maledetto! Ah!« – –

ah, herrlich!

&

So fad, so lustlos, so uninspiriert, so spekulativ, so letztlich tief verlogen labert J. Haydns »Schöpfung« von 1799 vor sich hin, daß es irgendwann zur Katastrophe kommen mußte – und nach 1 3/4 Stunden blindsabberndem Lobgesingse ist es soweit: »Ihr Tiere, preiset alle Gott!«

Daß diese Katastrophe gleichwohl noch einen Schimmer von Katharsis abstrahlt, dankt sich weder Haydn noch gar seinem gaunerischen Textdichter. Sondern wem? Richtig, den erstaunt aufhorchenden Tieren.

&

»Die Musik ist noch viel zuwenig erkannt und anerkannt. Es ist Herzblut, sein edelstes, was er hatte!«

Und ich hänge mich in meinem heutigen Platten-Tip an Robert Schumann (Theaterbüchlein vom 23.9.1847) an und empfehle Ihnen so heiß, wie Sie es als Passivkonsument vielleicht gar nicht verdient haben, und schumannisch innig meinen persönlichen Favoriten seit 1978: Die einzige und alleinziglich wundersam schöne Gesamtaufnahme von Carl. M. v. Webers Oper »Euryanthe« (mit Norman, Gedda, Hunter u.a.) – jawohl, das tue ich, so bin ich zu Ihnen, Ihnen, den allzeit innigst warm umworbenen Lesern.

&

23.1.1990, 23 Uhr 47: »Elsaß und Lothringen« – »Elsa und Lohengrin«.

&

Hans von Bülow, 1860: »Orchester und Oper in Wien prachtvoll – sonst lauter Dreck und riesige Gemeinheit.«

Beethoven referiert Ähnliches. Thomas Bernhard 1960 ff. mußte sich nur noch bedienen. Beim in der Sache Vorgefundenen und beim Schrifttum.

Neinnein, den Marcel Prawy meine ich nun grad nicht. Gegen *seine* solide Melange aus kenntnisreicher Causerie und verschmitzter Öligkeit hab ich gar nix.

Eher schon gegen die riesige, an Gemeinheit heranreichende Schimpfier-Stupidität des Thomas Bernhard.

&

Irgendwie gerecht, nur zu gerecht, daß und wie sehr die einstmals nicht nur die pubertierenden Pennäler, sondern auch Bruckner, Verdi, Debussy, Th. Mann elektrisierenden ultramodernen Harmonieformationen und Klangfarben des "Tristan«-Vorspiels samt Liebestod sich heute als eine besonders billig und banal, ja schon schmierig tönende wahrlich metamorphisiert hat, heruntergekommen zur Filmmusik der TV-Allzweck-Omnipotenz noch unter den Standards Hollywoods, in Bayreuth allein noch von der alljährlich beschworenen Suggestion etwelcher Dignität und rauschgesättigter Eudämonie in Wahrheit der triste Sold des schamvollen Eingeständnisses eines schier pfuiteufeligen – – hm, nein; ich fürchte, *so* kann man Wagner nun auch wieder nicht ans Leder.

&

Korrekt Klavier zu spielen und grundfalsch dazu zu summen, ja zu ächzen: Das macht dem Glenn Gould nicht mal der Toscanini nach. Höchstens und noch unbegreiflicher in den virtuosen Sekund-Gängen von »Wo die Alpenrosen blüh'n« der Karl Valentin.

&

Placido Domingo, knapp wohl vor Pavarotti und Carreras, hat während der letzten Jahre so unermeßlich, so unglaublich viele und in winzigen Varianten sich perpetuierlich wiederholende LPs/MCs/CDs mit Arien, Canzonen, Tangos, Schlagern,

Folklore, Schnulzen, Schmarren und endlich Dreckszeug vollgesungen und hingeröhrt, daß, hörte er das Zeugs innerhalb einer Woche hintereinander sturheil weg, ihm wohl dauerhaft schlecht würde und bliebe.

Unserer Genugtuung hinsichtlich der über die Epochen hinweg konstant soliden Erwerbsgesinnung von Tenören bei mischt sich jene über den Gerechtigkeitssinn des Kapitalismus, welcher – und ähnlich verfährt er ja im Tennissport des Boris Becker – auch noch seine allseits beneidetsten Top-Mitarbeiter selbst noch auf dem Feld von Kunst und Spiel praktisch schachmatt, nämlich unter Zwangshypnose setzt, der permanenten Zwangsvollstreckung aussetzt; jene, von der weit vorauswitternd dem Antonia-Bild von »Hoffmanns Erzählungen« (eine der wenigen wirklich sinnvollen Platteneinspielungen Domingos; die ältere ist der von 1989 vorzuziehen) schwant: »Singe, sing nur immer!« Sonst wälzt sich über dich die Sintflut!

Mit Namen Pavarotti und Carreras. Die freilich dem gleichen Zwang gehorchen.

Obwohl ja diese beiden, was Domingo in seinem heftigen Wahn vielleicht noch gar nicht realisiert hat, praktisch nicht mehr recht singen können...

O Einfalt sehr unheilig.

&

Ich aber kündige Euch hier auch noch darüber hinaus die volle, ja die ganze Wahrheit; nämlich die deppertste Legende der letzten Jahrhunderthälfte: daß die Callas eine, ihre stimmlichen Manki derart kompensierend, bannende, eine faszinierende, eine überwältigende Schauspielerin gewesen sein soll.

Ein Dorftrampel war die dünngemachte Griechin zwar auch nicht. Wohl aber nur in dem Maße Grande Dame, in dem sich Menschen wie Onassis und Visconti halt eine Duse vorstellen.

Und was die Callas von beiden hatte schwindeln hören.

konkret 03/90, S. 72

Georg Seeßlen

Schlachtfeld in Schönschrift

Bertrand Taverniers Film »Das Leben und nichts anderes« erzählt vom Verschwinden des Krieges aus dem Bewußtsein

1

Dies ist ein schöner Film, der davon handelt, daß der Krieg die Liebe aufhalten kann, aber die Liebe nicht den Krieg. Er hätte drei oder vier Geschichten zu erzählen: die Geschichte eines französischen Offiziers, der nach dem Ende des Ersten Weltkrieges die Vermißten sucht, sie wenigstens kategorisieren, erfassen will, vergeblich und mit wachsender Manie für sonderbare Statistik- und Zahlenkombinationen (jemand will den Schmerz des Krieges wenigstens mathematisch fassen); die Liebesgeschichte zwischen diesem Kommandanten Dellaplane und einer Frau, die Beweise für den Tod ihres Mannes sucht (sie ist die Schwiegertochter einer reichen Familie, die am Krieg nicht verloren hat); die Geschichte dieser schönen Witwe Irene und der jungen Lehrerin (sie hat sich im Krieg befreien müssen und wird nun wieder an ihren Platz geschickt), die beide, ohne es zu wissen, denselben Mann suchen; die Suche nach einer geeigneten Leiche für die Ehrung des »unbekannten Soldaten« (der ein für alle Mal die Toten des Krieges in seinem Mythos aufheben soll).

Keine dieser Geschichten erzählt Taverniers Film; mehr noch: Jedes dieser Rudimente hebt die anderen auf, jeder Beginn einer dieser Erzählungen macht die anderen unerzählbar. So ist dies das Meisterstück eines Filmes, der sich vor unseren Augen auf10st, nichts bleibt als reine Schönheit, reine Verzweiflung, reiner Hohn, dazu: das Leben und nichts anderes. Denn auch wenn man aus seinen Erzählungen hinausgeworfen worden ist, bleibt einem doch immer noch dies: das unverwechselbare, durch und durch konkrete, einmalige und eigene Leben. Philippe Noiret, mit den Orden seines eben gestorbenen Vaters auf dem Set, macht es uns vor. So hätte der Film bereits im Titel alles über sich gesagt, was es zu sagen gibt, und ironischerweise auch noch das genaue Gegenteil, denn vor allem handelt dieser Film ja vom Tod und davon, daß Menschen, die ständig nach den Spuren der Toten suchen, eben nicht gleichzeitig auch noch leben können; die Liebe hält den Krieg nicht auf, aber der Krieg die Liebe, wie gesagt, auch noch zwei Jahre nach seinem Ende. Am Schluß schreibt Dellaplane, der seinen Abschied von der Armee genommen hat, der fernen Frau einen Liebesbrief: Mit dem Abschied vom Tod kann man zur Liebe gelangen. Das ist zugleich banal und ungeheuerlich. Und es kommt uns im Augenblick gerade recht. Lassen wir die Geschichte ruhen, die nichts ist als ein Reich der Toten und der zerbombten Ideen, und wenden wir uns, in all seiner Sonderbarkeit, dem Leben zu. Punkt? Nein, Doppelpunkt: Wir fangen noch einmal von vorne an.

2

DIE PERSONEN UND IHRE DARSTELLER: Kommandant Dellaplane, der Leiter des Büros zur Suche und Identifikation von gefallenen und vermißten Soldaten fotografiert Männer, die nicht wissen, wer sie sind, katalogisiert Daten und Zahlen, gräbt sich in einem in den Trümmern improvisierten Büro durch Akten. »Ein Vermißter kann ein Toter sein, ein Lebender, ein Verrückter oder ein Deserteur«, meint er einmal und umreißt damit seine eigentliche Aufgabe: Es ist das Definieren der Verschwundenen: Die Toten sollen tot sein und die Lebenden wieder an ihre sozialen Plätze zurückkehren. Denn der »Vermißte«, das ist nichts anderes als das auseinandergefallene bürgerliche Individuum: Ein Körper ohne Kopf, ein Name ohne Mensch, ein Mensch ohne Namen, ein Zeichen ohne etwas Bezeichnetes und ein Bezeichnetes ohne Zeichen. Seine Rebellion, wenn man diese sonderbare Mischung aus Akkuratesse, Zynismus, Moral und Mathematik so nennen möchte, besteht darin, daß er diese Aufgabe als echte Suche mißversteht. Dellaplane ist leicht verzweifelt über seine Vorgesetzten, die die Zahlen manipulieren, die Opfer vergessen wollen und auch aus den Trümmern schon wieder die alte Ordnung errichten, aber gewiß leidet er auch unter den Angehörigen der Vermißten, die von ihm »Klarheit« haben wollen. Er versucht, Identitäten zu schaffen, Menschen, die im Krieg Verstand und Sprache verloren haben, einen Namen zuzuordnen. Den Befehl, den geeigneten Soldaten-Leichnam für den »unbekannten Soldaten« zu finden, »einen Franzosen, aber keinen Neger«, gibt er an einen Untergebenen weiter, um an seinen Rekonstruktionen von Menschenleben weiterzuarbeiten. Dieser unbekannte Soldat, der in einer grotesken Zeremonie am Ende unter ein paar eingesargten Leichen ausgewählt wird, soll die 350.000 noch vermißten Soldaten ersetzen. Mit dem Grabmal für den unbekannten Soldaten wird jeder Krieg beendet. Es wird nicht mehr gegraben, es wird wieder gebaut.

Unter den Suchenden sind zwei Frauen, die immer wieder an seinen Wirkungsstätten auftauchen: Irene, die Frau aus der Geldadelsfamilie, welche den offiziellen Heldentod ihres Mannes benötigt, um ihre Geschäfte weiterzuführen, und Alice, eine Dorflehrerin, die gerade ihre Stelle verloren hat, weil der Lehrer aus dem Krieg zurückgekommen ist, der vorher ihren Posten hatte. Sie beide suchen den vermißten Mann zugleich »wie besessen« und ein wenig fahrig; die Suche ist zugleich eine Flucht, und was gesucht wird, ist nicht ein Mensch, sondern ein Ort, nein, ein Zustand, nein, eine Illusion: Identität.

Noiret zeigt ein Gesicht, wie man es nur nach einem Krieg haben kann, Reste von Haltung, Heldentum und Entschlossenheit, Rudimente von Zweifel, Kritik und endlosem Fragen. Er beweist seine Kunst einmal mehr, indem er der

Versuchung widersteht, der Jean Gabin unsrer Tage zu sein; das Alter bringt weder die patriarchalische, noch die melodramatische noch die Erlösung der schwachsinnigen Heiterkeit.

Irene ist ganz und gar Schönheit, aber auch ganz und gar Kostüm; sie ist Eigentum ihrer Klasse (sie strandet übrigens in der Welt des konservierten, des unaufgeräumten Schlachtfelds, von der der Film berichtet, weil ihr Schwiegervater das Auto samt Chauffeur für sich beansprucht), aber die Sturheit ihrer Suche macht sie Schritt für Schritt unabhängiger. Irene entschleiert sich, erlebt, selbst in ihrer Kleidung, eine Renaissance.

Sabine Azéma drückt, sozusagen von oben nach unten, das Dilemma ihrer Figur aus: Augen, die von Sehnsucht sprechen, und ein Mund, der zur Verachtung erzogen worden ist. Da ist sie ein Gegenbild zu Noiret, dessen Augen ratlos das Nahe suchen, weil dies schon fern genug ist, dessen Mund aber nach Genüssen schnappt. An die Augen ihres Mannes kann sich Irene nicht mehr recht erinnern; ausgerechnet diese Augen sollten ein Paar anderer Augen vergessen haben, liebend womöglich? Oder hat das etwas damit zu tun, daß Dellaplanes Schablonen, Bezeichnungen und Modelle nicht das geeignete Mittel zur Identifizierung von Menschen sind?

Als er sie zum Essen ausführt (das Essen ist in diesem Film die immer wieder versuchte Rückkehr zu etwas, das noch älter ist als die untergegangene Kultur, nach der die Menschen graben), fordert sie ihn auf, zu den Klängen einer amerikanischen Jazzband (zu der ein einäugiger Musiker gehört; jeder scheint in diesem Krieg die Hälfte des für ihn Wichtigsten am eigenen Körper verloren zu haben) mit ihr zu tanzen. Das kann er nicht so recht. Dann ist er, als die französische Soubrette singt, schon fast wieder verloren: ah, das alte Frankreich. Irene flieht in die Nacht hinaus, er holt sie ein. Im Auto bittet sie ihn um die Liebe, um drei Worte, die er sagen soll. Das kann er auch nicht. So erst begreift sie, was sie allein tun muß, und wenn wir ihr wieder begegnen, im fernen Amerika, beim Studium des Briefes von Dellaplane, ist sie eine ganze andere geworden.

Alice ist nicht schön, sondern hübsch; ganz deutlich ist sie nicht geschaffen, sondern geworden. Wenn sie gemeinsam im Bild sind, wird dieser Unterschied besonders deutlich, das ist nicht nur ein Gegensatz von Klassen, sondern auch einer der Wahrnehmung. Der Mann, den sie sucht, war gewiß so etwas wie eine Hoffnung, aus dem Lebenskampf zu entkommen, der harte Arbeit und beleidigende Blicke umfaßte. Jede der beiden Frauen ist der Traum der anderen, und gemeinsam sind sie der Traum eines gestorbenen Mannes, der sich die Unentschiedenheit leisten konnte. Am Ende schenkt Irene Alice die Kette mit jenem Medaillon ihres Mannes, aufgrund dessen Dellaplane ihn so weit rekonstruiert hat, daß er weiß, daß beide Frauen denselben Mann »vermissen«. Ganz beiläufig nur nimmt sie dann noch schnell das Bild heraus. »Das Leben und nichts anderes«, das ist auch die ständige listige Verhinderung des Melodrams, jener bürgerlichen Welterklärung, die eben das als identisch erklärt, was in Taverniers Film sich aneinander aufreibt, die Heimeligkeit des Normalen und das Schicksal der Sehnsüchte. Alice, so scheint es, ist der Picaro dieses Abenteuers; ihre nicht allzu erfolgversprechende Liebesgeschichte mit dem neuen Assistenten des Bildhauers zeigt, wohin ihre Abenteuer führen werden: in die Ausbeutung der Restauration.

DIE ORTE DER HANDLUNG. Die Menschen in diesem Film umkreisen einander, umkreisen aber auch Orte, zu denen die Suche nach den Vermißten nur führen kann. Wie ein magischer Mittelpunkt aller dieser Bewegungen ist ein verminter Tunnel, in dem noch einmal die Grauen des Krieges zusammengefaßt sind; ein Zug steckt hier drin, der Verwundete, Zivilisten, Militär und Munition gleichermaßen befördert hat. Dieser Tunnel, aus dem Dellaplane Vermißte bergen läßt, verlangt immer noch Opfer; er ist der Krieg, der im Frieden weitergeschieht. Man geht hinein, wird verschlungen und vielleicht wiedergeboren aus diesem Geschlecht einer geschändeten Natur. (Unnütz zu sagen, daß Tavernier auch diese Allegorie zugleich mit sarkastischem Ernst und blutiger Ironie behandelt.) Auf dem Gelände um den Tunnel werden die Fundsachen ausgestellt, in denen die Angehörigen der Vermißten nach Identitätsbeweisen suchen. Hier wird auch gegessen und getrunken; der Bildhauer, der hier arbeitet, macht obszöne Andeutungen, intoniert ein Trinklied: Die Kunst ist der doppelte Betrug, das Pathos für die Toten, der rülpsende Vitalismus für die Lebenden.

Dieser Ort ist grauenvoll, und zugleich ist er für die, die dort suchen, schon wieder vertraut geworden, eine Heimat, wenn man so will, und so sind dies Merkmale aller Orte des Filmes: Heimeligkeit, gesellschaftliche Organisation, »Menschlichkeit« an den Monumenten des Grauens. In der Fabrik mit ihren gewaltigen Rädern (die Deutschen haben, erfahren wir, diese Fabrik aufgrund einer Verabredung verschont; die Front ist eine, die Zusammenarbeit der Klasse eine andere Sache) ist ein Hotel errichtet worden, und Bretterverschläge, in die wir ab und an hineinsehen wie in Bienenwaben, bilden auch die Büros von Dellaplanes Behörde. Ein Bauer pflügt sein Feld, stößt zuerst auf einen Helm, dann auf eine Bombe, während Irene auf ihrer Suche mit ihrem Chauffeur vorbeifährt und Dellaplane in einem improvisierten Restaurant speist, wo moslemische Kolonialsoldaten darum kämpfen, daß man ihnen kein Schweinefleisch vorsetzt (und einer, der sich hat taufen lassen, mit triumphalem Grinsen Wein verlangt). Das wahre Grauen ist der Sog der Normalität, dem sich Dellaplane, Alice und Irene zu widersetzen versuchen (weshalb der Liebesbrief, den Irene am Ende in Amerika erhält, weniger ein optimistischer Notausgang für die nicht erzählten Geschichten ist, als vielmehr der letzte groteske Sieg dieser Normalität).

Daß Dellaplanes Büro sich in einem Theater befindet, erzählt in diesem Film nicht noch einmal die sattsam bekannte Geschichte von der Kultur, die vom Krieg zerstört wird, läßt aber auch nichts von heimlicher Mitschuld ahnen. Tavernier scheint damit auf dezente Art zu unterstreichen, daß wir es bloß mit Kulissen zu tun haben. Während allerdings das Theater gebaut wurde, damit alle Zuschauer möglichst viel sehen können, sind die Bretterkulissen des Films errichtet, um eben dies zu verhindern. Nur Bruno de Keyzers Kamera setzt sich, im Wortsinne, darüber hinweg und zeigt immer wieder, daß die scheinbare Macht des einzelnen nur eine Bewegung in einem Gewimmel ist, und daß die notwendige Sucht danach, uneinsehbare Räume zu schaffen, das Labyrinth meint: Ordnung ist der Versuch, die Menschen dem Chaos gegenüber blind zu machen.

3

NOTIZEN AM RANDE. Übrigens scheint es, als laufe die Zeit rückwärts in diesem Film, nicht wirklich vielleicht, mehr von den Farben und Zeichen her. Am Anfang, in diesem Blau und Grau, ist Winter, und am Ende ist es Herbst geworden, im friedvollsten, melancholischen Braun.

Um zum Ziel zu kommen (genauer gesagt: um es zu verfehlen), muß sich Irene in einen Soldaten verwandeln. Sie greift an, und er zeigt sich geschlagen. Beständig wird in diesem Film gearbeitet, und in dieser Arbeit, in die sich Soldaten, Zivilisten, Männer und Frauen teilen, wird das Kriegerische mehr und mehr verwischt. Taverniers Film handelt vom Verschwinden des Krieges aus dem Bewußtsein.

Das aber heißt ihn fortsetzen, in der Liebe und in der Arbeit. Was die Figuren dort tun, in der Erde graben vor allem, um sich blicken, sich irgendwo ein wenig festsetzen, das wiederholt noch einmal die Form dieses Krieges, den man einen Grabenkrieg genannt hat. Die 350.000 vermißten Soldaten waren mehr oder weniger von der Erde verschluckt. Und allen Figuren dieses Filmes droht dasselbe Schicksal. Der einbeinige Soldat am Anfang, der am Strand, von einer Nonne begleitet, wieder zu reiten lernt, fällt in den Sand, alle graben sich in die Landschaft, werden von ihr verschluckt, wie von den Nebeln, den Rauchschwaden der Explosionen, aber auch von den Dünsten des Essens, da und dort von Kälte.

Was in diesem Film scheitert, und zwar am Leben, ist der Versuch einer Archäologie des Krieges. Der unbekannte Held, der vor allem ein Franzose sein muß, was bei dem Durcheinander, den so ein Krieg nun einmal anrichtet, nicht so leicht zu garantieren ist, wird von einem Offizier mit vietnamesischen Soldaten gesucht, die nicht einmal sprachlich in der Lage sind, zu verstehen, warum sie hier sind und was mit ihnen geschieht. Aber sie weigern sich, auch nur das Holz eines Sarges anzufassen, so daß wenigstens hier der Kolonialherr an den Kolonisierten verzweifelt.

Tavernier hat seinen Film in Breitwand gedreht. In diesem Format können nur Dilettanten, Gewalttäter oder Künstler arbeiten. Man kann darin nichts über einen Menschen an sich aussagen. Je kompletter man in so sieht, desto kleiner ist er auch schon, und je näher ihn sich das Format holt, desto mehr besteht er nur noch aus Teilen. In diesem Format erzählt man daher vor allem von Beziehungen, und Tavernier läßt uns die bizarre Schönheit eines Schlachtfeldes nach der Schlacht im Panorama erleben, wie auch seine Menschen sich gleichsam panoramatisch zeigen. Gesichter existieren entweder als Landschaften oder als Gegenstände; in diesen Cinemascope-Bildern gibt es das Zentrum allenfalls als flüchtigen Scherz; was geschieht, geschieht an den Rändern. Die manieristische Schönheit eines solchen Filmes zeigt den endlosen Sturz der Peripherie ins Bild, und die Rückeroberung des Bildes durch die Menschen vermittels Wunden und Masken. Tavernier läßt die Kamera suchen, sie kreist um das Geschehen (noch eine Parodie auf das Militärische im Blick des Mediums); gefunden wird freilich nie das, wovon man geglaubt hat, es wäre das Gesuchte. Zum Beispiel sehen wir immer etwas anderes, als die Geschichte erzählt, ja mehr noch: Je mehr sich die Erzählung auf etwas einläßt, desto abwesender, verirrter wird die Kamera.

Es ist keine Frage: Alles, was Tavernier in diesem Film (und seinen anderen) zeigt, ist schön. Das schmerzt, weil Schönheit ein Skandal ist, nicht angesichts der Themen des Regisseurs, sondern überhaupt. Schönheit wird weder dem Markt noch der Moral gerecht. Was sie dagegen bedeutet, ist nicht viel. So hat der Film am Ende nichts zu sagen als lauter Nebensächlichkeiten. Aus denen besteht das Leben, das den Krieg besiegt. Als für Dellaplane dieser Krieg endlich zu Ende ist und er den Brief an Irene schreibt, ist er Gutsbesitzer geworden. Er schreitet bestiefelt über seine Felder, hat jetzt Zeit, er ist gewiß nicht mehr in Gefahr, von der Erde verschlungen zu werden, er kann aus diesen drei Worten, die er nicht sagen konnte, eine ganze Kultur machen. Jetzt ist wieder alles beim alten (vorausgesetzt wir deuten in Irenes Lächeln bei der Lektüre dieses Briefes keinen Sarkasmus); der Krieg ist vorbei.

Konkret 03/90, S. 75

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Günter Kunert

Märchenhafter, Augenblick

Eine Fee erscheint,

Ich: Auf einer Wiese gelegen

halte sie für eine Frau und

sehe ihr erwartungsvoll entgegen.

Für diesen Irrtum

bestraft sie mich indem

sie ihren Rock hebt

hoch und höher aufschwebt

wachsbleiches Gekröse

vor mir entfaltet: Wie bald

so oft übelkeiterregend

die unterm Wunderbaren

verborgne Seite.

Aus: FAZ, vom 29.1.90

Wie das große Menschheitsthema Kinderü-ber-ra-schung mal von dem, mal von jenem, zu verschiedenen Zeiten, mal mit Fee und Gedärm, mal mit Briefbeschwerer und Würmerbehausung und Endreim, aber immer wieder mit Fleiß gehandled werden kann. Es lebe die Kunst!

Erschreckender Augenblick

von Horst Tomayer

Ging einmal durch die Natur
Ostern? Nein 's war Pfingsten
Hatte zum Spazierengehn
Grund nicht den geringsten?

Doch ich hatte einen Grund
Suchte einen Kiesel
Der ab Brie/beschwerer mir
Dienen sollte bißl

War nicht lang zugange da
Hatt ich ihn gefunden
Kiesel glatt wie Babyhaut
Und wie Ball so runden

Hob den Kiesel hoch den Schatz
Um ihn auf die Schneite
Heimzutragen da erschrak
Ich zu Tod auf Stelle

Unterm edlen Kieselstein
Mit dem Schein dem trauen
Wand sich dunkles Wurmgezücht
Widerlich zu schauen

Ließ den Kieselfallen wie
Eine heiße Kohle
Machte mit Karacho mich
Auf die Fort-Hier!-Sohle

Was uns mit dem Anschein küßt
In der Weltengegend
Ist oft, dreht man den Anschein um
Übelkeiterregend

AUS: FÜRSTENFELDBRUCKER BLÄTTER FÜR FRIEDEN DURCH ABRÜSTUNG UND VERSTÄNDIGUNG, August 1958

In **der Gastwirtschaft** »Zum nichtvorübergehenden Kelch« macht mich an ein angetrunkener Lebemann, der aber durchaus KONKRET liest, warum wir uns im Februarheft wieder so pessimistisch problematisch durch die Bleiwüste geschleppt hätten, da könne doch keiner mit, da packe einen ja das Grauen uswusf. Also, sage ich, erstmal nicht wir und ihr, denn bei den Beiträgern dieses Blattes gehe es noch immer hübsch jeder für sich zu. Aaber, sage ich, was könne denn zum Beispiel Herr Hippler für die Auflösung der Sowjetunion? Solle er sie etwa nicht grau auf weiß aufs anschaulichste beschreiben dürfen, die Auflösung? Oder Herr Gremliza, habe etwa er die Montagsrevolution komme Dienstag was wolle drüben entfesselt, und solle er wie der sich mit dem Südpol messende Reinhold M. Stubenhocker erschrecken mit erfrornen Füßen statt mit seiner Kolumnenkanone unerbittlich reinzuhalten in die United Krauts? Oder - Herr Schneider und seine Ermittlungen gegen den über jeden chauvinistischen Verdacht erhabenen Inhaber eines Magazins. Solle er etwa nicht ermitteln? Und habe sich der Verdacht gegen den Verdächtigen nicht erhärtet? Und Herrn Amendts Lesestrecke über Kolumbien und Koks. Wer soll, was gemacht werden muß, machen? Wer? Oder Herr Pohrt, seine hellen Gesichte von einem wieder Großen Deutschland, das ein drittes Mal sein Heil im Scherbenhaufen sucht - und Herr Bohn und sein Fingerzeig auf das eigentliche Bermudadreieck der Menschheit Kapital/Krise/Krieg, sei das nicht alles kurzweiliger und unterhaltsamer als jede Zeitgeisttortenschlacht? Es tue ihm leid, sagte er, aber unter Unterhaltung verstehe er Anderes. Darauf ich, kurz angebunden: Hauptsache Du verstehst was. Ober, zahlen! (Blödes Genörgel, das!)

Schad, daß der Satellit mit den Kulturdokumenten vom blauen Planeten schon hinterm Jupiter ist und den Velvetaurtyptest nicht an Bord hat. Die Barbaren draußen im Raum möchten schön schaun. Da viele Leserinnen und Leser Werbefernsehen nicht empfangen können, sei der Schmierkäseinpeitschkurzfilm, der genauso bekämpft gehört wie alles andere auch, im folgenden so gut wies geht beschrieben. Also: Aus dem Off die Stimme: Der Velvetaurtypgeschmackstest. Dann eine Fanfare. Der Schmierkäspropagandist, im folgenden kurz Schmierkäs genannt, federt in grüner Smokingjacke,

kanariegelbem Hemd und roter Fliege die Showtreppe abwärts. Schwenk aufs Publikum. Die Leut toben, johln, schrein, führn sich auf wie nicht gscheit. Am Testtisch, im Hintergrunde, Käslaibattrappen, der Proband, ein dem Komödienstadl entsprungnes Bürstenhaarbürscherl mit sinnlos fröhlicher Fress in rosaweißkariertern Hemd und geblümten Hosenträgern. Schmierkäs: Herr Huber, Sie essen gerne Käse? Proband: Ja. Schmierkäs: Welches Brot sieht denn appetitlicher aus? Ins Bild dringt ein hurenhaft dreinschauender Tittenbär in grünem Kleide und überlangen Handschuhn, zwei Holzteller reichend, drauf die Brote A und B, womöglich in echt mit diesem fürchterlichen Schmierkäs bestrichen. Dem Probanden gehn (sinds die Brote? sinds die Titten? Zweideut, aber hallo!) die Augen über. Er sagt: Eigentlich beide. Der Schmierkäs: Dann probieren Sie mal das Brot A. Der Proband beißt rein und sagt: Mhhm, toll, richtich urich. Schnitt auf den Tittenbären. Der zieht an rotem Strange beidhändig von einem Objekt die Verhüllung weg. Es kommt eine überdimensionierte Schmierkäspackung hervor. Schmierkäs: Das ist der neue Velvetaurtyp. Er wird mit bestem Emmentaler hergestellt. Aus dem Schnürboden senkt sich eine Plattform, drauf sind ganze Käslaibattrappen und auf einem Tisch angeschnittne Käslaibattrappen und - ein Kohlhiesltrampel in grünrotem Dirndl. Fanfare. Aus dem Off toben, johln und schrein die Leut, als ob sie von Sinnen sein. Der Proband fragt: Warum schmeckt es so kreernich? Der Schmierkäs: Das macht die urtypische Zubereitung und (aus dem Schnürboden senkt sich eine zweite Palette mit einem Bauerndarsteller in Bühnenlederhose und Holloderohut, der eine shamponierte Kuh mit einer Schärpe, wo Klara draufsteht, am Strick hält): Klaras frische Sahne. Aus dem Off tobt es wieder. Der Schmierkäs: So, Herr Huber, das wars. Der Proband: Mo-ment, was ist mit Brot B? Der Schmierkäs: Sie haben Velevetaurtyp getestet? Stimmt! Es hat Ihnen urich geschmeckt? Absolut! Warum also Brot B probieren? Beide, Schmierkäs und Proband, wiehern strahlend ins Publikum. Dieses springt auf und applaudiert, schreit, johlt und tobt wie vollends aus dem Narrenhäuschen. Fanfare. Abspann: Die Etiketten der drei Schmierkässorten. Aus dem Off die Stimme: Ja, Velvetaurtyp, wie Naturkäse, zum Streichen.

Ende der Durchsage. W-i-e »Natur«Käs.

Im Westen nichts Neues

Weil er zurück will in die soziale Sicherheit des Gefängnisses, überfällt ein zweiundvierzigjähriger wohnungs- und arbeitsloser vorbestrafter Mann nicht das Bankhaus Finck, er zündet auch keinen Brandsatz im Bayerischen Hof, scheißt weder ins Rathaus noch ins Gericht und lästert schließlich Gott nicht, beim Hochamt, im Frauendom, sondern wählt ein seinen erbärmlichen Verhältnissen adäquat dünkendes Delikt und bringt seinen siebenundfünfzigjährigen Zimmergefährten in einer Münchner Obdachlosenunterstelle durch Erwürgen um.

konkret 03/90, S. 76

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats - Knast oder Karriere

Verschiedene: Paranoia in der Straßenbahn – Punk in Hamburg 1977 - 83; Weird System /EfA

Diesmal ist Trash-Optik nicht möglich. Das angenehme, sichere Goutieren von Unverständlichkeiten und Abartigkeiten entfernter Welt- und Sozialgegenden als besonders frei und ungekaufte Äußerungen von echten Menschen, unterhalb des Diskurses, als wahre weil völlig verschroben-verzerrte Widerspiegelung sogenannter objektiver Widersprüche – als die man in den progressiven Kulturnischen das Abseitige (also das Eigenartige) als das letzte unverfälschte Eigene des sich von seinen (welchen auch immer) Ketten befreienden Menschen versteht, vom Ninjafilm bis Rastafari, von Ami-Punk bis Computer Reggae. Doch bei einem Song wie »Kreatur« von den Buttocks geht das nicht, denn ich kann mich nicht nur an die Band noch erinnern, sondern bin auch durchaus in der Lage, ihn zu dechiffrieren, so schwer das von heute gesehen auch sein mag:

Komm mal her du Kreatur/komm mal her du Kreatur Du altes Schwein ich kann dich nicht versteh 'n/ Ich möcht dich in den Arsch ficken damit du mich endlich verstehst/ ich weiss nicht warum du auf Rock'n 'Roll stehst fick Dich fick Dich so lang Du es kannst/ Kreatur, Kreatur Du bist für mich nur ne Kreatur hau ab du fettes Elvis-Schwein ich will den Punk/ fahr doch nach Graceland und leck ihm den Schwanz leck ihn leck ihn so doll du es kannst/ besuch Little Richard und schaukel ihm die Eier weil gerade von ihm kriegst du keinen Schleier/ scheiss auf Rock'n'Roll und komm endlich zu uns das Verräterabzeichen kriegst du auch umsonst.

Das bezog sich auf den, 1979 die Hansestadt Hamburg bewegenden Krieg zwischen Teds und Punks, einem oft als sinnlos bezeichneten Konflikt, der natürlich wie alle Konflikte in dieser Welt durchaus nicht sinnlos war, sondern nur – wie alles, was Jugendliche tun, bevor sie sich ihren Platz im System ausgesucht haben – schwer verständlich. Die Punks waren, damals noch relativ milieuübergreifend, im weitesten Sinne Linke, antiautoritär, und bezeichneten sich gerne als Anarchisten; Teds hatten oft faschistoide Ressentiments und lebten in streng geordneten Cliquen. Was noch kein Grund wäre, sich gegenseitig zu jagen und zu prügeln. Aber das wiederum war ein popkulturelles Zitat: In England hatte es Prügeleien zwischen Teds und Punks gegeben (ihrerseits zitathafte Fortsetzungen der alten Mods vs. Rocker-Kriege), und Johnny Rotten war von Teds überfallen worden. Die brutalen Scharmützel tobten vier Monate, Lemmy Kilminster und zwei Motorhead-Roadies retteten persönlich bei einem Konzert in der »Markthalle« einen Haufen kleiner Punks vor einer Ted-Meute. Aber noch im selben Jahr veränderten sich in Hamburg die Fronten.

Alles spielte sich in der Marktstube ab, einem ursprünglich eher ruhigen Domizil gescheiterter Künstler und Schriftsteller, das nach einem der frühen Deutschpunk-Festivals in der Markthalle zum Treffpunkt erklärt wurde und seitdem bis circa 81 als der Ort fungierte, wo sich die heute zu unzähligen Splittergruppen atomisierten Fraktionen der Punkbewegung trafen: über symbolische Codes und reale Klassenschranken hinweg (das Brisante an Jugendkultur war und ist auch, daß die nicht immer dieselben Frontlinien zeichnen). Ich selbst war vom Sommer 79 bis Winter 81 jeden verdammten Abend da.

Die neuen Fraktionen bildeten sich zwischen sogenannter Avantgarde (das was mit New Wave, Elektronik, neuer Kunst und Mode etc. sympathisierte – bis zu einem gewissen Grade also auch wir von der damaligen Zeitschrift »Sounds«) und sogenanntem Hardcore-Punk (was noch nichts mit dem seit 82/83 unter diesem Namen aus Amerika kommenden neuen Formenreichtum zu tun hatte), den Leuten, die unter allen Umständen die für uns damals immergleichen und langsam langweilig gewordenen Bands hören wollten, die sich zudem immer nur anhörten wie billige Kopien englischer Bands. Während unsere Musiker eine angeblich eigenständig deutsche Musik entwickelten – was zumindest als mobilisierende Idee sehr gut war: Die Musik von Palais Schaumburg war ideal, um den Aufbruch einer Generation gegen ihre Hippielehrer zu untermalen, die subkulturelle Ideen im Dienste der Macht pervertiert hatten, aber die Punk-Rock-Singles und -Tapes reden eben von dem, was jenseits solcher zwar richtigen, aber vorübergehenden Gefechte auf der Ebene der Kultur passiert: vom ewigen zeitlosen Überhauptnichtswissen, das gerade dadurch definiert ist, das es normalerweise nicht redet.

In der Marktstube mischten sich damals unter dem Namen Punk auch noch die später rechtsradikalen Schläger mit denen, die später aufrechte Hafenstraßenkämpfer werden sollten. Und aus dieser Melange, die weder sozial eindeutig definiert war, noch politisch klar, die sich an Scheingefechten zerrieb, ging hervor, was wir damals von der »Avantgardefraktion« am schlimmsten fanden, und was mir heute auf diesem Sampler mit Kneipenhits aus der Hochzeit des Hamburg-Punk am besten gefällt, Lieder wie etwa dieses hier, wieder von den Buttocks:

Nein nein nein du altes Schwein ich will nicht mehr dein Sklave sein/ weg mit dem Fick Fack Rotzverein die produzieren ja doch nur Schleim/ keiner achtet mehr darauf, daß man das an Punx verkauft/ scheiss auf Alfred und die Bande/Punk-Rock ist der Herr im Lande/ Elektroscheiss macht jetzt Schluß nicht mit uns Punk lebt weiter/ New Wave time nein nein nein.

Brachte dieser Song damals für uns die vollkommene Blödgewordenheit des unbelehrbar stumpfsinnigen und für keinerlei »Entwicklungen« mehr zugänglichen »Idiotenpunks« auf den Punkt (der »Fick-Fack Rotzverein« war das Zick-Zack-

Label, auf dem Palais Schaumburg, Abwärts, Geisterfahrer und andere wichtigste deutsche Underground-Bands der 80er damals debütierten, »Alfred« sein Betreiber Alfred Hilsberg, ebenfalls heute noch selbstlos ackernd im Geschäft), ist das Lied heute wegen seiner rohen, ungelenken, sprachlosen Aggression eines der besten des Samplers. Nur damals waren wir, die wir versuchten, die ganze rohe Aufbruchsstimmung, die ganze Aggression in einen lebensfähigen, womöglich auch noch ästhetisch fortschrittlichen Underground umzuwandeln (und meinetwegen auch: zuzurichten), der all den rasanten gedanklichen Entwicklungen, die wir damals nahmen, in seinen ständig sich verschärfenden und wandelnden Formen Rechnung tragen sollte, dieser Aggression von der Seite der Leute, die an solchen Entwicklungen nicht nur keinen Spaß hatten, sondern natürlich per Bildungsklassenschranke von vornherein ausgeschlossen waren, ständig in ihrer irrationalsten, Leute zusammentretendsten (nur weil sie lange Haare hatten z.B.) Form allnächtlich in der Marktstube ausgesetzt.

»Paranoia in der Straßenbahn« ist eine Platte, die mir heute, im Schnitt zehn Jahre danach, die Musik als aufregend und faszinierend nahebringt, die einmal vor meinen Augen entstanden ist. Die einzigen Stücke, die ich damals schon mochte, waren die von Abwärts, und die waren beim harten Kern der Hamburger Punks so sehr als »Studenten« und »Künstler« verfemt, wie sie im Rest der Republik, von den gleichen Punkern geliebt wurden, und Slime waren eben eindeutig so vertraut linksradikal, daß die Inhaber/Mitarbeiter des Punk-Rock-Ladens »Rip Off«, die deren Single verkauften, wegen Volksverhetzung angezeigt wurden und die entsprechende Platte von Slime eingezogen wurde. Wegen dieses Textes übrigens:

»Der Faschismus in diesem Land nimmt allmählich überhand/ Wir müssen was dagegen tun/ sonst lassen die uns nicht in Ruh/ wenn ich die Bullen seh mit Knüppeln und Wummen jedesmal sind wir die Dummen/ die nehmen uns fest und stecken uns in den Knast, doch das steigert nur unseren Haß/ ein Drittel Heizöl zwei Drittel Benzin wie 68 in West-Berlin/ diese Mischung ist wirkungsvoll diese Mischung knallt ganz toll/ wir wollen keine Bullenschweine/ dies ist ein Aufruf zur Revolte dies ist ein Aufruf zur Gewalt/ Bomben bauen Waffen klauen Bullen auf die Fresse hauen/ haut die Bullen platt wie Stullen stampft die Polizei zu Brei/ haut den Pigs die Fresse ein nur ein totes ist ein gutes Schwein.

1982 hatte das Spiel ein Ende. Die Bürgerkinder verlegten den Kampf ganz auf die ästhetische und symbolische Ebene (auch wenn man sich von der Funktion der ästhetischen und *symbolischen* Ebene eines Pop-Songs eine dialektischere Vorstellung machen muß, als man das von der gutwillig zu den Converted preachenden handelsüblichen politischen Kultur kennt, nicht nur weil die Form im Gegensatz zur offiziellen Kultur immer beziehbar bleibt auf die individuellen oder politischen Kämpfe, denen sie ihre eigenartige Visage, die sie im Vorfeld ihrer Vermarktbarkeit immer noch zeigt, verdankt), die anderen Kids wurden entweder *überzeugte* Anarchos oder Skins oder bürgerlich.

Die erste Hälfte der 80er war gelaufen. An die Stelle des Karo trat langsam die Hafenstral3e, die Karten wurden neu gemischt, und neue Generationen führten hartnäckigere, dezentralere, spezialisiertere Kämpfe in der Dunkelzone zwischen Geschmacksunterschieden und Klassenkämpfen und der der Maskerade des jeweils einen als das jeweils andere. Die Musik wurde besser, die Rhetorik wurde besser, die Infrastruktur wurde besser, und in jeder Stadt gibt es ein besetztes Haus, dessen »Betreiber« moralisch und rigide über die Integrität von Bündnispartnern und Bands, die sie bei sich spielen lassen, wachen (kann man es verantworten, Fleischesser spielen zu lassen? Ist dieser Text/dieses Cover nicht sexistisch?) und sich so auf die gleiche Weise und genauso verständlich im Sinne der Erhaltung dessen, was sie erkämpft haben, von dem abschneiden, worin sich uncodierter Haß heute äußert, wie wir von der Neue-Musik-Fraktion damals, wie ich heute weiß. Die Fraktionismen wurden in den glücklichen 80ern schließlich so heillos, daß trotz der »Erfolge« aller mikropolitischen Struggles keiner mehr den Grund sah, warum und gegen wen wer in welcher Fraktion sich einigelte und welche Basics Lebensentscheidungen wirklich bestimmten. Das war aber in der Marktstube, jener Vorhölle von Knast, Karriere oder Kampf nie die Frage.

konkret 03/90, S. 82

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Arme Marine! Erst starb ihr ihre Nordsee, dann starben ihr ihre Robben, und jetzt müssen die hinterbliebenen Schiffchenversenker auch noch um einen ihrer herzigsten Spielkameraden trauern: der Verteidigungsminister Stoltenberg hat, rauh aber herzlos, ihren Flottillenadmiral Elmar Schmähling »ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand vesetzt«; er hat ihn gezwungen, jeden Monat einige tausend Mark anzunehmen dafür, daß er gar nicht mehr herumkommandieren darf – ein bitteres Los. Glücklicherweise jedoch verfügt dieses Land über ein Reservoir fortschrittlichster Bürger, denen kein Anlaß zu gering ist und kein Ansinnen zu blöd, flammenden Protest zu erheben wider das Böse, wo und wie immer es seine Fratze zeigt, und sei es in der Suspendierung eines professionellen Potentiellen von der Pflicht, den russischen Kreuzer auf C 5 ins nasse Grab zu schicken. Der Admiral, klagten Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Karin Benz-Overhage, Detlef Hensche, Mechtild Jansen, Inge Jens, Prof. Dr. Walter Jens und Dieter Lattmann, solle »exemplarisch diszipliniert werden«, weil er, »ein kritischer Soldat«, aus seiner »kritischen Meinung zur Strategie der Abschreckung und zur Sicherheitspolitik der Nato nie einen Hehl gemacht« habe, sondern, meiner unkritischen Meinung nach, ziemlich viel Gedöns. Deshalb wandten sich die Vertreter des gemäßigt radikalen Flottillenfortschritts mit der Bitte, »staatsbürgerliches Engagement und Streitkultur« sowie »das Recht auf freie Meinungsäußerung aller BürgerInnen, auch der Soldaten« ohne Rücksicht aufs Bewußte mit ihrer wehrhaften Unterschrift zu verteidigen, an viele »liebe Freundinnen und Freunde«, die einmal, weil sie die Ehre in eine solche Liste aufgenommen zu werden, irgendwie doch auch selbst verschuldet haben alle beim Namen genannt werden müssen:

Dr. Horst Afheld

Dr. Heinrich Albertz

Inge Aicher-Scholl

Dr. Franz Alt

Carl Amery

Egon Bahr

Gerd Bastian

Klaus Bednarz

Peter Bender

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

Bläck Föos

Horst Bingel

Karl-Heiez Böhm

Klaus Bresser

Christine Brückner

Prof. Dr. Karl Bonhöffer

Prof. WernerBuckel

Norbert Burger

Prof. Erest-Otto Czempiel

Dr. F. W. Christians

Wolfgang Däubler

Herta Däubler-Gmelin

Pfarrer Volkmar Deile

Ralf Dahrendorf

Karl W. Deutsch

Prof. Walter Dirts

Prof. Dr. Werner Dosch
Tankred Dorst
Prof. Dr. H. P. Dürr
Axel Eggebrecht
Heinrich Craf v. Einsiedel
Beret Engelmann
Holger Börner
Prof. Thomas Ellwein
Björn Engholm
Hans Magnus Enzensberger
Brigitte Erler
Dr. Erhard Eppler
Gustav Fehrenbach
Prof. Iring Fetscher
Ludwig von Friedeburg
Prof. Erkard Foredran
Günter Gaus
Peter Glotz
Prof. Dr. Helmut Gollwitzer
Christian Götz
Günter Grass
Hermann Gremliza
Monita Griefahn
Prof. Norbert Greinacher
Anton A. Guha
Peter Härtling
Dr. Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Prof. Dr. Hartmut v. Hentig
Dieter Hildebrandt
Dr. Burkhard Hirsch
Prof. Egbert Jahn
Rolf Hochhut
Robert Jungk
Petra Kelly
Horst Klaus
Prof. Klaus Klitzing
Prof. Dr. Ulrich Klug
Prof. Arno A. Klönne
K-H. Koppe
Prof.Dr. Walter Kreek
Franz X. Kroetz

Siegfried Lenz
Josef Leinen
Udo Lindenberg
Dr. Alfred Mechtersheimer
Prof. Klaus Meyer-Abich
Johann Baptist Metz
Prof. Heinrich Misalla
Dr. Margarete Mitscherlich
Wolfgang Niedecken
Henri Nannen
Jan Niemöller
M. Opel
Rüdiger Proske
Helmut Prieß
Prof. Christiane Rajewski
Prof. Uta Ranke-Heinemann
Helmut Ridder
Prof. Dr. Horst E. Richter
Dr. Heinz Theo Risse
Philip Rosenthal
Gerd Ruge
Eva Rühmkorf
Prof. Senghaas
Joh. Mario Simmel
Dr. Dr. Helmut Simon
Dr. Dorothee Sölle
Bischof Dr. Kurt Scharf
Hermann Scheer
Otto Schily
Horst Schmitthenner
Innenminister Schnoor
Dietmar Schönherr
Alice Schwarzer
Prof. Hans Werner Schwarze
Lorenz Schwegler
Klaus Staeck
Prof. Dr. Peter Starlinger
Franz Steinkühler
Antje Vollmer
Harry Valerien
Otto Waalkes
Günter Wallraff

Gabriele Wohmann

Dr. Martin Walser

Und Duve? Wo bleibt Duve?

Was aber machen *Henri Nannen*

Alice Schwarzer

Rudolf Augstein

Günter Wallraff

Diedrich Diederichsen

Fritz J. Raddatz

Theo Sommer

Friedrich Karl Fromme

Ilse Kämpfel-Schlikmann

Gerhard Mauz

Peggy Parnass

Heinz van Nouhuys

Johannes Gross

so Arm in Arm? Gilt's, ein Jahrhundert in die Schranken zu fordern? Vor AIDS zu warnen? Ein Babyjahr für Robbenmütter zu erstreiten? Aber nein, es handelt sich um eine Liste der nach Ansicht der Illustrierten »Männer Vogue« »besten deutschsprachigen Journalisten«. So soll's sein.

Der Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie e.V. VdF teilt mit:

Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie (VdF) Pate bei der Gründung eines DDR-Fruchtsaftverbandes

Und das kann nächstes Jahr von der UFA verfilmt werden. Mit Marlon Brando

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.v. hat die Hauptrolle seines Films »Pharma-Fortschritt ist Fortschritt für den Menschen« mit dem dreizehntbesten deutschsprachigen Journalisten besetzt, dem Johannes Gross, der die Frage nach Sein oder Nichtsein so beantwortet:

Pharma-Fortschritt? Ohne ihn würde unsere Wirtschaft krank. Unsere pharmazeutische Industrie hat Weltgeltung Knapp die Hälfte aller deutschen Arzneimittel wird exportiert: Ein solches Ergebnis erzielen nur wenige Branchen. Ungewöhnlich ist auch, daß die aufwendige Forschung höchstes internationales Niveau hat, ohne staatliche Zuschüsse in Anspruch zu nehmen. Das erspart uns nicht nur Kosten, sondern erwirtschaftet Steuern und Gewinne, die wieder investiert werden und zur Gesundheit des Wirtschaftslebens beitragen. Und so schreitet der Pharma-Fortschritt fort, heilt er die Bilanzen, kuriert die Dividenden, therapiert den Fiskus, salbt die Journalisten und macht die Wirtschaft gesund. Bloß einen Schnupfen darf man nicht kriegen, denn bis zur Heilung exportunabhängiger Seuchen ist der Pharma-Fortschritt noch nicht fortgeschritten.

Wenn wir einmal Bilanz ziehen werden, was die erste deutsche Revolution auf deutschen Boden uns gebracht hat, wird die deutsche »Einladung zum Gründungs- und Strategiekongreß der Philosophisch-Humanistischen Gesellschaft in Sachsen« nicht fehlen dürfen:

Daß die Revolution in der DDR gegenwärtig mehr Buridans Esel als Phönix aus der Asche gleicht, ist Chance und Risiko zugleich. Kulturstürmerische Tendenzen populistischer Provenienze ringen mit dem Eintritt massenhafter Individuen in die Selbstbestimmung eines Lebens in Humanität und Sinngeha/t. Neue und alte Mythen setzen jedoch schon wieder Symbole statt der Aufarbeitung von Vergangenem die Zukünftigkeit zu erringen...

Machen Sie kein Aufsehen und folgen Sie uns bitte unauffällig! Wir bringen Sie jetzt in den Tagebau. (Für irgendwas müßte doch auch eine deutsche Revolution gut sein!)